

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung

Sitzungstermin: Donnerstag, 30.04.2026, 15:00 Uhr

Raum, Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Im Anschluss an die Beratungen im öffentlichen Teil (Personal) der Sitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Öffentlicher Teil

6. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)
7. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 05.03.2026
8. Mitteilungen (Personal)
- 8.1. Das neue Ausbildungszentrum für die Stadtverwaltung **26-28813**
9. Berufung von vier Ortsbrandmeistern und einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis **26-28502**
10. 26-28715 - Freigabe von Sperrvermerken aus dem Stellenplan 2025 und dem Stellenplan 2026
11. Berufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt **26-28718**
12. Anträge (Personal)
- 12.1. Bürokratie abbauen – Verwaltungsprozesse vereinfachen **26-28829**
13. Anfragen (Personal)
- 13.1. Struktur und Beschwerdestatistik der AGG-Beschwerdestelle **26-28815**
- 13.2. KI in der Stadtverwaltung: Wie werden Mitarbeitende befähigt? **26-28816**
- 13.3. Wie steht es um eine Digitalisierungsstrategie der Verwaltung? **26-28817**
14. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)
15. Mitteilungen (Finanzen)
- 15.1. Dynamisierung der Zuwendungen ab 2027 **26-28549**
- 15.2. 26-28822 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Standortthematik
16. Anträge (Finanzen)
17. Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig **26-28645**
Jahresabschluss 2025 - Feststellung

18.	Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung	26-28646
19.	26-28752 Braunschweiger Verkehrs-GmbH Jahresabschluss 2025 - Feststellung	
20.	26-28753 Braunschweiger Verkehrs-GmbH Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung	
21.	26-28754 Kraftverkehr Mundstock GmbH Jahresabschluss 2025 - Feststellung	
22.	26-28755 Kraftverkehr Mundstock GmbH Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung	
23.	Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH Jahresabschluss 2025 - Feststellung	26-28735
24.	Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung	26-28736
25.	Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH Jahresabschluss 2025 – Feststellung	26-28748
26.	Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung	26-28749
27.	Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH Jahresabschluss 2025 - Feststellung	26-28750
28.	Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung	26-28751
29.	26-28758 Braunschweig Beteiligungen GmbH Feststellung des Jahresabschlusses 2025 der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	
30.	26-28759 Braunschweig Beteiligungen GmbH 1.Jahresabschluss 2025 der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG -Entlastung der Geschäftsführung 2.Jahresabschluss 2025 der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG -Verwendung des Bilanzgewinns - Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand	
31.	26-28756 Braunschweig Beteiligungen GmbH Feststellung des Jahresabschlusses 2025 und des Konzernabschlusses 2025	
32.	26-28757 Braunschweig Beteiligungen GmbH Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung	
33.	Braunschweig Stadtmarketing GmbH - Jahresabschluss 2025 - Feststellung	26-28804
34.	Braunschweig Stadtmarketing GmbH - Jahresabschluss 2025 - Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung	26-28807
35.	Volkshochschule Braunschweig GmbH VHS Arbeit und Beruf GmbH Haus der Familie GmbH Jahresabschlüsse 2025 – Feststellung	26-28655
36.	Volkshochschule Braunschweig GmbH VHS Arbeit und Beruf GmbH Haus der Familie GmbH Jahresabschlüsse 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführungen	26-28657
37.	26-28802 Braunschweig Zukunft GmbH - Jahresabschluss 2025	
38.	26-28803 Braunschweig Zukunft GmbH - Jahresabschluss 2025 - Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung	
39.	Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH - Jahresabschluss 2025 - Feststellung	26-28808

40.	Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH - Jahresabschluss 2025 - Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung	26-28809
41.	26-28311 Ankauf von drei Teilflächen der DB InfraGO AG zur Neuentwicklung und Aufwertung des Bahnhofsumfeldes	
42.	Freiwilliger Flächentausch von zwei landwirtschaftlichen Flächen in Rautheim	26-28742
43.	Neuvergabe des Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) – Öffentliche Rechtliche Vereinbarung und Vorabbekanntmachung	26-28608
44.	26-28789 Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“	
46.	26-28845 Haushaltsvollzug 2026 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	
47.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €	26-28790
48.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	26-28791
49.	Anfragen (Finanzen)	

Braunschweig, den 23.04.2026

Betreff:

Das neue Ausbildungszentrum für die Stadtverwaltung

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

16.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur
Kenntnis)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Sachverhalt:

Das neu gegründete Ausbildungszentrum der Stadtverwaltung hat seine Tätigkeit im Mai 2025 aufgenommen, um den Herausforderungen des demografischen Wandels, des Fachkräftemangels und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen wirksam zu begegnen.

Ziel des Zentrums ist es, die Attraktivität der Stadt Braunschweig als Arbeitgeberin zu erhöhen, Wissen und Werte zu vermitteln, die Fachbereiche bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen, sowie die Einarbeitung neuer Mitarbeitender zu optimieren.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Koordination und Weiterentwicklung stadtinterner Schulungsangebote, insbesondere für Nachwuchskräfte und für Quereinsteigende. Dazu zählen auch innerbetrieblicher Unterricht und Schulungen für Praxisausbilder:innen, die nicht nur der Qualitätssicherung dienen, sondern auch die Rolle der Ausbilder:innen stärken und ihre Arbeit wertschätzen sollen.

Im Ausbildungszentrum ist zudem ein sogenanntes Azubi-Team mit vier Arbeitsplätzen für Nachwuchskräfte mit dem Ziel eingerichtet worden, diese durch eigenverantwortliche und projektbezogene Arbeit in der Selbstorganisation zu stärken und die Zusammenarbeit im Team zu fördern. Darüber hinaus kann das Azubi-Team zu einer Entlastung der Fachbereiche durch Übernahme von Aufgaben beitragen.

Die Redaktion der Mitarbeitendenzeitung WIR wird zum 1. August 2026 im Ausbildungszentrum angesiedelt mit dem Ziel, die Attraktivität der WIR aufrecht zu erhalten und gleichzeitig durch die Einbindung des Azubi-Teams neue Impulse zu setzen.

Damit leistet das Ausbildungszentrum einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung von Fachkräften und zur Weiterentwicklung der städtischen Strukturen.

Die Stadt Braunschweig kann mit dem Ausbildungszentrum derzeit ein Alleinstellungsmerkmal unter den Kommunen der Region verzeichnen. Ein Zentrum für Ausbildung und Kompetenzen betreibt die Stadt Dortmund bereits seit einigen Jahren mit großem Erfolg. Es ist davon auszugehen, dass auch weitere Kommunen diesem Beispiel folgen werden.

Weitergehende Informationen werden im Rahmen der Sitzung gegeben. Die Präsentation wird im Nachgang zur Verfügung gestellt.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

keine

*Betreff:***Berufung von vier Ortsbrandmeistern und einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis***Organisationseinheit:*Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste*Datum:*

31.03.2026

*Beratungsfolge:*Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel
(Anhörung)*Sitzungstermin*

15.04.2026

Status

Ö

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue
(Anhörung)

14.04.2026

Ö

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Vorberatung)

30.04.2026

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

05.05.2026

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

12.05.2026

Ö

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Harxbüttel	Ortsbrandmeister	Fahron, Alexander
2	Lamme	Ortsbrandmeister	Wagner, Florian
3	Lamme	Stellv. Ortsbrandmeister	Loos, Michael
4	Rühme	Ortsbrandmeister	Vetter, Matthis
5	Thune	Ortsbrandmeister	Dr. Muxfeldt, Arne

Sachverhalt:**Sachverhalt:**

Die Mitgliederversammlungen der Ortsfeuerwehren haben die Obengenannten als Ortsbrandmeister und Stellvertretender Ortsbrandmeister vorgeschlagen.

Die für die Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis geforderten fachlichen und beamtenrechtlichen Voraussetzungen werden erfüllt.

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 20 Abs. 4 des Nieders. Brandschutzgesetzes.

Pust

Anlage/n:

keine

Betreff:

Freigabe von Sperrvermerken aus dem Stellenplan 2025 und dem Stellenplan 2026

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

23.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

05.05.2026

Status

Ö

N

Beschluss:

Zur Sicherstellung der Aufgabenerledigung werden die Sperrvermerke an den zum Stellenplan 2025 geschaffenen Planstellen StVPl.-Nrn. 07173 und 07188

- 1,00 Stelle (1 A 10) für die Stelle 10.14 Ausbildung
- 1,00 Stelle (1 A 10) für die Stelle 32.62 Geburten- und Sterberegister

und an der zum Stellenplan 2026 geschaffenen Planstelle StVPl.-Nr. 07271

- 1,00 Stelle (1 A 10) für die Stelle 10.14 Ausbildung

aufgehoben und die Stellen zur Besetzung freigegeben.

Sachverhalt:

In Abänderung der bisherigen Regelung muss die Freigabe dieser zum Stellenplan 2025 und Stellenplan 2026 geschaffenen Stellen durch den Verwaltungsausschuss und nicht wie bisher durch die Verwaltung erfolgen.

Stelle 10.14 Ausbildung (Nrn. 1. und 3.):

Zum Stellenplan 2025 und Stellenplan 2026 wurde je eine Planstelle für den Aufbau und Betrieb eines städtischen Ausbildungszentrums in der Stelle 10.14 - Ausbildung - geschaffen, in Abhängigkeit von der tatsächlichen Umsetzung. Das Ausbildungszentrum soll als zentrale Anlaufstelle für die Förderung und Weiterentwicklung von Nachwuchskräften sowie für die Organisation von Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen dienen.

Nachdem zunächst die räumlichen und organisatorischen Voraussetzungen realisiert worden sind, sollen nunmehr die personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Das Azubi-Team des Ausbildungszentrums soll stadtinterne Schulungen und einen innerbetrieblichen Unterricht als Ergänzung zu Berufsschule und Studium umsetzen und Schulungen für Quereinsteigende entwickeln. Ziel ist es, neue Mitarbeitende schnell und effektiv in die Strukturen und Prozesse der Stadtverwaltung zu integrieren.

Durch die Verzahnung theoretischer Lerninhalte mit der Bearbeitung realer Aufgaben, Prozessen und Projekte werden gleichzeitig die Fachbereiche durch die Übernahme von

Aufgaben entlastet.

Als weitere Säule soll die Konzeption und Durchführung von Schulungen für Praxisausbildende der Verwaltungsberufe initiiert werden, um auch die Qualität der Praxisausbildung zu sichern und die ausbildenden Kolleginnen und Kollegen in ihrer Rolle zu stärken.

Auf die unter Tagesordnungspunkt 5.1 erfolgte Mitteilung samt Präsentation wird Bezug genommen.

Zur Sicherstellung der Aufgabenerledigung und Weiterentwicklung des Ausbildungszentrums ist die Freigabe der beiden o. g. Stellen, die zum nächstmöglichen Zeitpunkt besetzt werden sollen, erforderlich.

Stelle 32.62 Geburten- und Sterberegister (Nr. 2.):

Zum Stellenplan 2025 wurde eine Planstelle Standesbeamter/-beamtin in der Stelle 32.62 - Geburten- und Sterberegister - in Abhängigkeit von der Fallzahlenentwicklung geschaffen. Durch das Gesetz zur Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) und das Gesetz zur Änderung des Ehenamens- und Geburtsnamensrechts ergibt sich neben der eigentlichen Fallbearbeitung auch ein Mehrbedarf durch deutlich höhere Zeitaufwände für die Beratung der einzelnen Fälle sowie für die Erstellung der einschlägigen Gebührenbescheide.

Darüber hinaus ist die Stelle für die gesetzlich vorgeschriebene digitale Nacherfassung analoger Standesamtsunterlagen erforderlich, die außerdem zwingende Voraussetzung für die Digitalisierung, die Bereitstellung von OZG-Leistungen und den Datenabrufen zwischen den Standesämtern ist.

Zur Sicherstellung der Aufgabenerledigung ist die Freigabe der o.g. Stelle, die zum nächstmöglichen Zeitpunkt besetzt werden soll, erforderlich.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

keine

Betreff:
Berufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt

Organisationseinheit:
Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:
08.04.2026

<i>Beratungsfolge:</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	30.04.2026	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	05.05.2026	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	12.05.2026	Ö

Beschluss:

Die Stadtoberinspektorin Corinna Fleißel wird gem. § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - zur Prüferin beim Rechnungsprüfungsamt berufen.

Sachverhalt:

Der Stadtoberinspektorin Corinna Fleißel wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2026 der Dienstposten einer Prüferin in der Stelle 0140.10 Prüfbereich Verwaltung im Rechnungsprüfungsamt übertragen. Die Zuständigkeit von Frau Fleißel erstreckt sich insbesondere auf die Prüfung des Fachbereichs 20 Finanzen, die Koordination der Prüfung des Jahresabschlusses, die Zusammenstellung des Schlussberichts und die Prüfung der Beiträge nach dem BauGB und dem NKAG.

Das Rechnungsprüfungsamt hat bestätigt, dass sich Frau Fleißel im Rahmen ihrer Einarbeitungszeit auf dem Dienstposten bewährt hat. Ihre bisherigen Leistungen lassen erkennen, dass Frau Fleißel für die Wahrnehmung der Aufgaben einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt befähigt ist. Daher wird vorgeschlagen, sie nunmehr zur Prüferin zu berufen.

Gemäß § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - in der geltenden Fassung in Verbindung mit § 3 Abs. 1 der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Braunschweig vom 19. Dezember 2023 obliegt die Berufung von Prüferinnen und Prüfern beim Rechnungsprüfungsamt dem Rat der Stadt Braunschweig. Hinderungsgründe im Sinne des § 154 Abs. 4 NKomVG liegen in der Person von Frau Fleißel nicht vor.

Ein Personalblatt mit Angaben zur Person und zum beruflichen Werdegang von Frau Fleißel ist als Anlage beigefügt.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

1 - Personalblatt (nichtöffentlich)

Betreff:
Bürokratie abbauen – Verwaltungsprozesse vereinfachen

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
17.04.2026

Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	29.04.2026	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	30.04.2026	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	05.05.2026	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	12.05.2026	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten,

1. zu prüfen, wie Verwaltungsverfahren vereinfacht und beschleunigt sowie bürokratische Hürden abgebaut werden können, um den Aufwand für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltung zu reduzieren,
2. insbesondere in den Bereichen Planung, Genehmigung und Vergabe bestehende Prozesse zu analysieren und Optimierungspotenziale aufzuzeigen,
3. in einen strukturierten Austausch mit der lokalen und regionalen Wirtschaft einzutreten, um praxisnahe Verbesserungen zu entwickeln,
4. zu prüfen, inwieweit bestehende Spielräume im kommunalen Handeln besser genutzt sowie weitergehende Handlungsspielräume auf Landes- und Bundesebene identifiziert und ggf. entsprechende Initiativen unterstützt werden können.

Die Prüfergebnisse sind dem Rat über seine Fachausschüsse spätestens im 4. Quartal 2026 mit konkreten Handlungsempfehlungen zum Beschluss vorzulegen.

Sachverhalt:

Effiziente, transparente und zügige Verwaltungsverfahren sind eine zentrale Voraussetzung für einen leistungsfähigen Staat – das gilt für eine Kommune wie Braunschweig ebenso wie für Land, Bund und Europa.

Derzeit führen jedoch komplexe Regelungen sowie aufwändige Planungs-, Genehmigungs- und Vergabeprozesse häufig zu Verzögerungen bei wichtigen Projekten und verursachen einen erheblichen bürokratischen Aufwand für Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Gleichzeitig steigen durch lange Verfahrensdauern die Kosten – etwa durch Preissteigerungen im Bau, zusätzliche Gutachten oder verlängerte Finanzierungszeiträume – zulasten aller Beteiligten und insbesondere der Steuerzahler.

Diese Entwicklung hat längst konkrete Auswirkungen auf den Alltag der Menschen. Wer in Braunschweig bauen oder sanieren möchte, erlebt oft langwierige Genehmigungsverfahren. Familien warten länger auf Kitaplätze, weil Neubauten sich verzögern. Unternehmen investieren später oder gar nicht, weil Planungsprozesse zu unsicher und zu langwierig sind.

Auch einfache Verwaltungsleistungen – vom Bauantrag bis zur Gewerbeanmeldung – werden zunehmend als kompliziert, zeitaufwendig und schwer nachvollziehbar wahrgenommen. Bürokratieabbau ist deshalb kein abstraktes politisches Ziel, sondern eine ganz konkrete Entlastung für die Menschen vor Ort.

Dass der Handlungsbedarf beim Bürokratieabbau breit erkannt ist, zeigen zahlreiche Umfragen und Studien. In einer Allensbach-Umfrage vom Februar dieses Jahres nannten 63 % der Befragten „zu viel Bürokratie“ als das dringendste Problem in Niedersachsen – noch vor Themen wie Wohnkosten, Fachkräftemangel oder Infrastruktur. Auch bundesweite Erhebungen bestätigen dieses Bild: In Umfragen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages berichten Unternehmen regelmäßig, dass Bürokratie zu den größten Wachstumshemmnissen zählt. Mittelstandsverbände warnen seit Jahren vor einer zunehmenden Überregulierung, die Innovationen bremst. Der Nationale Normenkontrollrat stellt wiederholt fest, dass sich die Bürokratiekosten für Wirtschaft und Verwaltung auf einem dauerhaft hohen Niveau bewegen.

Auch das KfW-Kommunalpanel zeigt, dass bürokratische Anforderungen zu den zentralen Investitionshemmnissen in Kommunen gehören. Parallel dazu verdeutlichen Befragungen von Handwerkskammern und Bauverbänden, dass insbesondere langwierige Genehmigungs- und Vergabeverfahren Projekte verzögern und verteuern. Über alle Ebenen hinweg ergibt sich somit ein einheitliches Bild: Bürokratie wird zunehmend als eines der größten strukturellen Probleme wahrgenommen.

Aktuelle Einschätzungen kommunaler Spitzenverbände unterstreichen dies. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Deutsche Städtetag weisen darauf hin, dass insbesondere im Vergaberecht sowie bei Planungs- und Genehmigungsverfahren erhebliche Vereinfachungs- und Beschleunigungspotenziale bestehen. Diese Potenziale gilt es konsequent zu nutzen.

Praxisbeispiele zeigen, wie alle Beteiligten davon profitieren können: Verkürzte Genehmigungsverfahren ermöglichen einen schnelleren Bau von Wohnungen, Schulen oder Kitas. Vereinfachte Vergabeverfahren erleichtern insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen und stärken so die regionale Wirtschaft. Digitale und standardisierte Antragsverfahren reduzieren Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger und entlasten gleichzeitig die Verwaltung. Schnellere Verfahren führen zudem zu mehr Planungssicherheit und geringeren Kosten – ein Vorteil für öffentliche Haushalte ebenso wie für private Investoren.

In ihrer Antwort auf eine Anfrage der CDU-Fraktion in der Ratssitzung am 10. März dieses Jahres führt die Verwaltung aus, dass Entbürokratisierung ein wichtiges Ziel sei, um „Abläufe zu vereinfachen und Verwaltungsverfahren zu beschleunigen“ (DS.-Nr. 26-28514-01). Gleichzeitig wird jedoch deutlich, dass bislang vor allem bestehende rechtliche Spielräume genutzt werden, während weitergehende eigene Initiativen nur eingeschränkt erkennbar sind.

Ziel dieser Initiative ist es daher, die vorhandenen Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen und darüber hinaus neue Ansätze für effizientere und praxisgerechtere Verfahren zu entwickeln – selbstverständlich im Rahmen der geltenden Rechtsordnung. Gerade auf kommunaler Ebene bestehen Spielräume, um Prozesse besser zu organisieren, Doppelstrukturen zu vermeiden und Verfahren insgesamt nutzerfreundlicher zu gestalten.

Ein besonderer Fokus sollte dabei auch auf die Perspektive der lokalen und regionalen Wirtschaft gelegt werden. Kleine und mittlere Unternehmen stoßen in der Praxis häufig auf bürokratische Hürden und können diese konkret benennen. Ein strukturierter Dialog mit diesen Akteuren bietet die Chance, realitätsnahe und wirksame Verbesserungen zu entwickeln.

Die Stadt Braunschweig kann durch gezielte Maßnahmen zur Entbürokratisierung nicht nur ihre eigene Effizienz steigern, sondern auch Investitionen beschleunigen, die regionale Wirtschaft stärken und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger spürbar verbessern. Bürokratieabbau ist damit kein Selbstzweck, sondern ein zentraler Baustein für eine moderne, leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung.

Anlage/n:

keine

Betreff:
Struktur und Beschwerdestatistik der AGG-Beschwerdestelle

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
15.04.2026

<i>Beratungsfolge:</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Beantwortung)	30.04.2026	Ö

Sachverhalt:

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) dient dem Schutz vor Diskriminierung und soll Benachteiligungen beispielsweise wegen des Geschlechts, der Religion, einer Behinderung oder der Herkunft verhindern oder beseitigen. Im beruflichen Kontext verschafft das AGG Betroffenen einen rechtlichen Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber, wenn gegen die gesetzlichen Diskriminierungsverbote verstoßen wird.

In der Braunschweiger Verwaltung gibt es aus diesem Grund eine AGG-Beschwerdestelle, an die sich Mitarbeiter*innen wenden können, wenn sie sich im Zusammenhang mit ihrer Beschäftigung durch den Arbeitgeber, Vorgesetzte, andere Mitarbeiter*innen oder Dritte benachteiligt oder belästigt fühlen. Die AGG-Beschwerdestelle ist dem Fachbereich 10 zugeordnet.

Wir fragen:

1. Bei wie vielen aller in den letzten zehn Jahren bei der AGG-Beschwerdestelle eingegangenen Beschwerden wurden nach Prüfung durch die AGG-Beschwerdestelle ein Verstoß gegen das AGG festgestellt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren.)
2. Welche Pläne bestehen, die AGG-Beschwerdestelle künftig unabhängig zu machen oder so anzugliedern, dass sie sich organisatorisch nicht direkt in Hierarchie zum Personaldezernat befindet, um Vertrauensbarrieren für Betroffene zu minimieren und mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden?
3. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass Informationen über die AGG-Beschwerdestelle und das Beschwerdeverfahren für alle Beschäftigten noch zugänglicher, verständlicher und transparenter aufbereitet werden?

Anlage/n:
keine

Betreff:

Struktur und Beschwerdestatistik der AGG-Beschwerdestelle

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

24.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur
Kenntnis)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Verwaltung beantwortet die Anfrage Fraktion Bündnis 90- Die Grünen vom 15.04.2026 wie folgt:

Zu 1.

Eine systematische Aufstellung der Fälle aus den letzten zehn Jahren existiert nicht. Dies ist neben der besonderen Sensibilität des Themas und der damit gebotenen Vertraulichkeit dem Umstand eines Personalwechsels, aber auch der geringen Fallzahl geschuldet, wobei jeder Fall ein Fall zu viel ist.

Bei der AGG-Stelle sind im Jahr

- 2025 vier Meldungen eingegangen - in einem Fall konnte eine Verletzung nicht festgestellt werden

- 2024 drei Meldungen eingegangen - in einem Fall konnte eine Verletzung nicht festgestellt werden

Zu 2.

Es bestehen keine Pläne, die AGG-Stelle anders zu verorten, da Interessenskonflikte nicht bestehen. Die Stadt Braunschweig als Arbeitgeberin duldet keine Diskriminierung, insofern besteht ein Interesse, von Sachverhalten Kenntnis zu erlangen, die nicht mit unseren Wertvorstellungen in Einklang zu bringen sind. Nur dann besteht die Möglichkeit der Verfolgung und der Ahndung.

Zu 3.

Die Mitarbeitenden werden im Intranet über die AGG-Stelle informiert. Zudem wird auf die Möglichkeit hingewiesen, auch die interne Meldestelle nach dem Hinweisgeberschutzgesetz zu nutzen. Den Mitarbeitenden stehen außerdem unterschiedliche interne Beratungsstellen zur Verfügung. Außerdem werden Schulungen beispielsweise zum Thema Diversity und sexueller Belästigung angeboten.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

keine

Betreff:
KI in der Stadtverwaltung: Wie werden Mitarbeitende befähigt?

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
15.04.2026

Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Beantwortung)	30.04.2026	Ö

Sachverhalt:

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig möchte sich digitaler aufstellen und setzt aktuell verschiedene Digitalisierungsprojekte um. Damit Braunschweig sich weiter zur zukunftsorientierten „Smart City“ transformieren kann, gibt es seit Kurzem zum Beispiel den KI-gestützten Chatbot Lio, der Fragen zu einfachen Verwaltungsangelegenheiten beantwortet. Während Lio sich auf die Anwendung durch die Braunschweiger Bürger*innen fokussiert, gibt es auch für Mitarbeitende drei KI-generierte Chatbots wie den „Kreativbot-BS“, der bei Brainstormings oder bei der Erstellung von Texten unterstützt, um die Verwaltung im Inneren digitaler und innovativer zu gestalten.

Zwar bringen die beschriebenen Bots sicherlich Produktivitätsgewinne, z. B. bei der Recherche, verändern aber nicht automatisch die Arbeitsweise der Verwaltung. Echte Effekte entstehen erst dann, wenn alle Mitarbeitenden lernen, KI sinnvoll im Alltag einzusetzen. Dazu braucht es systematische Schulungen, klare Nutzungsregeln, IT-Sicherheit bei der Nutzung von KI und KI-Governance, Integration in interne Prozesse sowie echte Datensouveränität.

Daher fragen wir:

1. Welche Bestrebungen gibt es über die bestehenden KI-gestützten Chatbots hinaus, um Verwaltungsmitarbeitende zu befähigen, KI im Arbeitsalltag sinnvoll einzusetzen?
2. Welche zentralen Stellen innerhalb der Verwaltung sind dafür verantwortlich, dass Mitarbeitende und Fachbereiche die notwendigen Voraussetzungen erhalten, um KI- und Digitalisierungstools erfolgreich und sicher im Arbeitsalltag einsetzen zu können (z. B. durch Schulungen, Erarbeitung von Nutzungsregeln, IT-Sicherheitsmechanismen usw.)?
3. Welche finanziellen Mittel plant die Verwaltung in den kommenden Jahren im Rahmen der IT-Planung für welche KI- und Digitalisierungsprojekte ein?

Anlage/n:
keine

Betreff:

KI in der Stadtverwaltung: Wie werden Mitarbeitende befähigt?

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

24.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur
Kenntnis)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Verwaltung beantwortet die Anfrage der Fraktion Bündnis 90- Die Grünen vom 30.04.2026 wie folgt:

zu 1.:

Aktuell erarbeitet die Verwaltung interne Regelungen für die Einführung und Nutzung von KI. In dem Zusammenhang wird auch geklärt, wie künftig KI-Kompetenzen in der Verwaltung gefördert werden. Die bestehenden KI-gestützten Chatbots sind als Pilotsysteme mit freiwillig teilnehmenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin in spezialisierten Anwendungsbereichen ausgestaltet. Sie dienen der Erprobung von Technologien in einem geschützten Rahmen. Die teilnehmenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in der Nutzung der KI-gestützten Chatbots geschult.

zu 2.:

Nach bisheriger Regelung liegt die Verantwortung für den Einsatz von IuK-Anwendungen im jeweils zuständigen Fachbereich, der deren Nutzung anordnet. Sie liegt bei den Leitungen der Organisationseinheiten und umfasst insbesondere die Pflicht zur Freigabe von Anwendungen. Die Verwaltung klärt derzeit im Rahmen der Abstimmungen zu internen Regelungen über die KI-Nutzung unter anderem wie die Aufgabenverteilung zur Förderung von KI-Kompetenz innerhalb der Verwaltung künftig aussehen soll und welche Instrumente (z. B. Workshops, E-Learning, Anleitungen) dazu eingesetzt werden.

zu 3.:

Die Verwaltung erarbeitet derzeit eine Innovationsstrategie (vgl. Vorlage 25-26577), in der dem Rat unter anderem ein Maßnahmen- und Projektplan für die kommende Jahre vorgelegt wird, aus dem sich der finanzielle Mittelbedarf ergeben wird.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

keine

Betreff:

Wie steht es um eine Digitalisierungsstrategie der Verwaltung?

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

15.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur
Beantwortung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Sachverhalt:

Im vergangenen Jahr hat der Rat der Stadt Braunschweig die Erarbeitung einer Innovationsstrategie beschlossen, die den Einsatz innovativer Technologien ermöglichen soll, damit die Braunschweiger Stadtverwaltung digital zukunftsfähig aufgestellt wird (Ds. 25-26577).

Zu einer Innovationsstrategie gehört untrennbar eine Digitalisierungsstrategie, die neben technologischen Fragen auch organisatorische Strukturen, Zuständigkeiten, Personalentwicklung sowie den notwendigen Kulturwandel berücksichtigt. Themen wie durchgängige digitale Prozesse, der systematische Umgang mit Daten im Sinne einer Datenstrategie sowie die Qualifizierung der Mitarbeitenden gewinnen dabei zunehmend an Bedeutung. Ebenso sind Fragen der ausreichenden Datensicherheit, des Datenschutzes, der digitalen Souveränität und des rechtssicheren Einsatzes von Cloud- und KI-Anwendungen von zentraler Relevanz.

Vor dem Hintergrund der Erarbeitung einer Innovationsstrategie stellt sich daher die Frage, inwieweit diese Aspekte bereits berücksichtigt werden und wie die Verwaltung sicherstellt, dass die Digitalisierung nicht nur konzeptionell, sondern auch operativ wirksam umgesetzt werden kann.

Daher fragen wir:

1. Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand einer notwendigen internen Digitalisierungsstrategie, die insbesondere Maßnahmen zur Schulung der Mitarbeitenden, zur durchgängigen Digitalisierung von Prozessen sowie zur Gewährleistung von Datensicherheit umfasst?
2. Wie ist die Organisationsstruktur zur Steuerung und Umsetzung der Digitalisierung innerhalb der Verwaltung konkret ausgestaltet (z. B. Zuständigkeiten, Rollen, Personalkapazitäten)?
3. Welche Ressourcenplanung gibt es hinsichtlich zusätzlicher Personal- und externer Unterstützungsbedarfe für die Umsetzung der Digitalisierungs- bzw. Innovationsstrategie in den kommenden Jahren?

Anlage/n:

keine

Betreff:

Wie steht es um eine Digitalisierungsstrategie der Verwaltung?

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

27.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur
Kenntnis)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Verwaltung hat zu Fragen der Digitalisierung bereits in mehreren Vorlagen berichtet, unter anderem mit der Mitteilung 19-09932 „Umsetzung der IT-Strategie“ in der Präsentation „Digitalisierung der Verwaltung“ über die strategischen Maßnahmen zur internen Digitalisierung der Verwaltung, mit der Mitteilung 20-14268 „Ausbau des E-Government im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)“, mit der Stellungnahme 21-15513-01 „Sachstand zur Umsetzung der Smart City Strategie“ über operative Maßnahmen zur internen Digitalisierung der Verwaltung, insbesondere zur Digitalisierung von Akten, auch in der Beschlussvorlage 21-15761, mit der Stellungnahme 22-19539-01 „Digitalisierung der Verwaltung: Wird das Ziel des Onlinezugangsgesetzes erreicht?“, mit der Mitteilung 23-22640 „Aktueller Stand der Digitalisierung“ sowie zuletzt mit der Mitteilung 25-25403 „Sachstand Verwaltungsdigitalisierung“ mit einem Ausschnitt aus aktuellen Projekten.

Vor diesem Hintergrund werden die Fragen wie folgt beantwortet:

zu 1.:

Die interne Digitalisierung der Stadtverwaltung wird schrittweise durch den Aufbau und Ausbau zentraler Querschnittsinfrastrukturen sowie durch die Erweiterung und Integration dezentraler Fachanwendungen vorangetrieben. Ein zentrales Ziel ist dabei die Ablösung papierbasierter Akten durch elektronische Akten im Rahmen der stadtweiten Einführung eines einheitlichen Dokumentenmanagementsystems (DMS):

Der Umsetzungsstand ist hierbei insgesamt weit fortgeschritten. Über 70 % der Büroarbeitsplätze der Stadtverwaltung sind bereits an das DMS enaio der Fa. Optimal Systems GmbH angebunden. Allgemeine Schriftgutverwaltung, elektronische Aktenführung, digitale Workflows und eine digitale Postbearbeitung sind hierbei Kernelemente. Die zentrale Digitalisierung der Eingangspost läuft bereits in mehreren Organisationseinheiten im Echtbetrieb und sorgt dabei für durchgängige digitale Prozesse ohne Medienbrüche.

Ziel ist es, die allgemeine Schriftgutverwaltung in den noch ausstehenden Bereichen bis Ende 2026 auszurollen. Aufgrund des weiten Fortschritts konnten neben der Verwaltung auch bereits einzelne städtische Gesellschaften zur digitalen Vorgangssachbearbeitung beraten werden. Auch ein entsprechendes Angebot an die im Rat der Stadt Braunschweig vertretenen Fraktionen zur elektronischen Aktenführung ist aktuell erfolgt.

Bei der Umsetzung spielt die Einbindung der Mitarbeitenden eine wichtige Rolle, auch um eine Akzeptanz für den Paradigmenwechsel von der bisher papierbasierten Aktenführung hin zur digitalen Vorgangssachbearbeitung zu erlangen. Vor der Arbeit im DMS finden daher auch Schulungen statt, die als Live-Online-Schulungen durch den Hersteller oder über ein E-Learning-Portal angeboten werden.

Schulungen erfolgen grundsätzlich bedarfsorientiert und in Abhängigkeit der jeweiligen Technologie, der rechtlichen Anforderungen und des Wissensstandes in der Verwaltung. Neben den DMS-Schulungen finden beispielsweise weitere Schulungen im Zusammenhang mit dem Kommunikationsdienst Unified Communications, der juristischen Datenbank Beck-Online und zunehmend auch im Kontext der Nutzung von KI-Systemen statt.

Im Zuge der stadtweiten Einführung des DMS wurden Prozesse mit Unterstützung der Fa. skbs.digital GmbH bereits aufgenommen, optimiert und als digitale Workflows in das DMS implementiert. Da die aus einem Prozessmanagement abgeleiteten Optimierungsmaßnahmen dazu beitragen, personelle und finanzielle Ressourcen dauerhaft wirksamer einzusetzen, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung insgesamt zu stärken und die Digitalisierung weiter voranzutreiben, wird die Verwaltung mit Abschluss der DMS-Einführung ein dauerhaftes, systematisches Prozessmanagements in der Verwaltung aufbauen und betreiben.

Die Verwaltung strebt prinzipiell eine durchgängige Digitalisierung von Prozessen (Ende-zu-Ende-Digitalisierung) an. Parallel dazu werden die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine OZG-konforme elektronische Annahme und Bearbeitung von Anträgen geschaffen. Die Verwaltung betreibt hierzu ein Serviceportal, über das Online-Dienstleistungen sowohl für Antragstellende als auch für die bearbeitenden Stellen verfügbar gemacht werden. Für eigene Aufgaben der Stadt werden Anträge im städtischen Formularmanagementsystem bereitgestellt. Für Aufgaben nach Bundes- oder Landesrecht werden EfA-Verfahren eingesetzt, sofern diese verfügbar und wirtschaftlich einsetzbar sind. Soweit dies rechtlich erforderlich oder wirtschaftlich geboten ist, werden Fachverfahren zur Bearbeitung von Anträgen modernisiert oder neu eingeführt. Werden Aufgaben der Fachbereiche durch spezialisierte Fachanwendungen unterstützt, erfolgt bei der Einführung von Online-Anträgen oder des DMS regelmäßig auch eine organisatorische Betrachtung der Prozesse. In der Regel werden Online-Antrag, Fachverfahren und DMS dabei miteinander verzahnt.

Für mobiles digitales Arbeiten steht die fachlich erforderliche Geräteausstattung zur Verfügung. Hierzu zählen insbesondere Notebooks, Tablets, Smartphones, Mobiltelefone, Monitore und Dockingstationen. Zudem baut und betreibt die Stadtverwaltung ein integriertes physisches Datennetz für alle Liegenschaften und Anwendungen, einschließlich der städtischen Schulen.

Zum Schutz der Daten werden auf Netzebene für verschiedene Anwendungsbereiche, insbesondere Verwaltung, Pädagogik, Telefonie, Gebäudetechnik und externe Nutzung, separate virtualisierte Netze nach dem Stand der Technik bereitgestellt. Schulungen stehen anwendungsbezogen zur Verfügung. Die Datensicherheit wird auf Grundlage der DSGVO mit dezentralen Datenschutzkoordinatoren gewährleistet; ergänzt wird dies durch eine stadtweite IT-Sicherheitsorganisation nach BSI-Grundsatz.

zu 2.:

Die Steuerung und Umsetzung der Digitalisierung in der Stadtverwaltung erfolgt im Zusammenwirken zentraler und dezentraler Strukturen. Querschnittsinfrastrukturen werden zentral aufgebaut und betrieben, während fachlich spezialisierte Anwendungen in den jeweiligen Fachbereichen verantwortet werden.

Die organisatorische Verzahnung erfolgt über Projektgruppen, Arbeitsgruppen und zentrale Ansprechpartner für die dezentralen Aufgabenverantwortlichen. Zentrale Ansprechpartner stehen insbesondere für die Bereiche IT-Organisation, Organisation, Datenschutz und IT-Sicherheit zur Verfügung.

Diese Strukturen werden in den Fachbereichen durch Koordinatorinnen und Koordinatoren für IT, Datenschutz, IT-Sicherheit, Digitalisierung und OZG-Umsetzung ergänzt. Dadurch wird sichergestellt, dass technische, organisatorische und fachliche Anforderungen eng aufeinander abgestimmt werden.

Die Personalkapazitäten in den genannten Bereichen wurden in den vergangenen Jahren bedarfsgerecht ausgebaut.

zu 3.:

Die Ressourcenplanung orientiert sich an den jeweiligen Aufgaben und Fallzahlen und berücksichtigt sowohl eingetretene als auch absehbare Bedarfe. Der zukünftige Sachkostenbedarf für externe Leistungen und Lieferungen im Zusammenhang mit IT-Vorhaben wird jährlich ermittelt, geprüft, beraten und geplant. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass sowohl neue Vorhaben als auch der Betrieb bestehender digitaler Lösungen angemessen berücksichtigt werden können. Für den Betrieb zentraler Infrastrukturen und die Erweiterung dezentraler Anwendungen stehen jährlich 3,5 Mio. € für die Verwaltung zur Verfügung. Diese werden um jährlich 1,5 Mio. € für die Modernisierung und Erweiterung der Datennetze der Schulen und um weitere Budgets für Telefon- und Datennetz-Gebühren ergänzt.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

keine

Betreff:
Dynamisierung der Zuwendungen ab 2027

Organisationseinheit:
Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:
31.03.2026

<i>Beratungsfolge:</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)	15.04.2026	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Kenntnis)	30.04.2026	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	05.05.2026	N
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	12.05.2026	Ö

Sachverhalt:

Mit der Vorlage „Anpassung der Dynamisierung der Zuwendungen ab dem Jahr 2022“ (DS-21-17494) vom 13. Januar 2022 wurde als Stichtag der Überprüfung der Dynamisierung der 31. März festgelegt. Mit der Mitteilung zur Erhöhung der Dynamisierung ab 2025 wurde als neuer Stichtag zur Überprüfung der 31. März 2026 festgelegt.

Für die Neuberechnung der Dynamisierung wurden alle bekannten Tarifsteigerungen und Steigerungen des Preisindexes bis zum Stichtag 31. März 2026 berücksichtigt.

Entsprechend der bekannten Tarifsteigerungen für den Zeitraum 2022 - 2026 und des Preisindex von 2021 - 2025 ergeben sich folgende Dynamisierungssätze:

Personalkosten 3,91 % (vorher: 3,43 %)
Sachkosten 4,06 % (vorher: 3,56 %)
Personal- und Sachkosten 3,94 % (vorher: 3,45 %)

Die Berechnungen sind aus Anlage 1 zu entnehmen

Die veränderten Dynamisierungssätze ergeben folgende Mehr-/Minderbedarfe für 2027, die entsprechend der o.g. Ratsvorlage auf volle 100,00 € aufgerundet wurden.

	FB 50	Ref. 0500	FB 51	FB 41	Ref. 0670	FB 37
Mehr-Minderbedarf insgs.	257.600,00	22.300,00	136.300,00	108.900,00	52.800,00	700,00
davon Veränderungen bei Zuwendungsempfänger nur						
- Personalkosten	37.900,00				7.800,00	
- Sachkosten	1.700,00	3.100,00				700,00
- Personal- und Sachkosten	218.000,00	19.200,00	136.300,00	108.900,00	45.000,00	

Für 2028 ergeben sich folgende Mehr-/Minderbedarfe:

	FB 50	Ref. 0500	FB 51	FB 41	Ref. 0670	FB 37
Mehr- Minderbedarf insgs.	269.700,00	23.100,00	141.800,00	127.300,00	98.700,00	800,00
davon Veränderungen bei Zuwendungs- empfänger nur						
- Personalkosten	39.300,00				15.800,00	
- Sachkosten	2.000,00	3.300,00				800,00
- Personal- und Sachkosten	228.400,00	19.800,00	141.800,00	127.300,00	82.900,00	

Die aus den veränderten Dynamisierungssätzen ab dem Jahr 2027 folgenden Mehrbedarfe sind bislang nicht im Haushalt berücksichtigt. Eine Einplanung zum Doppelhaushalt 2027/2028 erfolgt, soweit es die aktuelle Haushaltslage zulässt (DS 21-17494). Aufgrund des Doppelhaushalts 2027/2028 erfolgt die nächste Überprüfung der Dynamisierung zum Haushaltsjahr 2029 zum Stichtag 31. März 2028.

Dr. Rentzsch

Anlage/n:

1 - Berechnung der Durchschnittssätze (öffentlich)

Anlage 1

Berechnung der Durchschnittssätze1. Verbraucherpreisindex

Es wird für die Berechnung die Inflation der Verbraucherpreise für einen Zeitraum von 5 Jahren (2021 -2025) zu Grunde gelegt.

Jahr	Verbraucherpreisindex x	Veränderung zum Vorjahr
		in (%)
2021	103,1	3,1
2022	110,2	6,9
2023	116,7	5,9
2024	119,3	2,2
2025	121,9	2,2

Durchschnittliche jährliche Steigerung 2021 - 2025 (in %)	4,06
---	-------------

2. Tarifsteigerung

Es wird für die Berechnung ein Durchschnittswert der Tarifsteigerung nach TVöD für den Zeitraum 2022 - 2026 zugrunde gelegt.

Nachstehend ist die Entwicklung der Tarifsteigerung TVöD dargestellt.

Jahr	Steigerung (durchschnittlich, in %)	
2022	1,8	
2022	1,71	SUE Zulage und Regenerationstage
2023	2,95	SUE Zulage und Regenerationstage
2023	4,54	Inflationsausgleichszahlung
2024	10,54	Inflationsausgleichszahlung und Tariferhöhung
2025	3	
2026	2,8	

Durchschnitt 2022 - 2026 (in %)	3,91
---------------------------------	-------------

3. Mischkalkulation (Tarifsteigerung 80 %/ Verbraucherpreisindex 20 %)

Im Rahmen der Mischkalkulation beträgt der durchschnittliche Mischwert 3,94 %.

durchschn. Tarifsteigerung (3,91 %)	davon 80 %	3,13
durchschn. Verbraucherpreisindex (4,06 %)	davon 20 %	0,81
durchschn. Mischwert		3,94

Das Verhältnis von 80 % Personalkosten zu 20 % Sachkosten wurde zur Beschlussvorlage anhand von 10 Zuwendungsvorgängen ermittelt.

*Betreff:***Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
Standortthematik***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

24.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur
Kenntnis)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Sachverhalt:

Mit der Mitteilung außerhalb von Sitzungen vom 10. Februar 2026 hatte die Verwaltung gegenüber der Politik über die sogenannte „Zwei-Kilometer-Regelung“ der Krankenhausreform informiert (siehe hierzu DS 26-28371). Die in diesem Zusammenhang gestellte Anfrage der AfD-Fraktion wurde zur Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig am 10. März 2026 beantwortet (siehe hierzu DS 26-28516-01). Mit dieser Mitteilung wird über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der sogenannten Standortthematik berichtet.

Das Städtische Klinikum Braunschweig (skbs) verfügt über zwei Standorte i. S. v. § 2a Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG), da die Standorte Celler Straße und Fichtengrund (respektive Salzdahlumer Straße) über 2 km (Luftlinie) voneinander entfernt liegen. Um beide Standorte als einen einzigen Standort anerkennen zu lassen und somit zukünftig weiterhin alle bisherigen Leistungen an den vorhandenen Standorten erbringen zu können, hatte das skbs bereits im November 2025 einen Antrag nach § 9 der Vereinbarung gemäß § 293 Absatz 6 SGB V über ein bundesweites Verzeichnis der Standorte der nach § 108 SGB V zugelassenen Krankenhäuser und ihrer Ambulanzen (Verzeichnisvereinbarung) vom 1. Juni 2025 gestellt.

Seitens des skbs wurde am 13.02.2026 zunächst eine Aussetzung des Verfahrens beantragt, da der Antrag zwar den formalen Kriterien entsprach, jedoch aus Sicht der für die Entscheidung über den Antrag auf Bundesebene zuständigen sog. Clearingstelle, bestehend aus dem Spitzenverband der Krankenkassen und der Deutschen Krankenhausgesellschaft, nicht die inhaltlichen Schwerpunkte in ausreichender Tiefe für eine positive Entscheidung abgebildet hätte. Eine Überarbeitung des bereits eingereichten Antrages war aufgrund technischer Vorgaben des Online-Portals nicht möglich, sodass vor dem Hochladen des neuen überarbeiteten Antrags zunächst der bisherige Antrag gelöscht werden musste.

Aus inhaltlicher Sicht wurde der Antrag mit den Schwerpunkten der angestrebten funktionellen Einhäusigkeit (Zentralklinik) und damit verbundenen medizinischen Versorgungsaspekten erweitert. Dies erfolgte unter fachlicher Begleitung und enger Abstimmung mit der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft (NKG). Seitens der Geschäftsführung des skbs wird vor dem Hintergrund eine positive Entscheidung erwartet.

Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit über den weiteren Fortgang des Verfahrens informieren.

Die Geschäftsführung prüft, auch wenn bis auf weiteres von einer Zustimmung der Clearingstelle zum überarbeiteten Ausnahmeantrag ausgegangen wird, vorsorglich Alternativoptionen auf Grundlage der aktuellen Gesetzesänderungen des KHAG, die in der Entscheidungszuständigkeit des MS lägen, um die Vorhaltung von Doppelstrukturen und damit einhergehende wirtschaftliche Belastungen zu vermeiden.

Geiger

Anlage/n:

keine

*Betreff:***Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
Jahresabschluss 2025 - Feststellung***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

15.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

1. der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig werden angewiesen,
2. der Stadt Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen,

in der Gesellschafterversammlung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig folgende Beschlüsse zu fassen:

- I. Der Jahresabschluss 2025, der einen Jahresüberschuss von 4.880.012,08 € sowie nach Einstellung in die Gewinnrücklagen (Bauerneuerungsrücklage) von 2.880.012,08 € einen Bilanzgewinn von 2.000.000,00 € ausweist, wird festgestellt.

Der in die Gewinnrücklagen (Bauerneuerungsrücklage) einzustellende Betrag berechnet sich entsprechend der zwischen Stadt Braunschweig, Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig und Stadt Braunschweig Beteiligungen GmbH getroffenen Vereinbarung vom 7. März 2016 in der Fassung des 1. Nachtrags vom 2. November 2025.

- II. Von dem Bilanzgewinn in Höhe von 2.000.000,00 € wird in Anwendung der in I. genannten Vereinbarung und gemäß § 17 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in Höhe von 1.500.000,00 € an die Gesellschafterin Stadt Braunschweig Beteiligungen GmbH ausgeschüttet. Der verbleibende Anteil von 500.000,00 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Sachverhalt:

Das Stammkapital der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (Niwo) wird in Höhe von 45,9 % von der Stadt Braunschweig sowie in Höhe von 44,1 % von der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) gehalten. Für die von der Niwo gehaltenen eigenen Anteile in Höhe von 10 % des Stammkapitals ruhen Rechte und Pflichten.

Gemäß § 12 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages der Niwo obliegt die Feststellung des

Jahresabschlusses sowie der Beschluss über die Ergebnisverwendung der Entscheidung der Gesellschafterversammlung der Niwo. Nach § 12 Ziff. 5 des Gesellschaftsvertrages der BSBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Niwo der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der Niwo sowie der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziff. 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der Niwo hat sich mit dem Jahresabschluss 2025 sowie der Empfehlung an die Gesellschafterversammlung hinsichtlich Feststellung und Gewinnverwendung in seiner Sitzung am 13. März 2026 befasst und eine entsprechende Empfehlung an die Gesellschafterversammlung ausgesprochen.

Für das Geschäftsjahr 2025 findet erstmals der 1. Nachtrag vom 2. November 2025 zu der zwischen Niwo und ihren Gesellschafterinnen Stadt Braunschweig sowie BSBG abgeschlossenen Vereinbarung über die Ergebnisverwendung vom 7. März 2016 Anwendung (vgl. VA vom 26. Januar 2016, DS 15-00489 sowie VA vom 28. Oktober 2025, DS 25-26549).

Hiernach wird von dem erwirtschafteten Jahresüberschuss 2025 von 4.880 T€ ein Betrag von 2.880 T€ in die Gewinnrücklagen der Niwo eingestellt. Der als Bilanzgewinn ausgewiesene Differenzbetrag von 2.000 T€ wird in Höhe von 1.500 T€ zur Ausschüttung an die Gesellschafterin BSBG vorgesehen sowie in Höhe von 500 T€ auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Gesellschaftsvertrag der Niwo lässt gemäß § 17 Abs. 2 eine Abweichung von der quotalen Gewinnausschüttung zu, indem die Gesellschafterversammlung für das jeweilige Geschäftsjahr im Rahmen des Ausschüttungsbeschlusses einstimmig über die abweichende Gewinnverteilung beschließen kann. Es wird demgemäß vorgeschlagen, dass die Ausschüttung an die BSBG erfolgt.

Der von der Niwo auf die Dividende von 1.500 T€ abzuführende Steuerbetrag (Kapitalertragsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) wird der BSBG im Rahmen ihrer Steuerveranlagung erstattet, so dass im Ergebnis die Dividende durch die BSBG in voller Höhe ergebniswirksam vereinnahmt werden kann.

Anhand der auf der folgenden Seite gezeigten Zusammenfassung der Jahre 2024 bis 2026 ergeben sich folgende Anmerkungen:

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung wurden wiederum die Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen der einzelnen Geschäftsfelder - bestehend aus Bestand, IGS Wilhelm-Bracke, Neubauvorhaben Alsterplatz, Neubauvorhaben Nördliches Ringgebiet (1.-3. Bauabschnitt), Martha-Fuchs-Str. (Broitzem) sowie Stöckheim-Süd - geprüft und dem Prüfbericht als Anlage 8 beigelegt.

		IST	Plan	IST	Plan
	in T€	2024	2025	2025	2026
1	Umsatzerlöse *)	+ 58.188	+ 59.180	+ 60.919	+ 61.236
1a	% zum Vorjahr / zum Plan		+ 1,7	+ 4,7 / + 2,9	+ 3,5
2	Sonstige betriebliche Erträge	+ 3.849	+ 3.418	+ 2.917	+ 2.463
3	Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen**)	- 31.975	- 32.467	- 32.510	- 34.255
4	Personalaufwand	- 8.367	- 8.876	- 8.446	- 9.237
5	Abschreibungen	- 10.017	- 10.047	- 10.097	- 10.357
6	Sonst. betriebl. Aufwendungen	- 3.413	- 2.840	- 3.120	- 3.124
7	Betriebsergebnis (1 bis 6)	+ 8.265	+ 8.368	+ 9.663	+ 6.726
8	Zins-/Finanzergebnis	- 4.708	- 4.901	- 4.680	- 4.915
9	Ertragsteuern	- 22	- 305	- 103	--
10	Jahresergebnis (7+8+9)	+ 3.535	+ 3.162	+ 4.880	+ 1.811
11a	davon auf neue Rechnung vorzutragen (Gewinnvortrag)	--	--	- 500	- 311
11b	davon Einstellung (-) in Gewinnrücklagen	- 2.268	- 2.081	- 2.880	--
12	davon Ausschüttung an BSBG	+ 1.267	+ 1.081	+ 1.500	+ 1.500

*) incl. Bestandsveränderungen und anderen aktivierten Eigenleistungen

***) incl. Grundsteuer (weiter zu berechnender Aufwand für Hausbewirtschaftung)

Anzumerken ist, dass der Plan 2026 unter Anwendung des 1. Nachtrags aufgestellt wurde und somit höhere Instandhaltungsaufwendungen und in der Folge einen niedrigeren Jahresüberschuss ausweist.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss 2025 von 4.880 T€ (Vorjahr: 3.535 T€) liegt mit 1.718 T€ über dem Planwert von 3.162 T€. Das Ergebnis generiert sich aus dem Saldo einer Vielzahl, zum Teil gegenläufiger Entwicklungen der ergebniswirksamen Posten in den einzelnen Geschäftsbereichen, wobei das Geschäftsfeld „Bestandsbewirtschaftung“ nach wie vor den beherrschenden Anteil einnimmt.

Die Entwicklung des im Posten „Umsatzerlöse aus Bewirtschaftungstätigkeit“ enthaltenen Netto-Mieterfolgs stellt sich wie folgt dar:

	Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
	T€	T€	T€	T€
Sollmieten	39.183	39.953	40.561	40.795
Erlösschmälerungen	-1.688	-1.115	-1.500	-1.252
Differenz=Netto-Mieterfolg	37.495	38.838	39.061	39.543

Auf die Erläuterungen zum Geschäftsfeld „Bestandsbewirtschaftung“ wird zusätzlich verwiesen.

Die durchschnittliche monatliche Wohnungsmiete mit Stichtagsbezug Dezember 2025 betrug 6,36 €/m² (2024: 6,33 €/m²). Der Anteil der Erlösschmälerungen an den Sollmieten beläuft sich auf rd. 3,7 Prozent (Vorjahr: 4,3 Prozent) und ist wesentlich auf modernisierungsbedingt

leerstehende Wohnungen zurückzuführen. Die marktbedingte Leerstandsquote am Jahresende liegt mit rd. 1,13 % leicht unter der des Vorjahres von rd. 1,64 %.

Im Posten „sonstige betriebliche Erträge (2.917 T€) sind Buchgewinne der Grundstücksverkäufe aus den Stadtteilen Lehdorf und Wenden von insgesamt 731 T€ enthalten. Es handelt sich hierbei um Einzelveräußerungen von Objekten, die künftig im Rahmen des „Klimapfades“ nicht mehr wirtschaftlich saniert und betrieben werden können.

Weiterhin enthält der Posten 707 T€ aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen sowie sonstigen Rückstellungen. Aufgrund geringer ausgefallenen Versicherungserstattungen (- 470 T€) wurde im Saldo der Planwert der sonstigen betrieblichen Erträge nicht erreicht.

Der Personalaufwand von 8.446 T€ liegt um 430 T€ unter dem Planwert von 8.876 T€. Während die Löhne und Gehälter mit 6.141 T€ um rd. 468 T€ wegen verschiedener Renteneintritte unter dem Plan von 6.609 T€ liegen, überschreiten die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung (2.305 T€) den Planwert von 2.267 T€ um 38 T€.

Das Gesamtvolumen für Instandhaltung und Modernisierung belief sich - vor Verrechnung mit Erstattungen - im Geschäftsjahr 2025 auf rd. 16,2 Mio. € (Vorjahr: rd. 17,6 Mio. €).

Der Anstieg der Buchwerte des Sachanlagevermögens um 886 T€ auf 302.741 T€ resultiert - nach Abschreibungen sowie Buchwertabgängen - im Wesentlichen aus den Investitionen der Neubauvorhaben Nördliches Ringgebiet (3. Bauabschnitt) sowie Stöckheim-Süd.

Betreffend Alsterplatz sowie den 1., 2. und 3. Bauabschnitt des Nördlichen Ringgebiets bestehen zum Bilanzstichtag Rückstellungen für noch anfallende Baukosten für Folgejahre aus vertraglichen Verpflichtungen in Höhe von 4.697 T€ (Vorjahr 5.885 T€).

Die nachstehende Tabelle verdeutlicht die Entwicklung von Eigenkapital und Bilanzsumme in den letzten drei Geschäftsjahren:

	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2025
Bilanzsumme (BS)	333.211 T€	338.352 T€	341.836T€
Eigenkapital (EK)	65.316 T€	67.440 T€	71.053 T€
EK-Quote (EK*100/BS)	19,6 %	19,9 %	20,8 %

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 3.484 T€ auf 341.836 T€ gestiegen. Dies liegt im Wesentlichen an den oben genannten Aktivierungen im Sachanlagevermögen (Investitionen im 3. Bauabschnitt des Nördlichen Ringgebiets, Stöckheim Süd „Berghey“ sowie Martha-Fuchs-Straße).

Auf der Passivseite macht sich nunmehr die dargestellte Erhöhung der Eigenkapitalbasis zur Finanzierung der Investitionen positiv bemerkbar.

Am Bilanzstichtag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Bauverträgen in Höhe von 6.672 T€ (Vorjahr 5.311 T€). Diese Verpflichtungen resultieren im Wesentlichen aus den Verträgen für Neubauprojekte, insbesondere für das Neubauvorhaben Stöckheim Süd „Berghey“.

Der Lagebericht verweist im darin enthaltenen Risikobericht insbesondere auf mögliche negative Ergebniseffekte sowie Liquiditätsrisiken, die durch Steigerungen der Baukosten im Bereich der Miet- und Verkaufsobjekte (einschließlich des Grundstückshandels), der Erschließungsverpflichtungen auf fremden Grundstücken (Grundstückstauschgeschäfte)

sowie bei den langfristigen Verpflichtungen aus den Städtebaulichen Verträgen resultieren können. Eine weitere Herausforderung stellt die Klimaschutzgesetzgebung dar.

Die Verteilung des Jahresergebnisses auf die einzelnen Geschäftsfelder ergibt sich aus nachfolgender Tabelle (vgl. auch im Prüfbericht die Anlage 7 „Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz“ - HGrG - unter Punkt 14a):

		IST	Plan	IST	Plan
	in T€	2024	2025	2025	2026
1	Bestandsbewirtschaftung	+ 4.232	+ 3.202	+ 4.818	+ 1.948
2	IGS Wilhelm Bracke	- 109	+ 110	+ 228	+ 143
3	Alsterplatz	- 131	- 91	- 223	- 191
4	Nördliches Ringgebiet 1. BA HA 135	- 68	+ 194	+ 103	+ 192
5	Nördliches Ringgebiet 2. BA HA 136 und KiTa Sielkamp	- 276	- 209	+ 44	- 260
6	Nördliches Ringgebiet 3. BA HA 137	+ 16	- 5	+ 6	+ 20
7	Martha-Fuchs-Str.	- 6	- 4	- 4	- 5
8	Stöckheim Süd	- 123	- 35	- 92	- 36
	Jahresergebnis Gesamtbetrieb	+ 3.535	+ 3.162	+ 4.880	+ 1.811

Es ergeben sich nachfolgende Anmerkungen zu ausgewählten Geschäftsbereichen:

Bestandsbewirtschaftung

Das um 1.616 T€ über dem Plan von 3.202 T€ liegende Ergebnis des Bestandsgeschäfts ist - wie bereits in den Vorjahren - durch außerordentliche Faktoren geprägt. Der positive Saldo entsteht im Wesentlichen durch überplanmäßige Bestandserhöhungen aus noch weiterzuberechnenden Betriebskosten bei gleichzeitig über Plan liegenden Aufwendungen für Betriebskosten sowie unter Plan liegendem Personalaufwand.

Die Entwicklung des im Posten „Umsatzerlöse aus Bewirtschaftungstätigkeit“ enthaltenen Netto-Mieterfolgs stellt sich wie folgt dar:

	Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
	T€	T€	T€	T€
Sollmieten	32.948	33.190	33.514	33.828
Erlösschmälerungen	-1.473	-959	-1.301	-1.122
Differenz=Netto-Mieterfolg	31.475	32.231	32.213	32.706

Die Gesellschaft nutzt den rechtlichen Rahmen für Mietanpassungen – sowohl für Erstbezüge als auch für laufende Mietverträge – sozialverträglich, um die Ertragskraft und damit die Möglichkeiten der Innenfinanzierung zu verbessern. Auf die obigen Erläuterungen

zum Gesamtbetrieb wird zusätzlich verwiesen. Im Vorjahresvergleich konnten die Erlösschmälerungen wegen leerstehender Mietobjekte reduziert werden.

IGS Wilhelm Bracke

In Plan und Jahresergebnis 2025 wurde nunmehr der geplante „Turning Point“ erreicht, von dem an positive Ergebnisse des Geschäftsbereichs generiert werden.

Das Ergebnis von + 228 überschreitet den Plan von + 110 T€, da geringere Instandhaltungen anfielen als geplant.

Neubauvorhaben Alsterplatz

Im Neubauvorhaben Alsterplatz wurden auf dem ehemaligen Gelände der IGS Wilhelm Bracke 187 Mietwohnungen, neun Gewerbeeinheiten, eine Kindertagesstätte sowie 36 Eigentumswohnungen errichtet. Die Eigentumswohnungen sind veräußert. Die Mietwohnungen befanden sich im Jahr 2025 in vollständiger Bewirtschaftung, die letzte Gewerbeeinheit konnte im Jahr 2025 ebenfalls in die Bewirtschaftung übergehen.

Das Geschäftsfeld schließt mit einem Ergebnis von - 223 T€ (Plan: - 91 T€). Im Wesentlichen trägt hierzu der Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ von 400 T€ (Plan: 15 T€) bei, der Aufwendungen incl. Rückstellungszuführungen aus diversen Rechtsstreitigkeiten sowie Wertkorrekturen auf Forderungen beinhaltet.

Neubauvorhaben Nördliches Ringgebiet 1. BA HA 135

Im 1. Bauabschnitt des Neubauvorhabens Nördliches Ringgebiet wurden 175 Mietwohnungen, sieben Gewerbeeinheiten, eine Kindertagesstätte sowie 28 Eigentumswohnungen errichtet.

Die Mietwohnungen befinden sich allesamt in der Bewirtschaftung. Lediglich eine untergeordnete Anzahl an Gewerbeeinheiten sind in der Ausbauplanung bzw. aktiven Vermarktung.

Das Geschäftsfeld schließt mit einem Ergebnis von + 103 T€ (Plan + 194 T). Ursächlich sind insbesondere erhöhte Instandhaltungsaufwendungen sowie Zinsaufwendungen (Zinsanteile aus Rückstellungszuführungen).

Neubauvorhaben Nördliches Ringgebiet 2. BA HA 136

Der 2. Bauabschnitt gliedert sich in die Teilprojekte Allgemeine Grundstücksentwicklung sowie Bewirtschaftung der Neubauten mit insgesamt 82 Wohneinheiten (Lampadiusring 16 mit 68 und Montgolfierstraße 2 mit 14 Wohneinheiten) nebst Kindertagesstätte (KiTa) Warnekamp.

Insgesamt stellt sich das Ergebnis mit + 44 T€ wesentlich besser dar als geplant (- 209 T€). Ursächlich sind periodenfremde Mieterträge betreffend KiTa Warnekamp in Höhe von sowie geringere Zinsaufwendungen (Aufzinsungsanteile aus verminderter Rückstellung für Erschließungskosten des Folgejahres).

Neubauvorhaben Nördliches Ringgebiet 3. BA HA 137

Nach der Realisierung von zwei Grundstücksankäufen sowie dem Abschluss eines Grundstückstauschvertrags wurde die von der Gesellschaft angestrebte Flächenvorsorge für den Geschosswohnungsbau bereits im Jahr 2024 abgeschlossen, ebenso der Städtebauliche Vertrag über die Grundstücksentwicklung.

Im Sachanlagevermögen sind für diesen Geschäftsbereich nicht erschlossene Grundstücke von 4.551 T€ (Vorjahr: 3.044 T€) aktiviert. Das Teilergebnis 2025 beträgt + 6 T€ (Plan: - 5 T€).

Zu den Neubauplanungen der Niwo im 3. Bauabschnitt wird auf die Ausführungen zu TOP 7.3/ 8.1 „Projektauftrag Gotenweg“ verwiesen.

Neubauvorhaben Martha-Fuchs-Str. (Broitzem)

In diesem Neubauvorhaben wurden 5 Wohneinheiten geschaffen, die seit November 2025 plangerecht bezugsfertig wurden und im Monatsverlauf November 2025 bereits vollständig bezogen waren. Der Plan von - 4 T€ wurde eingehalten.

Neubauvorhaben Stöckheim Süd

Im Neubaugebiet Stöckheim Süd realisiert die Niwo die Bebauung von drei Grundstücken mit insgesamt 92 Wohneinheiten.

Hiervon wurden 73 Wohneinheiten (Hillenwiese 1,3,4 und 6) im Dezember 2024 bezugsfertig. In der Straße Berghey 3 entstehen die weiteren 19 Wohnungen, die voraussichtlich im Dezember 2026 in die Bewirtschaftung überführt werden.

Das Planergebnis von - 35 T€ wurde mit - 92 T€ leicht überschritten.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2025 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Partnerschaft mbB hat zu keinen Einwendungen geführt.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Lagebericht der Gesellschaft für das Jahr 2025 sind in der Anlage beigefügt. Beigefügt sind gleichfalls die Trennungsrechnungen 2025 für die genannten Geschäftsfelder.

Geiger

Anlage/n:

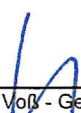
- 1 - Niwo Bilanz 31.12.2025 und GuV 2025 (öffentlich)
- 2 - Niwo Lagebericht 2025 (öffentlich)
- 3 - Niwo Trennungsrechnungen 2025 (öffentlich)

Bilanz zum 31. Dezember 2025

AKTIVA

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Softwarelizenzen	727.770,65		806.434,74
2. geleistete Anzahlungen	14.119,35		5.712,00
		741.890,00	812.146,74
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	260.127.321,86		260.557.039,32
2. Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	29.407.294,64		30.031.560,76
3. Grundstücke ohne Bauten	6.841.486,01		5.605.676,98
4. Bauten auf fremden Grundstücken	125.837,95		138.527,49
5. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	970.468,78		1.104.123,74
6. Anlagen im Bau	5.018.444,25		3.552.662,85
7. Bauvorbereitungskosten	250.064,84		865.530,11
		302.740.918,33	301.855.121,25
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	565.635,19		565.635,19
2. andere Finanzanlagen	50.200,00		50.200,00
3. Ausleihungen an Gesellschafter	1.282.743,21		1.355.106,15
		1.898.578,40	1.970.941,34
		305.381.386,73	304.638.209,33
B. Umlaufvermögen			
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte			
1. unfertige Leistungen	20.859.426,92		19.419.507,72
		20.859.426,92	19.419.507,72
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Vermietung	371.706,70		164.087,70
2. Forderungen aus Grundstücksverkäufen	266.645,00		916.250,00
3. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	0,00		1.166,66
4. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	5.929,27		870.818,12
5. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	19.001,19		22.036,33
6. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	35,70		6.387,81
7. Forderungen gegen Gesellschafter	1.158.999,69		263.276,02
8. sonstige Vermögensgegenstände	5.391.535,68		7.553.875,47
		7.213.853,23	9.797.898,11
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		7.657.364,83	3.861.676,96
		35.730.644,98	33.079.082,79
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
1. Geldbeschaffungskosten	519.053,86		471.705,22
2. andere Rechnungsabgrenzungsposten	204.551,97		162.512,63
		723.605,83	634.217,85
Bilanzsumme		341.835.637,54	338.351.509,97

Braunschweig, den 25. Februar 2026



 Torsten Voß - Geschäftsführer
 Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2025

PASSIVA

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€
A. Eigenkapital			
I. Ausgegebenes Kapital			
1. Gezeichnetes Kapital	7.670.000,00		7.670.000,00
2. Nennbetrag eigene Anteile	<u>-767.000,00</u>		<u>-767.000,00</u>
		6.903.000,00	6.903.000,00
II. Kapitalrücklage		7.434.813,62	7.434.813,62
III. Gewinnrücklagen			
1. gesellschaftsvertragliche Rücklage	3.835.000,00		3.835.000,00
2. Bauerneuerungsrücklage	45.612.728,42		42.732.716,34
3. andere Gewinnrücklagen	<u>5.267.000,00</u>		<u>5.267.000,00</u>
		54.714.728,42	51.834.716,34
IV. Bilanzgewinn		2.000.000,00	1.267.381,46
		<u>71.052.542,04</u>	<u>67.439.911,42</u>
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	19.965.796,00		20.174.682,00
2. Steuerrückstellungen	5.404,50		16.050,92
3. sonstige Rückstellungen	<u>6.428.275,38</u>		<u>6.910.438,15</u>
		26.399.475,88	27.101.171,07
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	182.852.850,87		183.277.235,04
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	37.025.566,04		34.644.185,12
3. erhaltene Anzahlungen	21.566.568,96		20.071.768,07
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			
a) Verbindlichkeiten aus Betreuungstätigkeit	0,00		26,28
b) Verbindlichkeiten aus anderen Lieferungen und Leistungen	<u>1.912.004,18</u>		<u>2.662.956,25</u>
	1.912.004,18		2.662.982,53
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	23.411,26		28.379,14
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00		2.167.967,64
7. sonstige Verbindlichkeiten	<u>121.357,19</u>		<u>91.534,32</u>
davon aus Steuern: 42.605,32 € (Vorjahr: 43.236,99 €)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1.983,91 € (Vorjahr: 222,20 €)			
		243.501.758,50	242.944.051,86
D. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>881.861,12</u>	<u>866.375,62</u>
Bilanzsumme		<u>341.835.637,54</u>	<u>338.351.509,97</u>

Braunschweig, den 25. Februar 2026




 Torsten Voß - Geschäftsführer
 Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€
1. Umsatzerlöse			
a) aus Bewirtschaftungstätigkeit	58.509.800,03		53.946.068,37
b) aus Betreuungstätigkeit	319.566,97		361.808,49
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	311.609,06		1.014.140,94
		59.140.976,06	55.322.017,80
2. Erhöhung (+) / Verminderung (-) des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken und unfertigen Leistungen		1.439.919,20	2.256.211,21
3. andere aktivierte Eigenleistungen		337.966,72	610.059,73
4. sonstige betriebliche Erträge		2.916.819,10	3.849.256,03
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Bewirtschaftungstätigkeit	30.660.024,24		29.234.843,04
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	12.527,68		15.000,00
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	276.999,45		989.039,81
		30.949.551,37	30.238.882,85
		32.886.129,71	31.798.661,92
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.141.012,00		6.216.939,23
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 1.055.484,53 € (Vorjahr: 987.670,08 €)	2.304.718,82		2.150.025,89
		8.445.730,82	8.366.965,12
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		10.097.646,06	10.016.644,76
8. sonstige betriebliche Aufwendungen		3.120.127,17	3.413.389,03
9. Erträge aus anderen Finanzanlagen		20,00	12,14
10. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen: 40.324,74 € (Vorjahr: 42.495,77 €)		40.324,74	42.495,77
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus der Abzinsung: 2.797,84 € (Vorjahr: 1.864,84 €)		59.189,66	73.926,93
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus der Aufzinsung: 509.360,45 € (Vorjahr: 557.953,55 €)		4.778.654,72	4.824.539,77
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		103.375,57	22.444,57
14. Ergebnis nach Steuern		6.440.129,77	5.271.113,51
15. sonstige Steuern		1.560.117,69	1.736.350,58
16. Jahresüberschuss		4.880.012,08	3.534.762,93
17. Einstellung in die Bauerneuerungsrücklage		2.880.012,08	2.267.381,47
18. Bilanzgewinn		2.000.000,00	1.267.381,46

Braunschweig, den 25. Februar 2026


Torsten Voß - Geschäftsführer
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Braunschweig

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 22. Juli 1926 gegründet und ist beim Amtsgericht Braunschweig unter der Handelsregisternummer B 119 eingetragen.

Das Stammkapital beträgt 7.670.000 € und verteilt sich wie folgt:

	<u>Kapitalanteil</u>	
	<u>€</u>	<u>%</u>
Stadt Braunschweig	3.520.500	51,0
Braunschweig Beteiligungen GmbH	3.382.500	49,0
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	767.000	0,0

Laut Gesellschaftsvertrag ist der Gegenstand des Unternehmens die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH beteiligt sich an den Forschungsprojekten durch vergünstigte Vermietungen der Objekte an die Forschungspartner¹. Die Gesellschaft hat weder eigene Forschungsaufwendungen noch hat sie in Bezug auf die Forschung Aktivierungen vorgenommen.

¹ <https://www.nibelungen-wohnbau.de/projekte/forschung-und-entwicklung/> Abruf vom 13.01.2026

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland verlief im Jahr 2025 weiterhin verhalten. Nach den amtlichen Quartalsdaten stagnierte das Bruttoinlandsprodukt (preis-, saison- und kalenderbereinigt) im 3. Quartal 2025 gegenüber dem Vorquartal (0,0 %); im Vorjahresvergleich lag es preisbereinigt um 0,3 % höher.²

Die Inflationsentwicklung zeigte sich im Jahresverlauf 2025 deutlich beruhigt: Im Jahresdurchschnitt 2025 lag die Inflationsrate bei +2,2 % und damit auf dem Niveau des Vorjahres (Jahresdurchschnitt 2024: +2,2 %; 2023: +5,9 %).³

Vor diesem Hintergrund setzte die Europäische Zentralbank ihren geldpolitischen Kurs im Jahr 2025 fort. In den geldpolitischen Beschlüssen vom 18. Dezember 2025 wurden die EZB-Leitzinsen unverändert belassen.⁴

Der ifo Geschäftsklimaindex sank im Dezember 2025. Im Bauhauptgewerbe verharrte der Index dabei unverändert auf niedrigem Niveau: Die Unternehmen beurteilten die aktuelle Lage schlechter, blickten aber weniger skeptisch auf die kommenden Monate.⁵

Die Bedeutung der Immobilienwirtschaft für die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung bleibt hoch. Das Grundstücks- und Wohnungswesen erzielte im Jahr 2024 eine Bruttowertschöpfung von 387 Mrd. Euro und damit knapp 10 % der gesamten Bruttowertschöpfung.⁶

Die wohnungspolitischen Ziele des Bundes sind im Grundsatz unverändert: Die Bundesregierung nennt als Ziel, dass jährlich 400.000 neue Wohnungen, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen, gebaut werden sollen.⁷

² DESTATIS – Statistisches Bundesamt; Pressemitteilung Nr. 388 vom 30.10.2025; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/10/PD25_388_811.html; Abruf vom 19.01.2026

³ DESTATIS – Statistisches Bundesamt; Pressemitteilung Nr. 019 vom 16.01.2026 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/01/PD26_019_611.html; Abruf vom 20.01.2026

⁴ Europäische Zentralbank – EZB; Pressemitteilung vom 18.12.2025; <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2025/html/ecb.mp251218-58b0e415a6.de.html>; Abruf vom 19.01.2026

⁵ ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.; Pressemitteilung vom 17.12.2025; <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2025-12-17/ifo-geschaeftsklimaindex-gesunken-dezember-2025>; Abruf vom 19.01.2026

⁶ Deutscher Bundestag; Unterrichtung hib 510/2025 vom 15.10.2025; <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1116424>; Abruf vom 20.01.2026

⁷ Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen; Maßnahmenpaket der Bundesregierung, Artikel; <https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/topthemen/DE/Massnahmenpaket-bauen/massnahmenpaket-artikel.html>; Abruf vom 20.01.2026

Im Neubauindikator Baugenehmigungen zeigte sich 2025 (bis Oktober) eine Gegenbewegung zum Vorjahresrückgang: Von Januar bis Oktober 2025 wurden in Deutschland 195.400 Wohnungen in neuen sowie bestehenden Gebäuden genehmigt (+11,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum). In neu zu errichtenden Wohngebäuden wurden 159.200 Wohnungen genehmigt (+14,0 %), wobei die Genehmigungen bei Einfamilienhäusern (+16,6 %) und Mehrfamilienhäusern (+13,2 %) deutlich zulegten.⁸ Trotz dieser Belebung bleibt das Genehmigungs-niveau – im Verhältnis zu den politisch gesetzten Neubauzielen und zu den weiterhin hohen Wohnraumbedarfen – unserer Einschätzung nach strukturell herausfordernd.

Für Braunschweig weist das 2023 aktualisierte und bis 2035 fortgeschriebene Wohnraumversorgungskonzept weiterhin substantielle Bedarfe aus. Die städtische Prognose geht davon aus, dass die Bevölkerung bis 2035 auf 254.772 Einwohner ansteigt. Als Zielwerte werden in Summe rund 12.200 neuen Wohneinheiten bis 2035 festgestellt. Sozial ist die Lage weiter angespannt: Im Sinne der lokalen Analyse zählen rund 19 % aller Haushalte zu den einkommensschwachen bzw. armutsgefährdeten Haushalten und sind auf entsprechend preisgünstigen Wohnraum angewiesen. Für das öffentlich geförderte Segment weisen die Berechnungen (Maximal-/Obervariante) einen Bedarf von 1.749 Wohneinheiten bis 2035 aus.⁹

⁸ DESTATIS – Statistisches Bundesamt; Pressemitteilung 458 vom 18.12.2025; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/12/PD25_458_3111.html; Abruf vom 20.01.2026

⁹ Stadt Braunschweig, Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation; Wohnraumversorgungskonzept; https://www.braunschweig.de/leben/stadtplanung_bauen/b-gesamstaedische-entwicklungskonzept/wohnraumversorgungskonzeptz.php; Abruf vom 20.01.2026

2.2 Geschäftsverlauf

Am 31. Dezember 2025 hatte die Gesellschaft folgende Mietobjekte im Bestand: 7.582 Wohnungen, 1.655 Garagen und Einstellplätze, 300 Packstationen und Einstellboxen sowie 185 sonstige Mieteinheiten (überwiegend Gewerberäume).

Zur Unternehmensentwicklung ergibt sich folgender Überblick:

	Plan 2025	Ist 2025	Ist 2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse aus Grundmieten	38.838,6	38.903,3	37.495,7
...davon Sollmieten	39.953,2	40.403,1	39.183,3
...davon Erlösschmälerungen	-1.114,6	-1.499,7	-1.687,6
Instandhaltungsaufwendungen	11.356,9	10.041,8	10.680,5
Gesamtinstandhaltungs- und Modernisierungsbudget ¹⁰	15.826,6	16.151,8	17.582,7
Zinsaufwendungen (ohne Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen)	4.371,3	4.269,3	4.266,6
Investitionen für Neubaumaßnahmen ¹¹	7.196,9	4.021,1	4.127,3
Jahresüberschuss	3.161,5	4.880,0	3.534,7

In dem gegenüber der Planung höheren Jahresüberschuss schlagen sich bei höheren Sollmieten und höheren Erlösschmälerungen, niedrigeren Instandhaltungskosten, höhere andere aktivierte Eigenleistungen, geringere sonstige betriebliche Erträge (darin enthalten jedoch positive Erfolgsbeiträge aus der Auflösung von Rückstellungen) sowie geringere Personalaufwendungen (u. a. aus geringeren laufenden Lohn- und Gehaltsbezügen wegen Verrentungen) und geringere Zinsaufwendungen nieder. Dem entgegen wirken höhere betriebliche Aufwendungen.

¹⁰ Ohne Verrechnung von Erstattungen und Zuschüssen.

¹¹ Inkl. aktivierte eigene Ing.- u. Verwaltungsleistungen sowie sonstige aktivierte Eigenleistungen.

Die Sollmieten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1.377,5 T€ auf 40.560,7 T€. Der eigene Wohnungsbestand erhöhte sich um +1 Wohneinheit als Ergebnis eines Zuganges von 5 Neubaubъекten und dem Abgang von 4 Einheiten durch Verkauf resp. Objektzusammenlegungen. Neben den zusätzlichen Mieteinnahmen aus den Neubaubъекten erhöhten sich die Sollmieten überwiegend aufgrund auf unserer Einschätzung nach wohnwertverbessernden und energieeinsparenden Maßnahmen sowie Mietanpassungen bei Neuvermietungen. Die durchschnittliche monatliche Wohnungsmiete mit Stichtagsbezug Dezember 2025 betrug 6,36 €/m² (2024: 6,33 €/m²).

Die Erlösschmälerungen infolge Leerstand u. a. sind gegenüber dem Vorjahr um -187,8 T€ gesunken. Der Anteil der Erlösschmälerungen an den Sollmieten beläuft sich auf rd. 3,7 Prozent (Vorjahr: 4,3 Prozent) und ist wesentlich auf modernisierungsbedingt leerstehende Wohnungen zurückzuführen.

Die Fluktuationsrate bei den Wohnungen ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken und belief sich auf 7,3 Prozent (Vorjahr: 7,6 Prozent). Die marktbedingte Leerstandsquote am Jahresende liegt mit rd. 1,13 Prozent leicht unter der am Vorjahresende (1,64 Prozent).

Zur Aufwertung unseres Immobilienportfolios und zur Sicherung der langfristigen Vermietbarkeit sind – wie in den Vorjahren – auch im Berichtsjahr umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt worden.

Das Gesamtvolumen (einschließlich aktivierter eigener Leistungen) für Instandhaltung und Modernisierung belief sich im Geschäftsjahr nach Verrechnung mit Erstattungen (rd. 1,2 Mio. €; Vorjahr 1,6 Mio. €) auf rd. 15,0 Mio. € (Vorjahr: 16,0 Mio. €). Der Wert enthält mit 0,9 Mio. € (Vorjahr 0,7 Mio. €) letzte Leistungen aus den Neubauten Alsterplatz, Nördliches Ringgebiet 1 und 2, Warnekamp sowie Hillenwiese. Von dem Gesamtvolumen entfielen rd. 8,0 Mio. € (Vorjahr: 8,5 Mio. €) auf mietwirksame Modernisierungsmaßnahmen. Von den Aufwendungen für Instandhaltung, Modernisierung und der Finalisierung der ehemaligen Neubauten wurden rd. 5,9 Mio. € (Vorjahr: 6,7 Mio. €) aktiviert. Die erhaltenen Förderungen sowie Zuschüsse für Investitionen im Jahr 2025 belaufen sich auf 7 T€ (Vorjahr: 11 T€) und wurden mit einem Anteil von 7 T€ mit den Aufwendungen verrechnet. Die Bruttoinvestitionen beliefen sich somit auf insg. 16,2 Mio. € (Vorjahr: 17,6 Mio. €).

Das Neubaugebiet Nördliches Ringgebiet 1 befindet sich in 2025 in einer annähernd vollständigen Bewirtschaftung. Lediglich eine untergeordnete Anzahl an Gewerbeeinheiten sind in aktiven Ausbau- oder Vermarktungskonzepten. Bis auf diese Ausnahme konnten alle weiteren Miet- und Eigentumsobjekte erfolgreich dem Markt zugeführt werden. Unsere Neubaugebiete am Alsterplatz (inklusive der letzten Gewerbeeinheit) und im Nördlichen Ringgebiet, 2. Ausbaustufe, sowie Stöckheim Süd wurden im Jahr 2025 vollständig bewirtschaftet. Hinzu kamen im 4. Quartal 2025 weitere 5 Wohnobjekte nebst Stellplätzen im Braunschweiger Stadtteil Broitzem.

Am Alsterplatz konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr auch die letzten Gewerbeeinheiten erfolgreich nutzerspezifisch hergerichtet und somit in die Bewirtschaftung überführt werden. Die Sollmieten verlaufen etwas über dem Planniveau. Während die Instandhaltungskosten wegen einer noch nicht durchgeführten Großmaßnahme geringer ausfallen, sind im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen über Plan verlaufende Aufwendungen für Abschreibungen, Wertkorrekturen und mögliche Schadenersatzansprüche teilergebnisbelastend festzustellen.

Das gesamte Areal des Neubaugebietes Nördliches Ringgebiet wird derzeit in drei Bauabschnitten entwickelt. Die Gesellschaft hat die Erschließungsaufgaben für alle drei Bauabschnitte im Rahmen von städtebaulichen Verträgen übernommen.

Im ersten Bauabschnitt befindet sich zum Jahresende eine Gewerbeeinheit in der Ausbauplanung sowie, je nach Grundrissgestaltung, ein bzw. zwei Gewerbeeinheiten in der aktiven Vermarktungsphase. Alle weiteren Mietobjekte werden bereits bewirtschaftet.

Aufgrund des späteren Zugangs der hier genannten zwei Gewerbeobjekte, konnten die geplanten Mieterlöse im Bereich Gewerbe nicht vollumfänglich erwirtschaftet werden. Der Nettomieterfolg (Sollmieten abzgl. Erlösschmälerungen) ist annähernd plangerecht. Erhöhte Instandhaltungsaufwendungen, höhere sonstige betriebliche Aufwendungen sowie Zinsaufwendungen aus dem Bereich der Rückstellungen wirken sich zusätzlich auf das Teilergebnis belastend aus.

Im zweiten Bauabschnitt werden diverse Projektentwicklungs- und Erschließungskosten realisiert. Dazu zählen die Veräußerung selbst erschlossener Grundstücke, die Entwicklung von fremdem Grund und Boden, der Mietwohnungsbau sowie die Entstehung einer Kindertagesstätte. Sämtliche Objekte wurden im Jahr 2025 bewirtschaftet.

Das Teilergebnis im zweiten Bauabschnitt des nördlichen Ringgebietes umfasst die Grundstücksentwicklung sowie die Bewirtschaftung der Mietobjekte inklusive einer Kindertagesstätte. Höhere Mieteinnahmen, wesentlich aus Mieterträgen für frühere Jahre, sowie geringere Aufzinsungsaufwendungen für Rückstellungen führen zu einem positiven Verlauf des Teilergebnisses.

Die Rückstellungen für anfallende Baukosten erfassen alle Leistungsverpflichtungen der Folgejahre aus den genannten Teilplänen (Alsterplatz sowie Nördliches Ringgebiet 1, 2 sowie 3). Im Geschäftsjahr 2025 verminderte sich diese Rückstellung um rd. -1.187,6 T€ auf 4.697,3 T€ infolge von Verbräuchen, Zuführungen (hier im Zuge von Rechnungslegungen im Zusammenhang mit Erschließungsgeschäften) sowie Zinseffekten.

Parallel zu den Erschließungsarbeiten im dritten Bauabschnitt des nördlichen Ringgebietes erfolgen Planungen zu einem möglichen Neubauprojekt.

Das Neubauprojekt „Martha-Fuchs-Straße“ wurde im November 2025 plangerecht erfolgreich am Markt platziert. 5 Wohnungen befinden sich neben 4 Stellplätzen in der Bewirtschaftung.

Neubauaktivität findet derzeit in Stöckheim statt. Seit Ende 2024 wird ein Gebäude errichtet, welches mit 19 Wohneinheiten und 7 Einstellplätzen voraussichtlich im Dezember 2026 in die Bewirtschaftung überführt wird.

Hinsichtlich der geplanten Investitionen für die Verminderung von CO₂-Emissionen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr für Wärmedämmungen 1.763 T€ (Plan 2.315 T€) in die Wohnungsbestände investiert. Die Abweichung begründet sich in ausstehenden baubehördlichen Genehmigungen. Zudem wurden für die Vorbereitung zur Installation von Photovoltaik-Anlagen im Jahr 2025 315 T€ (Plan 350 T€) sowie in die Umstellung zur Fernwärmeversorgung 35 T€ (Plan 146 T€) aufgewendet. Die Abweichung hier ist auf den Entfall einer Maßnahme zurückzuführen, da die Anschlüsse durch den Netzbetreiber nicht plangerecht fertiggestellt werden konnten.

Im Geschäftsjahr 2025 wurde ein Jahresüberschuss von 4.880 T€ erzielt (siehe Abschnitt 2.3). Damit wurde das geplante Ergebnis von 3.162 T€ um rd.+1.718 T€ übertroffen. Der Jahresabschluss wurde unter teilweiser Ergebnisverwendung¹² aufgestellt. Nach Einstellung von 2.880 T€ in die Bauerneuerungsrücklage verbleibt ein Bilanzgewinn in Höhe von 2.000 T€¹³, von dem 1.500 T€ zur Ausschüttung an die Braunschweig Beteiligungen GmbH vorgesehen sind.

Zum Bilanzstichtag liegt die Eigenkapitalquote bei 20,8 % (Plan 20,3 %; Vorjahr 19,9 %) und ist damit geringfügig stärker als geplant gestiegen. Der Anstieg ist plangerecht auf das im Verhältnis stärker gestiegene Eigenkapital im Verhältnis zum Anstieg der Bilanzsumme zurückzuführen. Die Gesamtkapitalrentabilität steigt leicht auf 2,9 % (Vorjahr 2,5 %) und liegt somit über dem Planniveau (2,5 %).

Insgesamt beurteilen wir die Entwicklung unserer Gesellschaft als positiv, da die geplanten Aufwendungen für Modernisierungen (Bestandspflege) zur Sicherung der dauerhaften Vermietungsfähigkeit kontinuierlich durchgeführt werden und nachhaltige Umsatzerlöse gewährleisten. Das gegenüber der Planung höhere Jahresergebnis hat unter Berücksichtigung der vorgesehenen Ausschüttung auch zu einer Stärkung der Eigenkapitalbasis geführt. Zur Entwicklung der Ertragslage verweisen wir auch auf unsere Ausführungen im Abschnitt 2.3.1 dieses Berichts.

Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf den Geschäftsverlauf

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine führte mit seinem Ausbruch am 24.02.2022 neben unermesslichem Leid der Bevölkerung vor Ort auch zu wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen und wirtschaftlichen Einschränkungen mit entsprechenden Folgen für die Wirtschaft in Deutschland. Wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf sind nachteilige Änderungen auf den Kapitalmärkten (Zinserhöhungen bei Baudarlehen) sowie gestiegene Einkaufspreise für Energieträger.

Ein signifikanter Anstieg von Mietausfällen aufgrund der sprunghaft gestiegenen Lebenshaltungskosten für die Privathaushalte konnte bis dato nicht wahrgenommen werden. Wir verweisen in diesem Zusammenhang ergänzend auf unsere Ausführungen im Lagebericht in den Kapiteln „Prognosebericht“ und „Risikobericht“.

¹² Erstmalige Anwendung des Nachtrages zur Ergebnisverwendungsvereinbarung aus November 2025

¹³ Rundungsbedingte Abweichungen von Ergebnissen sind möglich.

2.3 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.3.1 Ertragslage

	2025 T€	Vorjahr T€	Veränderung T€
Betriebsergebnis ¹⁴ *	3.988,9	2.299,4	+1.689,5
Finanzergebnis ¹⁵	-409,8	-441,5	+31,7
Neutrales Ergebnis	1.455,6	1.676,8	-221,2
Jahresergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.034,7	3.534,7	+1.500,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-154,7	-0,0	-154,7
Jahresüberschuss	4.880,0	3.534,7	+1.345,3

* darin verrechnet:

Umsatzerlöse aus Grundmieten	38.903,3	37.495,7	+1.407,6
Instandhaltungskosten	-10.041,8	-10.680,4	+638,6
Abschreibungen	-10.097,6	-10.016,6	-81,0
Zinsaufwendungen (ohne Aufzinsungen)	-4.269,3	-4.266,6	-2,7

Das Betriebsergebnis ist gegenüber dem Vorjahr um +1.689,5 T€ auf 3.988,9 T€ gestiegen. Aus der Hausbewirtschaftung ergibt sich bei Verrechnung höherer Einnahmen aus Sollmieten abzgl. Erlösschmälerungen (+1.407,6 T€), gestiegenen Umsatzerlösen aus Umlagenabrechnungen (+2.981,1 T€), gesunkener Instandhaltungsaufwendungen (-638,6 T€), geringeren sonstigen betrieblichen Erträgen (-398,2 T€) sowie gestiegenen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen (+81,0 T€) ein positiver Erfolgsbeitrag. Dem gegenüber stehen im Bereich der Verwaltung erhöhte Personalaufwendungen inkl. Altersversorgungsaufwendungen (+78,8 T€) sowie geringere betriebliche Aufwendungen (-219,0 T€) aus verschiedenen Positionen – wesentlich aus Instandhaltungskosten für das Verwaltungsgebäude sowie Schadenersatzforderungen im Vorjahr.

Der im Betriebsergebnis verrechnete Zinsaufwand verharrt trotz degressivem Zinsverlauf durch Entschuldungen bei gleichzeitigem Anstieg des Finanzierungsvolumens mit 4.269,3 T€ annähernd auf dem Vorjahresniveau (4.266,6 T€; Diff.: +2,7).

¹⁴ einschließlich Darlehenszinsen für Objektfinanzierungen

¹⁵ ohne Darlehenszinsen für Objektfinanzierungen

Im Finanzergebnis schlagen sich insbesondere die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen nieder. Diesen stehen Zinserträge aus Geldanlagen gegenüber.

Das neutrale Ergebnis (mit +1.455,6 T€ insgesamt um 221,2 T€ geringer als im Vorjahr) wird im Wesentlichen durch Gewinne aus Anlagenabgängen des Anlagevermögens (+257,9 T€), Mieten für frühere Jahre (+157,7 T€) und deutlich geringeren Aufwendungen für frühere Jahre (+211,8 T€) insbesondere wegen der im Vorjahr durchgeführten nachgeholtten Abschreibungen auf KiTa Inventare gebildet. Gegenläufig wirken höhere übrige Aufwendungen (-92,6 T€, darin mit 130 T€ enthalten eine mögliche Zahlungsverpflichtung aus einer Zinsforderung eines Subunternehmers für eine mangelbehaftete Leistung), höhere Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke wesentlich wegen entstandener Rückbaukosten (-92,5 T€). Im neutralen Ergebnis sind ferner Steuererstattungen für frühere Jahre (Vorjahr: 0 T€) bei gleichzeitiger Reduzierung der Steueraufwendungen für frühere Jahre (insg. +73,7 T€) enthalten.

In den vergangenen fünf Jahren entwickelte sich die Ertragslage wie folgt:

	2025	2024	2023	2022	2021
	%	%	%	%	%
Gesamtkapitalrentabilität	2,9	2,5	2,5	2,5	2,8
<u>Jahresergebnis vor Ertragsteuern + Fremdkapitalzinsen</u>					
Bilanzsumme am 31.12.					

Die Gesamtkapitalrentabilität hat sich zum Vorjahr erhöht, da das erhöhte Jahresergebnis vor Steuern und vor Fremdkapitalzinsen ergänzt um die Rücklagenveränderung stärker gestiegen ist als die Bilanzsumme.

2.3.2 Finanzlage

Die folgende Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung der Liquidität:

	2025	Vorjahr
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit *	20.814	14.917
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-10.175	-18.577
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit **	-3.661	-1.583
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	6.978	-5.243
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.694	6.937
Finanzmittelfonds am Ende der Periode ***	8.672	1.694

*/**/*** darin enthalten

* Cashflow nach DVFA/SG	14.501	11.812
** planmäßige Tilgungen	8.647	8.444
** außerplanmäßige Tilgungen	0	0
*** Cashpoolforderung (VJ: Verbindlichkeit) (enthalten i.d. Ford./Verbindl. gg. Gesellschafter)	1.015	-2.168

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnte die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit und aus der Investitionstätigkeit decken. Im Ergebnis zeigt sich die Zunahme des Finanzmittelbestands.

Zur Finanzierung der Bautätigkeit im Anlagevermögen sind im Berichtsjahr 10.570,5 T€ valutiert worden. Diese Darlehensaufnahmen sind derzeit noch nicht ausreichend, um die gesamten Herstellungskosten abzüglich des Einsatzes eigener Mittel zu finanzieren. Insoweit verweisen wir auf Abschnitt 3. dieses Berichts.

Der Finanzmittelfonds am Ende der Periode setzt sich zusammen aus dem Kassenbestand und den Guthaben bei Kreditinstituten sowie einer Cashpoolforderung gegenüber der Stadt Braunschweig. Kurzfristige Kontokorrent-Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht.

Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen. Die zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit bestehenden Kreditlinien von 1.255,6 T€ waren am 31. Dezember 2025 mit 436,6 T€ als Avalkredit beansprucht. Die Kontokorrentlinie wurde im Jahr 2025 um 2.000,0 T€ reduziert.

2.3.3 Vermögenslage

Die Erhöhung des Anlagevermögens ist nach Abschreibungen sowie Buchwertabgängen wesentlich auf die getätigten Investitionen im Bereich Mietwohnungsneubau (Stöckheim Süd „Berghey“ sowie Broitzem „Martha-Fuchs-Straße“), Wohnungsmodernisierungen sowie Bauvorbereitungskosten für ein weiteres Neubauvorhaben in der Braunschweiger Nordstadt zurückzuführen. Hinzu kommen Erschließungsleistungen der eigenen Grundstücke im Nördlichen Ringgebiet. Die detaillierte Entwicklung kann dem Anlagenspiegel entnommen werden.

In der Zunahme des Umlaufvermögens zeigen sich gestiegene unfertige Leistungen u. a. infolge erhöhter Energie- und Betriebskosten (+1.439,9 T€), Einzahlungen in den städtischen Cashpoolverbund (+1.015,1 T€) sowie ein erhöhter Bestand an liquiden Mitteln (+3.795,7 T€). Gegenläufig wirken im Wesentlichen Abgänge auf Forderungen aus Grundstücksgeschäften (- 649,6 T€), reduzierte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durch Forderungsausgleich (-864,9 T€) sowie wesentlich der Abbau einer Forderung durch Zahlungseingang auf Fördermittel (-1.956,3 T€).

Das aktuelle Jahresergebnis (4.880,0 T€) abzüglich der Ausschüttung für das Vorjahr (-1.267,4 T€) tragen zu einer weiteren Erhöhung des Eigenkapitals bei. Aus dem aktuellen Jahresergebnis erfolgte eine Einstellung in die Bauerneuerungsrücklage in Höhe von 2.880,0 T€

Der Bestand an Rückstellungen ist um rd. -2,6 % gesunken. Der Abbau der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen (-208,9 T€) sowie die Erfüllung der Erschließungsverpflichtungen (-1.187,6 T€) wirken bestandsmindernd. Entgegen wirkt vor allem die Rückstellung für unterlassene Instandhaltung (+665,0 T€).

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten beruht nach planmäßigen Tilgungen im Wesentlichen auf Valutierungen bzw. Darlehensaufnahmen (10.570,5 T€) zur Finanzierung der im Geschäftsjahr durchgeführten Investitionen, gestiegenen erhaltenen Anzahlungen auf noch abzurechnende Heiz- und Betriebskosten (+1.495,7 T€) bei gleichzeitiger Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-751,0 T€) sowie gegenüber Gesellschafter aus im Vorjahr in Anspruch genommenen Cashpoolmitteln (-2.168,0 T€).

Die Eigenkapitalquote entwickelte sich wie folgt:

		<u>2025</u>	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Eigenkapitalquote	%	20,8	19,9	19,6	19,9	20,2
	<u>Eigenkapital zum Bilanzstichtag</u> Bilanzsumme					

Die Eigenkapitalquote erhöhte sich unter Berücksichtigung der für das Vorjahr gezahlten Ausschüttung und der um 1,0 Prozent höheren Bilanzsumme, aber des um 5,4 Prozent mehr gestiegenen Eigenkapitals.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur bezeichnen wir als geordnet, da die mittel- bis langfristigen Vermögensgegenstände (Anlagevermögen sowie Teile des Umlaufvermögens) durch das Eigenkapital, die Dauerfremdfinanzierungsmittel sowie durch mittel- und langfristige Rückstellungen gedeckt sind.

2.3.4 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Der Wirtschaftsbericht (siehe ab Ziff. 2) umfasst die *finanziellen Leistungsindikatoren*

- Gesamtkapitalrentabilität,
- Eigenkapitalquote sowie
- Jahresüberschuss.

Mit stetigen Investitionen in unseren Wohnungsbestand wollen wir für die Aufrechterhaltung unseres Vermietungspotenzials sorgen, mindern nicht planbare Instandsetzungskosten und erwarten hieraus einen Mehrwert für Nutzer sowie eine Ertragssicherung. Bei der Investitionsplanung legt die Gesellschaft den Fokus auf die Nutzenmaximierung in diverser Hinsicht: Wohnungen und Außenanlagen werden, wo möglich, barrierefrei oder barrierearm gestaltet. Energetische Optimierungen bringen das Potenzial, Betriebskosten zu senken und somit die Gesamtkosten für den Nutzer zu minimieren. Von diesen Maßnahmen nehmen wir an, dass sie zugleich die Attraktivität im Wettbewerb steigern.

In Bezug auf nicht-finanzielle Leistungsindikatoren berichten wir über unser anhaltendes Engagement bei der Ausrichtung des Wohnraums als *Gesundheits- und Pflegestandort*. Neben den durch uns etablierten Übergangspflegewohnungen haben wir 2025 begonnen ein sensorgestütztes Sturz- und Notfallerkennungssystem in einigen unserer Seniorenwohnungen zu verbauen. Integrierte Sensoren mit Millimeterwellen detektieren hierbei Personen und leiten individuelle und parametrierbare Notfallsituationen ab. Erkannt werden u.a. Stürze, ungewöhnlich lange Inaktivitäten, ausbleibende Rückkehr ins Bett oder zu lange Raumaufenthalte. Hinzu kommt die Möglichkeit, durch ein Armband oder in Bodennähe platzierte Notruftaster manuell Alarme auszulösen. Die Hilfeleistung erfolgt durch ein unmittelbar im Quartier angeschlossenes Seniorenheim, wodurch in wenigen Minuten reagiert werden kann. Die ersten sieben Installationen laufen zufriedenstellend und liefern wertvolle Erkenntnisse für den möglichen Rollout sowie die Operationalisierung in ein variables Wohnassistentenprodukt.

Teile von wohnungswirtschaftlichen Kernprozessen hat die Gesellschaft bereits seit vielen Jahren kundenserviceorientiert im Angebot: Der Handwerkerservice ist im Jahr 2026 bereits seit 20 Jahren im Einsatz und ermöglicht den Kunden im Schadensfall eine direkte Kontaktaufnahme zu regional ansässigen Handwerksunternehmen. Der im Rahmen der *Digitalisierung* vollautomatisierte Prozess dokumentiert sodann die Auftragsanlage bis hin zur Fakturierung und Verbuchung. Der Mehrwert liegt auf allen Seiten, da Terminabstimmungen ohne Umwege erfolgen sowie der Prozess der Auftragsdokumentation nebst Abrechnung ausschließlich digital erfolgt.

Während der verschiedenen Transformationsprozesse fokussiert sich die Abteilung Personalwesen auf den Ausbau des *betrieblichen Gesundheitsmanagements*. Hierzu zählt die Erstellung sowie fortlaufende Begleitung und Analyse von Gefährdungsbeurteilungen im Bereich der psychischen Faktoren durch eine Präventionsgruppe bestehend aus Mitarbeitenden verschiedener Unternehmensbereiche. Auf freiwilliger Basis werden den Mitarbeitenden Seminare aus dem Bereich der Gesundheitsförderung angeboten: Neben einem umfangreichen Angebot rund um das Thema „Stress“ mit Vorträgen und einem Gesundheitscheck zur Ermittlung der mentalen Entspannungsfähigkeit wurde ein Angebot im Rahmen der „Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz“ geschaffen. Ein zweitägiges Sicherheitstraining behandelte die Entstehung von Extremsituationen am Arbeitsplatz, Ursachen und Folgen mit einem anschließenden Training zu Deeskalation, Selbstbehauptung und Selbstverteidigung.

Im Jahr 2023 wurde erstmals ein Nachhaltigkeitsbericht erstellt und über die öffentlich zugängliche Datenbank des DNK veröffentlicht.

3. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

3.1 Prognosebericht

In Braunschweig fehlen bis 2030 knapp 1.600 Wohneinheiten im Bereich des generationengerechten Geschosswohnungsbaus. Der Trend bis 2040 zeigt einen weiteren Bedarf von 1.750 Wohneinheiten in diesem Segment auf.¹⁶

Die Stadt fokussiert sich dabei auf den bezahlbaren Wohnraum. So sollen 30 % der Wohnflächen in den Wohnbaugebieten öffentlich gefördert sein. Zudem wurde das Baulandmodell Wohnen als ein Einflussinstrument für künftige Baugebiete entwickelt.¹⁷

Als Partner für unsere Mehrheitsgesellschafterin, die Stadt Braunschweig, haben wir den Bau der Neubaumaßnahmen und Planungen für weitere Neubauten fortgesetzt. Hierzu zählt schwerpunktmäßig der Geschosswohnungsbau für alle Bevölkerungsschichten.

Für die Weiterentwicklung unserer Bestandsimmobilien inklusive der zum Zeitpunkt bewirtschafteten Neubaumaßnahmen sind im Geschäftsjahr 2026 Investitionen und Modernisierungen in Höhe von rd. 17,5 Mio. € (ohne Eigenleistungen der Gesellschaft) vorgesehen. Zusätzlich sind Investitionen in das Verwaltungsgebäude i. H. von 684,3 T€ sowie Investitionen für die Errichtung von Neubauten i. H. von 4,1 Mio. € eingeplant. Zur Finanzierung dieser Investitionen ist die Valutierung von Kapitalmarktdarlehen von rd. 7,3 Mio. € geplant.

Das Gesamtinstandhaltungs- und Modernisierungsbudget (ohne Eigenleistungen der Gesellschaft) beträgt für das Geschäftsjahr 2026 rd. 17.520 T€ (davon als nachträgliche Herstellungskosten zu aktivieren 6.080 T€). Die Erlöse aus Grundmieten sind mit 39.543,2 T€, die Instandhaltungskosten mit 11.439,6 T€ sowie die Zinsaufwendungen (ohne Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen) mit 4.266,0 T€ in der Planungsrechnung berücksichtigt worden.

¹⁶ vdW Niedersachsen Bremen e.V.; Pressemitteilung 3483 vom 10.12.2025

¹⁷ Rat der Stadt Braunschweig, Beschlussvorlage 23-22025 aus 09-2023

Die Erfolgsplanung einschließlich der vorgenannten Neubauprojekte geht für das Geschäftsjahr 2026 von einem Jahresüberschuss von rd. 1.811,2 T€ aus. Der im Vergleich mit den Vorjahren planerisch geringere Jahresüberschuss ist auf den Nachtrag zur Ergebnisverwendungsvereinbarung zurückzuführen. Diese ermöglicht es der Gesellschaft höhere Bestandsinvestitionen zu planen und durchzuführen, welche sich sowohl kurzfristig als auch mittel- und langfristig positiv auf Instandhaltungsaufwendungen, Abschreibungen oder Zinsaufwendungen auswirken. Die Investitionen werden insbesondere mit dem Ziel des Abbaus von modernisierungsbedingten Leerständen und somit der Stärkung des Wohnungsmarktes durch Zuführung von modernisiertem Wohnraum sowie der Umsetzung des Klimapfades getätigt. Mit Fokus auf den letztgenannten Aspekt der energetischen Sanierungen verspricht sich die Gesellschaft auch die fortlaufende Senkung der CO₂ Kosten für Mieter und Vermieter. Neben einer Attraktivitätssteigerung werden auch positive wirtschaftliche Effekte erwartet.

Die Gesamtkapitalrentabilität wird wegen der planerisch geringeren Jahresüberschüsse auf ca. 2,0 % sinken. Die Eigenkapitalquote wird gemäß Planwerk aufgrund der leicht sinkenden Bilanzsumme und durch eine ergebnisbedingt geringe Steigerung des Eigenkapitals auf voraussichtlich 20,5 % sinken.

Im Geschäftsjahr 2026 bilden Maßnahmen zur Verminderung von CO₂-Emissionen einen Investitionsschwerpunkt, um Nachhaltigkeitsziele erreichen zu können. Für klassische Wärmedämmungen sowie Dämmungen von Geschossdecken sind im Geschäftsjahr 2026 Investitionen von rd. 4.660 T€ vorgesehen. Geplant sind weiterhin für die Vorbereitung zur Installation von Photovoltaik-Anlagen 150 T€ sowie in die Umstellung zur Fernwärmeversorgung oder der energieoptimierenden Erneuerung von Heizungsanlagen 530 T€

Globale Risiken, die sich insbesondere aus dem anhaltenden Ukraine-Krieg, internationalen Handelskonflikten und geoökonomischer Konfrontation ergeben, führen zu einem hohen Grad von Unsicherheit, der zu negativen Abweichungen von der Unternehmensplanung und den Kennzahlen führen kann.

3.2 Risikobericht

Denkbare Risiken resultieren aus einer möglichen Steigerung der Baukosten (inklusive Nachforderungen aus der Abrechnungsphase mit Bauunternehmern) und der Grundstücksbeschaffungskosten für Mietobjekte inklusive des Grundstückshandels sowie der Grundstückstauschgeschäfte. Hieraus könnten neben negativen Ergebniseffekten auch Liquiditätsrisiken entstehen. Insbesondere können Steigerungen der Baukosten bei den getroffenen städtebaulichen Vereinbarungen entstehen, da sich diese über einen Entwicklungszeitraum von mehr als 5 Jahren erstrecken.

Vermietungs- bzw. Vermarktungsprobleme der Objekte nach Fertigstellung bergen ein weiteres Liquiditätsrisiko sowie das Risiko, dass aus derartigen Problemen außerplanmäßiger Abschreibungsbedarf auf das Sachanlage- oder Umlaufvermögen resultieren kann. Bauzeitverschiebungen wirken sich möglicherweise auf den Zeitpunkt und/oder die Höhe der zu generierenden Einnahmen aus, wobei aus dem aktuellen Neubauprojekt (Berghey in Stöckheim Süd) die wesentlichen Mietobjekte im Geschäftsjahr 2026 zugehen werden.

Die Klimaschutzgesetzgebung und die damit einhergehenden Anforderungen und Verpflichtungen für den Gebäudesektor bzw. die Wohnungswirtschaft stellen ganz erhebliche Herausforderungen auch für unser Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. Auf Basis einer Analyse der Objekte in Hinblick auf die CO₂-Emissionen wurde eine Klimastrategie 1.0 erarbeitet. Ausgerichtet an den technisch-wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten sowie den gesetzlichen und baurechtlichen Vorgaben wurden die Objekte zu verschiedenen Handlungskategorien zusammengefasst. Etwaigen Kosten- und Vermietungsrisiken gilt es dabei zu begegnen. Die Stadt Braunschweig erarbeitet parallel eine kommunale Wärmeplanung¹⁸, welche zur Jahresmitte 2026 abgeschlossen sein soll. Mit der kommunalen Wärmeplanung werden die belastbaren Grundlagen für eine unternehmenseigene Klimaschutzstrategie in den kommenden Jahren geschaffen.

Durch detaillierte Planungen, Kalkulationen, Marktuntersuchungen sowie einer rollierenden Liquiditätsvorschau sollen diese Risiken minimiert werden.

¹⁸ [Kommunale Wärmeplanung | Stadt Braunschweig - https://www.braunschweig.de/leben/umwelt/klimaschutz/waermeplanung/index.php](https://www.braunschweig.de/leben/umwelt/klimaschutz/waermeplanung/index.php); Abruf vom 23.01.2026

Mietforderungen werden sorgfältig beobachtet. Bei Zahlungsschwierigkeiten bieten wir unseren Mietern rechtzeitig aktive Hilfestellung an, um Verlusten vorzubeugen und Ausfallrisiken gering zu halten.

Der Kapitaldienst kann jederzeit neben allen Bewirtschaftungskosten aus den regelmäßigen Zuflüssen des Vermietungsgeschäftes erbracht werden. Liquiditätsrisiken sind weder akut noch längerfristig zu erwarten.

Das Anlagevermögen ist überwiegend langfristig finanziert. Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um Annuitätendarlehen mit zehnjähriger Zinsfestschreibung. Wenn es vertraglich möglich war, hat sich die Gesellschaft im Rahmen von abgeschlossenen Prolongationen (Forward-Darlehen) günstige Zinskonditionen gesichert. Zinsänderungsrisiken ergeben sich aus der Entwicklung des allgemeinen Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt. Ein höheres bzw. weiter steigendes Marktzinsniveau führt zu höheren Finanzierungskosten sowohl bei neuen Darlehen als auch bei der Verlängerung bestehender Kredite. Dieses wird versucht, innerhalb der Unternehmensplanung durch angepasste Zinsprämien ausreichend zu berücksichtigen.

Zinsänderungsrisiken aus dem Darlehen zur Finanzierung des Schulneubaus IGS Wilhelm-Bracke werden durch ein derivatives Finanzinstrument (Zinssatz-Swapgeschäft) begrenzt bzw. vermieden. Dem Zinsswap liegt ein Grundgeschäft mit vergleichbaren, gegenläufigen Risiken zugrunde. Die Regelungen zur Bildung einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB werden angewandt. Die gegenläufigen Wertänderungen bzw. Zahlungsströme gleichen sich durch Betragsidentität sowie Kongruenz der Laufzeiten, Zinssätze und Zins- und Tilgungstermine aus.

Mögliche Risiken ergeben sich aus Mietausfällen und aus Verzögerungen bei der Durchführung von Instandhaltungs-, Modernisierungs- oder Baumaßnahmen sowie daraus möglicherweise steigende Kosten bzw. später einsetzende Einnahmen.

Globale Risiken, die sich insbesondere aus dem anhaltenden Ukraine-Krieg, internationalen Handelskonflikten und geoökonomischer Konfrontation ergeben, führen zu einem hohen Grad an Unsicherheit, der zu negativen Abweichungen von der Unternehmensplanung und den Kennzahlen führen kann.

Mögliche Folgen könnten Mietausfälle, nachteilige Änderungen auf den Kapitalmärkten, weiter steigenden Einkaufspreisen für Energieträger, der Unterbrechung von Lieferketten oder Cyberangriffe sein. Quantitative Angaben zum Einfluss des Ukraine-Kriegs und des Nahostkonfliktes auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht verlässlich möglich.

Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig negativ beeinflussen könnten, sowie auch bestandsgefährdende Risiken, sind unter Würdigung der rechtlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten derzeit nicht erkennbar.

3.3 Chancenbericht

Aufgrund der auch für die Zukunft erwarteten Vermietungssituation ist nicht mit nennenswertem Leerstand oder umfangreichen Mietausfällen zu rechnen. Um einen Beitrag am hiesigen Wohnungsmarkt zu leisten, errichtete die Gesellschaft in verschiedenen Neubaugebieten eine Durchmischung von Eigentums- und Mietobjekten in verschiedenen Finanzierungsformen. An dem Wohnungsbauengagement wird festgehalten, durch Neuplanungen bzw. konkrete Umsetzungen in weiteren Baugebieten.

Das ausgewogene Neubauengagement fokussiert sich auf die Zielgruppen in der Stadt Braunschweig, für die ein hoher Wohnraumbedarf prognostiziert wird.¹⁹

Aus dieser Neubautätigkeit erwarten wir mittel- bis langfristig positive Effekte bezüglich der Umsatzerlöse durch Mieteinnahmen.

Durch die strategische Sicherung von Grundvermögen in der Braunschweiger Nordstadt konnte die Entwicklung der bisher unerschlossenen Grundstücke im Rahmen von städtebaulichen Verträgen gesichert werden. Hieraus ergeben sich Potenziale für Tausch- und Veräußerungsgeschäfte des dann erschlossenen Grundvermögens oder der Eigenrealisierung von Hochbaumaßnahmen.

Eine mittel- und langfristige Investitionsplanung basiert auf der Grundlage einer kontinuierlichen Bewertung unseres Immobilienportfolios. Ein jährlich aufgestellter Wirtschaftsplan, der eine mittelfristige Erfolgs-, Investitions- und Finanzplanung beinhaltet, wird durch die Unternehmensgremien genehmigt. Die Einhaltung der Planzahlen wird stetig überwacht.

¹⁹ Wohnraumversorgungskonzept Stadt Braunschweig; InWIS Forschung & Beratung GmbH, Bochum; Seite 30; Seite 54

Der Geschäftsführung werden quartalsweise Berichte über die Budgetüberwachung der Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie der aktuellen Ergebnissituation vorgelegt.

Braunschweig, den 25. Februar 2026

Nibelungen-Wohnbau-GmbH
Braunschweig


Torsten Voß
Geschäftsführer

Trennungsrechnungen 2025

Trennungsrechnungen - 2025 GuV / Wirtschaftsplan	Niwo Bestand			Neubau IGS Wilhelm-Bracke-Schule und Sanierung der IGS-Sporthalle			Neubaugbiet "Alsterplatz - WE 502, 262, 263, 264, 602"			Neubaugbiet "Nördliches Ringgebiet - WE 504, 270, 271, 272, 604 - 1.BA - HA 135"			Zwischensumme		
	2025 IST T€	2025 PLAN T€	Abweichung T€	2025 IST T€	2025 PLAN T€	Abweichung T€	2025 IST T€	2025 PLAN T€	Abweichung T€	2025 IST T€	2025 PLAN T€	Abweichung T€	2025 IST T€	2025 PLAN T€	Abweichung T€
1. Umsatzerlöse															
a) aus Bewirtschaftungstätigkeit	49.618,6	50.201,8	-583,2	2.986,5	2.868,9	117,6	2.387,2	2.308,6	78,6	2.321,5	2.289,8	31,7	57.313,8	57.669,1	-355,3
...davon Sollmieten	33.513,5	33.190,1	323,4	2.225,9	2.225,9	0,0	1.855,3	1.818,7	36,6	1.841,8	1.825,8	16,0	39.436,5	39.060,5	376,0
...davon Erlösschmälerungen	-1.301,3	-958,9	-342,4	0,0	0,0	0,0	-45,8	-45,1	-0,7	-63,4	-50,2	-13,2	-1.410,5	-1.054,2	-356,3
b) aus Verkauf von Grundstücken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) aus Betreuungstätigkeit	319,6	315,9	3,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	319,6	315,9	3,7
d) aus anderen Lieferungen und Leistungen	54,6	18,7	35,9	0,0	0,0	0,0	1,8	111,6	-109,8	2,5	120,8	-118,3	58,9	251,1	-192,2
2. Erhöhung (+) / Verminderung (-) des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücke und unfertigen Leistungen	1.360,3	-472,9	1.833,2	-30,1	-35,0	4,9	-88,4	-26,0	-62,4	-34,1	-23,0	-11,1	1.207,7	-556,9	1.764,6
3. andere aktivierte Eigenleistungen	86,2	171,2	-85,0	0,0	0,0	0,0	10,2	1,8	8,4	33,1	0,0	33,1	129,5	173,0	-43,5
4. sonstige betriebliche Erträge	2.789,6	2.828,1	-38,5	2,1	509,8	-507,7	55,6	39,0	16,6	45,7	26,0	19,7	2.893,0	3.402,9	-509,9
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen															
a) Aufwendungen für Bewirtschaftungstätigkeit															
Betriebskosten	18.085,3	16.755,0	1.330,3	663,3	531,0	132,3	484,1	467,0	17,1	498,7	451,0	47,7	19.731,4	18.204,0	1.527,4
Instandhaltungskosten	9.284,1	9.868,0	-583,9	173,6	802,8	-629,2	213,7	415,5	-201,8	282,8	193,7	89,1	9.954,2	11.280,0	-1.325,8
andere Aufwendungen	453,3	484,5	-31,2	0,6	0,0	0,6	4,4	5,0	-0,6	2,7	2,0	0,7	461,0	491,5	-30,5
Summe Aufwendungen Hausbewirtschaftung	27.822,7	27.107,5	715,2	837,5	1.333,8	-496,3	702,2	887,5	-185,3	784,2	646,7	137,5	30.146,6	29.975,5	171,1
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	12,5	0,0	12,5	0,0	0,0	0,0	12,5	0,0	12,5
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	24,3	40,0	-15,7	0,0	0,0	0,0	0,0	111,6	-111,6	0,0	120,8	-120,8	24,3	272,4	-248,1
Rohergebnis	26.381,9	25.915,3	466,6	2.121,0	2.009,9	111,1	1.651,7	1.435,9	215,8	1.584,5	1.646,1	-61,6	31.739,1	31.007,2	731,9
6. Personalaufwand	8.202,0	8.784,4	-582,4	22,4	28,2	-5,8	10,8	1,6	9,2	30,8	0,0	30,8	8.266,0	8.814,2	-548,2
7. Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6.817,7	6.798,1	19,6	1.052,1	1.052,1	0,0	853,5	843,7	9,8	750,8	752,2	-1,4	9.474,1	9.446,1	28,0
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.657,6	2.790,0	-132,4	0,6	1,0	-0,4	399,3	14,7	384,6	18,7	13,4	5,3	3.076,2	2.819,1	257,1
9. Erträge aus Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	40,3	40,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	40,3	40,0	0,3
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	56,4	0,0	56,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	56,4	0,0	56,4
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.442,9	2.584,9	-142,0	786,9	785,6	1,3	579,2	579,1	0,1	638,6	594,9	43,7	4.447,6	4.544,5	-96,9
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	103,4	305,0	-201,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	103,4	305,0	-201,6
14. Ergebnis nach Steuern	6.214,7	4.652,9	1.561,8	299,3	183,0	116,3	-191,1	-3,2	-187,9	145,6	285,6	-140,0	6.468,5	5.118,3	1.350,2
15. sonstige Steuern	1.397,1	1.451,0	-53,9	70,6	73,0	-2,4	32,2	88,0	-55,8	42,7	91,0	-48,3	1.542,6	1.703,0	-160,4
16. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	4.817,6	3.201,9	1.615,7	228,7	110,0	118,7	-223,3	-91,2	-132,1	102,9	194,6	-91,7	4.925,9	3.415,3	1.510,6

Anmerkung: Wegen der Darstellung voller Beträge können sich minimale Rundungsdifferenzen in Höhe von 0,1 T € ergeben.

Braunschweig, den 25. Februar 2026



Torsten Voß - Geschäftsführer
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Trennungsrechnungen 2025

Trennungsrechnungen - 2025 GuV / Wirtschaftsplan	Übertrag (Zwischensumme)			Neubaugelbiet "Nördliches Ringgebiet - WE 505, 273, 274 - 2.BA - HA 136", inkl. Neubau KiTa Warnekamp - WE 508, 275			Neubaugelbiet "Nördliches Ringgebiet - WE 506 - 3.BA"			Neubaugelbiet "Martha-Fuchs-Str. (Broitzem) - WE 265+509+266"			Neubaugelbiet "Stockheim Süd - WE 507+510+280+281"			Gesamtwerte GuV (Anlage 2)			lt.
	2025 IST T€	2025 PLAN T€	Abweichung T€	2025 IST T€	2025 PLAN T€	Abweichung T€	2025 IST T€	2025 PLAN T€	Abweichung T€	2025 IST T€	2025 PLAN T€	Abweichung T€	2025 IST T€	2025 PLAN T€	Abweichung T€	2025 IST T€	2025 PLAN T€	Abweichung T€	
1. Umsatzerlöse																			
a) aus Bewirtschaftungstätigkeit	57.313,8	57.669,1	-355,3	818,9	703,1	115,8	0,0	0,0	0,0	3,8	1,4	2,4	373,3	351,8	21,5	58.509,8	58.725,4	-215,6	
...davon Sollmieten	39.436,5	39.060,5	376,0	683,9	519,0	164,9	0,0	0,0	0,0	4,5	2,8	1,7	435,8	370,9	64,9	40.560,7	39.953,2	607,5	
...davon Erlösschmälerungen	-1.410,5	-1.054,2	-356,3	-19,0	-21,9	2,9	0,0	0,0	0,0	-0,8	-1,4	0,6	-69,4	-37,1	-32,3	-1.499,7	-1.114,6	-385,1	
b) aus Verkauf von Grundstücken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
c) aus Betreuungstätigkeit	319,6	315,9	3,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	319,6	315,9	3,7	
d) aus anderen Lieferungen und Leistungen	58,9	251,1	-192,2	0,0	0,0	0,0	252,7	0,0	252,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	311,6	251,1	60,5	
2. Erhöhung (+) / Verminderung (-) des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücke und unfertigen Leistungen	1.207,7	-556,9	1.764,6	19,4	-10,0	29,4	0,0	0,0	0,0	0,6	2,0	-1,4	212,2	189,0	23,2	1.439,9	-375,9	1.815,8	
3. andere aktivierte Eigenleistungen	129,5	173,0	-43,5	20,5	0,0	20,5	90,2	17,3	72,9	26,3	14,0	12,3	71,5	59,0	12,5	338,0	263,3	74,7	
4. sonstige betriebliche Erträge	2.893,0	3.402,9	-509,9	6,5	10,0	-3,5	11,8	0,0	11,8	0,0	0,0	0,0	5,5	5,0	0,5	2.916,8	3.417,9	-501,1	
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen																			
a) Aufwendungen für Bewirtschaftungstätigkeit																			
Betriebskosten	19.731,4	18.204,0	1.527,4	162,0	179,0	-17,0	0,0	0,0	0,0	0,4	2,0	-1,6	257,0	188,0	69,0	20.150,8	18.573,0	1.577,8	
Instandhaltungskosten	9.954,2	11.280,0	-1.325,8	66,4	48,5	17,9	0,0	0,0	0,0	0,3	0,3	0,0	20,9	28,1	-7,2	10.041,8	11.356,9	-1.315,1	
andere Aufwendungen	461,0	491,5	-30,5	3,2	3,3	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0	0,3	3,0	0,0	3,0	467,5	494,8	-27,3	
Summe Aufwendungen Hausbewirtschaftung	30.146,6	29.975,5	171,1	231,6	230,8	0,8	0,0	0,0	0,0	1,0	2,3	-1,3	280,9	216,1	64,8	30.660,1	30.424,7	235,4	
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	12,5	0,0	12,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	12,5	0,0	12,5	
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	24,3	272,4	-248,1	0,0	0,0	0,0	252,7	0,0	252,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	277,0	272,4	4,6	
Rohergebnis	31.739,1	31.007,2	731,9	633,7	472,3	161,4	102,0	17,3	84,7	29,7	15,1	14,6	381,6	388,7	-7,1	32.886,1	31.900,6	985,5	
6. Personalaufwand	8.266,0	8.814,2	-548,2	20,5	0,0	20,5	79,4	15,2	64,2	21,2	8,0	13,2	58,6	38,5	20,1	8.445,7	8.875,9	-430,2	
7. Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.474,1	9.446,1	28,0	352,1	368,5	-16,4	0,0	0,0	0,0	3,1	3,1	0,0	268,3	229,4	38,9	10.097,6	10.047,1	50,5	
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.076,2	2.819,1	257,1	8,2	5,0	3,2	10,8	2,1	8,7	2,9	1,1	1,8	22,0	13,2	8,8	3.120,1	2.840,5	279,6	
9. Erträge aus Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
10. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	40,3	40,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	40,3	40,0	0,3	
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	56,4	0,0	56,4	0,0	0,0	0,0	2,8	0,0	2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	59,2	0,0	59,2	
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.447,6	4.544,5	-96,9	193,6	275,3	-81,7	8,4	3,1	5,3	6,7	5,9	0,8	122,4	111,8	10,6	4.778,7	4.940,6	-161,9	
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	103,4	305,0	-201,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	103,4	305,0	-201,6	
14. Ergebnis nach Steuern	6.468,5	5.118,3	1.350,2	59,3	-176,5	235,8	6,2	-3,1	9,3	-4,2	-3,0	-1,2	-89,7	-4,2	-85,5	6.440,1	4.931,5	1.508,6	
15. sonstige Steuern	1.542,6	1.703,0	-160,4	14,7	33,0	-18,3	0,3	2,0	-1,7	0,2	1,0	-0,8	2,3	31,0	-28,7	1.560,1	1.770,0	-209,9	
16. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	4.925,9	3.415,3	1.510,6	44,6	-209,5	254,1	5,9	-5,1	11,0	-4,4	-4,0	-0,4	-92,0	-35,2	-56,8	4.880,0	3.161,5	1.718,5	

Anmerkung: Wegen der Darstellung voller Beträge können sich minimale Rundungsdifferenzen in Höhe von 0,1 T € ergeben.

Braunschweig, den 25. Februar 2026


Tobias Voß - Geschäftsführer
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Trennungsrechnungen - 2025 Bilanz	Niwo Bestand		Neubau IGS Wilhelm-Bracke-Schule und Sanierung der IGS-Sporthalle		Neubaugeliet "Alsterplatz - WE 502, 262, 263, 264, 602"		Neubaugeliet "Nördliches Ringgeliet - WE 504, 270, 271, 272, 604 - 1.BA - HA 135"		Neubaugeliet "Nördliches Ringgeliet - WE 505, 273, 274 - 2.BA - HA 136", inkl. Neubau KiTa Warnekamp - WE 508, 275		Neubaugeliet "Nördliches Ringgeliet - WE 506 - 3.BA"		Neubaugeliet "Martha-Fuchs-Str. (Broitzem) - WE 509, 265, 266"		Neubaugeliet "Stöckheim Süd - WE 507+510+280+281 "		Gesamtwerte lt. Bilanz (Anlage 1)		
	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€
AKTIVA																			
A. Anlagevermögen																			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																			
1. entgeltlich erworbene Softwarelizenzen	727,8	806,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	727,8	806,4
2. geleistete Anzahlungen	14,1	5,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	14,1	5,7
	741,9	812,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	741,9	812,1
II. Sachanlagen																			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	113.752,6	115.372,6	0,0	0,0	61.052,8	60.367,2	49.054,0	49.402,1	15.889,6	15.923,5	0,0	0,0	1.098,3	0,0	19.280,0	19.491,6	260.127,3	260.557,0	
2. Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	3.416,4	3.209,4	22.556,5	23.596,0	0,0	0,0	720,5	745,1	2.713,9	2.481,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	29.407,3	30.031,6	
- Kosten des Erbbaurechts	0,0	0,0	141,9	148,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	141,9	148,4	
- Schulgebäude	0,0	0,0	20.995,8	21.950,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	20.995,8	21.950,2	
- Sporthalle	0,0	0,0	1.305,8	1.371,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.305,8	1.371,1	
- Photovoltaikanlage	0,0	0,0	113,0	126,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	113,0	126,3	
- Außenanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Grundstücke ohne Bauten	2.290,6	1.925,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4.550,9	3.043,9	0,0	0,0	0,0	636,5	6.841,5	5.605,7	
- nicht erschlossen	1.999,1	1.641,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4.550,9	3.043,9	0,0	0,0	0,0	0,0	6.550,0	4.685,3	
- erschlossen durch Dritte	291,5	283,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	636,5	291,5	920,4	
4. Bauten auf fremden Grundstücken	0,0	0,0	125,8	138,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	125,8	138,5	
5. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	549,4	602,3	0,0	0,0	99,0	128,8	96,4	120,6	225,7	252,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	970,5	1.104,1	
6. Anlagen im Bau	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.266,6	1.179,4	1.179,5	0,0	0,0	0,0	0,0	1.106,6	3.839,0	5.018,4	0,0	5.018,4	3.552,7	
7. Bauvorbereitungskosten	141,3	62,1	0,0	0,0	0,0	0,0	5,3	0,0	0,0	0,0	103,5	0,0	0,0	0,0	803,4	250,1	865,5	0,0	
8. Geleistete Anzahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	120.150,3	121.171,7	22.682,3	23.734,5	61.161,8	61.762,6	51.055,6	51.447,3	18.829,2	18.657,0	4.654,4	3.043,9	1.098,3	1.106,6	23.119,0	20.931,5	302.740,9	301.851,1	
III. Finanzanlagen																			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	565,6	565,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	565,6	565,6	
2. andere Finanzanlagen	50,2	50,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50,2	50,2	
3. Ausleihungen an Gesellschafter	0,0	0,0	1.282,7	1.355,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.282,7	1.355,1	
	615,8	615,8	1.282,7	1.355,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.898,5	1.970,9	
	121.508,0	122.599,6	23.965,0	25.089,6	61.161,8	61.762,6	51.055,6	51.447,3	18.829,2	18.657,0	4.654,4	3.043,9	1.098,3	1.106,6	23.119,0	20.931,5	305.381,3	304.638,1	
B. Umlaufvermögen																			
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte																			
1. unfertige Leistungen	18.884,7	17.312,2	706,3	736,4	514,3	602,7	534,8	568,9	209,5	190,1	0,0	0,0	0,6	0,0	9,2	9,2	20.859,4	19.419,5	
2. andere Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	18.884,7	17.312,2	706,3	736,4	514,3	602,7	534,8	568,9	209,5	190,1	0,0	0,0	0,6	0,0	9,2	9,2	20.859,4	19.419,5	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände																			
1. Forderungen aus Vermietung	343,8	75,1	0,0	0,0	14,3	78,1	8,7	2,3	2,2	7,8	0,0	0,0	0,0	0,0	2,7	0,8	371,7	164,1	
2. Forderungen aus Grundstücksverkäufen	0,0	600,0	0,0	0,0	266,6	316,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	266,6	916,3	
3. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	0,0	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	0,0
4. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	4,6	82,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,3	788,2	0,0	0,0	0,0	0,0	5,9	870,8	
5. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	19,0	22,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	19,0	22,0	
6. Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0,0	6,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,4	0,0
7. Forderungen gegen Gesellschafter	1.159,0	263,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.159,0	263,3	
8. sonstige Vermögensgegenstände	390,6	517,5	0,0	0,0	636,0	808,1	516,5	515,5	1.480,8	1.534,9	0,0	0,0	144,0	0,0	2.223,6	4.183,9	5.391,5	7.553,9	
- Sonstige Forderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	67,8	67,8	0,0	0,0	2,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5,1	0,0	0,0	0,0
- EWB/PWB auf sonstige Forderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	-311,3	-189,4	-23,7	-23,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Andere Forderungen debitorischer Kreditoren	0,0	0,0	0,0	0,0	261,0	310,8	43,0	42,0	78,3	84,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Forderung gegen Öffentl. Vers. bzw. KSA	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	3,0	3,0	0,0	41,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0
- Forderung aus Tilgungsnachlässen	0,0	0,0	0,0	0,0	618,5	618,5	494,2	494,2	1.400,5	1.409,3	0,0	0,0	144,0	0,0	2.222,5	4.178,8	0,0	0,0	0,0
	1.917,0	1.562,1	0,0	0,0	916,9	1.202,5	525,2	517,8	1.483,0	1.542,7	1,3	788,2	144,0	0,0	2.223,6	4.184,7	7.213,7	9.798,0	
III. Flüssige Mittel und Bausparguthaben																			
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	7.657,4	3.861,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	7.657,4	3.861,7	
	28.459,1	22.736,0	706,3	736,4	1.431,2	1.805,2	1.060,0	1.086,7	1.692,5	1.732,8	1,3	788,2	144,6	0,0	2.235,5	4.193,9	35.730,5	33.079,2	
C. Rechnungsabgrenzungsposten																			
I. Geldbeschaffungskosten	2,9	3,0	0,0	0,0	49,4	52,0	41,1	43,3	148,4	155,7	0,0	0,0	13,6	14,0	263,7	203,7	519,1	471,7	
II. Andere Rechnungsabgrenzungsposten	133,9	95,4	67,6	64,9	1,2	1,2	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	204,7	162,5	
	136,8	98,4	67,6	64,9	50,6	53,2	42,1	44,3	149,4	156,7	0,0	0,0	13,6	14,0	263,7	203,7	723,8	634,2	
Rechnerischer Ausgleichsposten der Trennungsbilanz	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	150.103,9	145.434,0	24.738,9	25.890,9	62.633,6	63.621,0	52.157,7	52.578,3	20.671,1	20.545,5	4.655,7	3.832,1	1.256,5	1.120,6	25.618,2	25.329,1	341.835,6	338.351,5	

Anmerkung: Wegen der Darstellung voller Beträge können sich minimale Rundungsdifferenzen in Höhe von 0,1 T € ergeben.
Kursive Zahlen: Die Vorjahreswerte wurden aufgrund neuer Kostenstellenzuordnungen angepasst.


Braunschweig, den 25. Februar 2026

Torsten Voß - Geschäftsführer
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Trennungsrechnungen - 2025 Bilanz	Nivo Bestand		Neubau IGS Wilhelm-Bracke-Schule und Sanierung der IGS-Sporthalle		Neubaubereich "Alsterplatz - WE 502, 262, 263, 264, 602"		Neubaubereich "Nördliches Ringgebiet - WE 504, 270, 271, 272 und 604 - 1.BA - HA 135"		Neubaubereich "Nördliches Ringgebiet - WE 505, 273, 274 - 2.BA - HA 136", inkl. Neubau KiTa Warnekamp - WE 508, 275		Neubaubereich "Nördliches Ringgebiet - WE 506 - 3.BA"		Neubaubereich "Martha-Fuchs-Str. (Broitzem) - WE 509, 265, 266"		Neubaubereich "Stöckheim Süd - WE 507+510+280+281 "		Gesamtwerte lt. Bilanz (Anlage 1)		
	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	2025 IST T€	Vorjahr T€	
PASSIVA																			
A. Eigenkapital																			
I. Ausgegebenes Kapital	6.903,0	6.903,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6.903,0	6.903,0
II. Kapitalrücklage	6.419,9	6.419,9	0,0	0,0	1.014,9	1.014,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	7.434,8	7.434,8
III. Gewinnrücklagen																			
1. gesellschaftsvertragliche Rücklagen	3.835,0	3.835,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3.835,0	3.835,0
2. Bauerneuerungsrücklage	45.612,7	42.732,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	45.612,7	42.732,7
3. andere Gewinnrücklagen	767,0	767,0	0,0	0,0	2.591,8	2.591,8	1.908,2	1.908,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5.267,0	5.267,0
	50.214,7	47.334,7	0,0	0,0	2.591,8	2.591,8	1.908,2	1.908,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	54.714,7	51.834,7
Vortrag	5.223,8	4.526,3	-3.964,0	-3.855,1	-578,4	-447,2	-1.110,7	-1.042,8	550,2	826,3	62,0	46,3	-6,2	-0,1	-176,7	-53,7	-123,0	2.000,0	1.267,4
IV. Bilanzgewinn/ Bilanzverlust	1.937,6	1.964,9	228,7	-108,9	-223,3	-131,2	102,9	-67,9	44,6	-276,1	5,9	15,7	-4,4	-6,1	-92,0	-123,0	2.000,0	1.267,4	
	7.161,4	6.491,2	-3.735,3	-3.964,0	-801,7	-578,4	-1.007,8	-1.110,7	594,8	560,2	67,9	62,0	-10,6	-6,2	-268,7	-176,7	2.000,0	71.062,5	67.439,9
	70.699,0	67.148,8	-3.735,3	-3.964,0	2.805,0	3.028,3	900,4	797,5	594,8	560,2	67,9	62,0	-10,6	-6,2	-268,7	-176,7	2.000,0	71.062,5	67.439,9
B. Rückstellungen																			
1. Rückstellungen für Pensionen	19.898,6	20.107,5	67,2	67,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	19.965,8	20.174,7
2. Steuerrückstellungen	5,4	16,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5,4	16,1
3. sonstige Rückstellungen	1.169,5	726,0	105,5	1,1	291,4	268,8	904,9	1.134,3	3.423,1	4.168,9	533,5	611,0	0,0	0,4	0,3	0,3	6.428,3	6.910,4	6.910,4
	21.073,5	20.849,6	172,7	68,3	291,4	268,8	904,9	1.134,3	3.423,1	4.168,9	533,5	611,0	0,0	0,4	0,3	0,3	6.428,3	26.399,5	27.101,2
C. Verbindlichkeiten																			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	44.344,2	48.523,8	24.758,0	26.229,1	38.612,0	39.942,0	36.329,1	37.538,1	16.080,8	14.647,0	0,0	0,0	1.007,7	863,7	21.721,1	15.533,5	182.852,9	183.277,2	
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern - Verbindlichkeiten aus Mieterdarlehen	33.427,2	31.369,8	3.598,4	3.274,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	37.025,6	34.444,2	34.444,2
3. erhaltene Anzahlungen	19.272,1	18.113,4	643,6	576,5	577,1	574,0	655,4	651,8	205,5	150,1	0,0	0,0	2,6	0,0	210,3	6,0	21.566,6	20.071,8	20.071,8
4. Verbindlichkeiten aus Betreuungstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	785,8	1.519,4	4,0	16,7	141,9	148,5	159,0	201,3	97,9	160,4	620,2	1,6	36,0	0,1	67,2	615,0	1.912,0	2.663,0	2.663,0
6. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	23,4	28,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	23,4	28,4	28,4
7. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	0,0	2.168,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2.168,0
8. sonstige Verbindlichkeiten	121,3	91,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	121,3	91,5	91,5
...davon aus Steuern	42,6	43,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	42,6	43,2	43,2
...davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	2,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,0	0,2	0,2
	97.974,0	101.814,3	29.004,0	30.096,7	39.331,0	40.664,5	37.143,5	38.391,2	16.384,2	14.967,5	620,2	1,6	1.046,3	863,8	21.998,6	16.154,5	243.501,8	242.944,1	242.944,1
D. Rechnungsabgrenzungsposten																			
andere Rechnungsabgrenzungsposten	776,8	832,9	0,0	0,0	87,0	19,0	9,6	7,6	6,4	5,1	0,0	0,0	0,0	0,0	2,0	1,7	881,8	866,3	866,3
	776,8	832,9	0,0	0,0	87,0	19,0	9,6	7,6	6,4	5,1	0,0	0,0	0,0	0,0	2,0	1,7	881,8	866,3	866,3
Rechnerischer Ausgleichsposten der Trennungsbilanz	-40.419,4	-45.211,6	-702,5	-310,1	20.119,2	19.640,4	13.199,3	12.247,7	262,6	863,8	3.434,1	3.157,5	220,8	263,0	3.885,9	9.349,3			
Bilanzsumme	150.103,9	145.434,0	24.738,9	25.890,9	62.633,6	63.621,0	52.157,7	52.678,3	20.671,1	20.545,5	4.655,7	3.832,1	1.256,5	1.120,6	25.618,2	25.329,1	341.835,6	338.351,5	338.351,5

Anmerkung: Wegen der Darstellung voller Beträge können sich minimale Rundungsdifferenzen in Höhe von 0,1 T € ergeben.
Kursive Zahlen: Die Vorjahreswerte wurden aufgrund neuer Kostenstellenzuordnungen angepasst.

Braunschweig, den 25. Februar 2026


Torsten Voß Geschäftsführer
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

*Betreff:***Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrats und der
Geschäftsführung***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

21.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

1. der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig werden angewiesen,
2. der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen,

in der Gesellschafterversammlung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsrat und dem Geschäftsführer wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt

Sachverhalt:

Im Hinblick auf den Beschlussvorschlag wird auf die in der heutigen Sitzung vorgelegten Unterlagen zum Jahresabschluss 2025 der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (Niwo) Bezug genommen (siehe DS 26-28645).

Gemäß § 12 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages der Niwo obliegt die Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung der Gesellschafterversammlung der Niwo.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Niwo der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der Niwo sowie der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziff.1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Hübner

Anlage/n:
keine

*Betreff:***Braunschweiger Verkehrs-GmbH**
Jahresabschluss 2025 - Feststellung*Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

21.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Der Jahresabschluss 2025, der mit einem Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 37.332.872,61 € einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 0,00 € ausweist, wird festgestellt.

Sachverhalt:

Sämtliche Geschäftsanteile der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) werden von der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) gehalten.

Gemäß § 12 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages der BSVG obliegt die Feststellung des Jahresabschlusses der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSVG. Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der BSBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der BSVG der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der BSVG hat den Jahresabschluss 2025 in seiner Sitzung am 22. April 2026 beraten und der Gesellschafterversammlung die Feststellung empfohlen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2025 der BSVG weist bei Gesamterträgen (inkl. Zinserträgen) in Höhe von 54.969 T€ und Gesamtaufwendungen (inkl. Zinsaufwendungen und Steuern) in Höhe von 92.302 T€ einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 37.333 T€ aus. Der Verlust wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages von der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) ausgeglichen.

Die Entwicklung der Aufwands- und Ertragspositionen im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

	Angaben in T€	Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
1	Umsatzerlöse	41.113	46.554	44.065	46.489
1a	% zum Vorjahr/Plan		+13,2%	+7,2% / -5,3%	+5,5%
2	andere aktivierte Eigenleistungen	905	1.060	733	1.150
3	sonstige betriebliche Erträge	7.682	7.270	8.861	7.286
4	Materialaufwand	-22.601	-23.979	-22.560	-24.021
5	Personalaufwand	-45.559	-47.813	-48.246	-49.155
6	Abschreibungen	-10.300	-12.567	-10.373	-11.856
7	sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.669	-5.306	-6.257	-5.710
8	Betriebsergebnis (Summe 1-7)	-33.427	-34.781	-33.778	-35.817
9	Zins-/Finanzergebnis	-2.596	-3.696	-3.429	-4.130
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
11	Ergebnis nach Steuern (Summe 8-10)	-36.024	-38.478	-37.207	-39.946
12	sonstige Steuern	-106	-104	-126	-119
13	Jahresergebnis (Summe 11-12)	-36.130	-38.582	-37.333	-40.065
14	Einsparvorgabe Stadt Braunschweig		480		
15	Jahresergebnis (Summe 13-14)	-36.130	-38.102	-37.333	-40.065

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2025 auf 44.065 T€ und sind damit um insgesamt 2.952 T€ bzw. 7,4 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Diese beinhalten die Erlöse aus der Personenbeförderung (39.658 T€), Erlöse aus der Vermietung von Werbeflächen (732 T€) sowie sonstige Erlöse (3.521 T€). Mit zu verrechnen in den Umsatzerlösen sind die Positionen des neutralen Ergebnisses (154 T€), periodenfremde Umsatzerlöse aus Linienverkehr (205 T€), sonstige periodenfremde Umsatzerlöse (-51 T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind mit insgesamt 8.861 T€, gegenüber dem Vorjahr um 1.179 T€ gestiegen. Überwiegend werden die sonstigen betrieblichen Erträge durch die Ausgleichszahlungen für das Deutschland-Ticket (6.199 T€) bestimmt.

Der Materialaufwand ist mit 22.560 T€ gegenüber dem Plan um 1.419 T€ gesunken, gegenüber dem Vorjahr zeichnet sich ein leichter Rückgang von 41 T€ ab. Dies resultiert im Wesentlichen an den geringeren Aufwendungen für Kraftstoffe (-421 T€) und Dienstkleidung (-65 T€). Die Aufwendungen für Instandhaltung (+370 T€) sowie für Energiebezug (+217 T€) sind hingegen im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

Der Personalaufwand beläuft sich auf 48.246 T€. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aufgrund von Tarifsteigerungen und erhöhten Aufwendungen für Altersvorsorge ein Anstieg um 2.687 T€ bei nahezu konstanter Mitarbeitendenzahl. Der Planwert wurde um 433 T€ unterschritten.

Die Abschreibungen liegen mit 10.373 T€ um 2.194 T€ unter dem geplanten Wert in Höhe von 12.567 T€. Diese Abweichung ist im jeweiligen Projektfortschritt begründet und insbesondere auf zeitliche Verschiebungen bei Baumaßnahmen und Buslieferungen zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Wert leicht angestiegen (+73 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 6.257 T€ rund 951 T€ über dem Plan. Im Wesentlichen sind u. a. Aufwendungen für Versicherungen, Beiträge und Gebühren (1.706 T€), Aufwendungen für IT-Dienstleistungen (802 T€), Aufwendungen für erbrachte Dienstleistungen der BSBG (425 T€), Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten (401 T€) enthalten.

Das Zinsergebnis beträgt -3.429 T€ und ist demnach rund 267 T€ unter dem Planansatz. Grund hierfür ist neben der einerseits guten Konditionsentwicklung am Kapitalmarkt die Verschiebung der zu finanzierenden Investitionen, vor allem der ausgeschriebenen Elektrobusse. Insgesamt ist das Zinsergebnis gegenüber dem Vorjahr um rund 833 T€ rückläufig. Dies liegt zu 2/3 an geringeren Zinserträgen zu 1/3 an geringen Zinsaufwendungen.

Die sonstigen Steuern beinhalten Grundsteuern und Kfz-Steuern.

Das Gesamtinvestitionsvolumen im Geschäftsjahr 2025 belief sich auf 51.248 T€. Investitionsschwerpunkte waren beispielsweise die Anschaffung von E-Bussen und die dazugehörige Ladeinfrastruktur (32,44 Mio. €), Sanierung des Betriebshofes Lindenberg (5,47 Mio. €), Sanierung Ottenroder Straße (2,16 Mio. €), Sanierung Mühlenpfortstraße (1,50 Mio. €) und diverse kleinere Maßnahmen z.B. Stadtbahnhaltestellenanpassungen von in Summe 1,43 Mio. €. Weiterhin wurde für die Planung des Stadtbahnausbaus 824 T€ investiert.

Die Prüfung des Jahresabschlusses durch die PKF Fasselt Partnerschaft mbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat zu keinen Einwendungen geführt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 3. März 2026 erteilt.

Als Anlagen sind die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht der Gesellschaft für das Jahr 2025 beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

- 1 - BSVG Bilanz 2025 (öffentlich)
- 2 - BSVG GuV 2025 (öffentlich)
- 3 - BSVG Lagebericht 2025 (öffentlich)

Bilanz der Braunschweiger Verkehrs-GmbH

TOP 19

zum 31. Dezember 2025

AKTIVA	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	612.394,00	713.920,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	37.610.632,95	19.241.696,95
2. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	47.026.345,00	50.726.920,64
3. Fahrzeuge für den Personenverkehr	53.501.024,00	44.387.001,00
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	4.750.355,00	642.566,00
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.506.401,00	2.395.410,75
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	24.647.872,85	33.959.759,46
	<u>170.042.630,80</u>	<u>151.353.354,80</u>
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	12.405,00	12.405,00
	<u>170.667.429,80</u>	<u>152.079.679,80</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.598.645,19	3.378.286,05
2. Waren	4.648,89	4.711,54
	<u>3.603.294,08</u>	<u>3.382.997,59</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.625.795,44	4.671.041,77
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.268.067,09	894.154,34
3. Sonstige Vermögensgegenstände	14.725.452,19	28.510.152,71
	<u>26.619.314,72</u>	<u>34.075.348,82</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
	<u>3.181.104,79</u>	<u>4.569.485,07</u>
	<u>33.403.713,59</u>	<u>42.027.831,48</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
	<u>98.775,92</u>	<u>95.233,11</u>
	<u>204.169.919,31</u>	<u>194.202.744,39</u>

PASSIVA	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital		
	17.938.432,00	17.938.432,00
II. Kapitalrücklage		
	<u>1.639.609,12</u>	<u>1.639.609,12</u>
	<u>19.578.041,12</u>	<u>19.578.041,12</u>
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	944.264,00	1.279.472,00
2. Sonstige Rückstellungen	9.408.317,00	9.778.632,00
	<u>10.352.581,00</u>	<u>11.058.104,00</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	71.034.363,86	76.800.960,72
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.237.345,23	11.351.971,56
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	924.505,97	1.040.493,90
4. Sonstige Verbindlichkeiten; davon aus Steuern: 323.650,77 EUR (298 TEUR)	85.835.214,12	73.535.642,81
	<u>172.031.429,18</u>	<u>162.729.068,99</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
	<u>2.207.868,01</u>	<u>837.530,28</u>
	<u>204.169.919,31</u>	<u>194.202.744,39</u>

Braunschweig, den 2. März 2026

Jörg Reincke
(Geschäftsführer)

Gewinn- und Verlustrechnung

der Braunschweiger Verkehrs-GmbH

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	2025 EUR	2025 EUR	2024 EUR	2024 EUR
1. Umsatzerlöse		44.064.609,05		41.113.295,81
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		732.543,71		904.941,73
3. Sonstige betriebliche Erträge		8.861.375,42		7.682.072,72
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	11.706.208,50		11.705.412,46	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>10.854.185,43</u>	22.560.393,93	<u>10.895.579,56</u>	22.600.992,02
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	37.514.469,61		35.788.226,11	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung; davon für Altersversorgung: 2.055.051,89 EUR (1.942 TEUR)	<u>10.731.461,73</u>	48.245.931,34	<u>9.770.825,83</u>	45.559.051,94
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		10.373.400,43		10.299.637,53
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		6.257.472,99		4.668.771,42
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus Abzinsung: 6.646,00 EUR (7 TEUR)		1.310.084,86		2.444.983,91
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen; davon aus Aufzinsung: 11.532,00 EUR (16 TEUR) davon an verbundene Unternehmen: 1.334,69 EUR (3 TEUR)		4.738.622,20		5.040.756,19
10. Ergebnis nach Steuern		-37.207.207,85		-36.023.914,93
11. Sonstige Steuern		125.664,76		105.888,71
12. Erträge aus Verlustübernahme		<u>37.332.872,61</u>		<u>36.129.803,64</u>
13. Jahresergebnis		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>

Braunschweig, den 2. März 2026


 Jörg Reincke
 (Geschäftsführer)

Braunschweiger Verkehrs-GmbH, Braunschweig

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

Geschäftliche Entwicklung und Rahmenbedingungen

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Die Kernaufgabe der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) ist die Erbringung von Fahrleistungen im öffentlichen Personenverkehr (ÖPNV) mit Stadtbahnen und Omnibussen sowie damit zusammenhängende Dienstleistungen für die Einwohner der Stadt Braunschweig. Die BSVG fungiert zudem als Eigentümer und Betreiber aller Betriebsanlagen der Stadtbahn in der Stadt Braunschweig. Von der Gesellschaft werden im Großraum Braunschweig auch Busverkehrsleistungen über die Stadtgrenzen Braunschweigs hinaus erbracht, um ÖPNV-Verknüpfungen auch in die Landkreise Gifhorn, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel mit dem Oberzentrum Braunschweig zu gewährleisten. Im regionalen ÖPNV betreibt die Gesellschaft die Regiobus-Linien 420, 421, 430, 450 und 480, entsprechend des aktuellen Nahverkehrsplanes 2020 Großraum Braunschweig.

Die Gesellschaft ist mit der Erbringung von Personenverkehrsdienstleistungen im Linienverkehr des Teilnetzes 40 Braunschweig Stadtbahn und Stadtbus über einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag gemäß VO(EG) Nr. 1370/2007 beauftragt.

Die BSVG ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG). Zwischen der BSBG als Muttergesellschaft und der BSVG besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

Die BSVG ist Mitglied und Gesellschafter in der Verkehrsverbund Region Braunschweig GmbH (VRB-GmbH), hält 16,02 % der Anteile an der Verkehrsverbund Region Braunschweig GmbH.

Die BSVG betreibt ihre Betriebsstandorte innerhalb Braunschweigs.

1.2 Forschung und Entwicklung

Die BSVG erbringt keine eigenen und dauerhaften Forschungs- und Entwicklungsleistungen.

2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Ausführungen zum Wirtschaftsbericht und zur Prognose erfolgen in Bezug auf die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren Umsatz und Jahresergebnis vor Verlustübernahme.

Wesentlicher nichtfinanzieller Leistungsindikator des Verkehrsunternehmens ist die Entwicklung der beförderten Kunden über die Fahrgastzahlen (Unternehmensbeförderungsfälle) sowie die erbrachte Verkehrsleistung.

3. Wirtschaftsbericht

3.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Öffentlicher Dienstleistungsauftrag, Direktvergabe

Die Gesellschaft ist mit der Erbringung von Personenverkehrsdienstleistungen im Linienverkehr des Teilnetzes 40 Braunschweig Stadtbahn und Stadtbus über einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA), im Wege einer Direktvergabe seit dem 1. Oktober 2015, gemäß VO(EG) Nr. 1370/2007, beauftragt.

Vertragspartner des ÖDA sind die Stadt Braunschweig, die im Rahmen des steuerlichen Querverbundes über die BSBG, auf Basis des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages, den Verlustausgleich der Gesellschaft tätigt sowie der Regionalverband Großraum Braunschweig (RGB) in der Rolle des Aufgabenträgers gemäß dem Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz (NNVG).

Der Regionalverband Großraum Braunschweig und die Stadt Braunschweig haben zur Umsetzung des ÖDA eine öffentlich-rechtliche „zuständige Gruppe von Behörden“ gemäß der VO(EG) Nr. 1370/2007 gebildet, die regelmäßig jährliche Gruppensitzungen durchführt.

Die Finanzierung von regionalen außerstädtischen Verkehrsleistungen innerhalb des Gebietes des Regionalverbandes ist in einer allgemeinen Vorschrift zur Festsetzung von Höchsttarifen für alle Fahrgäste geregelt. Mit dieser Regelung kann ein Ausgleich für die Mindererträge, die bei der Beförderung von Fahrgästen im regionalen Busverkehr durch die Anwendung von verbundeinheitlichen Höchsttarifen entstehen, gemäß VO(EG) Nr. 1370/2007 erfolgen. Für die BSVG ist diese Regelung im Berichtsjahr von untergeordneter Bedeutung, da die Gesellschaft ihren finanziellen Ausgleich derzeit vorrangig über den ÖDA realisiert.

Der Betrieb der Regiobus-Linien der Gesellschaft erfolgt in Teilen im Auftrag des Regionalverbandes Großraum Braunschweig und wird, bezogen auf diese Teile, von diesem mitfinanziert.

Zur Ergänzung der Finanzierung des Regelgeschäfts hatte die Gesellschaft auch in 2025 Bedarf an staatlichen Mitteln zur Kompensation der zusätzlichen Einnahmeverluste durch das seit Mai 2023 bundesweit eingeführte Deutschland-Ticket. Das Land und der RGB gleichen die Einnahmeverluste bezogen auf 2025 aus.

3.2 Geschäftsverlauf

Prognose-Ist-Vergleich

Die Prognosen der Erfolgsentwicklung und des Geschäftsverlaufes wurden im Rahmen der vierteljährigen Berichterstattungen dem Aufsichtsrat der Gesellschaft als Vorschau vorgelegt und erläutert.

Im Geschäftsjahr 2025 vereinnahmte die BSVG Umsatzerlöse von 44,065 Mio. Euro und unterschritt die Prognose um 2,489 Mio. Euro (Prognose Umsatzerlöse: 46,554 Mio. Euro). Trotz einer in 2025 zu verzeichnenden positiven Fahrgastzahlenentwicklung entwickelten sich die der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung zugeschiedenen Umsatzerlöse noch nicht plankonform. Die mit dem Verkehrsertrag zusammenhängenden sonstigen betrieblichen Erträge betragen rund 6,199 Mio. Euro und liegen rund 0,360 Mio. Euro unterhalb des Planwertes aus 2024 für 2025 von 6,559 Mio. Euro. Dennoch beläuft sich der zum 31.12.2025 ermittelte Gesamtertrag auf 53,659 Mio. Euro und liegt damit um 1,225 Mio. Euro unter dem Prognosewert. Bezogen auf den Einnahmeausgleich im Verkehrsverbund Region Braunschweig (VRB) sowie über die D-TIX erfolgen Spitzabrechnungen zum Mai 2026.

Die ursprüngliche Gesamtertragserwartung (ohne Zinserträge) konnte aufgrund sich ändernder externer Rahmenbedingungen nicht realisiert werden. Hierzu zählt im Wesentlichen das Deutschland-Ticket. Die Einnahmeausfälle sollten durch Bundes- und Landesmittel über den Aufgabenträger Regionalverband Großraum Braunschweig ausgeglichen werden. Die Fahreinnahmen aus dem Deutschland-Ticket werden im (VRB) unter den beteiligten Verkehrsunternehmen verteilt und ein Schadensausgleich für entgangene Fahreinnahmen vom Regionalverband Großraum Braunschweig (RGB) in Form von Abschlägen gezahlt.

Das seit dem Jahr 2021 eingeführte Einnahme-Aufteilungs-Verfahren (EAV) des VRB soll auf der Einnahmenseite in Summe weitgehend neutral wirken. Insgesamt ist festzustellen, dass der relative Anteil der Einnahmezuflüsse über den VRB bzw. die D-TIX stetig zunimmt und dieser teils nicht verursachungsgerecht bzw. periodengerecht gezahlt wird. Gegenläufig verringern sich die direkten Tarifeinnahmen der BSVG. Die Einführung des Deutschland-Tickets hat diesen Trend weiter verstärkt. Die D-TIX GmbH & Co. KG (D-TIX) wurde für die Umsetzung des Deutschland-Ticket-Clearings gegründet und sammelt dazu die Verkaufsdaten im Nahverkehr. Ab 2025 betreibt die D-TIX zentral die Sammlung und verursachungsgerechte Verteilung der Einnahmen aus dem Deutschland-Ticket.

Die Abgeltungszahlungen des Landes Niedersachsen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen nach SGB IX verringern sich zum Vorjahr um 22,8 % auf 0,723 Mio. Euro. In die Prognose ist ein Ausgleich von 0,500 Mio. Euro eingegangen. Die Zählung im Jahr 2024 erbrachte einen Quotienten, der nur ganz leicht über dem Landessatz lag und zwei Jahre lang gültig ist.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 7,682 Mio. Euro in 2024 auf 8,861 Mio. Euro in 2025 gestiegen. Die über den RGB erhaltenen unterjährigen Abschlagszahlungen für das Deutschland-Ticket (einschließlich Schülertickets) an die BSVG betragen 6,199 Mio. Euro (Vorjahr 6,465 Mio. Euro). Der aus Einnahmeverlusten folgende reduzierte Schwerbehindertenausgleich des Landes ist von diesen Ausgleichszahlungen nicht gedeckt.

Für das Jahr 2025 wurde ein Jahresergebnis vor Verlustübernahme von 38,102 Mio. Euro geplant. Tatsächlich wurde ein Jahresergebnis vor Verlustübernahme von 37,333 Mio. Euro (0,769 Mio. Euro unter der Prognose) erreicht.

Die Geschäftsführung bewertet die wirtschaftliche Lage des Unternehmens auch im Geschäftsjahr 2025 vor dem Hintergrund der Ausgleichsleistungen für die Deutschland-Tickets, dem EAV, und dem Agieren der Stadt Braunschweig als stabil. Die Initiierung von nachhaltigen Zukunftsprojekten wie Stadtbahnausbau und Elektromobilität im Busbereich samt Infrastruktur bestätigen die Fokussierung der Aufgabenträger auf einen ökonomisch und ökologisch gut ausgebauten ÖPNV.

Für den nicht-finanziellen Leistungsindikator Fahrgastzahl bzw. Unternehmensbeförderungsfälle erzielte die BSVG im Jahr 2025 mit 37,815 Mio. (Vorjahr 37,624 Mio. Unternehmensbeförderungsfälle) einen leichten Anstieg trotz der Netzprobleme in der eingeschränkten Bedienung der Linie 1 nach Stöckheim. Für die Verkehrsleistung wurde prognostiziert, dass sie sich in der Größenordnung des Vorjahres bewegen wird. Tatsächlich liegt die Verkehrsleistung im Jahr 2025 leicht über dem Niveau des Vorjahres (34 t Nutzwagenkilometer) bei 10,879 Mio. Nutzwagenkilometern.

Stadtbahnausbauvorhaben

Aufbauend auf den Beschlüssen des Rates der Stadt Braunschweig wurden die in Voruntersuchungen ermittelten Trassenkorridore weiter beplant. Der politische Beschluss für die Planungen des 1. Teilprojektes Volkmarode Nord wurde im Jahr 2022 in den Gremien erfolgreich eingeholt. Die Einleitung der Planfeststellungsverfahren erfolgte im Sommer 2024. Der Planfeststellungsbeschluss für die Wendeschleife in Gliesmarode wurde Ende 2025 übermittelt.

Mit ersten Bauleistungen im Teilprojekt Volkmarode Nord kann ab Herbst 2026, nach dem Erhalt des Baurechts sowie des Zuwendungsbescheids und dem Abschluss der Ausführungsplanung, gerechnet werden.

Der Projektfortschritt wird in Arbeitsgruppen laufend evaluiert und an die Anforderungen angepasst. Regelmäßig wird die Projektentwicklung und sich ergebene Entscheidungsbedarfe in Projektsicherungsterminen, Lenungskreissitzungen und Projektmanagementsitzungen gemeinsam mit der Stadt Braunschweig erörtert und bearbeitet. Aufgrund verschiedener Faktoren, wie Mitarbeiterfluktuation, Weiterentwicklung technischer Normen, Planungsanpassungen und Ressourcenknappheit auf Seiten der Fachplaner, kommt es zu Verzögerungen.

Stadtbahnbeschaffung und Stadtbahnwagenkasten 2,65 m

Im Jahr 2024 hat das Unternehmen den Prozess für die Stadtbahnersatzbeschaffung der Bestandsfahrzeuge aus dem Baujahr 1995 eingeleitet und ein EU-weites Ausschreibungsverfahren gestartet. Dies war dringend erforderlich, um den Ersatz der mittlerweile anfälligen Bestandsfahrzeuge beginnend ab dem Jahr 2028 einzuleiten. Das Land Niedersachsen hat die Förderung dieser Ersatzbeschaffung in ihr Förderprogramm aufgenommen. Vor dem Hintergrund der Ressourcen auf dem Beschaffungsmarkt für Stadtbahnfahrzeuge werden im eingeleiteten Beschaffungsprozess keine 2,65 m breiten Fahrzeuge beschafft. Die Kapazitätserweiterung durch den Einsatz von breiteren Stadtbahnfahrzeugen bleibt weiter strategisches Ziel der BSVG. Die Umsetzung wird zeitlich verschoben.

Energiemanagementsystem nach 50001

Die BSVG betreibt seit 2025 ein Energiemanagementsystem nach der ISO 50001. Es wird eine kontinuierliche Verbesserung der energiebezogenen Leistung durch die systematische Erfassung, Bewertung und Optimierung von Energieverbräuchen angestrebt. Die Basis bilden Energiekennzahlen, aus denen Effizienzmaßnahmen identifiziert, umgesetzt und regelmäßig überprüft werden können. Das Energiemanagementsystem leistet einen Beitrag zur Ressourcenschonung sowie zur Reduzierung energiebedingter Emissionen.

Die erste Stufe des Zertifizierungsprozesses wurde im Dezember 2025 erfolgreich absolviert. Das Zertifizierungsaudit erfolgte im Januar 2026. Fokus wurde auf die größten Verbraucher gelegt und das betrifft insbesondere den Stadtbahn- und Busbereich.

„Respekt verbindet“ gewinnt Marketinglöwen und Stärkung der Arbeitgebermarke

Die BSVG hat im Frühjahr 2025 die Kampagne „Respekt verbindet“ aufgelegt, um für mehr Respekt im ÖPNV zu werben. Dabei geht insbesondere um mehr Respekt gegenüber den Mitarbeitern, aber auch unter Fahrgästen. Die Kampagne wurde an den Haltestellen sowie über Social Media ausgespielt. Die Resonanz war überwiegend positiv, auch die Belegschaft berichtete von positiven Auswirkungen auf das Verhalten im Fahrzeug. Für die Kampagne wurde die BSVG im Jahresverlauf mit dem Marketinglöwen, den bedeutendsten Marketing-Preis der Region ausgezeichnet.

Als wiederkehrendes Thema in der Kampagnenplanung wurde auch die Arbeitgebermarke der BSVG in 2025 gestärkt, um das Unternehmen als attraktiven Arbeitgeber mit guten Arbeitsbedingungen zu positionieren. Auch diese Werbebemühungen haben dazu geführt, dass sich das Bewerberaufkommen insbesondere für Stellen im Fahrdienst wieder verbessert hat.

In den sozialen Medien erfolgt der Markenauftritt der BSVG über die Plattformen Facebook, Instagram, LinkedIn und TikTok. Durch BSVG-Influencer – Mitarbeiter, die aus dem Betriebsalltag berichten - wird die BSVG als Marke und Arbeitgeber nahbar, authentisch und sympathisch vorgestellt. Über dieses Instrument werden neben der langfristigen Kampagnenplanung auch kurzfristige Impulse zu aktuellen Themen gesetzt und das Image der BSVG gestärkt.

HESOP

HESOP ist ein Energiemanagementsystem, das sowohl Traktionsenergie in das Straßenbahnnetz einspeisen als auch rekuperierte Energie der Straßenbahnen in die Mittelspannung zurückspeisen kann. Hierdurch sind im Gegensatz zum „klassischen Unterwerk“ längere Speiseabschnitte durch aktive Spannungsregelung möglich und ein Unterwerk (Hamburger Straße) wird zukünftig sogar gänzlich entbehrlich.

Vorteile des Systems sind Energieeinsparungen und Reduktion der Komplexität durch Einsparung eines Unterwerks und Kostensicherheit. Im Vergleich zur konventionellen Lösung ist das Kosteniveau gleich.

Das Projekt HESOP ist in den Investitionsplan eingeflossen und die BSVG hat den Zuwendungsbescheid erhalten, der erstmals auch die Modernisierung der Energieversorgung für die Stadtbahn fördert. Die Auftragserteilung und die Anzahlung für das Projekt sind bereits erfolgt. Die finale Umsetzung mit technischer Inbetriebnahme erfolgte ab Jahresmitte bis November 2025.

Fahrgastentwicklung

Daten über die Nutzungsintensität der Linienverkehre werden seit dem Jahr 2019 basierend auf automatisiert erhobenen Ein- und Aussteigerzahlen erfasst. Hierfür kommt ein Automatisches Fahrgastzählsystem (AFZS) zum Einsatz, das beginnend mit einer geringen Ausrüstungsquote in 2019, mittlerweile statistisch ausreichend in rund 20 % der Fahrzeuge der BSVG installiert wurde. Diese Erhebungssystematik wurde im Jahr 2025 fortgesetzt (siehe orange Kurve in nachstehender Grafik) und löst die Systematik im Verkehrsverbund zur Ermittlung der Kundenanzahl (siehe blaue Kurve) ab. Die Unternehmensbeförderungsfälle stiegen im Jahr 2025 auf rund 37,815 Mio. gegenüber rund 37,624 Mio. im Jahr 2024 an und zeigen sich leicht steigend.

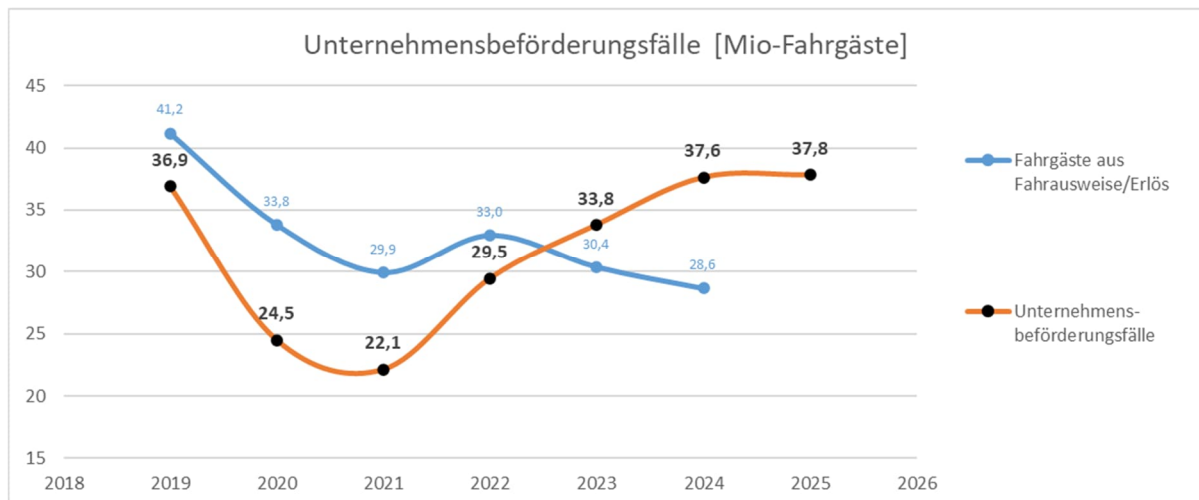
Das Umfeld war im Jahr 2025 von erheblicher Bauaktivität sowohl von Seiten der BSVG als auch im übrigen Stadtgebiet geprägt. Auch im SPNV hat es umfangreiche Ersatzverkehre mit Einfluss auf die Fahrgastnachfrage in Braunschweig gegeben.

Die Nachfrage im Bereich Tram ist leicht zurückgegangen. Hierfür sind die Streckensperrung der Linie 1 zwischen Heidberg und Stöckheim sowie die umfangreichen Bauarbeiten im nördlichen Streckenast (Linien 1 + 2) in den Sommerferien 2025 ursächlich.

Die Nachfrage im Bussektor ist demgegenüber leicht angestiegen (Schienenersatzverkehr (SEV)). Baustellenbedingt verlängerte Linienwege z.B. auf den Buslinien 416 und 436 haben zu einem höheren Anstieg der Beförderungsleistung (Pkm) als bei den Linienbeförderungsfällen (Einsteiger) geführt.

Die durch den Verkehrsverbund Region Braunschweig (VRB) für die BSVG angegebenen Fahrgastzahlen aus dem zugeschiedenen Fahrausweiserlös im VRB weichen für das Jahr 2024 noch deutlicher von den erhobenen Werten nach AFZS ab als im Vorjahr. Die Abweichung zu den aus der Erhebung ermittelten Werten beträgt etwa für das Jahr 2024 rund 24 %.

Die Erlösentwicklung läuft damit entgegen dem Trend der tatsächlichen Fahrgastzahlen. Es wird weiterhin angestrebt, gemeinsam mit dem VRB die Ursachen für die Abweichung zu ermitteln.



Auftragsverhältnis BSVG – KVM

Die Kraftverkehrsgesellschaft Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (KVM) ist für den Busbetrieb der BSVG mit rund 15 % Anteil an der Gesamtbetriebsleistung Bus ein wichtiger Partner. Die KVM erbringt im Berichtszeitraum stabil die Leistungsanteile und hat auch im Jahr 2025 ergänzende Unterstützungen für den Braunschweiger Stadtverkehr erbracht. Die zum 31. Oktober 2024 ausgelaufenen Konzessionen der KVM wurden bis zum 10/2025 durch den RGB verlängert. Danach besteht ein Subunternehmervertrag zwischen BSVG und KVM.

Verbund und Regionalverband

Der Regionalverband sowie der Verkehrsverbund Region Braunschweig (VRB) haben gemeinsam in 2025 vielfältigste Themen wie die vertragliche Neustrukturierung D-TIX vorgebracht. Die Ertragsflüsse sollen transparenter und nachvollziehbar werden, wozu sich in 2025 eine Arbeitsgruppe ausgebildet hat, um die unterschiedlichen Ertragsflüsse weiter zu plausibilisieren.

E-Mobilität bei der BSVG

Im Jahr 2025 sind 46 neue Elektrobusse geliefert und größtenteils in den Regelbetrieb übergegangen. Damit hat die BSVG seit Dezember 2023 insgesamt 50 neue Elektrobusse in der Busflotte. Die BSVG erhält für die Beschaffung der Busse neben den Fördermitteln vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) auch Fördermittel vom Land Niedersachsen (Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG)). Mit dieser Beschaffung erfolgte der Auftakt zu einer umfangreichen Elektrifizierung der Busflotte, die im ersten Schritt ca. 1/3 des Gesamtbusbestandes der BSVG umfasst.

Auf dem Busbetriebshof Lindenberg, der derzeit umfangreich modernisiert wird, ist die Errichtung der Ladeinfrastruktur in den Busports weitestgehend erfolgt. Auch im Stadtgebiet (Wilhelmstraße, Eutschenwinkel) sowie in Wolfenbüttel sind Opportunity-Ladepunkte für die E-Busse installiert worden. Die Photovoltaikanlage auf den Busports ist fertiggestellt und wird im Jahr 2026 in Betrieb gehen. Der Betrieb der bestehenden Elektrobusflotte „Emil“ aus 2014 ist vor dem Hintergrund des Rückzugs der Systemhersteller nicht einfach aber praktikabel, weshalb die BSVG die Weiternutzung des Systems anstrebt.

DOSTDI

Das Ende 2023 seitens der BSVG beantragte Förderprojekt „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ (DOSTDI) wird plangerecht bearbeitet. Die BSVG wird daraus die Linienplanungssoftware an den künftigen Bedarf anpassen und die Betriebsführung und -steuerung ertüchtigen. Die BSVG ist in dem Projekt ein anwendungsorientierter Partner. Somit unterstützte diese auch in 2025 die Erarbeitung der Forschungsanteile, die primär bei den weiteren Projektpartnern liegt.

ImoGer

Das mit der BSVG und dem Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) sowie Industriepartnern, der Stadt Braunschweig und dem RGB als Forschungsprojekt beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) beschiedene Forschungsprojekt, wird vorangetrieben. Ziel ist der Aufbau eines multifunktionalen und fahrerlosen Kleingefährts, das am Schwarzen Berg in Braunschweig im Personen- und kombinierten Paketlieferverkehr einsetzbar ist. Dazu werden lastabhängig die benötigten Transportkapseln (Verkehr und Güter) flexibel je nach Einsatzzweck ausgetauscht.

Größere Baumaßnahmen

Gleissanierung Ottenroder Straße und Mühlenpfordtstraße

Die Gleisanlagen in der Ottenroder und Mühlenpfordtstraße mussten verschleißbedingt erneuert werden. Im Zuge der Sanierungsarbeiten wurden die Stadtbahnhaltestellen ebenfalls modernisiert.

Sanierung Busbetriebshof Lindenberg

Das Projekt ist Bestandteil des GVFG-Mehrjahresprogrammes des Landes Niedersachsen. Die Infrastruktur der Elektromobilität auf dem Betriebshof ist in der Umsetzung und die Busports mit der Ladeinfrastruktur für die neuen Elektrobusse in Betrieb. Künftig sollen die mit Photovoltaikanlagen ausgestatteten Busportdächer den selbst erzeugten Strom für die E-Busse bereitstellen. Die Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage erfolgt nach dem aufwendigen Zertifizierungsverfahren im Jahr 2026.

Bei der Sanierung sind die aktuellen Anforderungen des Brandschutzes in das Projekt eingeflossen. Die Investitionsbedarfe der Maßnahmen sind gegenüber der ursprünglichen Planung aufgrund der neuen Rechtslage sowie der gestiegenen Anforderungen für die E-Busse samt Ladeinfrastruktur angestiegen.

3.3 Ertragslage

Die BSVG beendet das Geschäftsjahr 2025 mit einem ausgewiesenen Jahresverlust von 37,333 Mio. Euro vor Verlustübernahme.

Im Vorjahr lag der Verlust bei 36,130 Mio. Euro und das Ergebnis verschlechterte sich um rund 1,203 Mio. Euro (3,3 %). Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2025 fällt das Ergebnis um rund 0,769 Mio. Euro und zur Vorschau 2025 von 38,093 Mio. Euro um 0,760 Mio. Euro besser aus.

Der Deckungsbeitrag als Faktor Gesamtertrag zu Gesamtaufwand liegt mit rund 59,6 % auf dem Niveau des Vorjahres (59,1 %). Dies ist nach Einschätzung der Geschäftsführung im Branchenvergleich ein guter Wert, da die BSVG keine der bei anderen kommunalen Verkehrsunternehmen üblichen geleisteten Investitionszuschüsse bzw. Durchtarifierungsverluste durch Gesellschafter oder verbundbedingte Tarifersatzleistungen zur Unterstützung des Kerngeschäftes erhält.

Dennoch zeigt sich deutlich, dass aufgrund von Maßnahmen Dritter, u. a. der Einführung der Deutschland-Tickets samt deren teilweise nicht periodengerechter Abrechnungen, ein stabiles Ergebnis vor Verlustübernahme derzeit nicht abgebildet werden kann. Der Aufwand für die Erstellung der ÖPNV-Leistung steigt höher als die periodengerecht darstellbaren Ertragssteigerungen. Damit steigt der Verlustausgleichsbetrag gegenüber dem Vorjahr.

Die für das Geschäftsjahr 2025 erzielten Umsatzerlöse (aus Verkehrsleistungen und sonstigen Umsatzerlöse) der BSVG stiegen gegenüber dem Vorjahr um rund 2,951 Mio. Euro auf 44,065 Mio. Euro.

Die aktivierten Eigenleistungen beinhalten die erbrachten Eigenleistungen aus Regieleistungen für Projekte, welche konkreten Einzelbaumaßnahmen zugeordnet werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 7,682 Mio. Euro auf 8,861 Mio. Euro im Jahr 2025 gestiegen. Für das Geschäftsjahr 2025 sind hauptsächlich die Ausgleichszahlungen des Deutschland-Tickets geflossen.

Der Materialaufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren beträgt 11,706 Mio. Euro und liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Bei der Beschaffung von Dieselmotorkraftstoff verringerte sich der Aufwand um rund 0,421 Mio. Euro, da sich der Bezug von Dieselmotorkraftstoff und -preis verringerte. Zeitgleich ist ein Anstieg von 4,7 % bei den weiteren Energieaufwendungen festzustellen.

Die Begründung liegt neben einem Preisanstieg wesentlich in dem Mehrverbrauch der Elektrifizierung der Busflotte, die zum Ende des Jahres 2025 zu ca. 1/3 aus Elektrobussen besteht. Gegenläufig verkehrt die Stadtbahn auf den der Linien 1 und 10 aufgrund des Schadens in Stöckheim ab dem 04.08.2025 nicht, was den Fahrstromverbrauch sinken lässt. Beim Materialverbrauch ist ein Anstieg von 7,1 % erkennbar. Die Summe der Aufwendungen für bezogene Leistungen liegt um 0,4 % unter dem Vorjahresniveau und beträgt 10,854 Mio. Euro.

Der Personalaufwand beträgt 48,246 Mio. Euro, was einer Steigerung von insgesamt 5,9 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Ursache liegt in der Umsetzung der Tarifsteigerung gem. TVN-NDS. Die Anzahl der Mitarbeiter ist nahezu konstant. Die Aufwendungen für Altersversorgung sind um 0,113 Mio. Euro gestiegen. Tariflich vereinbarte erhöhte Sonderzahlungen aus dem Anreizsystem sind Bestandteil des Aufwandes, welche nach der erfolgten Zielerreichung aus ÖDA-Mitteln gegenfinanziert werden.

Die Position Abschreibungen resultiert aus den Investitionstätigkeiten der BSVG, die wesentlich in die materiellen Vermögensgegenstände einfließen. Es folgt eine Steigerung der Abschreibungen um rund 0,074 Mio. Euro auf insgesamt 10,373 Mio. Euro im Jahr 2025.

Die Summe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von rund 6,257 Mio. Euro zeigen wesentliche erhöhte Positionen des laufenden Geschäfts wie beispielsweise Dienstleistungsaufwendungen für den EDV-Dienstleister und die Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) sowie Aufwendungen aus der Zuführung zu einer Rückstellung für etwaige Rückzahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit erhaltenen Abschlägen für Fahrgeldeinnahmen.

Die Zinserträge betragen 1,310 Mio. Euro, was einem Absinken gegenüber dem Vorjahr um 1,135 Mio. Euro entspricht infolge des Absinkens des Leitzinses und der Verkleinerung der CashPool-Forderungen. Vor allem die Erträge aus Swap-Erträgen sind stark zurückgegangen. Die Zinsaufwendungen (insbesondere Darlehenszinsen) sanken auf 4,739 Mio. Euro bzw. um 6 % gegenüber dem Vorjahr. Das Zinsergebnis 2025 beträgt insgesamt rund -3,429 Mio. Euro (Vorjahr 2,596 Mio. Euro).

3.4 Finanzlage

3.4.1 Kapitalstruktur

Die Finanzierung der Investitionstätigkeit der BSVG im Berichtsjahr erfolgte zum Teil durch GVFG-Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Diese stammt, bezogen auf die Investitionen des Geschäftsjahres 2025, wesentlich aus GVFG-Mitteln für die Sanierung von abgängigen Gleisanlagen, dem Umbau des Busbetriebshofes Lindenberg, Fahrzeugersatzförderung Stadtbahn, und Stadtbahn sowie aus dem im Jahr 2010 eingeführten niedersächsischen Konjunkturprogramm, was vom Land Niedersachsen auf unbegrenzte Zeit verlängert wurde.

Die Finanzierung der verbleibenden Eigenanteile wurde durch Aufnahme von Fremdkapital auf Grundlage des § 121a des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) der Stadt Braunschweig mit vorheriger Validierung der Konditionen am Kapitalmarkt durchgeführt. Im Regelfall werden die Mittelbedarfe bis zum Zeitpunkt der technischen Fertigstellung und damit dem Zeitpunkt der Aktivierung des Vermögensgegenstandes aus dem Cash Pool über die Gesellschafterin durch die Stadt Braunschweig verzinslich kurzfristig gedeckt. Mittelfristfinanzierungen sind von untergeordneter Bedeutung. Infolge des Ergebnisabführungsvertrages mit der Gesellschafterin und des daher unveränderten Eigenkapitals bei gleichzeitiger Finanzierung der Investitionstätigkeit mit Fremdmitteln, weist die BSVG eine Fremdkapitalquote von rund 90,4 % (Vorjahr 89,9 %) aus.

Weiter zeigt die Bilanz das Bild einer Finanzierungsstruktur eines Unternehmens, das sich aufgabenspezifisch und strukturell aus der Daseinsvorsorge ergebenden Fehlbeträge über einen Ergebnisabführungsvertrag und ohne einen Verkehrsvertrag finanziert. Diese Finanzierungsstruktur lässt keine Möglichkeiten einer strategischen Rücklagenpolitik zu. Insofern verschlechtern sich automatisch einige der Bilanzkennziffern bei zunehmender darlehensfinanzierter Investitionstätigkeit. Finanzierungsstrukturierungen mittels Leasings oder Mietkauf würden diese Kennzahlen zwar verbessern, werden aber aufgrund der höheren Finanzierungskosten, Bankenmargen sowie den nicht konformen Fördergrundsätzen nicht angestrebt.

3.4.2 Investitionen

Das Investitionsvolumen auf Sachanlagen der BSVG liegt bei 51,248 Mio. Euro. Im Vorjahr waren es 34,624 Mio. Euro.

In den folgenden Abschnitten werden aktivierte Positionen aus dem Jahr 2025 aufgelistet:

E-Busse	29,257 Mio. Euro,
Sanierung Betriebshof Lindenberg/Busports	5,469 Mio. Euro,
Ladeinfrastruktur E-Busse	3,182 Mio. Euro,
Sanierung Ottenroder Straße	2,163 Mio. Euro,
Sanierung Mühlenpfordtstraße	1,498 Mio. Euro,
Vorbereitung Wagenkastenverbreiterung	1,433 Mio. Euro,
Stadt.Bahn.Plus	0,824 Mio. Euro,
Projekt DOSTDI	0,690 Mio. Euro,
Sanierung Inselwall/Radeklint	0,560 Mio. Euro,
HESOP	0,152 Mio. Euro.

Die Entwicklung des Cashflow nach dem DRS 21 stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

(Mio. Euro)	2025	2024
Mittelveränderung aus		
- laufender Geschäftstätigkeit	-30,1	-18,1
- Investitionstätigkeit	-24,2	-23,1
- Finanzierungstätigkeit	39,3	46,6
Finanzmittelbestand am Jahresanfang	31,6	26,2
Finanzmittelbestand am Jahresende	16,6	31,6

Der Finanzmittelbestand besteht aus Kassenbestand, Geldautomatenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sowie aus dem Cash Pool mit der Braunschweig Beteiligungen GmbH.

3.5 Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2025 beträgt 204,170 Mio. Euro, was einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr von rund 9,967 Mio. Euro bzw. 5,1 % entspricht. Die Eigenkapitalquote ist aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme ohne eine weitere Zuführung im Berichtszeitraum vom Vorjahreswert von 10,1 % auf 9,6 % gesunken.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände betragen insgesamt 26,619 Mio. Euro und beinhalten 13,6 Mio. Euro aus der Cashpool Forderung gegen die Stadt Braunschweig, rd. 4 Mio. Euro Forderungen aus Ertragszuscheidungen gegenüber D-TIX, Abozentrale und Schülerkarten. Zum Vorjahr ist der Wert um 7,456 Mio. Euro niedriger ausgefallen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken infolge planmäßiger Tilgungen im Saldo um 5,767 Mio. Euro auf 71,034 Mio. Euro.

Die Fremdmittelbedarfe wurden in 2025 unterlegt mit einen Anfrageverfahren am Kapitalmarkt über die Konzernfinanzierung direkt über die Stadt Braunschweig auf Grundlage des § 121a des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) gedeckt.

Dazu wurden zwei neue Festzins- Darlehen in Höhe von insgesamt 18,000 Mio. Euro bei der Stadt Braunschweig mit einer Laufzeit bis Ende 2035 bzw. 2050 aufgenommen.

Die BSVG hat im Rahmen der Finanzierung von langfristigen Investitionen für variabel verzinsliche Darlehen sechs Swap-Geschäfte mit Grundgeschäftsbindung, zwecks laufzeitkonformer Zinssicherung, abgeschlossen. Diese sind alle bereits vor 2025 initiiert.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

4.1 Prognose

Aktuell zeigen sich auf den Ebenen Stadt Braunschweig und Regionalverband Großraum Braunschweig verschlechterte finanzielle Rahmenbedingungen, die Auswirkungen auf den Leistungsumfang im Linienverkehr der BSVG haben könnten. In 2025 konnte eine umfängliche Leistungseinsparung der durch den RGB co-finanzierten Regiobuslinien verhindert werden; für Ende 2026 sind geringfügige Einsparungen im lokalen Verkehr geplant.

Die Stadt Braunschweig arbeitet auch unter Beteiligung der BSVG intensiv an einem Mobilitätsentwicklungsplan. Ziel ist die Stärkung des Umweltverbundes durch den weiteren Ausbau des ÖPNV, Verbesserungen für Fuß- und Radverkehr und Einschränkungen für den motorisierten Individualverkehr (IV).

Die Stadt Braunschweig fördert gemeinsam mit dem Aufgabenträger Regionalverband intensiv die qualitative Weiterentwicklung des ÖPNV, die bezogen auf den Verkehrsraum Braunschweig im Wesentlichen über die BSVG umzusetzen sein wird.

Die Planungen des Großprojekts „Stadt.Bahn.Plus“ wurden auch im Jahr 2025 weiter vorangetrieben. Im Fokus standen die Planungen für das Teilprojekt 1 (Volkmarode Nord inklusive Wendeschleife) und das Teilprojekt 2 (Rautheim/Lindenberg). Vertiefende Planungen sowie eine partielle personelle Ressourcenknappheit beeinflussen die Zeitabläufe. Im Sommer 2024 wurden die Planfeststellungsverfahren für das Teilprojekt Volkmarode Nord (Volkmarode Strecke mit Wendeschleife Gliesmarode) eingeleitet.

Im Zuge der Projektumsetzung sind verstärkte innerstädtische Gleisbautätigkeiten ab Herbst 2026 sowie Finanzmittelbedarfe für Bau und weitere Planungen die Folge. Im Ergebnis soll das gesamte Projekt zu einer signifikanten Vergrößerung des Stadtbahnnetzes der BSVG um 18 Kilometer führen. Hier sieht die Gesellschaft Chancen für eine positive Marktentwicklung und für Steigerungen des Modal-Splits zu Gunsten des ÖPNV.

Die Fahrzeugförderung des Landes für die Busbeschaffung konnte, bezogen auf die Elektrobusschaffung der BSVG, mit der Bundesförderung zur Elektromobilität kombiniert werden.

Interne Restrukturierungspotentiale sind nach jahrelanger Konsolidierung und Reduzierung des Unternehmensverlustes ohne Leistungsreduzierung im Fahrbetrieb oder in Projekten nicht mehr vorhanden. Im Gegenteil führen neue, qualitätssteigernde Vorhaben und erweiterte Verkehrsangebote, neue Vertriebsstrukturen und Infrastrukturprojekte zu weiteren Personalbedarfen, die am Arbeitsmarkt schwer zu decken sind. Zur Stärkung der Arbeitgeberattraktivität hat die BSVG die Rezertifizierung als „Zukunftgeber“ erfolgreich bestanden, um damit interessanter für Fachkräfte zu werden.

Zu Umsatz und Fahrgastzahlen erwartet die BSVG für die Jahre 2026 und folgende weiterhin eine Normalisierung gegenüber den Vorjahren. Es werden Umsatzerlöse in Höhe von 46,489 Mio. EUR erwartet. In einigen Aufwandspositionen sind Steigerungen erkennbar, insbesondere betrifft das die Personalkosten und Fremdleistungen. Durch den künftigen Anstieg der Investitionen wird auch ein Anstieg der Abschreibungen erfolgen. Die Verkehrsleistung im Jahr 2025 bewegt sich leicht über dem Niveau des Vorjahres (34 t Nutzwagenkilometer). Für 2026 wird eine vergleichbare Verkehrsleistung bei weiterhin leichter Erhöhung der Fahrgastzahlen (Unternehmensbeförderungsfälle) erwartet.

Das Deutschland-Ticket bleibt weiterhin in der Ertragswirkung kritisch. Ausgleichzahlungen sind in Höhe der Verteilung und dem Eintritt nicht optimal prognostizierbar, was in 2026 auf Ebene des Verbundes verbessert werden soll. Für das Geschäftsjahr 2026 rechnet die BSVG mit einem Jahresergebnis vor Verlustübernahme von 40,065 Mio. Euro.

4.2 Risiken

Die BSVG pflegt ein Risikohandbuch, in dem die damit verbundenen Ziele zur Risikominimierung aufgeführt sind und jeweils mit Methoden zur Bearbeitung der Risiken hinterlegt werden. Der Geschäftsführung wird turnusgemäß bzw. umgehend bei Notwendigkeit über Risiken ausführlich Bericht erstattet. Zusätzlich werden Lösungsszenarien dargestellt.

Das Einnahme-Aufteilungs-Verfahren (EAV) bedeutet für die BSVG, dass ein zunehmender Anteil der Fahreinnahme vom Verkehrsverbund Region Braunschweig nach einem nicht in Gänze kalkulierbaren und nachvollziehbaren Anteil zugeteilt wird. Zeitgleich nehmen die eigenen Umsatzeinnahmen nach Integration der Schülersammelzeitkarten (SSZK) in das Deutschland-Ticket-System deutlich ab. In Summe sollten die Einnahmen annähernd neutral sein und kein finanzieller Nachteil im Rahmen der Jahresschlussrechnung für die BSVG entstehen. Feststellen lässt sich eine zunehmende Abhängigkeit von der Schlüsselung und Ertragszuscheidung durch D-TIX und damit dem VRB. Weitere Ticketarten werden voraussichtlich über den Verkehrsverbund abgerechnet werden. Damit wird die Abschätzung bzw. Planung der Umsatzerlöse für die BSVG zunehmend komplizierter.

Seit der Einführung des EAVs und der Änderung der Nutzungshäufigkeiten des Deutschland-Tickets zum dominierenden Vorläuferprodukt „Abo“ wird die Herleitung von Fahrgastzahlen aus der Verkaufstatistik unmöglich. Daher erfolgt die Ermittlung der Fahrgastanzahl anhand von automatischen Fahrgastzählgeräten. Damit ist auch eine verbesserte datengestützte Plausibilisierung des Planungsprozesses und eine Erfolgskontrolle der „Leistung“ möglich. Die BSVG kann durch diesen Informationsgewinn Optimierungen vornehmen und damit ein kundenorientiertes Angebot bereitstellen.

Weiterhin besteht das Risiko aus den Corona-Rettungsschirmen der Jahre 2020 bis 2022 und dem 9 Euro-Ticket im Jahr 2022. Die finalen Schlussrechnungen durch die LNVG sind bisher nicht erfolgt und waren zu Ende 2025 zugesagt. Der VRB wird dieses erneut einfordern. Die Abrechnungen der Deutschland-Tickets 2023 bis 2025 sind ebenfalls offen.

Derzeit wird von einer Fortführung von Investitionsförderungen ausgegangen. Die BSVG beantragt derzeit Fördermittel aus dem niedersächsischen Konjunkturprogramm, die teilweise mit Bundesmitteln kombiniert werden können, um die erforderlichen Gleisanierungen zu finanzieren. Hier sieht die Gesellschaft gute Erfolge durch eine Förderquote von 90 % auf die förderfähigen Kosten. Risiken entstehen aus zukünftig unklaren Bundes- und Landesmittelverfügbarkeiten.

Die starken Preisschwankungen auf dem Diesel- und Energiebeschaffungsmarkt werden durch die chargenweise Beschaffung beider Energiearten bestmöglich abgeschwächt. Die sehr hohen Energiepreise des Jahres 2022 und 2023 wurden weitestgehend durch die Energiepreisbremsen gedämpft. Das Jahr 2025 war relativ preisstabil und leicht unter dem 2024er Preisniveau, jedoch gegenüber 2021 auf einem höheren Niveau. Die CO²-Bepreisung sorgt für Preissteigerungen und wird künftig weiter erhöht. Die Elektrifizierung der Busflotte sorgt für eine zunehmende Unabhängigkeit von der Dieselpreisentwicklung. Der durchschnittliche Dieselpreis liegt unter dem Vorjahresniveau, aber auch hier ist die CO²-Bepreisung relevant.

Die Energiebeschaffung bleibt weiterhin volatil und ist gegenüber exogenen Schocks anfällig, was die Wirtschaftsplanung samt deren Einhaltung in dem Punkt erschwert.

Der Personalaufwand ist planerisch mit einem Anstieg von rund 3% p.a. im Zeitraum 2026-2029 berücksichtigt. Des Weiteren sollen trotz der deutschlandweiten Fahrerknappheit weitere geplante Neueinstellungen, insbesondere im Fahrdienst, erfolgen. Es besteht das Risiko, dass durch künftige Tarifabschlüsse eine höhere Tarifsteigerung zum Tragen kommt als dies in den bisherigen Planansätzen berücksichtigt ist.

Ein Risiko besteht auch in der herstellerseitig nicht ausschreibungskonformen Umsetzung der Verfügbarkeit bei den neuen E-Bussen. Hier ist ein engmaschiges Monitoring der BSVG und eine Ersatzteilversorgungsstruktur der OEM essenziell, um dem Betriebsauftrag gut entsprechen zu können.

Insgesamt erhöht sich der Finanzierungsbedarf über die angestiegenen Ergebnisausgleiche für die Erstellung der ÖPNV-Leistung auf die gesamte Verkehrsbranche bezogen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Einnahmeentwicklung der Dynamik der starken Aufwandsentwicklung nicht folgen kann. Für die Entwicklung der Einnahmen sind politische Einflüsse signifikant, die den Kostendeckungsgrad negativ beeinflussen. Nach den bisher geltenden Finanzierungsstrukturen wirkt dieser steigende Bedarf insbesondere auf die kommunale Ebene, im Falle der BSVG über die BSBG.

Der erfolgreich im Rahmen eines Forschungsprojektes des Bundes entwickelte, seit 2015 eingeführte und seither im Linienbetrieb verkehrende Elektrobus mit induktiver Energieübertragung wird derzeit am Markt nicht mehr produziert und somit auch technisch nicht weiterentwickelt. Dennoch steht die BSVG mit dem Systemhersteller des Ladesystems im engen Austausch, der aktuell ein neues induktives Produkt für schwere Nutzfahrzeuge umsetzt.

In der Gesellschaft liegen durch den Öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA) sowie dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Braunschweig Beteiligungen GmbH keine bestandsgefährdenden Risiken vor.

4.3 Chancen

Die BSVG ist Partner der Stadt Braunschweig bei der Entwicklung des innerstädtischen ÖPNV. Durch die unmittelbare Einbeziehung des Unternehmens und die Weiterentwicklung ihrer verkehrplanerischen Kompetenzen sieht sich das Unternehmen für anstehende, übergreifende Verkehrsentwicklungsplanungen gut vorbereitet.

Die BSVG verfügt mittlerweile über 56 E-Busse, die als Induktiv-, Depot- und Gelegenheitslader ausgeführt sind, um im Regelbetrieb die Vorteile dieser Systeme in unserem Netz zu nutzen. Chancen sind vor allem in der geringeren lokalen Emission zu sehen sowie der Einsatz energieeffizienterer Fahrzeuge, die für den Fahrgast komfortabler sind und ein modernes Erscheinungsbild der BSVG geben. Des Weiteren senkt sich insgesamt der Energiebezug durch den Einsatz der E-Busse ab.

Das Elektrobuss-Projekt selbst wurde im Branchenvergleich sehr früh umgesetzt und der erste induktiv geladene Elektrogelenkbus nahm im Jahr 2015 den Echtbetrieb im Liniendienst auf.

Die BSVG wurde im Jahr 2015 gemäß VO (EG) 1370/2007 mit der Erbringung von ÖPNV-Leistungen durch die Stadt Braunschweig sowie dem Regionalverband als Gruppe von Behörden direkt beauftragt. Dies festigt die Rolle der Gesellschaft als Dienstleister für die Stadt Braunschweig, sichert den Fortbestand des Unternehmens und eröffnet Chancen für eine erfolgreiche Entwicklung des ÖPNV in Braunschweig, die aufgrund der über den ÖDA bestehenden Sicherheit auch eine Absicherung der langfristigen Investitionen bietet.

Die laufenden Untersuchungen und die maßgebende Beteiligung der BSVG am Stadtbahnausbau-Projekt ermöglichen gute Entwicklungschancen des Stadtbahnsystems in Braunschweig und führen damit auch zu mehr Elektromobilität im Stadtgebiet und einer spürbaren Verbesserung der Anbindung einer Vielzahl von Bürgern. Zeitgleich werden fahrzeugseitige Emissionen im städtischen Gebiet vermieden.

Seit 2021 bezieht die BSVG zu 100 % Strom aus regenerativen Quellen. Dieses führt im Zusammenspiel mit den vielfältigen umweltpolitischen Aktivitäten der Stadt zu Verbesserungen im Umweltschutz und damit zu einer Verringerung der CO²-Emissionen.

Die Planung und Realisierung von großen Photovoltaikanlagen auf den Dächern am Busbetriebshof werden ökologisch, marketingseitig und ökonomisch positive Wirkungen entfalten. Hierbei soll der Eigenversorgungsgrad des Energiebedarfs für die Elektrobusse durch die Photovoltaikanlagen möglichst maximiert werden, um damit auch einen ökonomischen Betrieb zu gewährleisten.

Die Gesellschaft hat umfangreiche Planungen für die nächsten Jahre initiiert und eingeleitet. So werden Vertriebsmöglichkeiten erweitert, der Stadtbahnbetrieb ausgebaut und auch der Busbetrieb soll bevorrechtigt und damit beschleunigt werden.

Der Fahrausweisvertrieb ist durch viele Möglichkeiten des Vorverkaufs über Vorverkaufsstellen mit einem gesonderten Tarif sowie einem Handy-Ticket für den Stadtverkehr sowie fahrzeuggebundenen Ticketautomaten gut aufgestellt. Online-Bezahlungsfunktionen werden in Abstimmung mit dem Verbund weiter ausgebaut und der digitale Vertrieb gestärkt. Das reformierte Schülermonatsticket und verbundweit neu eingeführte Ticketangebote führen zu positiven Entwicklungen des ÖPNV in Braunschweig. Auch das Deutschland-Ticket hat sich positiv auf die Fahrgastzahlen ausgewirkt und für eine Vereinfachung des Tarifsystems gesorgt. Noch nicht gänzlich abschließend geklärt ist die Einnahmeverteilung und die sachgerechte Verteilung der bereitgestellten Bundes- und Landesmittel.

Das Unternehmen arbeitet in Fachkreisen und mit Partnern unternehmensübergreifend an Zukunftsthemen wie digitale Kommunikation (Ereignismanagementsystem), alternativen On-Demand-Verkehren, weiteren App-basierten Dienstleistungen und Personalbeschaffung.

5. Erklärung zur Unternehmensführung

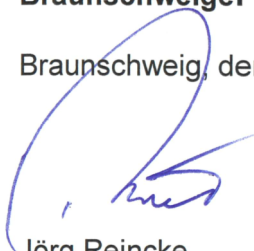
Das Unternehmen hat eine Zielregelung zu einer Frauenquote von 0 % für die erste und 11 % für die zweite Führungsebene der Gesellschaft getroffen. Für den Aufsichtsrat wurde durch die Stadt Braunschweig im Jahr 2015 ein Zielwert von 30 % festgelegt.

Aufgrund der personell vorhandenen Ressourcen in der Gesellschaft wurde der bestehende Zielwert der Frauenquote für das Unternehmen stand 31. Dezember 2025 für die erste Führungsebene mit 0 % erfüllt. Für die zweite Führungsebene beträgt der Frauenanteil auf Grund personeller Verfügbarkeiten ebenfalls 0 %.

Für den Aufsichtsrat wurde der Zielwert mit der Neubesetzung des Gremiums mit 25 % nur nahezu erfüllt. Die Besetzung des mitbestimmten Aufsichtsrates liegt nicht im Verantwortungsbereich der Geschäftsführung.

Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Braunschweig, den 2. März 2026



Jörg Reincke
Geschäftsführer

*Betreff:***Braunschweiger Verkehrs-GmbH
Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der
Geschäftsführung***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

21.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird auf die Unterlagen zum Jahresabschluss 2025 der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) Bezug genommen (siehe Drucksache 26-28752)

Die Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates und des Geschäftsführers obliegt gemäß § 12 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages der BSVG der Gesellschafterversammlung. Zuvor bedarf die Entlastung des Geschäftsführers gemäß § 11 Abs. 4 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages der BSVG der Beratung im Aufsichtsrat.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der BSVG der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der BSVG hat in seiner Sitzung am 22. April 2026 die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2025 empfohlen.

Geiger

Anlage/n:

keine

<i>Betreff:</i> Kraftverkehr Mundstock GmbH Jahresabschluss 2025 - Feststellung

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 21.04.2026
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge:</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)	30.04.2026	Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Kraftverkehr Mundstock GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Der Jahresabschluss 2025 der Kraftverkehr Mundstock GmbH, der unter Berücksichtigung einer Gewinnabführung von 230.878,14 € ein Jahresergebnis in Höhe von 0,00 € ausweist, wird festgestellt.

Sachverhalt:

Sämtliche Geschäftsanteile der Kraftverkehr Mundstock GmbH (KVM) werden von der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) gehalten.

Gemäß § 11 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages der KVM obliegt die Feststellung des Jahresabschlusses der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der KVM. Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der BSBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der KVM der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der KVM hat den Jahresabschluss 2025 in seiner Sitzung am 22. April 2026 beraten und der Gesellschafterversammlung die Feststellung empfohlen.

Das Jahresergebnis 2025 der KVM beträgt 231 T€ und fällt somit gegenüber der Planung um 42 T€ besser aus. Der Jahresüberschuss ist aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages in voller Höhe an die BSBG abzuführen.

Die Entwicklung der Aufwands- und Ertragspositionen im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

	Angaben in T€	Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
1	Umsatzerlöse	7.921	8.783	9.019	9.364
1a	% zum Vorjahr/Plan		+10,9%	+13,9% / +2,7%	+3,8%
2	sonstige betriebliche Erträge	913	224	190	154
3	Materialaufwand	-2.097	-2.217	-2.190	-2.378
4	Personalaufwand	-5.233	-5.504	-5.660	-5.888
5	Abschreibungen	-319	-385	-313	-324
6	sonstige betriebliche Aufwendungen	-626	-643	-778	-674
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	559	258	267	254
8	Zins-/Finanzergebnis *)	-25	-40	-22	-38
8a	Erträge aus Beteiligungen (MNS)	267	0	0	0
8b	Erträge aus Gewinnabführungs- verträgen (MR)	0	0	0	0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	801	218	245	216
11	sonstige Steuern	-18	-30	-14	-30
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	783	189	231	186

*) ohne Erträge/Verlustübernahmen aus Beteiligungen und Ergebnisabführungsverträgen

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 9.019 T€ und betreffen hauptsächlich Einnahmen aus Auftragsverkehren der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG; 3.400 T€), Fahreinnahmen aus eigenen Linien (2.074 T€), Erlöse aus Kraftstoffverkäufen (1.276 T€), Einnahmen aus der Gestellung von Fahrpersonal für die BSVG und die eigenen Tochtergesellschaften (1.359 T€), Werkstattleistungen und Dienstleistungen für die Tochtergesellschaften sowie Leistungen für die Geschäftsleistungserbringung der Peiner Verkehrsgesellschaft mbH (PVG; 124 T€). Darüber hinaus sind Zuschüsse des Regionalverbandes Großraum Braunschweig (RGB) überwiegend aus der allgemeinen Vorschrift in Höhe von 618 T€ enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 190 T€ beinhalten im Wesentlichen vom Verkehrsverbund Region Braunschweig GmbH (VRB) geleistete Ausgleichszahlungen für das Deutschland Ticket.

Der Materialaufwand in Höhe von 2.190 T€ befindet sich leicht unter dem Planansatz.

Der Personalaufwand ist aufgrund von Tarifsteigerung und einer durchschnittlich um drei erhöhten Mitarbeiteranzahl im Vergleich zum Vorjahreswert um 427 T€ angestiegen.

Die Abschreibungen liegen mit 313 T€ unterhalb des Planniveaus.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 778 T€ und beinhalten im Wesentlichen Sanierungskosten für Gebäude und Waschhalle (178 T€), Raumaufwendungen (128 T€), Fahrzeugkosten inkl. Versicherungen (123 T€), Rechts- und Beratungskosten (38 T€), Fremdpersonalkosten (18 T€) sowie EDV-Kosten (33 T€).

Das Finanzergebnis beläuft sich auf -22 T€ und beinhaltet im Wesentlichen die Darlehenszinsen.

Die KVM hält zudem 100 % der Anteile an der PVG. Die PVG, mit der kein Ergebnisabführungsvertrag besteht, erwirtschaftet Erträge aus Linienverkehren und aus einer verbundweiten „Allgemeinen Vorschrift“ nach der EU-VO 1370/2007 (AV) durch

Zahlungen des RGB.

Die PVG hat für das Jahr 2025 einen Überschuss in Höhe von 1.185 T€ erwirtschaftet und liegt damit 975 T€ über dem Planwert. Die PVG konnte das EU-Vergabeverfahren der Teilnetze 50 und 52 für sich gewinnen. Mit dem Landkreis Peine wurde daraufhin ein Verkehrsvertrag geschlossen, welche seit dem 10. August 2025 seine Gültigkeit entfaltet. Dieser löst die bis dahin bestehende Allgemeine Vorschrift (AV) ab und wurde mit einer Laufzeit, analog des Vergabeverfahrens, bis zum 31. Dezember 2028 abgeschlossen. Die PVG plant an dem anschließenden EU weiten Ausschreibung der Teilnetze teilzunehmen. Nach wie vor liegen die Fahrgeldeinnahmen im Jedermann-Verkehr (Einzelfahrscheine, Tages- und Mehrfahrtenkarten sowie Monatskarten) noch hinter den Ergebnissen vor der Pandemie. Diese Rückgänge konnten durch Sonderfinanzhilfen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm (704 T€) weitestgehend kompensiert werden.

Von dem Jahresgewinn der PVG i. H. v. 1.185 T€ werden 750 T€ an die KVM ausgeschüttet und 435 T€ werden bei der PVG vorgetragen. Der bestehende Gewinnvortrag aus dem Jahr 2025 (923 T€) wird sich entsprechend erhöhen.

Die sonstigen Steuern betreffen Grund- und Kraftfahrzeugsteuern.

Die Investitionen der KVM im Geschäftsjahr 2025 betragen 38 T€. Das Anlagevermögen verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 275 T€ auf 4.360 T€ zum 31. Dezember 2025.

Die Prüfung durch die PKF Fasselt Partnerschaft mbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat zu keinen Einwendungen geführt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 23. Februar 2026 erteilt.

Die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht der Gesellschaft für das Jahr 2025 sind als Anlagen beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

- 1 - KVM Bilanz 2025 (öffentlich)
- 2 - KVM GuV 2025 (öffentlich)
- 3 - KVM Lagebericht 2025 (öffentlich)

Kraftverkehr Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Vechelde

Bilanz zum 31. Dezember 2025

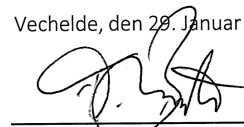
Aktivseite

	Stand am 31.12.2024	
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	799.808,59	847.839,59
2. Fahrzeuge für den Personenverkehr	1.339.199,00	1.533.080,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	264.389,00	325.643,00
4. geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	27.919,00	0,00
	<u>2.431.315,59</u>	<u>2.706.562,59</u>
II. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.928.256,39	1.928.256,39
2. Beteiligungen	0,00	188,00
	<u>1.928.256,39</u>	<u>1.928.444,39</u>
	4.359.571,98	4.635.006,98
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	88.372,00	69.880,04
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	71.630,42	51.582,15
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	571.911,36	573.486,75
3. sonstige Vermögensgegenstände	141.616,31	54.428,46
	<u>785.158,09</u>	<u>679.497,36</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>444.741,12</u>	<u>1.156.508,47</u>
	1.318.271,21	1.905.885,87
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>5.059,48</u>	<u>6.103,46</u>
	5.682.902,67	6.546.996,31

Passivseite

	Stand am 31.12.2024	
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital (Stammkapital)	312.000,00	312.000,00
II. Kapitalrücklage	3.330.289,61	3.330.289,61
III. Gewinnrücklagen (andere)	230.081,35	230.081,35
	<u>3.872.370,96</u>	<u>3.872.370,96</u>
B. Rückstellungen		
sonstige Rückstellungen	621.811,14	427.895,36
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	787.691,06	1.216.962,09
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	190.582,68	126.847,65
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	162.786,32	600.720,32
4. sonstige Verbindlichkeiten	47.660,51	43.444,26
(davon aus Steuern: 33.431,30 EUR; Vorjahr 26.098,36 EUR)		
(im Rahmen der sozialen Sicherheit: 11.515,68 EUR; Vorjahr 11.845,05 EUR)		
	<u>1.188.720,57</u>	<u>1.987.974,32</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>0,00</u>	<u>258.755,67</u>
	5.682.902,67	6.546.996,31

Vechelde, den 28. Januar 2026



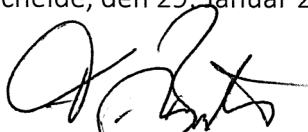
Frank Brandt
Geschäftsführer

Kraftverkehr Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Vechelde

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	9.018.908,85	7.921.439,86
2. sonstige betriebliche Erträge	189.811,31	913.390,64
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.909.129,73	1.893.704,84
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	281.056,79	203.736,84
	<u>2.190.186,52</u>	<u>2.097.441,68</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.655.371,94	4.335.023,60
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	1.004.769,87	898.156,62
	<u>5.660.141,81</u>	<u>5.233.180,22</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	313.277,40	319.370,19
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	778.299,88	626.359,85
7. Erträge aus Beteiligungen	0,00	266.705,00
(davon von verbundenen Unternehmen: 0,00 EUR; Vorjahr 266.705,00 EUR)		
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	6.307,77
(davon aus verbundenen Unternehmen: 0,00 EUR; Vorjahr 0,00 EUR)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21.864,40	30.866,55
(davon an verbundene Unternehmen: 254,59 EUR; Vorjahr 0,00 EUR) (davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: 286,44 EUR; Vorjahr 280,86 EUR)		
10. Ergebnis nach Steuern	<u>244.950,15</u>	<u>800.624,78</u>
11. sonstige Steuern	14.072,01	17.501,48
12. Jahresergebnis vor Ergebnisabführung	<u>230.878,14</u>	<u>783.123,30</u>
13. Gewinnabführung	-230.878,14	-783.123,30
14. Jahresergebnis	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0,00</u></u>

Vechelde, den 29. Januar 2026



Frank Brandt
Geschäftsführer

Kraftverkehr Mundstock Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Vechelde

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Kraftverkehr Mundstock GmbH (KVM) ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG).

Zwischen der BSBG als Muttergesellschaft und der KVM besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

Die Hauptaufgabe der KVM besteht in der Durchführung von Auftragsverkehren im öffentlichen Personennahverkehr mit Omnibussen. Dazu besteht ein Vertrag zur Bereitstellung von Personal und Fahrzeugen für den Linienverkehr mit der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG). Zudem steuert sie die Werkstatteleistungen für die Eigenleistungen als auch für die eigene Tochtergesellschaft Peiner Verkehrsgesellschaft mbH (PVG).

Die KVM ist darüber hinaus bis zum 09.08.2025 Inhaber von zwei Linienkonzessionen für den Betrieb mit eigenen Linien im Braunschweiger Umland gewesen. Darüber hinaus hält die KVM sechs Konzessionen in den Teilnetzen 50 und 52, bei denen die Betriebsführerschaft an andere Betreiber abgegeben wurden. Dieses gilt bis zum 09.08.2025. Danach wurde die Konzessionsstruktur neu geordnet. Dieses passierte als Ergebnis des durch den RGB initiierten EU-weiten Vergabeverfahrens, in dem die Verkehrsleistung des TN 50/52 bis zum 31.12.2028 ausgeschrieben und als Verfahrensergebnis formal an die PVG übertragen wurde. Diese hält nunmehr alle ehemaligen Konzessionen der KVM.

Die Gesellschaft hält 100 % der Anteile an der Peiner Verkehrsgesellschaft mbH (PVG).

Die KVM ist Mitglied und Gesellschafter der Verbundgesellschaft Region Braunschweig mbH (VRB). Aufgrund der Ergebnisse des Verkehrsvertrages hat die KVM keine Konzessionen und kann somit regelkonform kein Mitglied im VRB sein. Als Konsequenz wurden die Gesellschaftsanteile der KVM über einen notariell beglaubigten Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrages zum 19.09.2025 von der KVM auf die PVG übertragen.

Die KVM hat ihren Betriebsstandort in Vechelde-Wedtlenstedt.

2. Forschung und Entwicklung

Die KVM erbringt neben den unter 1. genannten Leistungen keine eigenen und dauerhaften Forschungs- und Entwicklungsleistungen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene

Rahmenbedingungen

Die Durchführung von städtischen und regionalen Linienverkehrsleistungen im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr ist zu den in Deutschland üblichen und in der Verbundorganisationen des VRB festgelegten Fahrpreistarifen in Kombination zu der im gültigen Nahverkehrsplan vorgegebenen bzw. auferlegten Bedienqualität strukturell nicht kostendeckend möglich. Auskömmliche Verrechnungspreise für die Erbringung von Subunternehmerleistungen und Zuschüsse der öffentlichen Gebietskörperschaften bzw. Aufgabenträger sind in der Folge eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung. Die im ÖPNV negativ wirkende Fahrgastnachfrage durch die Corvid-19 Pandemie konnte durch vielfältige Maßnahmen, wie der Einführung des D-Tickets, in den letzten Geschäftsjahren gewendet. Diese Entwicklung führte jedoch zu erhöhten Ausgleichsbedarfen und Umstrukturierungen.

2. Geschäftsverlauf

2.1 Entwicklung im Geschäftsjahr 2025

Prognose-Ist-Vergleich

Die ÖPNV-Sparten der KVM sind in 2025 neben den Einnahmen aus Fahrgeldverkäufen, den Bundes – und Landesrettungsschirmen, der allgemeinen Vorschrift (a.V.) der Verbundgesellschaft sowie die Finanzierung der Subunternehmerleistungen der KVM absehbar ausgewogen finanziert. Ab dem 10.08.2025 gilt für die KVM die a.V. nicht mehr, vielmehr finanziert sie sich rein über die Verrechnung der erbrachten Fahrleistung gegenüber dem neuen Konzessionär und Vertragsinhabers, der PVG, sowie der BSVG. Ferner erbringt sie Gelegenheitsverkehre und Freistellungsverkehre.

Für das Geschäftsjahr 2025 waren im Wirtschaftsplan der KVM Umsätze und sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 9.007 TEUR vorgesehen. Tatsächlich wurden Erträge in Höhe von 9.209 TEUR (Vorjahr 8.834 TEUR) erzielt.

Bestandteil der Umsätze aus Fahrleistung des Jahres 2025 in Höhe von 8.734 TEUR sind neben den Erträgen aus Ticketverkäufen wie üblich die Subunternehmerleistungen, die für die BSVG und neu ab 10.08.2025 auch für die PVG erbracht wurden. Ertragssteigerungen sind zudem aus der inhaltlich verbesserten neuen Allgemeinen Vorschrift des RGB sowie aus der neu ermittelten, testierten und vom Verbundprüfer bestätigten Ertragszuscheidung aus dem Einnahmeaufteilungsvertrag begründet. Die Veräußerungserlöse beim Dieselkraftstoff liegen ungefähr auf Vorjahresniveau.

Der Wirkung des Einnahmevertrages (EAV) ist auf Basis der bestehenden Meldung des Verbundes nach vorsichtiger kaufmännischer Einschätzung im Abschluss berücksichtigt worden. Die finale EAV-Schlussrechnung für 2025 wird satzungskonform im Mai 2026 erwartet.

Ergebnis

Geplant war für 2025 zunächst ein Gesamtergebnis von 189 lt. WiPlan 2025) TEUR (Vorjahr 1.273 TEUR aufgrund der geplanten Veräußerungserlöse aus Anteilsveräußerungen). Das Ist-Ergebnis der KVM beläuft sich auf 231 T€ und liegt rd. 42 TEUR über dem Planansatz.

2.2 Personal

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl beträgt im Berichtsjahr 119 (i. V. 116). Gegenüber dem durchschnittlichen Mitarbeiterbestand des Vorjahres hat sie sich um 3 Personale erhöht.

3. Darstellung der Lage

3.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse von 9.019 TEUR (Vorjahr von 7.921 TEUR) betreffen hauptsächlich Einnahmen aus Auftragsverkehren, der Gestellung von Fahrpersonal für die BSVG, Fahreinnahmen aus eigenen Linien, Erlöse aus Kraftstoffverkäufen, Werkstatteleistungen und Dienstleistungen. Umsätze im Bereich des Linienverkehrs (+102 TEUR) sowie Zuschüsse RGB (-455 TEUR) standen preisbedingt höhere Umsätze bei den Kraftstoffverkäufen (15 TEUR) und bei den Fahrleistungen (+667 TEUR) gegenüber. Die Umsätze bewegen sich insgesamt deutlich über dem Vorjahresniveau.

Wesentlich trägt die im Vergleich zu 2020 jetzt eine angemessenere Ertragszuscheidung nach neuer Allgemeiner Vorschrift des ÖPNV-Linienverkehrs zur Ergebnisentwicklung bei. Zudem wurde die seit 2021 nicht angepasste Subunternehmervergütung für die BSVG den Lohn- und Kraftstoffpreisentwicklungen angepasst.

Die sonstigen betrieblichen Erträge des Vorjahres beinhaltet die außerordentlichen Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen (Beteiligungsbuchwerte) der MNS GmbH und der Mundstock Reisen GmbH mit 704 TEUR. In 2025 sind die sonstigen betrieblichen Erträge mit 190 TEUR wieder auf den Stand aus Regelgeschäft der KVM gesunken.

Der Materialaufwand ist um 93 TEUR auf TEUR 2.190 TEUR (Vorjahr 2.097 TEUR) gestiegen. Dies ist überwiegend auf die im Berichtsjahr marktpreisbedingt gestiegenen verrechneten Personalkosten (rd. 90 TEUR) zurückzuführen.

Der Personalaufwand erhöhte sich aufgrund einer um durchschnittlich drei Mitarbeiter gestiegenen Anzahl von Personalen aufgrund der finalen Umsetzung des Tarifabschlusses im Haustarifvertrag bei plankonformer Betriebsdurchführung in 2025 um 427 TEUR auf 5.660 TEUR (Vorjahr 5.233 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen im Jahr 2025 mit 778 TEUR gegenüber dem Vorjahr (626 TEUR) über dem Aufwand des Vorjahres. Die Erhöhung ist mit zwei Instandhaltungsrückstellungen i.H. von 178 TEUR für die Sanierung des abgängigen Wachhallenbodenbelags und der ebenfalls für 2025 avisierten Dachsanierung begründet.

In 2025 konnte im Ergebnis eine Gewinnabführung der KVM mit positiver Wirkung für die BSBG über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag in Höhe von 231 (i. V. 783) TEUR realisiert werden.

3.2 Finanzlage

Kapitalstruktur

Die Eigenkapitalquote ist mit rund 68,1 % gegenüber dem Vorjahr (59,1 %) vor allem aufgrund der Abnahme der Bilanzsumme um 864 TEUR (auf 5.683 TEUR) gestiegen.

Die Fremdkapitalquote beläuft sich demnach nur noch auf 31,9% (Vorjahr 40,9%).

Investitionen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von 38 TEUR getätigt.

Liquidität

Der negative Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt - 225 TEUR (Vorjahr: - 1.969 TEUR) und hat sich damit deutlich verbessert. Der Cashflow ist insbesondere durch das positive Jahresergebnis (vor Gewinnabführung) von 231 (i. V. 783) TEUR sowie durch die Abnahme der Verbindlichkeiten (- 860; i. V. - 2.561 TEUR) geprägt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit beträgt -36 TEUR (Vorjahr: 1.925 TEUR). Er ist im Vorjahr vor allem aufgrund der Zahlung der Kaufpreise aus dem Verkauf der Beteiligungen (1.670 TEUR) beeinflusst.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit beträgt - 451 TEUR (Vorjahr: - 583 TEUR). Er betrifft vor allem die Auszahlungen aus den Tilgungen von bestehenden Darlehen.

Der Finanzmittelbestand (einschließlich der kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten) am Ende der Periode ist von 1.157 TEUR auf 445 TEUR gesunken. Die Abnahme resultiert vor allem daraus, dass der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit unter dem Vorjahr liegt. Die Liquidität war im laufenden Geschäftsjahr gegeben.

3.3 Vermögenslage

Bei einer im Vergleich zum Vorjahr um 860 TEUR auf 5.683 TEUR gesunkenen Bilanzsumme hat sich auf der Aktivseite das Guthaben bei Kreditinstituten um 712 TEUR verringert und beträgt 445 TEUR.

Die Abnahme der Bilanzsumme auf der Passivseite betrifft im Wesentlichen die um 429 TEUR gesunkenen Darlehensverpflichtungen sowie die gesunkenen kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin. Die Abnahme betrifft das gegenüber dem Vorjahr gesunkene und an die Gesellschafterin abzuführende Jahresergebnis.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Chancen und Risiken

1.1 Einzelrisiken

Die existentielle Abhängigkeit der KVM von der Betriebsführerschaft konzessionierter Leistungen wurde im Geschäftsjahr 2025 reduziert, da die zum 31.10.2024 ausgelaufenen Konzessionen bis zum 10/2025 durch den Regionalverband verlängert wurden. Das Angebot für das aufgabenträgerseitige EU-Vergabeverfahren in 2024 wurde in abgewandelter Struktur durch den ehemaligen Betriebsführer PVG abgegeben (mit der KVM als Subunternehmer). Die PVG konnte das Verfahren für sich entscheiden und hält somit den Verkehrsvertrag bis zu dessen Laufzeitende in 31.12.2028. Danach wird eine Teilnahme an dem sich anschließenden Vergabeverfahren erfolgen, um gut aufgestellt zu sein für alle zukünftigen Einstwicklungen. Im Ergebnis finanziert sich die KVM zukünftig über die beiden Subunternehmerverträge zur BSVG und zur PVG ohne ein signifikantes eigenes Ertragsrisiko aus Fahreinnahmen.

Als Risiko ist die Akquise von gut ausgebildetem Fahrpersonal eine stetige Aufgabenstellung samt der Finanzierung desselbigen in einem heterogenen Umfeld. Die Einstellung von Fahrpersonal ist derzeit noch ausreichend möglich. Die Gesellschaft hat neben tarifstrukturellen Maßnahmen auch im europäischen Ausland Akquise betrieben.

Im Jahr 2025 sollten die Zahlungen zur Abmilderung der Corona-Pandemie 2020-2022 landesseitig bewertet und beschieden werden, was seitens der LNVG nicht erfolgte und in 2026 angemahnt wird. Auch die vereinnahmten Zuschüsse für das 9-Euro- und der D-Ticket Ausgleich sind nicht final schlussgerechnet. Die Gesellschaft hat dafür in den entsprechenden Abschlüssen den potenziellen Schaden prognostiziert und bestmöglich Vorsorge getroffen.

1.2 Chancen der künftigen Entwicklung

Für die KVM ist nach unserer Auffassung die weitere Bestandskraft der Verträge mit der BSVG zur Durchführung von Auftragsverkehren und der Gestellung von Personal und Fahrzeugen für den Linienverkehr von besonderer Bedeutung. Daneben gilt selbiges auch für die neue Verbindung zur eigenen Tochtergesellschaft PVG.

Auf Grund teils langer Ausfälle einzelner Mitarbeiter*innen sowie der demographischen Entwicklung wurden Maßnahmen im Gesundheitsmanagement umgesetzt. Zudem wurde das stringent durchgeführte, betriebliche Eingliederungsmanagement und eine aktivere Personalbetreuung umgesetzt, um die Ausfälle im Personalbereich zu reduzieren und die Dienstleistungsqualität weiter zu erhöhen. Dieses wird auch in 2026 ein wesentlicher Baustein zum Fahrpersonal bleiben.

Ergebnisverbesserungen aus Restrukturierungsmaßnahmen, Synergien mit der BSVG werden nach unserer Auffassung mangels Potentialen zukünftig keine Rolle spielen können.

Die Sicherung des Ausgleichs nach der in 2021 reformierten allgemeinen Vorschrift zur Festsetzung von Höchsttarifen für alle Fahrgäste ist nach unserer Auffassung für die KVM die Entwicklungschance. Insbesondere bei der PVG führt diese Methode in Kombination mit den Effekten des verursachungsgerechten EAV zu einer auskömmlichen Finanzierung. Hier wurde im Geschäftsjahr 2025 verbundweit Verbesserungen erarbeitet, die ein der 2026-er Schlussrechnung der a.V. Wirkung zeigen sollten.

Die Gesellschaft finanziert sich durch die beiden Subunternehmeraufträge ohne direkte Ertragsrisiken aus Ticketpreisveränderungen oder negative Nachfrageentwicklungen.

1.3 Zusammenfassung

Insgesamt ist festzustellen, dass nach unserer Auffassung die derzeitig absehbaren Risiken begrenzt und nach derzeitiger Einschätzung der Geschäftsführung nicht bestandsgefährdend sind.

2. Prognosebericht

Bei voraussichtlich unveränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Beibehaltung eines straffen Managements wird nach dem Wirtschaftsplan 2026 für das Geschäftsjahr 2026 erneut mit einem positiven Ergebnis der KVM-Gruppe gerechnet. Zu berücksichtigen sind dabei die Leistungserbringung und die entsprechende Leistungsvergütung der beiden Leistungsverträge.

Für 2026 werden steigende Umsatzerlöse von ca. +345 TEUR gegenüber dem Berichtsjahr geplant. Für das Geschäftsjahr 2026 wurde Stand September 2025 bei unklarer Planbarkeit einer Abrechnung des Verkehrsvertrages sowie der offenen Altabrechnungen ein Ergebnis der KVM von 186 TEUR geplant.

Vechelde, den 29. Januar 2026

Kraftverkehr Mundstock GmbH

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Frank Brandt', with a long horizontal stroke extending to the right.

Frank Brandt
Geschäftsführer

Betreff:

Kraftverkehr Mundstock GmbH
Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der
Geschäftsführung

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

21.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Kraftverkehr Mundstock GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird auf die Unterlagen zum Jahresabschluss 2025 der Kraftverkehr Mundstock GmbH (KVM) Bezug genommen (siehe Drucksache 26-28754).

Die Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung obliegt gemäß § 11 Ziffer 2 des Gesellschaftsvertrages der KVM der Gesellschafterversammlung.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der KVM der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der KVM hat in seiner Sitzung am 22. April 2026 die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2025 empfohlen.

Geiger

Anlage/n:

keine

*Betreff:***Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH**
Jahresabschluss 2025 - Feststellung*Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

21.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH werden angewiesen,
- b) der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

folgenden Beschluss zu fassen:

Der Jahresabschluss 2025, der unter Berücksichtigung einer Gewinnabführung an die Braunschweig Beteiligungen GmbH in Höhe von 309.761,38 € und einer Einstellung in andere Gewinnrücklagen der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH in Höhe von 150.000,00 € einen Bilanzgewinn in Höhe von 1.728.514,34 € ausweist, wird festgestellt.

Sachverhalt:

Die Gesellschaftsanteile an der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (HBG) werden in Höhe von 94,9 % von der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) und in Höhe von 5,1 % von der Stadt Braunschweig gehalten.

Der Jahresabschluss ist gemäß § 16 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der HBG von der Geschäftsführung aufzustellen. Die Feststellung des Jahresabschlusses obliegt gemäß § 12 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages der Gesellschafterversammlung. Zuvor ist gemäß § 11 Abs. 3 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages eine Beratung im Aufsichtsrat erforderlich.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der BSBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der HBG der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der HBG und der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der HBG hat den Jahresabschluss 2025 im Rahmen seiner Sitzung am 16. April 2026 beraten und die Feststellung des Jahresabschlusses 2025 in der vorgelegten

Fassung empfohlen.

Die HBG schließt das Geschäftsjahr 2025 mit einem Überschuss in Höhe von 459.761,38 € ab. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2025 ergibt sich damit eine Ergebnisverbesserung in Höhe von rd. 9 T€, gegenüber dem Vorjahr eine Verschlechterung um 25,7 T€.

Die Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr 2025 um rd. 323 T€ auf 13.144.979,17 € verringert.

Die Vergleichszahlen 2024 bis 2026 stellen sich wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
1	Umsatzerlöse	18.413,7	16.893,7	18.303,4	17.797,0
1a	%-Vergleich zum Vorjahr/Plan		- 8,3 %	- 0,6 %/ + 8,3 %	- 2,8 %
2	Sonstige betriebliche Erträge	700,9	369,4	1.168,3	308,4
2a	davon Auflösungserträge aus Sonderposten	333,0	349,4	288,0	288,4
3	Gesamtleistung (Summe 1 + 2)	19.114,6	17.263,1	19.471,7	18.105,4
4	Materialaufwand	-13.485,5	-11.351,9	-14.071,7	-12.067,7
5	Personalaufwand	-2.595,1	-2.911,7	-2.641,7	-2.919,8
6	Abschreibungen	-570,4	-687,8	-597,3	-643,9
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.922,7	-1.784,7	-1.601,1	-1.951,5
8	Betriebsergebnis/EBIT (Summe 3 bis 7)	540,8	527,0	559,9	522,5
9	Zins-/Finanzergebnis	5,4	-16,1	10,1	-6,8
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8
11	Ergebnis nach Steuern (Summe 8 bis 10)	545,4	510,1	569,2	514,9
12	Sonstige Steuern	-59,9	-59,4	-109,5	-59,6
13	Jahresergebnis (Summe 11 + 12)	485,5	450,7	459,8	455,3

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr leicht um rd. 0,1 Mio. € (- 0,6 %) gesunken. Die Umschlagswerte stellen sich wie folgt dar: Der Schiffsgüterumschlag ist um 15 t auf 673.110 t gesunken und somit nahezu unverändert, im Bahngüterverkehr haben sich die Umschlagsmengen fast halbiert, um 40.106 t auf 46.315 t (- 46,4 %). Die Containerumschlagszahlen konnten um 2.409 TEU auf 68.330 TEU (+ 3,7 %) gesteigert werden. Neben den Umschlagszahlen liegen den Erlösen auch logistische Dienstleistungen (Value-Add-Services) wie Containerbe- und -entladungen, Lagerungen und damit verbundene Tätigkeiten zugrunde. Die Hafentarife sind zum 1. Januar 2025 für Positionen mit Personalkostenanteilen um 3 %, bei den Lokomotiventgelten um 5 % erhöht worden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten neben den Auflösungserträgen aus Sonderposten für Investitionszuschüsse Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, aus Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Erträge aus Schadensfällen und sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 462,4 T€ gestiegen.

Gegenläufig zu den korrespondierenden Umsatzerlösen sind die Materialaufwendungen um 586,2 T€ (+ 4,3 %) gestiegen, verursacht im Bereich des Containerverkehrs. Die Materialaufwandsquote hat sich von 73,2 % auf 76,9 % erhöht.

Die Personalaufwendungen sind im Vorjahresvergleich aufgrund von Tarifsteigerungen

sowie des Anstiegs der Sozialabgaben um 46,6 T€ höher ausgefallen, bei durchschnittlich gleichbleibender Arbeitnehmerzahl. Die Personalaufwandsquote hat sich von 14,1 % auf 14,4 % erhöht.

Die Abschreibungen sind mit Blick auf die immateriellen Vermögensgegenstände (Speditionsoftware) im Vergleich zum Jahr 2024 um 26,9 T€ gestiegen. Die Planwerte werden nicht erreicht, weil sich neue Projekte verschoben haben.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten Betriebs- und Instandhaltungskosten, Wertberichtigungen/Abschreibungen auf Forderungen sowie Aufwendungen aus Schadensfällen und sind um 321,6 T€ gesunken.

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahresstichtag um rd. 323 T€ auf 13,1 Mio. € gesunken. In Anlagevermögen ist insbesondere die Anschaffung eines Reachstackers berücksichtigt. Unter dem Sonderposten für Investitionszuschüsse sind keine im Jahr 2025 gewährten Zuschüsse zu verzeichnen. Die Rückstellungen sind insgesamt um rd. 622 T€ reduziert worden, verteilt u. a. auf Baggerarbeiten, Personal, Schadensfälle sowie Detention. Die Eigenkapitalquote ist von 43,6 % auf 45,7 % gestiegen.

Die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Partnerschaft mbH hat zu keinen Einwendungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde uneingeschränkt erteilt.

Als Anlagen sind die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht der Gesellschaft für das Jahr 2025 beigefügt.

Ergebnisverwendung:

Die HBG und die BSBG (damals noch firmierend unter Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH) haben am 13. Dezember 2016 einen Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, der ab dem Geschäftsjahr 2017 Wirkung entfaltet hat. Demnach ist grundsätzlich der von der HBG erwirtschaftete Gewinn vollständig an die BSBG abzuführen; die Minderheitsgesellschafterin Stadt Braunschweig erhält aus steuerlichen Gründen aber eine feste Ausgleichszahlung („Garantiedividende“) in Höhe von rd. 5 T€. Die HBG kann jedoch mit Zustimmung der BSBG Beträge aus dem Jahresüberschuss in andere Gewinnrücklagen einstellen, sofern dies handelsrechtlich zulässig und bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist.

Die HBG beabsichtigt weiterhin in den Jahren bis 2029 Investitionen in die Erweiterung des Hafens vorzunehmen. Die größten Positionen werden dabei für die Erweiterung des Containerterminals und die Verlängerung des Übergabebahnhofs Gleis 1 abgebildet. Diese Kapazitätsausweitung rechtfertigt aus objektiver unternehmerischer Sicht, dass hierfür Rücklagen gebildet werden. Diese Auffassung wurde seinerzeit vom Finanzamt im Rahmen einer verbindlichen Auskunft grundsätzlich bestätigt.

Die Gesellschafterversammlung der BSBG hat in ihrer Sitzung am 28. November 2025 der Einstellung eines Betrages in Höhe von 150.000,00 € in andere Gewinnrücklagen der HBG zugestimmt (DS 25-26929).

Aufgrund des ab dem Jahr 2017 wirksamen Gewinnabführungsvertrages wird die Bilanz nach teilweiser Ergebnisverwendung aufgestellt. Daher werden in der Gewinn- und Verlustrechnung auch die Gewinnvorträge aus Vorjahren sowie ein Bilanzgewinn ausgewiesen. Der ausgewiesene Bilanzgewinn 2025 in Höhe von rd. 1.728,5 T€ entspricht der Höhe der Gewinnvorträge aus Vorjahren, die vor Wirksamwerden des Gewinnabführungsvertrages erwirtschaftet wurden.

Geiger

Anlage/n:

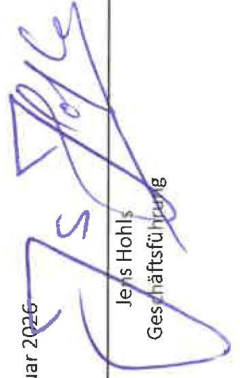
- 1 - HBG Bilanz 2025 (öffentlich)
- 2 - HBG GuV 2025 (öffentlich)
- 3 - HBG Lagebericht 2025 (öffentlich)

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2025

	Aktive Seite		Passive Seite	
	EUR	Vorjahr EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	283.473,00	10.138,00	1.481.212,58	1.481.212,58
2. geleistete Anzahlungen	0,00	298.758,20	724.540,99	724.540,99
	283.473,00	308.896,20	2.076.185,88	1.926.185,88
II. Sachanlagen			1.728.514,34	1.728.514,34
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.079.939,27	3.180.642,27	6.010.453,79	5.860.453,79
2. technische Anlagen und Maschinen	3.923.889,00	4.301.246,00	2.981.286,08	3.269.679,75
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	163.520,00	120.220,00		
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	702.112,68	255.753,59	841,89	839,78
	7.869.460,95	7.857.861,86	381.230,28	1.002.976,22
	8.152.933,95	8.166.758,06	382.072,17	1.003.816,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	78.190,41	88.525,87	2.931.020,10	2.569.412,40
2. unfertige Erzeugnisse, Unfertige Leistungen	219.054,26	8.940,29	647.261,38	722.993,01
3. fertige Erzeugnisse und Waren	92.839,81	80.939,81	191.457,65	36.194,93
	390.084,48	178.405,97	3.769.739,13	3.328.600,34
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.044.975,80	3.263.274,93		
2. Forderungen gegen Gesellschafter	444.962,66	435.702,91	1.428,00	5.921,93
3. sonstige Vermögensgegenstände	277.661,64	173.077,61		
	3.767.600,10	3.872.055,45		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten				
	830.610,64	1.247.352,33		
	4.988.295,22	5.297.813,75		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
	3.750,00	3.900,00		
	13.144.979,17	13.468.471,81	13.144.979,17	13.468.471,81

Braunschweig, den 6. Februar 2026


Jens Hohls
Geschäftsführung

OP 23

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	18.093.320,78	18.420.519,93
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	210.113,97	-6.805,05
3. sonstige betriebliche Erträge	1.168.274,04	700.946,29
4. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	14.071.661,37	13.485.528,02
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.047.445,19	2.058.152,31
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung		
davon für Altersversorgung 110.067,66 EUR (Vorjahr 104.937,21 EUR)	594.217,96	536.996,72
	2.641.663,15	2.595.149,03
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	597.286,12	570.442,17
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.601.118,75	1.922.734,38
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22.746,30	19.766,29
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12.632,76	14.321,26
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	837,67	837,67
11. Ergebnis nach Steuern	569.255,27	545.414,93
12. sonstige Steuern	109.493,89	59.921,92
13. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	309.761,38	335.493,01
14. Jahresüberschuss	150.000,00	150.000,00
15. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.728.514,34	1.728.514,34
16. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	150.000,00	150.000,00
17. Bilanzgewinn	1.728.514,34	1.728.514,34

Braunschweig, den 6. Februar 2026

Jens Hohls
Geschäftsführung

Lagebericht 2025

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

1. Grundlagen des Unternehmens

Das Stammkapital der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (HBG) beträgt 2.897.000,00 DEM. Gesellschafter sind die Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) mit 94,9% und die Stadt Braunschweig mit 5,1% der Anteile. Die BSBG trägt somit 2.749.253,00 DEM, die Stadt Braunschweig 147.747,00 DEM der Geschäftsanteile.

Die Gesellschaft betreibt und verwaltet den öffentlichen Binnenhafen und die Hafен- und Industriebahn der Stadt Braunschweig. Die Hafenanlagen bestehen aus einem Hafenbecken von 550 x 70 m, zwei Parallelhäfen von 500 x 20 m und 100 x 20 m mit zusammen 1.700 m senkrechtem Ufer, 7 Krananlagen, einer Bandanlage, einer Mineralölumschlagstelle, einer 60 t Straßenfahrzeugwaage und einer trimodalen Containerumschlaganlage.

Die Hafен- und Industriebahn mit Anschluss an die Deutsche Bahn AG hat eine Gleislänge von 15 km und wird mit zwei Diesellokomotiven betrieben. Zusätzlich betreibt die Gesellschaft die Anschlussbahn zum Heizkraftwerk Mitte mit einer Gleislänge von 2,5 km. Dem LKW-Verkehr stehen 2000 m hafeneigene öffentliche Straßen und 1000 m Ladestraßen zur Verfügung. Das der Gesellschaft gehörende Hafengelände von 651.000 m² ist, soweit es nicht dem eigenen Betrieb oder als Vorratsgelände dient, an Umschlaggesellschaften und hafengebundene Industriebetriebe verpachtet.

2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Ausführungen zum Wirtschaftsbericht und zur Prognose erfolgen in Bezug auf die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren Umsatz und Jahresergebnis vor Ergebnisabführung gemäß Ergebnisabführungsvertrag mit der BSBG.

3. Wirtschaftsbericht

3.1. Gesamtwirtschaftliche und Branchenbezogene Rahmenbedingungen

3.1.1 Allgemeine Branchenentwicklung

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 15.01.2026 ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,2% gestiegen. Nach zwei Rezessionsjahren ist die deutsche Wirtschaft leicht gewachsen. Wachstumstreiber waren vor allem die gestiegen Konsumausgaben der privaten Haushalte.

Die Exporte aus Deutschland sanken leicht im Vergleich zu 2024 um 0,3%. Die Importe nach Deutschland stiegen dafür stark. Es wurden um 3,6 % mehr Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland importiert als 2024.

Die Entwicklung für den Güterverkehr stagniert gemäß der Mittelfristprognose Sommer 2025 des Bundesamtes für Logistik und Mobilität BALM.

Es wird für die gesamtmodale Verkehrsleistung im Vergleich zum Vorjahr mit einem Minus von 1,3% gerechnet. Die Güterverkehrsleistung insgesamt wird laut Prognose in den Jahren 2026-2027 demnach jährlich um rund 1 % steigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt DESTATIS www.destatis.de, Pressemitteilung Nr. 017 vom 15. Januar 2026; Pressemitteilung 033 vom 30.01.2026, BALM Gleitende Mittelfristprognose für den Güter- und Personenverkehr -Mittelfristprognose Sommer 2025

3.1.2 Branchenentwicklung im Hafen Braunschweig

Im Vorjahresvergleich ist die Gesamtumschlagsleistung im Hafen Braunschweig um 5 % gesunken. Das Ergebnis liegt damit 20 % unter den Planzahlen.

Der Schiffsgüterumschlag war mit 94 % an der Gesamtmenge beteiligt.

Die Umschlagsleistung im Containerverkehr liegt um 4 % über der Vorjahresleistung. Das Ergebnis liegt damit im Bereich der Planzahlen.

Logistische Dienstleistungen, die nicht in der Statistik erfasst werden, tragen zu dem Ergebnis bei. Value-Add Services wie Containerbe- und -entladung, Lagerung, sowie damit verbundene Tätigkeiten haben Verkehrsströme über den Hafen Braunschweig gezogen.

3.2 Plan-Ist-Vergleich, Lage des Unternehmens

Im Vergleich mit den Planzahlen für 2025 (rd. 16,9 Mio. €) haben sich die Umsatzerlöse um 7,1 % erhöht.

Das im Prognosebericht des Vorjahres genannte Jahresergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von rund 450,7 T€ wurde leicht übertroffen und beträgt 459,8 T€.

Die Entwicklung des Geschäftsverlaufs und die Lage des Unternehmens werden grundsätzlich positiv eingeschätzt.

3.3 Ertragslage

Die Ertragslage hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

	2025		2024		+/- T€
	T€	%	T€	%	
Umsatzerlöse	18.093	98,9	18.421	100,0	-328
Bestandsveränderung	210	1,1	-7	0,0	217
Gesamtleistung	18.303	100,0	18.414	100,0	-111
Materialaufwand (bezogene Leistungen)	14.071	76,9	13.486	73,2	585
Rohergebnis	4.232	23,1	4.928	26,8	-696
Personalaufwand	2.642	14,4	2.595	14,1	47
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.471	8,0	1.351	7,3	120
Sonstige ordentliche Erträge	296	1,6	342	1,9	-46
EBITDA	415	2,3	1.324	7,2	-909
Normalabschreibungen	597	3,3	570	3,1	27
EBIT	-182	-1,0	754	4,1	-936
Finanzergebnis	10	0,1	5	0,0	5
Ordentliches Ergebnis	-172	-0,9	759	4,1	-931
Neutrales Ergebnis	633		-273		906
Ergebnis vor Ertragsteuern	461		486		-25
Ertragsteuern	1		1		0
Ergebnis vor Ergebnisabführung	460		485		-25
abgeführte Gewinne	-310		-335		25
Jahresüberschuss (vor Rücklagenbildung)	150		150		0

Die Umsatzerlöse betragen im Berichtszeitraum 18.093 T€. Im Vorjahr 2024 wurde demgegenüber ein Betrag von 18.421 T€ ausgewiesen. Das entspricht einem Rückgang um 1,8 %.

An Aufwendungen für bezogene Leistungen fielen im Berichtszeitraum 14.071 T€ an. Im Vorjahr 2024 belief sich der entsprechende Wert auf 13.486 T€. Dies entspricht einer Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr von 4,3 %. Die Materialaufwandsquote hat sich im Vergleich von 73,2 % auf 76,9 % erhöht.

Die Löhne und Gehälter 2025 betragen im Berichtszeitraum 2.047 T€ (Vorjahr: 2.057 T€). Die Löhne und Gehälter sind einerseits durch Tarifsteigerungen gestiegen, jedoch haben sich andererseits Minderaufwendungen durch Kündigungen und Krankheit gegenläufig ausgewirkt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl ist konstant geblieben (42, i. V. 42).

An sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung fielen im Berichtsjahr 2025 594 T€ an. In 2024 belief sich der entsprechende Wert auf 537 T€.

Dies entspricht einer Erhöhung um 10,6 %. Die Personalaufwandsquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 14,1 % auf 14,4 % erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 322 T€ zurückgegangen. Wesentliche Ursachen sind geringere Aufwendungen für Wertberichtigungen auf Forderungen und Schadensfälle sowie Buchverluste aus Anlagenabgängen. Gegenläufig haben sich insbesondere die Aufwendungen für Instandhaltungen mit einer Steigerung von 102 T€ ausgewirkt.

Im Jahre 2025 wurden folgende Verkehrsleistungen erbracht:

	<u>2024</u>	<u>2025</u>	<u>Differenz</u>
Schiffsgüter			
Empfang	375.153 t	347.819 t	- 27.334 t
Versand	297.972 t	325.291 t	+ 27.319 t
Gesamt	673.125 t	673.110 t	- 15 t
Bahngüter			
Empfang	46.857 t	33.411 t	- 13.446 t
Versand	39.564 t	12.904 t	- 26.660 t
Gesamt	86.421 t	46.315 t	- 40.106 t
LKW-Waage	131.363 t	110.868 t	- 20.495 t
Containerumschlag	65.921 TEU	68.330 TEU	+ 2.409 TEU

3.4 Vermögenslage

Die aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 abgeleitete Darstellung der Vermögenslage der Gesellschaft lässt sich im Vergleich zum vorherigen Bilanzstichtag folgendermaßen darstellen:

	31.12.2025			31.12.2024			+/- T€
	T€	%	kurz- fristig T€	T€	%	kurz- fristig T€	
Vermögensstruktur							
Immaterielle Vermögensgegenstände	284	2,2		309	2,3		-25
Sachanlagen	7.869	59,8		7.858	58,4		11
Anlagevermögen	8.153	62,0		8.167	60,7		-14
Vorräte	390	3,0	390	178	1,3	178	212
Forderungen	3.322	25,3	3.322	3.436	25,5	3.436	-114
Cash Pool Stadt Braunschweig	445	3,4	445	436	3,2	436	9
sonstige flüssige Mittel	831	6,3	831	1.247	9,3	1.247	-416
Umlaufvermögen	4.988	38,0	4.988	5.297	39,3	5.297	-309
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0,0		4	0,0		0
	13.145	100,0	4.988	13.468	100,0	5.297	-323
Kapitalstruktur							
Eigenkapital	6.011	45,7		5.861	43,6		150
Sonderposten	2.981	22,6		3.270	24,2		-289
Langfristige Rückstellungen	90	0,7		260	1,9		-170
Langfristige Verbindlichkeiten	337	2,6	50	387	2,9	50	-50
Langfristiges Fremdkapital	427	3,3	50	647	4,8	50	-220
Kurzfristige Rückstellungen	292	2,2	292	743	5,5	743	-451
Kurzfristige Verbindlichkeiten	3.433	26,2	3.433	2.941	21,9	2.941	492
Kurzfristiges Fremdkapital	3.725	28,4	3.725	3.684	27,4	3.684	41
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,0		6	0,0		-5
	13.145	100,0	3.775	13.468	100,0	3.734	-323
Working Capital			1.213			1.563	

Wesentliche Investitionen betreffen noch nicht geleistete Anzahlungen für die Ersatzbeschaffung eines Reachstackers (444 T€) sowie die Anschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung (82 T€).

3.5 Finanzlage

Kapitalflussrechnung

Im Folgenden werden die Mittelherkunft und die Mittelverwendung des Berichtsjahres 2025 anhand einer Kapitalflussrechnung dargestellt. Zur Entwicklung der Liquidität und der Finanzkraft wird dargestellt, wie sich die Zahlungsmittel (Kassenbestände, Schecks sowie Guthaben bei Kreditinstituten) und Zahlungsmitteläquivalente (Cash Pool) im Berichtszeitraum durch Mittelzuflüsse und Mittelabflüsse verändert haben. Dabei wird zwischen Zahlungsströmen aus Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

	2025 T€	2024 T€
Jahresergebnis vor Ergebnisabführung und Verwendung	460	485
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	597	570
Abnahme/Zunahme der Rückstellungen	-621	176
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (Sonderposten Zuschüsse)	-289	-333
Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	209
Zunahme der Vorräte, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-98	-848
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	487	637
Zinsaufwendungen	13	14
Ertragsteueraufwand	1	1
Ertragsteuerzahlungen	-1	-1
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	549	910
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-49	-160
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-534	-355
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-583	-515
Auszahlungen aus Ergebnisabführung	-310	-335
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzkrediten	-50	-50
Gezahlte Zinsen	-13	-14
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-373	-399
Zahlungswirksame Veränderungen	-407	-4
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.683	1.687
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.276	1.683
	T€	T€
Zahlungsmittel	831	1.247
Zahlungsmitteläquivalente (Cashpooling Stadt Braunschweig)	445	436
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.276	1.683

3.6 Personalwesen

Im Jahresverlauf sind durch Abgänge zum Teil Stellen unbesetzt geblieben.

Alle gewerblichen Mitarbeiter sind in allen Tätigkeitsbereichen ausgebildet. Somit kann der Betrieb auf alle Kundenanforderungen flexibel reagieren. Auch in 2025 wurde die Weiterbildung der Mitarbeiter*innen in allen Bereichen fortgesetzt.

4. Prognosebericht

Auf Basis des Wirtschaftsplans 2026 erwarten wir im Vergleich zum Vorjahr ein weitgehend gleichbleibendes Umschlagsvolumen.

Wir veranschlagen für das Geschäftsjahr 2026 ein Umsatzvolumen von rd. 17,8 Mio. € mit einem Jahresergebnis vor Gewinnabführung von ca. 455,3 T€.

5. Risikobericht

Grundsätzlich besteht ein Risiko witterungsbedingter Sperrungen der Verkehrswege und Behinderungen durch Baumaßnahmen. Insbesondere die laufende Grundinstandsetzung des Osttroges des Schiffshebewerks Scharnebeck wird die Binnenschifffahrt von/nach Hamburg weiterhin behindern. Dabei könnten sich sowohl der Wegfall von Umschlagsvolumen, als auch die Aufwendungen zur Erfüllung der Transportverpflichtungen im Containerverkehr negativ auswirken.

Multiple Krisen- und Kriegsauswirkungen bleiben auch im Jahr 2026 bestimmend.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht zu erkennen.

6. Chancenbericht

Der Hafen Braunschweig kann von seiner strategischen Lage im Ost-West-Korridor (TEN-T) als Standort für logistische Aufgaben (Konsolidierungs-, Bündelungs-, und Distributionsfunktionen) profitieren. Dabei wird auch durch die modal-split Ziele des Seehafens Hamburg und die Steigerung im Seegüterumschlag eine Erhöhung der Umschlagsvolumen im Hafen Braunschweig erwartet.

Kurz- und mittelfristig sind Investitionen in die Erweiterung und Ertüchtigung der Umschlagsanlagen geplant.

Braunschweig, 6. Februar 2026

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

Jens Hohls
Geschäftsführer



Betreff:

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der
Geschäftsführung

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

21.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH werden angewiesen,
- b) der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird auf die Unterlagen zum Jahresabschluss 2025 der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (HBG) verwiesen (DS 26-28735).

Die Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung obliegt gemäß § 12 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages der HBG der Gesellschafterversammlung. Zuvor bedarf die Entlastung der Geschäftsführung gemäß § 11 Abs. 3 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages der HBG der Beratung im Aufsichtsrat.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der HBG der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der HBG und der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der HBG hat in seiner Sitzung am 16. April 2026 die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2025 empfohlen.

Hübner

Anlage/n:
keine

*Betreff:***Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH
Jahresabschluss 2025 – Feststellung***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

14.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH werden angewiesen,
- b) der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Der Jahresabschluss 2025 der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH, der mit Erträgen aus Verlustübernahme in Höhe von 9.533.253,43 € einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 228,80 € ausweist, wird festgestellt. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2025 in Höhe von 228,80 € wird in das Geschäftsjahr 2026 vorgetragen und mit der Gewinnrücklage verrechnet.

Sachverhalt:

Die Gesellschaftsanteile an der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (Stadtbad GmbH) werden in Höhe von 94,8954 % von der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) und in Höhe von 5,1046 % von der Stadt Braunschweig gehalten.

Gemäß § 12 Abs. 1 Buchst. a) des Gesellschaftsvertrages der Stadtbad GmbH obliegt die Feststellung des Jahresabschlusses der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der Stadtbad GmbH. Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der BSBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad GmbH der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der Stadtbad GmbH und der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss in seiner Sitzung am 8. April 2026 beraten und der Gesellschafterversammlung die Feststellung des Jahresabschlusses 2025 empfohlen.

Bei Gesamterträgen in Höhe von 5.633 T€ und Gesamtaufwendungen in Höhe von 15.166 T€ (inkl. Zinsaufwendungen und Steuern) erwirtschaftet die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2025 einen Fehlbetrag in Höhe von 9.533 T€.

Der Fehlbetrag wird von den Gesellschafterinnen BSBG und Stadt entsprechend ihrem Beteiligungsverhältnis ausgeglichen. Folglich wird von der BSBG ein anteiliger Verlust in Höhe von 9.047 T€ übernommen, während auf die Stadt Braunschweig ein Verlustanteil in Höhe von 486 T€ entfällt.

Mit den Erträgen aus Verlustübernahmen von 9.533 T€, die von den Gesellschafterinnen geleistet wurden, verbleibt ein Jahresfehlbetrag von 228,80 €, welcher in das Geschäftsjahr 2026 vorgetragen wird und mit der Gewinnrücklage verrechnet wird.

Die Entwicklung der Aufwands- und Ertragspositionen im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

	Angaben in T€	Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
1	Umsatzerlöse	4.679	4.742	5.246	4.892
1a	% zum Vorjahr/Plan		+1,3%	+12,1% / +10,6%	-6,7%
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	38	20
3	Sonstige betriebliche Erträge	659	36	349	37
4	Materialaufwand	-3.925	-4.211	-4.174	-4.402
5	Personalaufwand	-6.381	-6.337	-7.039	-7.378
6	Abschreibungen	-2.312	-2.279	-2.344	-2.508
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-993	-1.017	-1.034	-971
8	Betriebsergebnis (Summe 1-7)	-8.272	-9.065	-8.957	-10.310
9	Zins-/Finanzergebnis	-556	-441	-559	-794
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
11	Ergebnis nach Steuern (Summe 8-10)	-8.829	-9.505	-9.517	-11.104
12	sonstige Steuern	-27	-22	-16	-26
13	Jahresergebnis (Summe 11-12)	-8.856	-9.528	-9.533	-11.130

Im Einzelnen stellen sich die Abweichungen der Ertrags- und Aufwandspositionen im Vergleich zur Wirtschaftsplanung wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 5.246 T€ und fallen damit um 504 T€ besser aus als geplant. Dies ist im Wesentlichen auf die guten Besucherzahlen, vor allem in der Wasserwelt zurückzuführen ist. Die Erlöse in den Hallenbädern (+453 T€) liegt über den Vorjahreswert. Die Erlöse in den Sommerbädern (-4 T€) sowie die Erlöse aus Sauna und Wellness (-102 T€) sind gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Im gesamten Jahr 2025 konnte die Gesellschaft 748.560 Besuchende verzeichnen. Dies stellt gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Besuchenden um 43.348 dar.

Sonstige betriebliche Erträge konnten in Höhe von 349 T€ erzielt werden. Diese beinhalten insbesondere die Ausbuchung von Gutscheinen aus Vorjahren (178 T€), sowie die Ausbuchung von nicht werthaltigen Verbindlichkeiten (57 T€).

Die Gesamterträge belaufen sich auf 5.633 T€ und fallen demnach rund 855 T€ höher aus als im Wirtschaftsplan prognostiziert.

Der Materialaufwand fällt gegenüber der Planung um 37 T€ geringer aus.

Der Personalaufwand verzeichnet gegenüber der Planung rund 702 T€ höhere Kosten. Ursächlich dafür sind im Wesentlichen Tarifsteigerungen im TVÖD, welche höher angefallen

sind, als in der Wirtschaftsplanung angenommen. Vor allem wirkte sich die deutliche Erhöhung der Schichtzulage negativ auf die Personalaufwendungen Stadtbad GmbH aus, da ein Großteil der Belegschaft im Schichtsystem arbeitet, um die Öffnungszeiten der städtischen Bäder zu gewährleisten. Zusätzlich ergab sich im Zuge der Schließung des Badezentrums Gliesmarode die Möglichkeit, das dortige Personal in den Betrieb der Stadtbad GmbH zu übernehmen. Angesichts des angespannten Arbeitsmarktes im Bereich der Fachangestellten für Bäderbetriebe stellte dies eine strategische Chance dar, bestehende personelle Vakanzen zu schließen.

Die Abschreibungen liegen um 65 T€ über dem Planwert. Dies ist durch das zeitliche Vorziehen von Investitionsmaßnahmen begründet. Einige Projekte wurden früher als geplant fertiggestellt und aktiviert, wodurch der Abschreibungsbeginn vorverlagert wurde.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich eine Überschreitung des Planansatzes in Höhe von 16 T€.

Das Zins-/Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Planwert um 118 T€ verschlechtert. Dies resultiert aus einer unterjährig angefallenen Darlehensposition, welche in der Planung nicht vollumfänglich abgebildet wurde.

Steuern vom Einkommen und Ertrag sind nicht angefallen.

Die sonstigen Steuern in Höhe von 16 T€ enthalten die Grundsteuer (15 T€) und Kfz-Steuern (1 T€).

Das Gesamtergebnis beläuft sich auf -9.533 T€ und fällt gegenüber der Planung um 4 T€ schlechter aus.

Das Investitionsvolumen im Geschäftsjahr 2025 beläuft sich auf 913 T€. Insbesondere wurde in die nachhaltige Modernisierung und Instandhaltung bestehender Infrastrukturen investiert. Die Schwerpunkte lagen in einem Tribünenneubau im Sommerbad Raffteich, einer umfassenden Modernisierung einer Saunaaanlage in der Wasserwelt, sowie die Installation von PV-Anlagen im BürgerBadePark und die Installation einer Retentionsanlage. Das Anlagevermögen der Gesellschaft hat sich unter Berücksichtigung der Anlagenzu- und -abgänge sowie den Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr (38.768 T€) um 1.432 T€ verringert und beträgt zum Bilanzstichtag 41.250 T€.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2025 durch die PKF Fasselt Partnerschaft mbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat zu keinen Einwendungen geführt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 23. Februar 2026 erteilt.

Als Anlagen sind die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht der Gesellschaft für das Jahr 2025 beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

- 1 - Stadtbad Bilanz 2025 (öffentlich)
- 2 - Stadtbad GuV 2025 (öffentlich)
- 3 - Stadtbad Lagebericht 2025 (öffentlich)

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

EUR	Vorjahr EUR
2.987,31	5.279,03

II. Sachanlagen

- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
- technische Anlagen und Maschinen
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
- geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

31.181.190,52	32.745.107,22
4.883.509,13	4.935.813,12
867.134,31	795.224,77
401.656,07	286.479,37
<u>37.333.490,03</u>	<u>38.762.624,48</u>
37.336.477,34	38.767.903,51

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

- Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
- Waren

84.000,00	84.000,00
55.148,78	64.276,74
<u>139.148,78</u>	<u>148.276,74</u>

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Forderungen gegen Gesellschafter
- sonstige Vermögensgegenstände

167.175,97	154.651,08
138.836,10	1.035.826,04
223.839,93	212.801,66
<u>529.852,00</u>	<u>1.403.278,78</u>

III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

667.937,82	921.793,31
<u>1.336.938,60</u>	<u>2.473.348,83</u>

C. Rechnungsabgrenzungsposten

11.382,69	8.518,77
<u>38.684.798,63</u>	<u>41.249.771,11</u>

Passivseite

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

II. Kapitalrücklage

III. Gewinnrücklagen

IV. Jahresfehlbetrag

EUR	Vorjahr EUR
1.022.600,00	1.022.600,00
3.678.500,00	3.678.500,00
501.369,49	501.369,49
-228,80	0,00
<u>5.202.240,69</u>	<u>5.202.469,49</u>

B. Sonderposten für Investitionszuschüsse

14.633,19	18.874,35
-----------	-----------

C. Rückstellungen

sonstige Rückstellungen

357.300,00	445.462,00
<u>357.300,00</u>	<u>445.462,00</u>

D. Verbindlichkeiten

- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern
- sonstige Verbindlichkeiten
davon aus Steuern 43.304,80 (i. V. 36.971,47) EUR
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 113.992,44 (i. V. 113.992,44) EUR

10.697.268,46	10.587.277,82
725.993,39	799.190,14
20.361.916,06	22.885.528,38
352.886,54	295.713,55
<u>32.138.064,45</u>	<u>34.567.709,89</u>

E. Rechnungsabgrenzungsposten

972.560,30	1.015.255,38
------------	--------------

<u>38.684.798,63</u>	<u>41.249.771,11</u>
----------------------	----------------------

Braunschweig, den 6. Februar 2026



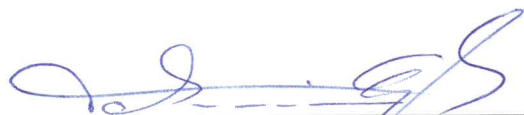
(Tobias Groß)
Geschäftsführer

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	5.245.518,57	4.678.969,80
2. andere aktivierte Eigenleistungen	38.315,49	0,00
3. sonstige betriebliche Erträge	348.639,20	658.925,48
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.635.822,13	2.569.389,10
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.538.609,31	1.355.294,25
	<u>4.174.431,44</u>	<u>3.924.683,35</u>
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	5.108.832,22	4.755.187,58
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung 823.949,39 EUR (Vorjahr 642.388,30 EUR)	1.930.430,36	1.625.320,79
	<u>7.039.262,58</u>	<u>6.380.508,37</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.344.211,51	2.312.164,02
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.033.526,12	993.223,68
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen 307.120,34 EUR (Vorjahr 325.386,14 EUR)	558.505,44	555.585,79
9. Ergebnis nach Steuern	<u>-9.517.463,83</u>	<u>-8.828.269,93</u>
10. sonstige Steuern	16.018,40	27.312,78
11. Ergebnis vor Verlustübernahme	<u>-9.533.482,23</u>	<u>-8.855.582,71</u>
12. Erträge aus Verlustübernahme	9.533.253,43	8.855.582,71
13. Jahresfehlbetrag	<u><u>-228,80</u></u>	<u><u>0,00</u></u>

Braunschweig, den 6. Februar 2026



(Tobias Groß)
Geschäftsführer

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH, Braunschweig

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH ist eine Eigengesellschaft der Stadt Braunschweig und der Braunschweig Beteiligungen GmbH. Sie betreibt öffentliche Schwimmbäder und medizinische Bäder und andere dem Sport, der Erholung oder der Gesundheit dienende Anlagen und dient dabei überwiegend gemeinnützigen Zwecken. Die Anteile am Gesellschaftskapital werden von der Stadt Braunschweig und der Braunschweig Beteiligungen GmbH gehalten. Die in der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH entstehenden Verluste werden von den Gesellschaftern ausgeglichen.

2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Ausführungen zum Wirtschaftsbericht und zur Prognose erfolgen in Bezug auf die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren Umsatz und Jahresergebnis.

3. Wirtschaftsbericht

3.1 Überblick und Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft betreibt die Hallenbäder BürgerBadePark, Sportbad Heidberg und Wasserwelt sowie die Sommerbäder Bürgerpark, Raffteich und Waggum. In zwei Hallenbädern werden als Nebenleistungen Dampf- und Saunabäder betrieben.

Darüber hinaus wurde der Gesellschaft zum 01.07.2025 das Bad Gliesmarode zur Nutzung überlassen.

Weitere Räumlichkeiten werden vermietet und verpachtet. Dazu gehören das Fitnessstudio „Workout“ sowie das Zentrum für Physiotherapie „Kunomed“ in der Wasserwelt, ebenso das ambulante Reha-Zentrum des Klinikums Braunschweig, die Seminarräume der Volkshochschule sowie der Friseur „cutting crew“ am Standort Nimes-Straße 1.

Im Zusammenhang mit der Eröffnung der „Wasserwelt“ ist eine attraktive Saunalandschaft entstanden, die im Jahresverlauf 2015 prämiert und in 2018, sowie 2021 und 2025 vom Deutschen Sauna-Bund rezertifiziert wurde. Weiterhin wird ein umfangreiches Kursprogramm angeboten. Mit diesem Leistungsportfolio übernimmt das Unternehmen einen wichtigen und umfangreichen Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Auf dem Parkplatz der „Wasserwelt“ wurde im Mai 2018 als zusätzliches Angebot ein Wohnmobilstellplatz eröffnet.

Im gesamten Geschäftsjahr konnte die Gesellschaft insgesamt 748.560 Besuche (l. V. 705.212) verzeichnen. Die Besucherzahl erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 43.348 Besuche. Die über dem Wirtschaftsplan liegenden Erträge von rund 855 TEUR wurden im Geschäftsjahr 2025 durch ebenfalls überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von rund 859 TEUR weitgehend kompensiert, wobei die Abweichung im Wesentlichen auf den höheren Personalaufwand (+ 702 TEUR) zurückzuführen ist. Insgesamt wurde im Geschäftsjahr 2025 ein Ergebnis vor Verlustübernahme in Höhe von 9.533 TEUR erzielt (geplant: 9.529 TEUR). Damit liegt das vorläufige Jahresergebnis insgesamt auf dem Niveau der Wirtschaftsplanung.

Ihren Personalstand hatte die Gesellschaft im Jahresdurchschnitt (ohne Auszubildende/ohne Geschäftsführung) von 116 auf 121 erhöht. Der durchschnittliche Vollzeitäquivalent betrug 112,25 ohne Einbezug der Leerstellen (I. V. 106,8). Die Ausbildung junger Menschen behält einen hohen Stellenwert, wobei es jährlich schwieriger wird, die Stellen für die Ausbildung zum/zur Fachangestellten für Bäderbetriebe zu besetzen. Im Jahr 2025 wurden Fachangestellte für Bäderbetriebe, Kaufleute für Büromanagement und eine Auszubildende zur Kauffrau für Marketingkommunikation ausgebildet. Im Jahresdurchschnitt wurden 9 Auszubildende beschäftigt (i. V. 8).

3.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Vorjahresvergleich um insgesamt rund 567 TEUR auf 5.246 TEUR gestiegen. Wesentlicher Grund für diesen Anstieg waren die Umsatzerlöse in den Hallenbädern, die sich um 453 TEUR auf 2.307 TEUR erhöht haben. Die Sommersaison 2025 startete ab dem 9. Mai 2025 im Freibad Bürgerpark. In den Sommerbädern wurden Erträge von rund 378 TEUR erwirtschaftet und lagen damit leicht unter dem Vorjahresniveau (I. V. 382 TEUR).

Die Kurserlöse beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf rund 531 TEUR und lagen damit um etwa 25 TEUR unter dem Vorjahresniveau (I. V. 556 TEUR).

Die Saunaerlöse (ohne Hallenbadanteile Saunaerlöse) beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf rund 489 TEUR und lagen damit um etwa 102 TEUR unter dem Vorjahresniveau (I. V. 591 TEUR). Die Umsatzerlöse aus dem Shopverkauf zeigten sich im Jahresvergleich weitgehend unverändert und beliefen sich auf rund 68 TEUR (I. V. 62 TEUR).

Die Gesamterträge fielen im Geschäftsjahr 2025 um rund 855 TEUR höher aus als im Wirtschaftsplan vorgesehen. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf höhere Erlöse im Saunabereich (+265 TEUR) sowie auf über den Planwerten liegende sonstige Umsatzerlöse zurückzuführen, während sich die Erlöse aus dem klassischen Badebetrieb insgesamt nahe am Planwert bewegten. Die Abweichung bei den sonstigen Umsatzerlösen ist im Wesentlichen auf Nebenkostenabrechnungen mit den Pächtern sowie auf Einmaleffekte aus der Ausbuchung von Forderungen zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf rund 349 TEUR und lagen damit um etwa 310 TEUR unter dem Vorjahresniveau (I. V. 659 TEUR). Der Rückgang ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr nicht werthaltige Verbindlichkeiten in Höhe von rund 353 TEUR ertragswirksam ausgebucht wurden, während ein vergleichbarer Sondereffekt im Geschäftsjahr 2025 in dieser Höhe nicht anfiel. Im Vergleich zu den Planzahlen des Wirtschaftsplans 2025 fiel die sonstigen betrieblichen Erträge um rund 313 TEUR höher aus (Plan: 36 TEUR).

Der Materialaufwand erhöhte sich im Geschäftsjahr 2025 auf rund 4.174 TEUR und lag damit um etwa 249 TEUR über dem Vorjahresniveau (I. V. 3.925 TEUR). Im Vergleich zu den Planzahlen des Wirtschaftsplans 2025 fiel der Materialaufwand jedoch um rund 37 TEUR geringer aus (Plan: 4.211 TEUR).

Der Personalaufwand erhöhte sich im Geschäftsjahr 2025 auf rund 7.039 TEUR und lag damit um etwa 658 TEUR über dem Vorjahresniveau (I. V. 6.381 TEUR). Auch im Vergleich zu den Planzahlen des Wirtschaftsplans 2025 fiel der Personalaufwand um rund 702 TEUR höher aus (Plan: 6.337 TEUR). Die Personalkosten überschreiten im Geschäftsjahr 2025 die im Wirtschaftsplan angesetzten Werte. Ursächlich hierfür sind insbesondere strukturelle Rahmenbedingungen sowie außerplanmäßige Entwicklungen.

Im Wirtschaftsplan 2025 blieb der zukünftige Betrieb des Badezentrums Gliesmarode aufgrund der Informationslage zum Zeitpunkt der Erstellung unberücksichtigt. Vor dem Hintergrund eines seit Jahren angespannten Arbeitsmarktes für Fachangestellte für Bäderbetriebe wurde qualifiziertes Personal im 2. Quartal übernommen, um den Betrieb an den bestehenden Standorten abzusichern und zugleich auf mögliche (Teil-) Öffnungsszenarien in Gliesmarode vorbereitet zu sein.

Darüber hinaus fiel die tatsächliche Tarifentwicklung deutlich höher aus als die im Wirtschaftsplan unterstellte Tarifierhöhung von 2,5 %. Zusätzlich wirkte sich die Erhöhung der Schichtzulage von 40 EUR auf 100 EUR, von der ein Großteil der Beschäftigten betroffen ist, kostensteigernd aus.

Die Abschreibungen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2025 auf rund 2.344 TEUR und lagen damit um etwa 32 TEUR über dem Vorjahresniveau (I. V. 2.312 TEUR). Im Vergleich zu den Planzahlen des Wirtschaftsplans 2025 fielen die Abschreibungen um rund 65 TEUR höher aus (Plan: 2.279 TEUR). Die Abweichung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Investitionsmaßnahmen im Jahresverlauf zeitlich verschoben wurden und einzelne Investitionen früher als ursprünglich geplant aktiviert wurden, wodurch sich der Abschreibungsbeginn entsprechend vorverlagert hat.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr 2025 auf rund 1.033 TEUR und lagen damit um etwa 40 TEUR über dem Vorjahreswert (I. V. 993 TEUR). Im Vergleich zu den Planzahlen des Wirtschaftsplans 2025 fielen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um rund 16 TEUR höher aus (Plan: 1.017 TEUR).

Bei den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen zeigt der Vorjahresvergleich eine Erhöhung um rund 3 TEUR.

Die sonstigen Steuern beliefen sich im Geschäftsjahr auf rund 16 TEUR und resultieren im Wesentlichen aus der Grundsteuer sowie der Kfz-Steuer.

Die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH weist für das Geschäftsjahr 2025 einen Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich in Höhe von rund 9.533 TEUR aus. Damit liegt das vorläufige Ergebnis nahezu auf dem Niveau des Wirtschaftsplans 2025 (Plan: 9.529 TEUR).

Die geringfügige Abweichung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Wirtschaftsplan 2025 keine Aufwendungen für den Standort Gliesmarode berücksichtigt waren, im Zusammenhang mit der Überlassung des Bades zum 01.07.2025 jedoch bereits Kosten in Höhe von rund 50 TEUR angefallen sind. Bereinigt um diesen Effekt ergibt sich gegenüber dem Wirtschaftsplan eine Ergebnisverbesserung von rund 46 TEUR.

Der entstandene Verlust wird auf Basis der bestehenden Regelungen von den Gesellschaftern ausgeglichen. Durch die Einhaltung des im Wirtschaftsplan 2025 kalkulierten Jahresfehlbetrags konnte dieser fast vollständig durch die Gesellschafter ausgeglichen werden.

3.3 Finanzlage

Die Aufgabenstellung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH erfordert die kontinuierliche Zuführung von Finanzmitteln für den Geschäftsbetrieb. Hierzu stehen der Gesellschaft gemäß Vereinbarung über die Ergebnisübernahme und Liquiditätssicherung kurzfristige Finanzmittel der Gesellschafterin Braunschweig Beteiligungen GmbH im Rahmen der Planansätze zur Verfügung. Darüber hinaus besteht mit der Stadt Braunschweig ein Vertrag über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln. Die Liquidität der Gesellschaft ist insofern jederzeit sichergestellt.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 913 TEUR investiert, insbesondere in die nachhaltige Modernisierung bestehender Infrastrukturen.

Schwerpunkte bildeten der Saunaneubau in der Wasserwelt, der Tribünenneubau im Sommerbad Raffteich sowie die Installation von Photovoltaikanlagen im BürgerBadePark sowie die Installation einer Retentionsanlage.

Die Finanzierung dieser Investitionen konnte unterjährig zum Teil aus vorhandener Liquidität getätigt werden. Es wurde im Berichtsjahr ein Darlehen i. H. v. 1.217 TEUR aufgenommen

3.4. Vermögenslage

Das Anlagevermögen verringerte sich im Geschäftsjahr 2025 um rund 1.431 TEUR. Die Investitionen von 913 TEUR konnten zum Teil aus eigenen liquiden Mitteln abgewickelt werden. Den Investitionen standen Abschreibungen in Höhe von 2.344 TEUR gegenüber.

Das kurzfristige Vermögen einschließlich der Rechnungsabgrenzungsposten nahm hingegen um rund 1.138 TEUR ab. Dies betrifft vor allem die Forderungen gegen die Gesellschafterin Stadt Braunschweig (-900 TEUR).

Auf der Passivseite der Bilanz stiegen die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um rund 110 TEUR. Im 4. Quartal wurde ein Darlehen am Kreditmarkt i. H. v. 1.217 TEUR aufgenommen.

Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern reduzierten sich unter Berücksichtigung abgegrenzter Zinsen um rund 1.756 TEUR. Die weiteren Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern reduzierten sich um 768 TEUR. Diese Minderung setzt sich aus einer Cashpool-Verbindlichkeit von 508 TEUR, der eine um 1.276 TEUR auf 0 TEUR gesunkene Verbindlichkeit aus der Verlustübernahme gegenübersteht, zusammen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gingen stichtagsbedingt um rund 73 TEUR zurück.

Die sonstigen Verbindlichkeiten erhöhten sich im Vorjahresvergleich um rund 59 TEUR.

Die Rückstellungen verringerten sich im Geschäftsjahr 2025 insgesamt auf rund 357 TEUR und lagen damit um etwa 88 TEUR unter dem Vorjahresniveau (i. V. 445 TEUR). Innerhalb der Rückstellungen stiegen die Personalrückstellungen, was im Wesentlichen auf Tarifierhöhungen und eine höhere Anzahl der zu berücksichtigenden Überstunden und Urlaubstage zurückzuführen ist. Demgegenüber wurden im Geschäftsjahr 2025 um 132 TEUR verminderte Rückstellungen für ausstehende Rechnungen gebildet, sodass sich insgesamt ein Rückgang der Rückstellungen ergab.

Weiterhin ist bei der Beurteilung der Vermögenslage die Unterstützungskasse der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH e. V. zu berücksichtigen. Sie wurde am 21. Dezember 1999 mit dem Ziel gegründet, einen Kapitalstock aufzubauen, der zukünftig zu einem Abbau der jährlich steigenden Aufwendungen für Altersversorgung in den laufenden Geschäftsjahren der GmbH führen soll. Die Zinserträge verbleiben regelmäßig im Cashpool, sofern sie generiert werden. Zum Bilanzstichtag weist die Unterstützungskasse einen Cashpool-Bestand in Höhe von 0,3 TEUR (i. V. 0,3 TEUR) aus. Aufgrund der mittlerweile über Jahre andauernden Niedrigzinsphase ist der Abschluss von Rückdeckungsversicherungen langfristig auf unbestimmte Zeit nicht sinnvoll. Das Geld konnte alternativ zur Zahlung des Ruhelohns zweckmäßig verwendet werden. Da der Ruhe Lohn Aufwand für die Stadtbad GmbH darstellt, verringert der Einsatz den Verlust der Gesellschaft entsprechend. In den Jahren 2022 – 2024 wurden somit jeweils 159 TEUR zweckgebunden verarbeitet. Der Nicht durch Eigenkapital deckte Fehlbetrag der Unterstützungskasse zum 31. Dezember 2025 beträgt 11.692 TEUR (i. V. 12.117 TEUR).

Die Veränderung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass nicht mehr einlösliche Gutscheine nach Ablauf der gesetzlichen Frist ausgebucht wurden.

3.5. Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Die finanzielle Situation der Gesellschaft ist stabil. Die entstandenen Verluste werden durch die Gesellschafter ausgeglichen; dies ist auch künftig so vorgesehen. Es erfolgen auch in Zukunft Vorauszahlungen auf den geplanten Jahresverlust; weiterhin besteht ein Liquiditätsverbund mit der Stadt Braunschweig. Die Liquidität wird insofern jederzeit sichergestellt. Für im Wirtschaftsjahr 2026 anstehende Investitionen kann zunächst ein Kassenkredit bei der Stadt Braunschweig zur Zwischenfinanzierung in Anspruch genommen werden, der bei geeignetem Volumen durch ein langfristiges Darlehen abgelöst wird.

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2025, der einen Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich in Höhe von 9.529 TEUR vorsah, wurde im Geschäftsjahr 2025 ein Jahresfehlbetrag von rund 9.533 TEUR erzielt. Damit ist das Jahresergebnis um rund 4 TEUR schlechter als im Wirtschaftsplan prognostiziert.

Zu dieser Abweichung kommt es im Wesentlichen aufgrund der Tatsache, dass für das Wirtschaftsjahr 2025 keine Aufwendungen für den Standort Gliesmarode eingeplant waren, jedoch durch die Überlassung des Bades zum 01.07.2025 bereits Kosten in Höhe von rund 50 TEUR angefallen sind.

Hieraus ergibt sich, dass auf das Bad Gliesmarode eine Ergebnisbelastung von rund 50 TEUR entfällt. Bereinigt um diesen Effekt ergibt sich gegenüber dem Wirtschaftsplan 2025 eine Ergebnisverbesserung von rund 46 TEUR.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

In dem zu Beginn des vierten Quartals 2025 erarbeiteten Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2026 geht die Gesellschaft von Umsatzerlösen in Höhe von 4.892 TEUR und einem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 11.130 TEUR aus.

Ein Maßnahmenpaket zur weiteren Erhöhung der Attraktivität und der Angebotsvielfalt ist für alle Hallen-, sowie Freibäder zur Sicherung der Besucherzahlen erarbeitet. Weiterhin sind Erneuerungsmaßnahmen wie eine Sanierung des Planschbeckens im Freibad Bürgerpark, Erneuerung der Dampfsauna in der Wasserwelt und verschiedene Maßnahmen zur Einsparung von Energie in 2026 eingeplant.

Das bestehende Risikomanagementsystem der Gesellschaft ist in 2017 grundlegend überarbeitet und neu installiert worden. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung der Risikopositionen sowie eine permanente Anpassung des Systems an aktuelle Gegebenheiten. In 2019 wurde ein Tax Compliance Management System in Zusammenarbeit mit Braunschweig Beteiligungen GmbH implementiert.

Im Wesentlichen bestehen Chancen für die Gesellschaft vor allem durch:

- überplanmäßige Besucherzahlen und daraus resultierend höhere Erträge:
 - a) höheres Besucheraufkommen (Normalzahler);
 - b) höhere Besucherzahlen in den Sommerbädern durch höhere Temperaturen in der Sommersaison;
 - c) höhere Besucherzahlen im Ersatzneubau des Sportbades Heidberg durch überplanmäßig gute Annahme der dort entstandenen Angebote;
 - d) höhere Nachfrage nach Schwimmkursen.
- die kontinuierliche Weiterentwicklung des Kursprogramms durch Schaffung neuer und innovativer Angebote;

- Die temporäre Schließung des Badezentrums Gliesmarode könnte zu einem Besucheranstieg an den anderen Standorten der Stadtbad GmbH führen und die Umsatzerlöse steigern.
- einen geringeren Zinsaufwand bei Darlehensaufnahmen gegenüber den im Geschäftsjahr 2026 prognostizierten Zinsen. Der im Wirtschaftsplan 2026 ausgewiesene Zinsaufwand für anstehende Darlehensaufnahmen oder Prolongationen ist mit dem durch die Stadt Braunschweig vorgegebenen Zinssatz gerechnet worden. Bei einem geringeren Zinssatz zum Zeitpunkt der Darlehensaufnahmen ergeben sich Einsparungen;
- die Prüfung und Weiterentwicklung von Angeboten im Sektor Freizeit;
- Anpassung der Öffnungszeiten an den tatsächlichen nachfragebasierten Bedarf der Besucher;
- mögliche weitere Zusammenarbeit von Gesellschaften im Konzern Stadt Braunschweig.
- mögliche finanzielle Förderung der stark gestiegenen Energiepreise.

Im Wesentlichen bestehen Risiken für die Gesellschaft vor allem durch:

- Aus wirtschaftlicher Sicht stellt der zukünftige Weiterbetrieb des Badezentrums Gliesmarode durch die Gesellschaft ein erhebliches finanzielles Risiko dar, welches das Jahresdefizit der Gesellschaft weiter erhöhen wird.
- geringere Besucherzahlen, die zu geringeren Erträgen führen:
 - a) verringerte Kaufkraft durch die Mehrbelastung der hohen Inflation;
 - b) durch niedrigere Temperaturen in der Sommersaison in den Sommerbädern;
 - c) geringere Besucherzahlen (Normalzahler) im Ersatzneubau des Sportbades Heidberg, als in der Planung angenommen;
- eventuelle Preissteigerungen bei den Betriebskosten, insbesondere im Energiebereich, die über der in der Planung berücksichtigten Preissteigerungsrate liegen;
- Preissteigerungen und Verlängerung von Ausführungsfristen für Dienstleistungen durch Fachkräftemangel bei Handwerksbetrieben und Einschränkungen in den Lieferketten, sowie Energiepreissteigerungen, die über der in der Planung berücksichtigten Preissteigerungsrate und Bauzeiten liegen;
- Auswirkungen des Fachkräftemangels, der sich auf die Bäderbesetzung auswirken kann, sodass nicht alle Bäder in Folge von Personalmangel besetzt werden können;
- andauernde Verluste in den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben. Diese können sich negativ für die Gesellschaft auswirken;
- schwankende Zinsen. Sie können sich im hohen Maße auf das Zinsergebnis und damit das Gesamtergebnis der Gesellschaft auswirken;
- Bau- und Terminrisiken im Zusammenhang mit der Sanierung des Badezentrums Gliesmarode (BzG), insbesondere durch unvorhergesehene bauliche oder technische Herausforderungen, die zu Verzögerungen im Bauablauf und damit zu einer Verschiebung des geplanten Eröffnungstermins führen können;
- Kostensteigerungsrisiken während der Bauphase (Sanierung BzG), die einen höheren Investitionsbedarf nach sich ziehen können. Hieraus kann sich ein erhöhter Fremdkapitalbedarf ergeben;

- Finanzierungs- und Zinsrisiken (Sanierung BzG), da zusätzliche Darlehensaufnahmen zu einem Anstieg des Zinsaufwands führen können und sich damit negativ auf das Finanzergebnis auswirken;
- Ergebnisbelastungen durch höhere Abschreibungen, sofern sich die Investitionssumme im Zuge der Sanierung erhöht.

Bestandgefährdende Risiken liegen nach unserer Auffassung nicht vor.

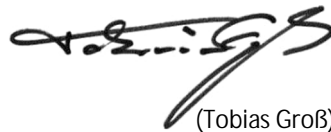
Die stark gestiegenen Energiepreise stellen eine deutliche finanzielle Mehrbelastung da, die die zukünftigen Jahresergebnisse negativ beeinflussen bzw. den Jahresverlust ansteigen lassen werden. Diverse Investitionen für technische Installationen zur Einsparung von Energie, wie etwas Photovoltaik-, sowie Solarthermie-Anlagen, sind im Investitionsplan für die Zukunft berücksichtigt.

Um auch in Zukunft die prognostizierten Ergebnisse erreichen zu können, sind zwei wesentliche Faktoren von Bedeutung:

- Die strenge Optimierung sowie Kontrolle der Energieverbräuche mit entsprechenden Maßnahmen
- Die Erzielung möglichst hoher Besucherzahlen, um die Umsätze sicher zu stellen bzw. im Idealfall steigern zu können.

Braunschweig, den 6. Februar 2026

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH



(Tobias Groß)
Geschäftsführer

*Betreff:***Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH
Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der
Geschäftsführung***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

14.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH werden angewiesen,
- b) der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird auf die in der heutigen Sitzung vorgelegten Unterlagen zum Jahresabschluss 2025 der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (Stadtbad GmbH) Bezug genommen (siehe Drucksache 26-28748).

Die Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung obliegt gemäß § 12 Abs. 1 Buchstabe b) des Gesellschaftsvertrages der Stadtbad GmbH der Gesellschafterversammlung.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad GmbH der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der Stadtbad GmbH und der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der Stadtbad GmbH hat die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2025 in seiner Sitzung am 8. April 2026 empfohlen.

Hübner

Anlage/n:

keine

*Betreff:***Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH
Jahresabschluss 2025 - Feststellung***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

14.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH werden angewiesen,
- b) der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH

folgenden Beschluss zu fassen:

Der Jahresabschluss 2025 wird festgestellt. Er enthält einen Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 6.112.059,52 € und weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,00 € aus.

Sachverhalt:

Die Gesellschaftsanteile an der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH (BSVS) werden in Höhe von rd. 94,8077 % von der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) und in Höhe von rd. 5,1923 % von der Stadt Braunschweig (Stadt) gehalten.

Der Jahresabschluss ist gemäß § 16 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der BSVS von der Geschäftsführung aufzustellen. Die Feststellung des Jahresabschlusses obliegt gemäß § 14 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages der Gesellschafterversammlung. Zuvor ist gemäß § 11 Abs. 5 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages eine Beratung im Aufsichtsrat erforderlich.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der BSBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der BSVS der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der Stadthalle und der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der BSVS hat den Jahresabschluss 2025 in seiner Sitzung am 15. April 2026 beraten und der Gesellschafterversammlung die Feststellung empfohlen.

Bei Gesamterträgen in Höhe von 4.600 T€ und Gesamtaufwendungen in Höhe von 10.712 T€ (inkl. Zinsaufwendungen und Steuern) erwirtschaftet die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2025 einen Fehlbetrag in Höhe von 6.112 T€.

Der Fehlbetrag wird gemäß § 17 des Gesellschaftsvertrages der BSVS von den Gesellschafterinnen BSBG und Stadt entsprechend ihrem Beteiligungsverhältnis ausgeglichen. Folglich wird von der BSBG ein anteiliger Verlust in Höhe von 5.795 T€ übernommen, während auf die Stadt Braunschweig ein Verlustanteil in Höhe von 317 T€ entfällt.

Die Entwicklung der Aufwands- und Ertragspositionen im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

Angaben in T€	Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
Umsatzerlöse	4.637	4.003	4.507	4.153
<i>Veränderung in % zum Vorjahr/Plan</i>		-13,7%	-2,8% / +12,6%	-7,9%
Sonstige betriebliche Erträge	57	33	94	30
Materialaufwand*	-1.207	-1.214	-1.275	-1.255
Personalaufwand	-3.099	-3.320	-3.157	-3.534
Abschreibungen	-1.388	-1.528	-1.558	-1.581
Sonstige betriebliche Aufwendungen**	-4.886	-4.099	-4.148	-3.909
Betriebsergebnis (Summe 1-6)	-5.886	-6.124	-5.537	-6.096
Zins-/Finanzergebnis	-382	-490	-436	-459
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	-6.269	-6.615	-5.973	-6.555
sonstige Steuern	-239	-240	-139	-200
Jahresergebnis (Summe 10-11)	-6.508	-6.855	-6.112	-6.755

* Eigenveranstaltungen und Veranstaltungskosten

** Instandhaltungskosten, Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen, Raumaufwendungen

Das Jahresergebnis setzt sich aus einem Zuschussbedarf für den Betriebsteil Stadthalle in Höhe von 2.950 T€, einem Zuschussbedarf für den Betriebsteil Volkswagen Halle in Höhe von 2.172 T€ sowie einem Zuschussbedarf für den Betriebsteil Eintracht-Stadion in Höhe von 990 T€ zusammen.

Die Abweichungen in den einzelnen Betriebsteilen gegenüber der Wirtschaftsplanung 2025 stellen sich wie folgt dar:

Betriebsteil	Plan-Ergebnis 2025 - in T€ -	Ist-Ergebnis 2025 - in T€ -	Differenz - in T€ -
Stadthalle	-3.061	-2.950	+111
Volkswagen Halle	-2.593	-2.172	+421
Eintracht-Stadion	-1.201	-990	+211
Gesamt	-6.8555	-6.112	+743

Im Jahr 2025 wurden in Summe 206 Veranstaltungen mit insgesamt 747.825 Teilnehmenden durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 61 Veranstaltungen weniger durchgeführt, jedoch 56.229 mehr Teilnehmende verzeichnet. Die höchste Besucherdichte ist mit 552.811 unter den Sportveranstaltungen zu verbuchen. Dies sind in diesem Segment alleine 50.481 mehr Besucher als im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 4.507 T€ und stellen eine Verbesserung gegenüber der Planung von 504 T€ dar. Im Jahr 2025 fanden im Betriebsteil Stadthalle keine Veranstaltungen statt. Die Erlöse von 5 T€ stellen sich lediglich aus den Zuzahlungen der Mitarbeiter für das Firmenfitnessprogramm Hansefit da. Die Umsatzerlöse für den Betriebsteil Volkswagen Halle belaufen sich auf 3.261 T€ und liegen mit 478 T€ über dem Plan. Die Verbesserung der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus höheren Gastronomieumsätzen im aktuellen Jahr, sowie Rückvergütungen für Bierumsätze aus den Jahren 2023 bis 2025. Zusätzlich sorgen neu abgeschlossene Logenverträge und leicht verbesserte Mieteinnahmen für die Planüberfüllung. Die Umsatzerlöse für den Betriebsteil Eintracht-Stadion belaufen sich auf 1.240 T€ und liegen aufgrund verringerter Auslastung unter dem Vorjahresniveau von 1.309 T€, jedoch mit 20 T€ leicht über dem Planansatz.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 61 T€ und beinhalten im Wesentlichen Auflösungen von Rückstellungen.

Im Materialaufwand werden die Veranstaltungskosten ausgewiesen. Diese fallen korrespondierend zum Anstieg der Umsatzerlöse mit 1.275 T€ um 61 T€ höher aus als geplant.

Die Personalaufwendungen liegen mit 3.157 T€ um 163 T€ unterhalb des Planwertes. Dies liegt an der Nichtbesetzung einer Planstelle im IT-Bereich sowie im Bereich Gebäudemanagement.

Die Abschreibungen belaufen sich auf 1.558 T€ und liegen damit rund 30 T€ über dem Planansatz.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fallen mit 4.148 T€ um 49 T€ höher aus als geplant.

Das Zinsergebnis liegt mit -436 T€ rund 54 T€ unter dem Planansatz.

Steuern vom Einkommen und Ertrag sind nicht angefallen. Die sonstigen Steuern belaufen sich auf 139 T€ und betreffen Grundsteuern (138 T€) und Kfz-Steuern (1 T€).

Das Investitionsvolumen im Geschäftsjahr 2024 beträgt 969 T€. Wesentliche Investitionen waren die Modernisierung der Medientechnik (272 T€) und die Umstellung des BOS in der Volkswagen Halle von analog auf digital (81 T€). Ebenso wurden in der Volkswagen Halle Teile der Küchenausstattung erneuert (74 T€), zwei Lichtpulte ersetzt (62 T€), die Arena mit WLAN ausgestattet (74 T€) und Digital Signage mit mehreren Bildschirmen eingesetzt (36 T€). Im Eintracht-Stadion musste das Videoüberwachungssystem erneuert werden (75 T€) und die Beschallung in der E20 Nord ausgetauscht werden (91 T€). Das Anlagevermögen der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 17.228 T€ und hat sich damit unter Berücksichtigung der Anlagenzu- und -abgänge sowie den Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr (17.817 T€) um 589 T€ verringert.

Die Prüfung durch die PKF Fasselt Partnerschaft mbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat zu keinen Einwendungen geführt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 23. Februar 2026 erteilt.

Die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht 2025 der BSVS sind als Anlagen beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

1 - BSVS Bilanz 2025 (öffentlich)

2 - BSVS GuV 2025 (öffentlich)

3 - BSVS Lagebericht 2025 (öffentlich)

Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH
Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktivseite	Vorjahr		Passivseite	Vorjahr	
	EUR	EUR		EUR	EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	343,00	409,00	II. Kapitalrücklage	3.473.565,39	3.473.565,39
II. Sachanlagen			B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	24.383,00	50.983,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	11.136.533,00	11.426.417,00	C. Rückstellungen		
2. technische Anlagen und Maschinen	15,00	15,00	sonstige Rückstellungen	781.833,54	633.917,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.618.767,00	6.097.892,00	D. Verbindlichkeiten		
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	472.425,00	291.800,48	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.054.265,00	8.768.455,00
	<u>17.227.740,00</u>	<u>17.816.124,48</u>	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	779.742,49	1.125.112,97
	17.228.083,00	17.816.533,48	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	4.581.730,50	4.711.009,75
B. Umlaufvermögen			4. sonstige Verbindlichkeiten	5.230,00	3.070,00
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 5.230,00 EUR (Vorjahr 3.070,00 EUR)	13.420.967,99	14.607.647,72
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	357.008,35	625.603,34	E. Rechnungsabgrenzungsposten	354.443,78	333.293,47
2. Forderungen gegen Gesellschafter	332.059,52	508.065,42			
3. sonstige Vermögensgegenstände	56.672,93	120.654,83			
	745.740,80	1.254.323,59			
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	76.796,25	48.588,10			
	<u>822.537,05</u>	<u>1.302.911,69</u>			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	30.573,65	5.961,41			
	<u>18.081.193,70</u>	<u>19.125.406,58</u>		<u>18.081.193,70</u>	<u>19.125.406,58</u>

Braunschweig, den 9. Februar 2026



Stephan Lemke
Geschäftsführer

Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH
Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	4.506.919,69	4.636.726,31
2. sonstige betriebliche Erträge	93.773,05	56.617,08
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.274.672,84	1.206.701,92
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.475.551,20	2.460.426,57
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung		
davon für Altersversorgung 151.558,57 EUR (Vorjahr 147.392,68 EUR)	681.872,31	639.070,08
	3.157.423,51	3.099.496,65
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.557.820,39	1.388.393,86
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	4.147.721,62	4.886.287,77
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	435.862,07	381.508,11
8. Ergebnis nach Steuern	-5.972.807,69	-6.269.044,92
9. sonstige Steuern	139.251,83	239.020,50
	-6.112.059,52	-6.508.065,42
10. Erträge aus Verlustübernahme	6.112.059,52	6.508.065,42
11. Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Braunschweig, den 9. Februar 2026



Stephan Lemke
Geschäftsführer

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH, Braunschweig

1. Grundlagen des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Betriebsführung der Stadthalle Braunschweig, der Volkswagen Halle Braunschweig und des Eintracht-Stadions in Braunschweig.

Die überwiegende Geschäftstätigkeit ist die Vermarktung von Räumen und Flächen und damit im Zusammenhang stehende Nebenleistungen für Veranstaltungen aller Art.

Die Jahresverluste der GmbH werden nach § 17 des Gesellschaftsvertrages bis zur Höhe der in den Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Jahresfehlbeträge von den Gesellschaftern entsprechend ihrem Beteiligungsverhältnis abgedeckt.

Gemäß Pachtvertrag mit der Stadt Braunschweig vom 2. Oktober 2014 ist die Gesellschaft berechtigt, die Stadthalle im eigenen Namen und für eigene Rechnung als multifunktionale Veranstaltungsstätte zu nutzen und zu betreiben. Gleichzeitig verpflichtet sie sich, die ordnungsgemäße Erhaltung und Unterhaltung auf eigene Rechnung vorzunehmen.

Ebenfalls mit Datum vom 2. Oktober 2014 wurde der Pachtvertrag über das Eintracht-Stadion abgeschlossen. Danach ist die Gesellschaft auch berechtigt, das Stadion im eigenen Namen und für eigene Rechnung als multifunktionale Veranstaltungsstätte zu nutzen und zu betreiben bei gleichzeitiger Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Erhaltung und zur Unterhaltung.

Seit dem 1. Januar 2013 ist die GmbH Pächterin des auf dem Grundstück St. Leonhard 14 stehenden öffentlichen Parkdecks sowie der Straße „An der Stadthalle“. Die Nutzung und der Betrieb sowie die Verpflichtung zur Bauwerkserhaltung durch die Gesellschaft sind im Pachtvertrag vom 2. Oktober 2014 geregelt. Die Betriebsstätte Stadthalle inkl. Parkdeck befindet sich seit 01.08.2024 in Sanierung. Diese wird im Auftrag der Stadt Braunschweig durch die Strukturförderung Braunschweig GmbH durchgeführt.

Mit Wirkung vom 30. Juni 2014 ist die Gesellschaft Eigentümerin der Volkswagen Halle Braunschweig. Gemäß Kaufvertrag vom 13. Juni 2014 hat die Gesellschaft das zu Gunsten der Stiftung Sport und Kultur für Braunschweig im Erbbaugrundbuch eingetragene Erbbaurecht einschließlich der darauf errichteten Volkswagen Halle gekauft. Gleichzeitig wurde die Vertragsdauer im Erbbaurechtsvertrag bis zum 31. Dezember 2112 verlängert.

2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Ausführungen zum Wirtschaftsbericht und zur Prognose erfolgen in Bezug auf die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren Umsatz und Jahresergebnis.

3. Wirtschaftsbericht

3.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Veranstaltungswirtschaft in Deutschland befindet sich auch 2025 in einer dynamischen und differenzierten Lage. Hat der Tagungs-/Kongress-Markt ein durchaus starkes Fundament und grundsätzliches Wachstumspotential, so ist dies stark von den lokalen Voraussetzungen abhängig. Herausforderungen sind hier vor allem die Kostenentwicklung im Bereich Personal und Veranstaltungstechnik und die Verfügbarkeit von Locations (siehe Sanierung Stadthalle). Im Bereich Konzerte/Show sind weiterhin die Premiumprodukte stark nachgefragt und ausgelastet (siehe Apache 207 in Hannover 4-mal ausverkauft). Der wirtschaftliche Druck durch steigende Kosten nimmt auch hier zu. Die B/C-Standorte suchen ihren Weg durch attraktive Angebote, Verlässlichkeit und gute technische Ausstattung.

Die Situation bei Fach- und Hilfskräften ist weiterhin angespannt. Je nach Gewerk ist die Lage aber unterschiedlich. Im Bereich der einfachen Hilfskräfte (Saalbau, Bestuhlung usw.) wirken sich Veränderungen im Generationenverhalten stark aus. Die Bereitschaft zur Nacharbeit oder unregelmäßiger Arbeitszeit ist nicht sehr ausgeprägt, studentische Hilfskräfte sind kaum zu finden. Dienstleister sind ebenfalls kaum noch am Markt, der Aufwand rechtskonforme, bezahlbare und zuverlässige Leistungen einzukaufen wird ständig höher.

Die Tendenz im Konzertbereich im Sommerhalbjahr zu veranstalten, ist ungebrochen, was dem Indoor-Geschäft nicht zuträglich ist. In Braunschweig sind zu den Open-Air Veranstaltungen (Freundschaftsbühne, BraWo Open, Applaus Garten, Raffteich Open Air und Lokpark sowie der Oper auf dem Burgplatz) überschlägig 120.000 Menschen gekommen, Veranstaltungen wie Kulturnacht, Buskers usw. nicht mitgezählt.

3.2. Geschäftsverlauf

Die Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH hat im Jahr 2025 in den zwei aktiven Betriebsstätten (die Stadthalle befindet sich in Sanierung) 206 Veranstaltungen mit insgesamt 747.825 Teilnehmern durchgeführt. (Vorjahr: 267 Veranstaltungen; 691.596 Teilnehmer).

In der Betrachtung der wesentlichen Marktsegmente ergeben sich folgende Daten:

Veranstaltungsart	2025		2024	
	Anzahl	Besucher	Anzahl	Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	43	133.835	40	116.562
Gesellschaftl. Veranstaltungen	34	16.632	34	18.910
Tagungen, Kongresse	53	22.809	124	26.250
Sportliche Veranstaltungen	55	552.811	53	502.330
Ausstellungen	7	12.208	7	17.229
Sonstige Veranstaltungen	14	9.530	9	10.315
Gesamt	206	747.825	267	691.596

Zu den einzelnen Betriebsstätten wird unter der Ertragslage berichtet.

Die Reduzierung der Veranstaltungsanzahl begründet sich im Wesentlichen durch den endgültigen Wegfall der Betriebsstätte Stadthalle (in 2024 noch 68 Veranstaltungen), die Steigerung der Besucherzahl resultiert aus den besser besuchten Sportveranstaltungen (Eintracht/Basketball).

Nachhaltigkeit: Im Jahr 2012 hat die Gesellschaft ein Nachhaltigkeitsmanagement eingeführt, die seither durchgeführte Zertifizierung nach dem internationalen Standard „GreenGlobe“ wurde im Jahr 2025 nicht länger fortgesetzt. Die Gesellschaft stellt sich hier, auch im Hinblick auf zukünftige Anforderungen des Gesetzgebers neu auf und plant die Zertifizierung nach ISO 2012-1. Dieser Prozess soll im Jahr 2026 umgesetzt werden. Ergänzend hat die Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH die „Charta der Vielfalt“ und den Nachhaltigkeitskodex der deutschen Veranstaltungsbranche „fairpflichtet“ unterzeichnet, hieraus ergibt sich die Verpflichtung, im Rahmen der Aufgabenbereiche und Handlungsmöglichkeiten zu einem verantwortungsbewussten nachhaltigen Handeln, das möglichst umfassend ökonomische, ökologische und gesellschaftliche/sozio-kulturelle Aspekte berücksichtigt. Weiterhin ist die GmbH Teil der Ausbildungsinitiative „100pro“, die sich einer hohen Ausbildungsqualität und Erfüllung fairer Ausbildungsbedingungen verschrieben hat.

Ein Awarenesskonzept befindet sich in finaler Erstellung und soll 2026 eingeführt werden.

Zusammen mit der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG wurde im Jahr 2023 im Eintracht-Stadion eine Photovoltaik Anlage installiert und in Funktion gesetzt. Seit Mai 2025 hat auch die Volkswagen Halle eine PV-Anlage auf dem westlichen Anbau. Insgesamt verfügt die BS-VS nun über 332 KWp Nennleistung. Bis November 2025 konnten über die Anlagen 224.967 KWh Strom produziert werden, der zu 89,66% selbst verbraucht wurde.

Compliance: Die Überprüfung der Compliance-Prozesse gehört zum internen Standard. Speziell im Bereich der IT Compliance wird die Notwendigkeit regelmäßig deutlich. Die Gefahr externer Angriffe auf die Systeme der Gesellschaft ist latent vorhanden und deshalb müssen die Mitarbeiter durch regelmäßige Schulung bzw. Informationen sensibilisiert bleiben/werden. Im Bereich künstliche Intelligenz wurde 2025 erstmalig eine KI-Kompetenz-Schulung lt. KI-VO durchgeführt. Lt. Hinweisgeberschutzgesetz ist die Gesellschaft auf Grund ihrer Größe nicht verpflichtet eine Meldestelle einzurichten.

Ertragslage

Stadthalle

Da sich die Stadthalle seit dem 01.08.2024 in Sanierung befindet, haben 2025 keine Veranstaltungen stattgefunden (VJ 68 Veranstaltung mit 4.676 Besuchern).

Im aktuellen Jahr werden als Erlöse lediglich noch die Zuzahlungen der Mitarbeiter zu Hansefit gebucht, diese betragen 5 T€. Im Vorjahr konnten bis zur Schließung zur Sanierung am 31.07.2024 noch 431 T€ erzielt werden.

Die Gesamtaufwendungen werden um 89 T€ unterschritten. Die Einsparungen ergeben sich i. W. aus zwei durchgehend unbesetzten Planstellen (IT und Gebäudemanagement) und Unterschreitungen im Kapazitätsbedarf des Empfangs. Dagegen steht ein Mehrbedarf bei den Werbekosten durch Vorbereitung der Wiedereröffnung Stadthalle sowie die Kompensation der offenen IT-Stelle durch einen externen Dienstleister und der notwendigen Berücksichtigung einer drohenden Rückzahlung der staatlichen Dezember- und November Hilfen aus der Coronazeit als Rückstellung.

Somit liegt der Jahresfehlbetrag im Betriebsteil Stadthalle bei insgesamt 2.950 T€ und liegt damit um 111 T€ besser als der Planansatz von 3.061 T€.

Volkswagen Halle

In der Volkswagen Halle wurden 127 (VJ 116) Veranstaltungen mit 262.249 (VJ 235.854) Besuchern durchgeführt. Die Anzahl der Veranstaltung erhöht sich in allen Bereichen geringfügig. Die Erhöhung der Zuschauerzahlen resultiert aus den gestiegenen durchschnittlichen Zuschauerzahlen bei den Basketball Löwen und den Showveranstaltungen.

Die Umsatzerlöse liegen bei 3.261 T€, damit deutlich über dem Vorjahr (2.897 T€) und auch über dem Planansatz von 2.783 T€. Die Überschreitung der Umsatzerlöse resultiert nur zu einem geringen Teil aus höheren Mieteinnahmen, wesentlicher wirken sich die deutlich höheren Gastronomieumsätze für das aktuelle Jahr sowie Rückvergütungen für Bierumsätze 2023 bis 2025 aus. Zusätzlich konnten Logenverträge verlängert und neue Verträge abgeschlossen werden.

Die Gesamtaufwendungen werden um 115 T€ überschritten. Dabei werden die Aufwendungen für Energie (siehe auch Eintracht-Stadion) unterschritten, die Reinigungskosten liegen deutlich über dem Vorjahr. Zusätzlich werden die Instandhaltungskosten überschritten, da nicht geplante Maßnahmen wie die Anpassung im Bereich Beleuchtung notwendig wurden.

Der Jahresfehlbetrag im Betriebsteil Volkswagen Halle beträgt insgesamt 2.172 T€ und liegt damit 421 T€ besser als der Planansatz von 2.593 T€.

Eintracht-Stadion

Im Eintracht-Stadion wurden 79 Veranstaltungen (VJ 83) mit 485.576 (VJ 451.066) Besuchern durchgeführt. Die Veranstaltungsanzahl reduziert sich durch den Rückgang im Bereich Tagungen und geringfügigen Veränderungen in den anderen Bereichen. Die wesentliche Erhöhung der Besucherzahlen resultiert aus der Steigerung der durchschnittlichen Besucherzahl bei den Spielen von Eintracht Braunschweig.

Die Umsatzerlöse liegen bei 1.240 T€ und damit unter Vorjahresniveau (1.309 T€) jedoch leicht über Plan (1.220 T€). Die geringeren Umsatzerlöse resultieren aus der schlechteren Auslastung der Westtribüne und den damit einhergehenden fehlenden Miet- und Gastronomieerlösen. Die Erlöse aus Dienstleistungen und die Erlöse der Namensrechte kompensieren dies jedoch.

Die Gesamtaufwendungen liegen unter Plan, und zwar um 150 T€. Die geringeren Gesamtaufwendungen sind zum Großteil in den Bereichen Raumaufwendungen und Instandhaltungskosten begründet. Im Bereich Energie (Strom und Fernwärme) haben sich die Preise auf einem geringeren Niveau stabilisiert und im Bereich Instandhaltung konnten zwei Maßnahmen (Erneuerung Taubennetze und Umstellung der Beleuchtung auf LED) nicht umgesetzt werden. Dagegen stehen erhöhte Kosten für die Versicherung des Stadions nach einer Neubewertung durch die Versicherung sowie höhere Abschreibungen nach einer angepassten Nutzungsdauer.

Der Jahresfehlbetrag im Betriebsteil Eintracht-Stadion beträgt insgesamt 990 T€ und liegt damit 211 T€ besser als der Planansatz von 1.201 T€.

Gesamtbetrieb

Der geplante Gesamtumsatz in Höhe von 4.003 T€ wurde um rund 500 T€ übertroffen und beträgt 4.506 T€. Das Jahresergebnis der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH weist bei Gesamterträgen in Höhe von 4.600 T€ (VJ 4.693 T€) und Gesamtaufwendungen in Höhe von 10.276 T€ (VJ 10.820 T€) sowie einem Zins-/Finanzergebnis von -436 T€ (VJ -381 T€) einen Verlust von -6.112 T€ (VJ -6.508 T€) aus. Gegenüber dem Planansatz von -6.855 T€ ergibt sich eine positive Abweichung von 743 T€.

Personal

Zum Ende des Geschäftsjahres waren insgesamt 42 (VJ 40) Mitarbeiter (darunter sieben Teilzeitstellen und fünf Auszubildende) beschäftigt.

Im Bereich der IT ist weiterhin eine Stelle unbesetzt, ebenso eine Stelle aus dem Gebäudemanagement der Stadthalle.

3.3. Finanzlage

Das Eigenkapital verändert sich gegenüber dem Vorjahr nicht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzieren sich um die Tilgungssumme 2025, da im Jahr 2025 keine Darlehensaufnahme über ein Kreditinstitut erfolgt ist.

Zur Finanzierung der Investitionen ist dieses Jahr eine Summe von 0,4 Mio. € über den Cashpool der Stadt Braunschweig aufgenommen worden, dort stehen der Gesellschaft über eine Vereinbarung jederzeit 0,5 Mio. € zur Verfügung.

Zukünftige Investitionen sollen auch weiterhin über langfristige Darlehensaufnahmen finanziert werden.

Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Zur Absicherung der Liquiditätslage wird monatlich ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldein- und -ausgänge vermittelt.

Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2025 jederzeit ihre Verbindlichkeiten zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen begleichen. Die Liquiditätslage ist gesichert.

3.4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme reduziert sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,04 Mio.€ auf rd. 18,08 Mio.€. Die Sachanlagen reduzieren sich um rd. 0,6 Mio.€, da die Neuinvestitionen unter den Abschreibungen liegen. Die Position Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Kassen sowie Guthaben bei Kreditinstituten ändern sich stichtagsbezogen. Die Forderungen gegen Gesellschafter durch nicht abgerufene Mittel aus der Verlustübernahme verändern sich mit rd. 0,2 Mio. € nur geringfügig.

Die im Jahr 2025 getätigten Investitionen belaufen sich auf 969 T€, wobei als wesentliche Investitionen die Modernisierung der Medientechnik mit 272 T€ und die Umstellung des BOS in der Volkswagen Halle von analog auf digital mit 81 T€ zu nennen sind. Dazu wurden in der Volkswagen Halle Teile der Küchenausstattung erneuert (74 T€), zwei Lichtpulte ersetzt (62 T€), die Arena mit WLAN versorgt (74 T€) und Digital Signage mit mehreren Bildschirmen eingesetzt (36 T€). Im Eintracht-Stadion musste das Videoüberwachungssystem erneuert erweitert werden (75 T€) und die Beschallung in der E20 Nord wurde ausgetauscht (91 T€).

4. Prognosebericht

Allgemein:

Analog zum Vorjahr kann wiederholt werden, dass sich der Markt im Bereich Show und Konzerte weiter differenziert. Eine Verschiebung ins Sommerhalbjahr, Popup Locations, Konzentration auf A-Standorte sind hier Schlagworte. Das Fehlen der Location Stadthalle trifft die Destination Braunschweig weiterhin. Ab April soll eine weitere Location im Segment 1.500 Plätze unbestuhlt, das „Schön&fröhlich“ (ehemals Jolly Joker), das Angebot der Stadt bereichern.

Ergänzend ist anzumerken,

- Öffentliche Bühnenveranstaltungen (Show/Konzerte) mit B-/C-Künstlern verzeichnen nach wie vor rückläufige Besucherzahlen. Nachwuchskünstler tun sich schwer, während vereinzelt Social-Media-Stars (siehe „Mord auf Ex“ mit knapp 4.500 Besuchern) kurzfristig hohe Reichweiten erzielen, auch in Präsenz.
- Ticketkäufe erfolgen zunehmend kurzfristig, was die Planungssicherheit für Veranstalter erschwert.
- Im Bereich Tagung und Kongress ist die Zahl der Veranstaltungen im relevanten Segment 100 – 1.000 Teilnehmer national leicht steigend (siehe hierzu Meeting & Eventbarometer Deutschland 2024/2025).
- Kostenbewusstsein bei Kunden beeinflusst das Buchungsverhalten deutlich. Vor allem im Bereich gastronomie-orientierter Veranstaltungen gibt es zunehmend Absagen oder Anpassungen von Veranstaltungsformaten (z. B. Weihnachtsfeiern).
- Nachhaltigkeit wird von Veranstaltern und Firmenkunden zunehmend als Kriterium bei der Auswahl von Locations berücksichtigt. Transparente und nachweisbare Maßnahmen sind ein Wettbewerbsvorteil.

In der Buchungslage für die Gesellschaft zeigen sich weiterhin große Schwankungen, neben stark nachgefragten und gebuchten Zeiträumen ergeben sich Zeiträume, in denen deutlich mehr Veranstaltungen realisiert werden könnten.

Bei Corporate Events und Kongressen macht sich weiterhin die Krise bei der Volkswagen AG bemerkbar, was den klassischen Mittelstand mitzieht. Hier ist eine deutliche Zurückhaltung zu spüren.

Für 2026 sind zum Zeitpunkt der Berichterstattung über 200 Veranstaltungen gebucht, dies entspricht dem Vorjahr. Eine Steigerung zeichnet sich leider nicht ab.

Lt. verabschiedetem Wirtschaftsplan 2026 wird mit einem Gesamtumsatz von 4.153 T€ und einem Jahresergebnis von -6.755 T€ geplant.

Betriebsstätten

Stadthalle:

Seit dem 01.08.2024 steht die Stadthalle nicht mehr für Veranstaltungen zur Verfügung. Das Gebäude wurde an die Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) zur Sanierung übergeben, lt. Bauzeitenplan soll im Jahre 2028 die Wiedereröffnung stattfinden.

Auch während der Sanierung Stadthalle werden Kosten für Pacht, Grundsteuer, Niederschlagswasser und Straßenreinigung durch die BS-VS übernommen. Ebenso werden wesentliche Teile der Personalkosten und Teile der Verwaltungskosten (Büromaterial, Werbungskosten) über die Kostenstelle Stadthalle verbucht.

Volkswagen Halle:

Im Jahr 2025 konnte sehr erfolgreich das 25jährige Jubiläum der Betriebsstätte Volkswagen Halle gefeiert werden. Neben zwei sehr guten Kunden-, Mitarbeiter- und Partner-Events, wurden durch Führungen, Gewinnspiele und weitere Aktionen die Besucher eingebunden. Es gab hierzu sehr viel positive Resonanz.

Die Buchungslage entspricht den Planungen, insgesamt gibt es aber weiterhin Steigerungspotential. Für das Projektmanagement bleibt es eine schwierige Gemengelage, die Kunden optimal zu bedienen und gleichzeitig die internen Abläufe im Blick zu behalten.

Nach einer sehr erfolgreichen Saison 2024/2025, entspricht der sportliche Verlauf der bisherigen Basketballsaison in keiner Weise den Erwartungen. Es bleibt die Hoffnung auf den Klassenerhalt, Gespräche über einen Spielbetrieb in der ProA (zweite Liga) müssen aber im Rahmen der Lizenzierung im März aufgenommen werden.

Im Bereich Instandhaltung und Investitionen drehten sich die Maßnahmen 2025 im Wesentlichen um die Zukunftssicherung des Gebäudes. Anlagen sind nach 25 Jahren Nutzungsdauer abgängig, so wurde die BOS-Anlage erneuert, Küchenausstattung ersetzt und in Digital Signage investiert. Auch zukünftig bedarf es hier weiterer Investitionen in das Gebäude und erhöhter Instandhaltungsaufwendungen. Die Planungen hierzu laufen kontinuierlich.

Eintracht-Stadion:

2025 hat kein Sonderevent im Eintracht Stadion stattgefunden, für 2027 konnte aber bereits nach dann 12 Jahren wieder eine Konzertveranstaltung akquiriert werden. Mit dem Auftritt der „Toten Hosen“ wird es voraussichtlich am 03.07.2027 zum größten Konzertereignis in der Geschichte der Stadt Braunschweig kommen.

Bei dem Ankernutzer heißt es erneut Daumen drücken für einen positiven sportlichen Verlauf. Es ist erneut zu hoffen, dass das Team der Eintracht den Klassenerhalt schafft.

Nach eher skeptischer Prognose vor einigen Monaten konnte zwischenzeitlich ein Mietvertrag mit den Braunschweig Lions geschlossen werden. So wird es auch 2026 im 31. Jahr American Football (GFL) im Eintracht-Stadion geben. Aktuell stehen sechs Heimspiele auf dem Programm, inwieweit es für eine Play Off Teilnahme reicht, ist nicht zu prognostizieren.

Vertragsgemäß hat die Eintracht die Gastronomierechte im Stadion ausgeschrieben, 2024 konnte für den Bereich Public-Catering das Unternehmen ASH-Catering aus Bielefeld gebunden werden, 2025 wurde das Catering für den Bereich Westtribüne ausgeschrieben. Hier konnte mit ARAMARK der Partner analog zur Volkswagen Halle verpflichtet werden. Die Vertragslaufzeiten der Catering-Partner sind jetzt mit dem Pachtvertrag der Eintracht Braunschweig GmbH & Co KGaA synchronisiert.

Personal:

Die Gesellschaft kann weiterhin auf einen stabilen und motivierten Personalstamm zurückgreifen. Die Positionierung als attraktiver Arbeitgeber wird aber mehr Raum einnehmen, da selbst inkl. Auszubildenden das Durchschnittsalter inzwischen bei 47 Jahren liegt. Ein größerer Schwung Mitarbeiter wird in den nächsten 10 Jahren das Unternehmen verlassen, der Generationenwechsel ist einzuläuten.

Zum 01.01.2026 konnte die Stelle des Abteilungsleiters Vertrieb und Events erfolgreich besetzt werden. Dies erfolgte im Hinblick auf die Wiedereröffnung der Stadthalle.

Die Besetzung der offenen Stelle im Bereich IT konnte immer noch nicht erfolgen. Die Definition der Aufgaben erweist sich als schwierig, da Angebot und Nachfrage nur schwer in Deckung zu bringen sind.

Die Anpassung des Stellenplans auch perspektivisch zur Wiederinbetriebnahme der Stadthalle ist im Laufe des Jahres zu erarbeiten, wenn Notwendigkeiten und technische Anforderungen z.B. der GLT-Stadthalle (Gebäudetechnik) klarer werden.

Im August wird die Gesellschaft einen Ausbildungsplatz zur Fachkraft für Veranstaltungstechnik anbieten. Die Bewerbungslage hat sich auch aufgrund des Einsatzes von Social Media verbessert. Der Auswahlprozess hat bereits begonnen.

5. Chancen- und Risikobericht

Wie oben berichtet, ist der Veranstaltungsmarkt in vielerlei Hinsicht in Bewegung. Hieraus ergeben sich verschiedenste Chancen und Risiken.

Gemeinsam mit dem Braunschweig Stadtmarketing ist der Prozess zur Wiedereröffnung der Stadthalle Braunschweig gestartet. Konzepte sind abgestimmt und befinden sich in der Konkretisierungsphase. Ab Sommer 2026 werden erste Maßnahmen hierzu am Markt platziert, was eine große Chance für die Destination Braunschweig ist.

Chancen/Risiken nach Segmenten:

Sport: Wie in jedem Jahr ergeben sich durch die Ankernutzer im Sport Chancen/Risiken durch Auf-/Abstiege. Sowohl im Fußball wie im Basketball sehen wir das Risiko des Abstieges, was sich hoffentlich noch verhindern lässt.

Der dritte Ankernutzer American Football erwies sich nach dem Ausstieg des Sponsors und Gesellschafters New Yorker zunächst als Risiko, für 2026 ist der Spielbetrieb im Stadion aber bestätigt, darüber hinaus ist das nach Ansicht der Geschäftsführung noch nicht gesichert.

Im Tanzsport steht aktuell keine Meisterschaft an, für 2028 läuft ein Bewerbungsverfahren.

Tagung/Kongress: Da die Stadthalle bekanntlich nicht zur Verfügung steht, wird das Segment Tagung/Kongress weiterhin eine nicht so dominante Rolle spielen. Die Vermarktungsmöglichkeiten sind eingeschränkt, nationale Kongresse können aktuell auf Grund des Kapazitätsmangels nur bedingt akquiriert werden. Die Zahl der Veranstaltungen wird in den kommenden Jahren die 100er Marke nicht erreichen.

Gesellschaftliche Veranstaltungen (Partys, Galas, Bälle): Neben Abibällen und Tanzschulabschlussbällen finden wieder fünf Karnevalsveranstaltungen statt, damit sind alle großen Veranstaltungen wieder zurück, was deutlich macht, dass sich vermeintlich hohe Mietkosten für einer Location im Zusammenspiel mit Ausstattung, Technik und Knowhow deutlich relativieren. Im Firmenkundenbereich wird es immer schwieriger, die Unternehmen zu Veranstaltungen in den Betriebsstätten zu akquirieren. Dies ist im Wesentlichen der allgemeinen wirtschaftlichen Situation geschuldet.

Kulturelle Veranstaltungen: Auch 2026 stehen über 40 Show- und Konzertveranstaltungen auf dem Programm, eine Steigerung ist auf Grund der Belegung und der eingeschränkten Terminnachfrage (Donnerstag bis Sonntag) kaum zu erwarten.

Veranstaltungsverlagerungen in den Sommer und Nutzung anderer Location (vermehrt Westand und Millennium Halle) sind bereits oben beschrieben.

Messe/Ausstellungen: Auch 2026 finden regelmäßig Job- und Bildungsmessen in unterschiedlichen Formaten statt, ergänzt durch Firmenmessen bleibt dieser Bereich das kleinste Segment ohne offensive Vermarktungsansätze.

Allgemein

Die direkt beauftragten Dienstleister der Gesellschaft sind aktuell konstant leistungsfähig. Die Entwicklung, auch im Bereich der Freelancer (Solo-Selbständigen), muss weiterhin beobachtet werden. Die für 2025 geplante Ausschreibung im Bereich Sicherheits- und Ordnungsdienst wurde in 2026 verschoben, da eine Parallelausschreibung der Ordnungsdienstleistung der Eintracht vermieden werden sollte.

Die allgemeine Sicherheitslage ist seit einigen Jahren ein grundsätzliches Risiko für die Veranstaltungswirtschaft, auch wenn die Aufmerksamkeit und das Verständnis der Besucher im Laufe der Zeit nachlässt. Eine ständige Überprüfung mittels standardisierter Gefährdungsbeurteilungen und entsprechender Abstimmung mit den zuständigen Behörden erfolgt daher routinemäßig.

Potenzielle Risiken aus den Standardbereichen IT, Compliance, Datenschutz, usw. sind weiterhin in Prozessen abgebildet und werden regelmäßig wiederkehrend einem Monitoring unterzogen und soweit notwendig entsprechend angepasst. Für den Bereich IT gilt es ständig zu sensibilisieren, um Schaden von der Gesellschaft abzuwenden.

Nach Einschätzung der Geschäftsführung sind Marktrisiken wie oben beschrieben umfangreich vorhanden und müssen ständig überprüft werden. Durch die breite Aufstellung der Gesellschaft können Einbrüche in einzelnen Segmenten kompensiert werden, so dass bestandsgefährdende Risiken zurzeit nicht gesehen werden.


Fazit:

Die Zeiten bleiben volatil und angespannt. Das Team der BS-VS konnte trotzdem den Umsatz konstant halten und die Kostenseite optimieren, sodass der Verlustausgleich reduziert werden konnte.

Den Herausforderungen der kommenden Jahre mit Schwerpunkt der Wiedereröffnung der Stadthalle stellt sich das Team der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH mit großer Motivation. Veränderte Märkte, dynamische Entwicklung der Technik, Nachhaltigkeit und nutzenbringender Einsatz von KI stehen weiterhin oben auf der Agenda.

Die Ziele konnten auch 2025 nur gemeinsam erreicht werden, so dass ein großer Dank an das gesamte Team der Braunschweig Veranstaltungsstätten auszusprechen ist.

Braunschweig, 9. Februar 2026



Stephan Lemke
Geschäftsführer

Betreff:

**Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH
Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der
Geschäftsführung**

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

14.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH werden angewiesen,
- b) der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH

folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird auf die in der heutigen Sitzung vorgelegten Unterlagen zum Jahresabschluss 2025 der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH (BSVS) Bezug genommen (siehe Drucksache 26-28751).

Die Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung obliegt gemäß § 14 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der BSVS der Gesellschafterversammlung. Zuvor bedarf die Entlastung der Geschäftsführung gemäß § 11 Abs. 5 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages der BSVS der Beratung im Aufsichtsrat.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der BSVS der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der BSVS und der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der BSVS hat in seiner Sitzung am 15. April 2026 die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2025 empfohlen.

Hübner

Anlage/n:
keine

*Betreff:***Braunschweig Beteiligungen GmbH**
Feststellung des Jahresabschlusses 2025 der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG*Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

22.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG folgenden Beschluss zu fassen:

Der vorgelegte Jahresabschluss 2025, der mit einer Gutschrift auf Gesellschafterkonten in Höhe von 39.514.812,16 € und Einstellung in Rücklagen in Höhe von 520.000,00 € ausgeglichen ist und einen Bilanzgewinn von 0,00 € ausweist, wird festgestellt.

Sachverhalt:

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) unterliegt die Stimmabgabe in Gesellschafterversammlungen anderer Unternehmen, an denen die BSBG mit mehr als 25 % beteiligt ist, der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung. Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziff. 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Gemäß § 13 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BVAG) hat der Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG (BVVAG) den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Prüfungsbericht zu prüfen. Der Aufsichtsrat der BVVAG hat den Jahresabschluss in seiner Sitzung am 21. April 2026 beraten und der Gesellschafterversammlung zur Feststellung empfohlen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgte durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH, die am 18. März 2026 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat.

Die BVAG hat im Geschäftsjahr 2025 einen Jahresüberschuss von 40.034.812,16 € erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr (45.495.984,79 €) ist eine Ergebnisverringerung um rd. 5,5 Mio. € und gegenüber dem prognostizierten Ergebnis des Wirtschaftsplans (45,0 Mio. €) ein Rückgang um rd. 5,0 Mio. € zu verzeichnen.

Zwischen der Braunschweig Beteiligungen GmbH, der Veolia BS|Energy Beteiligungs GmbH, der Thüga BS Beteiligungsgesellschaft mbH und der BVAG wurde eine Vereinbarung

über die Verfahrensweise der Gewinnverwendung der Wirtschaftsjahr 2023 bis 2026 geschlossen (DS 23-22619). Nach den Regelungen dieser Vereinbarung wird im Jahresabschluss 2025 die Einstellung in Rücklagen in Höhe von 520.000,00 € ausgewiesen.

Die Entwicklung der Ertrags- und Aufwandspositionen ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

	Angaben in Mio. €	Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025
1	Umsatzerlöse	824,3	617,1	712,8
1a	% zum Vorjahr/Plan		-25,1%	-13,5% / +15,5%
2	sonstige betriebliche Erträge *)	26,5	60,1	16,7
3	Materialaufwand	-671,5	-509,0	-549,4
4	Personalaufwand	-50,5	-52,8	-54,2
5	Abschreibungen	-19,8	-19,8	-20,9
6	sonstige betriebliche Aufwendungen **)	-58,4	-41,1	-61,7
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	50,6	54,5	43,2
8	Finanzergebnis (Zins- und Beteiligungsergebnis) ***)	4,5	-1,0	5,4
9	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe 7+8)	55,1	53,5	48,6
10	Außerordentliches Ergebnis	0,0	0	0,0
11	Ertragssteuern	-9,7	-8,4	-8,6
12	Jahresergebnis (Summe 9-11)	45,5	45,1	40,0

*) einschließlich Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen und andere aktivierte Eigenleistungen

**) einschließlich sonstige Steuern

***) einschließlich Abschreibungen auf Finanzanlagen

Die im Geschäftsjahr 2025 erzielten Umsatzerlöse von 712,8 Mio. € sind deutlich gesunken und liegen um 111,5 Mio. € (rd. 13,5%) unter dem Vorjahreswert (824,3 Mio. €). Der Rückgang ist wesentlich auf die gesunkenen Preise an den Energiemärkten sowie bei Spotkundenverträgen im Individualkundensegment zurückzuführen. Zusätzlich wirkten sich Preisanpassungen im Privatkundensegment ebenfalls umsatzmindernd aus.

Korrespondierend ist der Materialaufwand im Vergleich zum Vorjahr um rd. 122,1 Mio. € auf 549,4 Mio. € abgeflacht, hauptsächlich resultierend aus gesunkenen Marktpreisen im Strom- und Gasbereich.

Der Personalaufwand ist im Berichtsjahr um 3,7 Mio. € angestiegen, u. a. bedingt durch Tarifsteigerungen im TVV und die Neueinstellung von zusätzlichem Personal im IT-Bereich. Dieses zusätzliche Personal wurde gezielt eingestellt, um Dienstleistungen für Dritte zu erbringen, sodass diese Zusatzkosten kompensiert werden konnten.

Die Abschreibungen liegen über dem Vorjahresniveau. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen um rd. 3,3 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Dieser Anstieg ist durch die Optimierung von Kraftwerken, Digitalisierungs- und Effizienzprojekte (wie KOMPASS und ATOSS) und moderne Technologien begründet. Zusätzlich wirken die hohe Inflation sowie steigende Material- und Dienstleistungspreise.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen vor allem periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von rd. 7,2 Mio. € (Vorjahr rd. 11,6 Mio. €) sowie weitere aus Vorjahren 3,5 Mio. € (Vorjahr rd. 0,9 Mio. €).

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der höheren Erträge aus Gewinnabführung der BS|NETZ um rd. 0,9 Mio. € verbessert.

Die an die Stadt Braunschweig abzuführende Konzessionsabgabe ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten und beträgt 13,7 Mio. € (Vorjahr: 13,4 Mio. €), die Gewerbesteuer beträgt 8,6 Mio. € (Vorjahr: 9,7 Mio. €).

Die Investitionen der BVAG in Gegenstände des immateriellen Anlagevermögens und in Sachanlagen beliefen sich auf rd. 33,7 Mio. € (Vorjahr: rd. 48,5 Mio. €). Schwerpunkt der Investitionstätigkeit waren die Erzeugungsanlagen mit dem Projekt Erzeugung 2030 in Höhe von rd. 14,4 Mio. € sowie die Erneuerung und Erweiterung der Leitungsnetze und des Zählerbestandes in Höhe von rd. 9,8 Mio. €. Zudem wurden für immaterielle Wirtschaftsgüter und für Betriebs- und Geschäftsausstattung 7,4 Mio. € sowie für Regelungsanlagen 0,2 Mio. € aufgewandt. Für Grundstücke und Bauten sind 1,9 Mio. € ausgewiesen. Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe von rd. 20,9 Mio. € gegenüber.

Der Jahresüberschuss betrug 40,0 Mio. € und lag damit 5,0 Mio. € unter dem prognostizierten Ergebnis des Wirtschaftsplans. Diese Ergebnisverschlechterung ist im Wesentlichen durch die erhöhten Gasbeschaffungspreise im ersten Quartal 2025 und eingeschränkte Verfügbarkeiten der Kraftwerksanlagen zurückzuführen. Insbesondere ein Kesselschaden im BMHKW und Lieferengpässen bei Holz wirkten sich negativ aus. Trotz kalter Witterung konnten diese Faktoren sowie ungünstige Marktpreise und geringere Optimierungspotenziale nicht ausgeglichen werden. Im Stromvertrieb und Wasserbereich belasteten zudem negative Vorjahreseffekte und geringe Absatzmengen das Ergebnis, da Preisanpassungen die Verluste nur teilweise kompensierten. Zusätzlich führten höhere Kosten im Kraftwerksbereich sowie gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen zu weiteren Planabweichungen.

Zur Finanzierung des Projektes Erzeugung 2030 und den Regelinvestitionen wurden im Jahr 2019 langfristige Kreditverträge mit einer Gesamtzusage von 255,3 Mio. € abgeschlossen. Zur Betriebsmittelfinanzierung wurde ein endfälliges Darlehen über 20,0 Mio. € abgeschlossen. Zusätzlich wurden 2021 für das Projekt Erzeugung 2030 und für die Regelinvestitionen langfristige Kreditverträge mit einer Gesamtzusage in Höhe von 109,5 Mio. € abgeschlossen. Bis zum Ende des Jahres 2023 wurde der Betrag in Höhe der Gesamtzusage von 384,8 Mio. € abgerufen. Zur Finanzierung der Regelinvestitionen der Jahre 2023 und 2024 wurde 2023 ein langfristiger Kreditvertrag über 66,0 Mio. € unterzeichnet und zum 31.12.2024 vollständig abgerufen.

Der Jahresabschluss 2025 der BSINetz GmbH weist Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von rd. 20,5 Mio. € aus, sodass insgesamt Investitionen von 54,2 Mio. € getätigt wurden.

Geiger

Anlage/n:

- 1 - BVAG Bilanz 2025 (öffentlich)
- 2 - BVAG GuV 2025 (öffentlich)
- 3 - BVAG Lagebericht 2025 (öffentlich)
- 4 - BSNetz Bilanz 2025 (öffentlich)
- 5 - BSNetz GuV 2025 (öffentlich)
- 6 - BSNetz Lagebericht 2025 (öffentlich)

Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG, Braunschweig
Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktiva	31.12.2025		31.12.2024		Passiva	31.12.2025		31.12.2024	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR		EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Kapitalanteile				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.598.187,00		1.546		1. Komplementärin	0,00		0	
2. Geleistete Anzahlungen	<u>2.090.858,95</u>		<u>2.357</u>		2. Kommanditisten	<u>61.440.000,00</u>		<u>61.440</u>	
		3.689.045,95		<u>3.903</u>			61.440.000,00		<u>61.440</u>
II. Sachanlagen					II. Rücklagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	65.893.914,37		63.998				138.353.256,86		<u>137.833</u>
2. Technische Anlagen und Maschinen	387.921.313,35		353.779				199.793.256,86		<u>199.273</u>
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.082.595,91		21.034		B. Empfangene Ertragszuschüsse und Investitionszuschüsse		24.330.177,47		<u>21.084</u>
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>23.862.056,78</u>		<u>50.099</u>		C. Rückstellungen				
		501.759.880,41		<u>488.910</u>	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	996.423,00		1.016	
III. Finanzanlagen					2. Steuerrückstellungen	6.121.433,75		6.264	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	105.084.604,91		105.419		3. Sonstige Rückstellungen	<u>100.160.555,15</u>		<u>109.417</u>	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	85.168.942,44		68.601				107.278.411,90		<u>116.697</u>
3. Beteiligungen	14.957.367,00		14.958		D. Verbindlichkeiten				
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	3.435,88		3		1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	406.024.962,71		416.324	
5. Sonstige Ausleihungen	<u>299.999,96</u>		<u>100</u>		2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.879.734,99		6.751	
		205.514.350,19		<u>189.081</u>	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	40.386.951,08		55.351	
		<u>710.963.276,55</u>		<u>681.894</u>	4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	19.526.221,75		21.102	
B. Umlaufvermögen					5. Sonstige Verbindlichkeiten	14.231.088,33		29.921	
I. Vorräte					davon aus Steuern EUR 2.678.842,07 (Vj. TEUR 1.642)				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	31.175.695,46		34.175				487.048.958,86		<u>529.449</u>
2. Unfertige Leistungen	81.381,47		0		E. Rechnungsabgrenzungsposten		83.730,56		<u>188</u>
3. Waren	<u>49.203,05</u>		<u>61</u>		F. Passive latente Steuern		10.408.725,00		<u>9.853</u>
		31.306.279,98		<u>34.236</u>					
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände									
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	65.015.516,47		54.455						
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.593.003,10		9.734						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	708.415,71		1.034						
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>9.547.795,89</u>		<u>11.397</u>						
		79.864.731,17		<u>76.620</u>					
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		826.428,89		<u>77.372</u>					
		<u>111.997.440,04</u>		<u>188.228</u>					
C. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>5.982.544,06</u>		<u>6.422</u>					
		<u>828.943.260,65</u>		<u>876.544</u>			<u>828.943.260,65</u>		<u>876.544</u>

Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG, Braunschweig
Gewinn- und Verlustrechnung für 2025

	EUR	2025 EUR	2024 TEUR
1. Umsatzerlöse	749.317.914,64		856.497
./. Strom-/ Gassteuer	<u>-36.537.639,23</u>		<u>-32.232</u>
	712.780.275,41		824.265
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	81.381,47		0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	3.124.360,50		1.427
4. Sonstige betriebliche Erträge	<u>13.514.488,73</u>		<u>25.121</u>
		729.500.506,11	<u>850.813</u>
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	357.797.831,30		486.228
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	191.619.425,81		185.278
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	43.079.511,92		40.512
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 2.434.843,66 (Vj. TEUR 2.232)	11.165.587,36		9.972
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	20.925.362,79		19.762
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>61.031.634,65</u>		<u>57.701</u>
		685.619.353,83	<u>799.453</u>
9. Erträge aus Beteiligungen	782.169,87		394
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 197.921,87 (Vj. TEUR 23)			
10. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	13.203.506,21		9.348
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen EUR 2.536.697,20(Vj. TEUR 3.365)	2.537.474,80		3.366
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen EUR 13.907,87(Vj. TEUR 199)	1.006.270,88		3.739
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	334.565,00		335
14. Aufwendungen aus Verlustübernahme	6.207,68		4
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen EUR 444.505,58 (Vj. TEUR 686) davon Aufwendungen aus der Abzinsung EUR 31.952 (Vj. TEUR 28)	11.815.880,21		11.975
		5.372.768,87	<u>4.533</u>
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon Ertrag/Aufwand aus der Veränderung bilanzierter latenter Steuern EUR 555.573 (Vj. TEUR 1.965)		8.576.098,73	<u>9.729</u>
17. Ergebnis nach Steuern		40.677.822,42	46.164
18. Sonstige Steuern		<u>643.010,26</u>	<u>669</u>
19. Jahresüberschuss		<u>40.034.812,16</u>	<u>45.495</u>
20. Gutschrift auf Gesellschafterkonten		-39.514.812,16	-43.295
21. Einstellung in Rücklagen		<u>-520.000,00</u>	<u>-2.200</u>
22. Bilanzgewinn		<u>0,00</u>	<u>0</u>

Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG, Braunschweig

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG (BS|ENERGY) ist ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen; die Geschäftsfelder sind die Erzeugung, der Vertrieb und die Verteilung sowie der Handel mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme.

Neben der Strom-, Gas-, Wasser und Wärmeversorgung für Braunschweig ist BS|ENERGY erfolgreich im bundesweiten Strom- und Gasvertrieb für Gewerbekunden, Industriekunden sowie Bündelkunden tätig. Abgerundet wird die Produktpalette durch Angebote an energienahen Dienstleistungen. BS|ENERGY ist im Portfoliomanagement Strom und Gas tätig und betreibt darüber hinaus Energiebeschaffung für größere Industrie- und Bündelkunden.

Im Haushaltskundengeschäft liegt der Fokus auf der störungsfreien Belieferung der Kunden sowie auf Zusatzangeboten wie Energieberatung und Smart Metering.

BS|ENERGY ist im Bereich der öffentlichen Beleuchtung in Braunschweig aktiv und verfolgt hier eine Geschäftsentwicklung auch außerhalb Braunschweigs.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Entwicklung und Implementierung energienaher innovativer Dienstleistungen. So erweitert BS|ENERGY stetig sein Glasfasernetz und konzipiert entsprechende Dienstleistungen wie bspw. Smart-Home-Lösungen. Weitere Leistungen aus dem Bereich der digitalen und digitalisierten Infrastruktur wie die Installation und der Betrieb drahtloser Kommunikationsnetze sowie der Errichtung und Betrieb von E-Ladeinfrastruktur in Braunschweig rücken in den Fokus der Geschäftsaktivitäten und tragen zu einer "Smart City" in Braunschweig bei.

2. Forschung und Entwicklung

BS|ENERGY will als integrierter Energieversorger von den Wachstumschancen der dynamischen Entwicklung am Energiemarkt profitieren. Forschungs- und Entwicklungsprojekte nehmen daher einen wichtigen Stellenwert in der Unternehmensstrategie von BS|ENERGY ein. Schwerpunkte bilden hierbei unter anderem die Elektromobilität mit dem Fokus Ladeinfrastruktur sowie die verschiedenen Ansätze der Digitalisierung, beispielsweise die Erprobung von Local-Range-Wide-Area-Network-Technologien (LoRaWAN). Ebenso werden neue Konzepte und Lösungen zur Dekarbonisierung der Energieerzeugung entwickelt und erprobt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1. Gesamtwirtschaft

Die Weltwirtschaft zeigte sich im Jahr 2025 angesichts wirtschaftspolitischer Unsicherheiten insgesamt robust. Die Weltproduktion expandierte weiter, wenn auch mit leicht verringertem Tempo, und hat geschätzt um 3,3 Prozent zugelegt. Belastend wirkten weiterhin Handelskonflikte, insbesondere die US-Zollpolitik, deren dämpfende Effekte zunehmend spürbar wurden. Während die US-Wirtschaft weiter expandierte, blieb die Entwicklung in Europa verhalten. Der Welthandel legte im Jahresdurchschnitt mit rund 4,5 Prozent kräftig zu, getrieben durch Impulse aus dem asiatischen Raum und dem KI-Sektor. Die Inflation stagnierte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf hohem Niveau, wobei der Rückgang der Energiepreise dämpfend wirkte.

In Deutschland wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2025 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug der Anstieg 0,3 %. Nach zwei Rezessionsjahren nahm die Wirtschaftsleistung damit wieder leicht zu. Gestützt wurde das Wachstum vor allem durch gestiegene Konsumausgaben der privaten Haushalte (+1,4 %) und des Staates (+1,5 %). Demgegenüber entwickelten sich die Exporte mit einem Rückgang um 0,3 % schwach, belastet durch die globale Konkurrenz und handelspolitische Barrieren. Die Investitionsschwäche hielt an; sowohl in Ausrüstungen als auch in Bauten wurde weniger investiert als im Vorjahr. Der Arbeitsmarkt blieb weitgehend stabil, wobei der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl im Jahr 2025 zum Erliegen kam.

1.2. Energiebranche

Die Auswirkungen der im Februar 2022 begonnenen Invasion der Ukraine und der daraus resultierenden Energiepreiskrise sind weiterhin im Markt erkennbar, wenngleich sich die Preissituation auf den Großhandelsmärkten im Jahr 2025 gegenüber den historischen Höchstständen weiter deutlich entspannt hat. Die Preise für Erdgas, Strom und Kohle haben sich im Berichtszeitraum stabilisiert oder sind weiter gefallen.

Der Terminmarktpreis für eine Erdgaslieferung für das Frontjahr 2026 notierte Ende Oktober 2025 bei rund 32 €/MWh und bewegte sich damit auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau. Für eine Stromlieferung im Jahr 2026 lag der Preis zum gleichen Zeitpunkt bei etwa 88 €/MWh. Trotz dieser Beruhigung übertrifft das Preisniveau auf dem Spot- und Terminmarkt die Notierungen aus der Zeit vor der Energiepreiskrise weiterhin. Die Volatilität an den Großhandelsmärkten war zuletzt relativ gering.

Obwohl Ängste bezüglich der Versorgungssicherheit zwischenzeitlich weitgehend ausgepreist waren, führten geopolitische Spannungen weiterhin zu Risikoaufschlägen. Zu nennen sind hier insbesondere die anhaltenden Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten sowie Unsicherheiten bezüglich der US-Handelspolitik. Seit dem 1. Januar 2025 finden keine Gasflüsse mehr über die Transitroute Ukraine nach Europa statt, was die physischen Flusststrukturen veränderte, ohne die Versorgungssicherheit akut zu gefährden.

Auf dem Strommarkt blieben die für die Vermarktung der Kraftwerke maßgeblichen Spreads zwischen Gas und Strom (Clean Spark Spreads) seit April 2025 relativ stabil. Die Preise für CO₂-Emissionszertifikate bewegten sich im Jahresverlauf 2025 seitwärts und lagen im Durchschnitt bei etwa 74 €/t.

Der Energieverbrauch in Deutschland stagnierte im Jahr 2025 weitgehend. Nach vorläufigen Berechnungen der AG Energiebilanzen ergab sich ein minimaler Rückgang um etwa 0,1 Prozent auf 10.553 Petajoule (PJ) bzw. 360,1 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE) gegenüber dem Vorjahr.

Maßgeblich beeinflusst wurde der Energieverbrauch 2025 durch die kühlere Witterung gegenüber dem Vorjahr, was zu einem erhöhten Bedarf im Bereich Raumwärme führte. Ohne diesen witterungsbedingten, verbrauchssteigernden Effekt wäre der Energieverbrauch um etwa 1,2 Prozent gesunken. Die konjunkturelle Entwicklung hatte nur einen geringen Einfluss, da die Produktion in energieintensiven Branchen weiterhin gedrosselt war. Verbrauchssenkende Faktoren, wie strukturelle Einsparungen und Produktionsrückgänge, kompensierten somit weitgehend den witterungsbedingten Mehrbedarf.

Der Verbrauch von Mineralöl verminderte sich 2025 insgesamt um 2,2 Prozent auf 3.767 PJ (128,5 Mio. t SKE). Während der Absatz von Kraftstoffen wie Benzin und Diesel sowie Flugkraftstoff leicht zulegte, führten insbesondere Rückgänge bei den Lieferungen von Rohbenzin an die chemische Industrie zu dieser Gesamtentwicklung.

Der Erdgasverbrauch verzeichnete 2025 ein Plus von 3,6 Prozent und stieg auf 2.841 PJ (96,6 Mio. t SKE). Dieser Anstieg resultierte primär aus dem erhöhten Heizbedarf infolge der kühleren Witterung sowie einem Mehreinsatz von Gaskraftwerken zur Stromerzeugung (+4 Prozent), bedingt durch ungünstige Windverhältnisse in den ersten Monaten des Jahres. Die industrielle Nachfrage ging im Jahresverlauf nach einem Anstieg im ersten Quartal wieder zurück.

Der Verbrauch von Steinkohle ging 2025 insgesamt um gut 2 Prozent auf 754 PJ (25,7 Mio. t SKE) zurück. Zwar stieg der Einsatz in Kraftwerken zur Stromerzeugung an, der Absatz an die Eisen- und Stahlindustrie war jedoch deutlich rückläufig.

Der Verbrauch von Braunkohle verzeichnete 2025 eine Abnahme um mehr als 6 Prozent auf 756 PJ (25,8 Mio. t SKE). Dies spiegelt sich in einer verringerten inländischen Produktion und gesunkenen Lieferungen an Kraftwerke wider.

Im Jahr 2025 wurden 18,3 Mrd. kWh (66 PJ) mehr Strom aus dem Ausland bezogen als exportiert wurden. Deutschland blieb damit Netto-Importeur von Strom, wenngleich auf niedrigerem Niveau als im Vorjahr. Die Exporte stiegen um gut 6 Prozent, während die Importe um 3 Prozent zurückgingen.

Der Beitrag der erneuerbaren Energien erhöhte sich 2025 insgesamt um 3,6 Prozent auf 2.170 PJ (74,0 Mio. t SKE). Bei der Stromerzeugung gab es einen leichten Zuwachs von 0,9 Prozent, der ausschließlich auf eine starke Steigerung der Solarstromproduktion (+18 Prozent) zurückzuführen ist. Die Stromerzeugung aus Windkraft und Wasserkraft war witterungsbedingt rückläufig.

Im nationalen Energieträgermix dominierten auch 2025 Mineralöl (35,7 Prozent) und Erdgas (26,9 Prozent). Die erneuerbaren Energien konnten ihren Anteil auf 20,6 Prozent steigern und festigten ihre Position. Stein- und Braunkohle deckten jeweils rund 7 Prozent des inländischen Energieverbrauchs.

Die strukturellen Veränderungen und der stagnierende Gesamtverbrauch führten schätzungsweise 2025 zu einer leichten Reduktion der energiebedingten CO₂-Emissionen um gut 6 Millionen Tonnen (gut 1 Prozent) gegenüber dem Vorjahr.

Der energierechtliche Rahmen war auch 2025 durch Anpassungen geprägt, insbesondere im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und die Stabilisierung der Netzentgelte. Zu den zentralen Themen gehörten:

- Gesetz für einen Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten: Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Dämpfung der Netzentgelte für das Jahr 2026 durch einen staatlichen Zuschuss.
- KRITIS-Dachgesetz (Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen) und NIS2-Umsetzungsgesetz (Gesetz zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung): Die Umsetzung dieser Gesetze zur Stärkung der physischen und digitalen Resilienz kritischer Infrastrukturen verzögerte sich bis ins Jahr 2026.
- Wärmeplanung und Dekarbonisierung: Fortführung der Maßnahmen aus dem Wärmeplanungsgesetz und der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW).

Die regulatorischen Unsicherheiten blieben bestehen, insbesondere durch Verzögerungen bei Gesetzgebungsverfahren, die teilweise erst durch den neuen Bundestag verabschiedet werden sollen. Diese Rahmenbedingungen beeinflussen weiterhin die Planungssicherheit für Investitionen in die Energiewende und Infrastrukturprojekte.

2. Geschäftsverlauf

In regelmäßigen Sitzungen des Risikokomitees und im Rahmen der Vorstandssitzungen werden die aktuellen und erwarteten Entwicklungen auf dem Markt und der Regulatorik überwacht und Maßnahmen zur Energiebeschaffung und Kraftwerkseinsatzplanung abgeleitet.

Im Geschäftsjahr 2025 verzeichnete die BS|ENERGY eine Steigerung der Stromproduktion in ihren Erzeugungsanlagen. Die Standorte Heizkraftwerk Mitte, einschließlich der GuD-Anlage, sowie das Heizkraftwerk Nord produzierten insgesamt 626,6 GWh Strom, was einem Anstieg von 146 GWh gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Wärmeproduktion erfolgte neben den genannten Kraftwerken auch in den Heizwerken Süd und West sowie in den Biomasse-Heizkraftwerken Hungerkamp und Mascherode. Durch diese vielfältigen Erzeugungskapazitäten lag die gesamte eingespeiste Wärmemenge mit 880 GWh (ohne Berücksichtigung der Nahwärme, aber einschließlich Ölper) um 45 GWh über dem Niveau des Vorjahres.

Die Gesamtemissionen der Erzeugungsanlagen beliefen sich auf etwa 280.595 Tonnen CO₂. BS|ENERGY hat am Markt in 2025 ca. 1.265 GWh Strom bezogen und somit 415 GWh weniger als im Vorjahr.

Aus lang-, mittel- und kurzfristigen Beschaffungsverträgen sowie Käufen am Markt und dem Rückkauf von Stadtwerken wurde mit 3.958 GWh ca. 707 GWh mehr Gas bezogen als 2024.

Auch in diesem Jahr wurden wichtige strategische Projekte umgesetzt. Nach dem Kohleausstieg im Jahr 2024, standen im Geschäftsjahr 2025 die Optimierung und Inbetriebnahme neuer Anlagen im Fokus. Die neuen Spitzenlastkessel im Heizkraftwerk Mitte, bestehend aus einem Dampfkessel und zwei Heißwasserkesseln, standen dem Betrieb ab Herbst 2025 als komplette Einheit zur Verfügung. Das Biomasse-Heizkraftwerk (BMHKW) fungierte weiterhin als wichtigste Grundlastanlage. Zur weiteren Flexibilisierung des Anlagenparks trieb das Unternehmen die Planungen für einen Großbatteriespeicher sowie eine Power-to-Heat-Anlage am Standort Mitte voran.

Ein wesentlicher Meilenstein im Projekt „Zukunft Fernwärme“ wurde mit dem inhaltlichen Abschluss des Transformationsplans Wärme im September 2025 erreicht, welcher die Voraussetzung für Förderungen im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) bildet und Szenarien für eine treibhausgasneutrale Erzeugung bis 2045 definiert. Zur Erschließung neuer Wärmequellen startete BS|ENERGY zum 01.01.2025 die gewerbliche Aufsuchung von Erdwärme, wobei erste Datenauswertungen bereits auf ein vorhandenes Potenzial hindeuten.

Im Bereich der Erneuerbaren Energien wurde im Jahr 2022 die Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG gegründet, an welcher sich BS|ENERGY neben der Stadt Braunschweig und fünf weiteren lokalen Partnern beteiligt. Die Genossenschaft hat die Förderung von Projekten im Zusammenhang mit regenerativen Energien zum Ziel, wobei Photovoltaik-Anlagen das Kerngeschäft bilden. Mit ihren Partnern deckt die Genossenschaft die gesamte Kompetenz und Wertschöpfungskette von der Planung über die Finanzierung, den Bau bis hin zur Vermarktung des Stroms ab. Die Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG betrieb zum Berichtszeitpunkt 99 PV-Aufdachanlagen mit einer Nennleistung von rund 3,54 MWp. BS Energy treibt zudem den Ausbau der Photovoltaik auf eigenen Liegenschaften weiter voran.

Die Stadt Braunschweig hat die Konzession für die Errichtung und den Betrieb von E-Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum in Braunschweig Mitte 2022 an BS|ENERGY mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2030 vergeben sowie einer Verlängerungsoption für zwei weitere Jahre. Um bis Ende 2024 mindestens 200 neue Ladepunkte und bis 2026 nochmal dieselbe Anzahl in Betrieb zu nehmen, plant BS|ENERGY im ersten Schritt eine gleichmäßige Abdeckung aller Stadtbezirke mit Lademöglichkeiten. Darüber hinaus wird der Ausbau bis 2026 bedarfsgerecht erfolgen. Zusätzlich können mindestens 100 weitere Ladepunkte bis Ende 2028 bei entsprechendem Bedarf auch darüber hinaus errichtet werden. Ziel von BS|ENERGY ist es dabei, eine flächendeckende und bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur für das Braunschweiger Stadtgebiet aufzubauen und einen wichtigen Beitrag zur Verkehrs- und Klimawende zu leisten.

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität verlief planmäßig, sodass das Ziel, bis Ende 2025 insgesamt 300 Ladepunkte im Rahmen der Konzession zu errichten, bereits im September erreicht wurde.

Im Bereich der Digitalisierung wurde die Migration des ERP-Systems auf S/4HANA erfolgreich abgeschlossen und das Unternehmen agiert als Pilotkunde für die neue Thüga Abrechnungsplattform (TAP). Die Tochtergesellschaft BELLIS GmbH, Braunschweig, konnte sich im Wettbewerb behaupten und gewann die Ausschreibung der Stadt Braunschweig für Dienstleistungen in den Bereichen öffentliche Beleuchtung und Verkehrsmanagement für eine neue Vertragslaufzeit von 15 Jahren ab 2026. Bei der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH, Braunschweig, (SE|BS) lagen die Schwerpunkte auf der Vorplanung zur Ertüchtigung der Kläranlage Steinhof sowie dem Neubau des Hauptpumpwerks Ölper.

3. Lage

Die Lage des Unternehmens ist nach wie vor geprägt vom operativen Geschäft. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage als gut bezeichnet werden.

3.1. Ertragslage

Absatzentwicklung

Der Stromabsatz an Kunden verzeichnete einen Rückgang von 191 GWh im Vergleich zum Vorjahr und erreichte 1.046 GWh. Während innerhalb Braunschweigs die Absatzmenge leicht um 20 GWh stieg, sank sie außerhalb der Stadt um 215 GWh. Der Anstieg im Stadtgebiet ist hauptsächlich auf den durch durchgeführte Preisanpassungen gelungenen Kundengewinnen zurückzuführen. Außerhalb Braunschweigs liegt die Menge aufgrund von Mengenrückgängen durch Kundenverluste hinter dem Vorjahreswert.

In anderen Bereichen zeigten sich leichte Veränderungen: Mit einem Gesamtvolumen von 11,8 Millionen Kubikmetern bewegte sich der Wasserabsatz leicht unterhalb des Vorjahresniveaus. Der Rückgang ist hauptsächlich auf einen erhöhten Verbrauch im Jahr 2024 für die Inbetriebnahme des Kraftwerks E2030 zurückzuführen, während der Absatz an Kunden weitgehend konstant blieb. Witterungsbedingt verzeichnete die Fernwärme einen leichten Anstieg von 744 GWh auf 777 GWh. Im Gassektor stieg der Kundenabsatz wetterbedingt von 998 GWh auf 1.039 GWh. Durch erhöhte Marktverkäufe wurde ein Gesamtabsatz im Gasbereich von 2.383 GWh (Vorjahr: 2.115 GWh) erreicht.

Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2025 erzielte BS|ENERGY einen Gesamtumsatz in Höhe von 712,8 Mio. EUR. Dies entspricht einem Rückgang von 111,5 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Die Umsatzentwicklung ist im Wesentlichen auf rückläufige Marktpreise am Energiemarkt sowie bei Spotkundenverträgen im Individualkundensegment zurückzuführen. Der Rückgang der Umsatzerlöse betrifft im Wesentlichen den Rückgang der Erlöse aus Stromverkauf (-113,7 Mio. EUR). Zusätzlich wirken sich Preisanpassungen im Privatkundensegment ebenfalls umsatzmindernd aus. Die Umsatzerlöse entwickeln sich somit erwartungsgemäß im Einklang mit den allgemeinen Marktbedingungen und der Preisstrategie des Unternehmens.

Kostenentwicklung

Der Materialaufwand verzeichnete einen deutlichen Rückgang um 122,1 Mio. EUR von 671,5 Mio. EUR im Vorjahr auf 549,4 Mio. EUR. Diese Reduktion ist hauptsächlich auf gesunkene Preise im Strom- und Gasbereich zurückzuführen, die wiederum aus niedrigeren Marktpreisen resultieren.

Der Personalaufwand lag mit 54,2 Mio. EUR um 3,8 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau. Dieser Anstieg erklärt sich größtenteils aus der Tarifanpassung zum 01.06.2025, aber auch aus zusätzlichem Personal im IT-Bereich. Dieses zusätzliche Personal wurde gezielt eingestellt, um

Dienstleistungen für Dritte zu erbringen, wodurch wir die dadurch entstehenden Zusatzkosten für Personal kompensieren konnten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 3,3 Mio. EUR auf insgesamt 61,0 Mio. EUR. Im Kraftwerksbereich wurden wichtige Maßnahmen zur Optimierung und Stabilisierung der neuen Erzeugungsanlagen umgesetzt, einschließlich der erfolgreichen Integration des Betriebssystems und Verbesserungen bei der Altholzanlage. Zukunftsorientierte Digitalisierungs- und Effizienzprojekte wie KOMPASS und ATOSS (Einführung einer neuen Zeitmanagement Software) wurden vorangetrieben, während im Telekommunikationsbereich die Betriebsführung ausgebaut wurde. Weitere Mittel flossen in moderne Technologien wie Process Mining und E-Mobilitätsberatung. Ein weiterer Grund für diesen Anstieg liegt maßgeblich am anhaltenden hohen Inflationsniveau und die damit verbundenen Preissteigerungen bei Dienstleistungen, Material und sonstigen Betriebsmitteln.

Ergebnisentwicklung

Im Jahr 2025 erwirtschaftete BS|ENERGY ein Ergebnis vor Ertragsteuern von 48,6 Mio. EUR, das damit um 6,6 Mio. EUR unter dem Vorjaheresergebnis lag. Des Weiteren stieg das Beteiligungs- und Finanzergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mio. EUR von 4,5 Mio. EUR im Jahr 2024 auf 5,4 Mio. EUR im Jahr 2025. Die Abweichung im Finanzergebnis resultiert im Wesentlichen aus einem besseren Ergebnis der Braunschweiger Netz GmbH, Braunschweig, (BS|NETZ), welches sich insbesondere aus der Auflösung einer gebildeten Risikorückstellung der Regulierungskonten ergibt. Die Bundesnetzagentur hat für 2022 und 2023 entschieden, dass Personalzusatzkosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten anerkannt werden. Des Weiteren konnte eine Margenausweitung im Drittgeschäft u.a. für Dienstleistungen im Bereich von Errichtung und Instandhaltungen von Stromanlagentechnik und Infrastrukturlösungen für E-Mobilität erzielt werden.

Das Unternehmen erzielte im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von 40,0 Mio. EUR, womit die Prognose des Wirtschaftsplans um 5,0 Mio. EUR verfehlt wurde. Die Abweichung resultiert aus mehreren Faktoren: Im ersten Quartal 2025 belasteten erhöhte Gasbeschaffungskosten sowie eingeschränkte Verfügbarkeiten der Kraftwerksanlagen das Ergebnis. Insbesondere Lieferengpässe bei Holz und ein Kesselschaden im BMHKW wirkten sich negativ aus. Trotz der kalten Witterung im ersten Quartal konnten diese Effekte nicht vollständig ausgeglichen werden. Die tatsächliche Marktpreisentwicklung wich von den Planungsannahmen ab, was zu geringeren kurzfristigen Optimierungspotenzialen im Kraftwerksbereich führte. Im Stromvertrieb belasteten zudem negative Vorjahreseffekte das Ergebnis. Die Wassermarge blieb aufgrund niedrigerer Absatzmengen und leicht negativer Vorjahreserlöse hinter der Planung zurück. Die fehlenden Ergebnisbeiträge aus den geringer als geplant abgesetzten Mengen konnten durch durchgeführte Preisanpassungen nur teilweise kompensiert werden. Zusätzlich führten höhere Kosten im Kraftwerksbereich sowie gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen zu

weiteren Planabweichungen. In der Gesamtbetrachtung trugen diese verschiedenen Einflussfaktoren zum Jahresergebnis bei.

3.2. Finanzlage

Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Die Nettofinanzposition von BS|ENERGY, bestehend aus liquiden Mitteln, von der Gesellschaft gestellten finanziellen Sicherheiten, verzinslichen Anlagen und Aufnahmen bei verbundenen Unternehmen sowie Kontokorrentverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, veränderte sich von 58,0 Mio. EUR auf -43,8 Mio. EUR. Freie Kreditlinien bestehen in einer Gesamthöhe von 40,0 Mio. EUR. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr gesichert.

Zur Finanzierung des Projektes Erzeugung 2030 und den Regelinvestitionen wurden 2019 langfristige Kreditverträge mit einer Gesamtzusage von 255,3 Mio. EUR abgeschlossen. Zur Betriebsmittelfinanzierung wurde ein endfälliges Darlehen über 20,0 Mio EUR abgeschlossen. Zusätzlich wurden 2021 für das Projekt E2030 und für die Regelinvestitionen langfristige Kreditverträge mit einer Gesamtzusage von 109,5 Mio. EUR abgeschlossen. Die Gesamtzusage in Höhe von 384,8 Mio. EUR wurde bis zum 31.12.2023 vollständig abgerufen.

2022 wurde ein Rahmenkreditvertrag über 75 Mio. EUR zur Vorfinanzierung der Investitionen der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH während der Bauphase, bis diese seitens der SE|BS forfaitiert werden, unterzeichnet. Dieser wurde 2024 per 1. Nachtrag auf 50 Mio. EUR reduziert. Hiervon wurden zum 31.12.2025 18,6 Mio. EUR in Anspruch genommen.

Zur Finanzierung der Regelinvestitionen der Jahre 2023 und 2024 wurde 2023 ein langfristiger Kreditvertrag über 66,0 Mio. EUR unterzeichnet und zum 31.12.2024 vollständig abgerufen. Die Finanzierung der Regelinvestitionen des Jahres 2025 soll in 2026 eingeworben werden. Aufgrund der bestehenden Finanzierungsstruktur und der bisherigen Finanzierungserfahrungen wird die Einwerbung der entsprechenden Mittel als sehr wahrscheinlich eingeschätzt. Sollte eine langfristige Finanzierung nicht oder nicht zeitnah abgeschlossen werden können, würde der zwischenzeitliche Finanzierungsbedarf vorübergehend über bestehende Kreditlinien gedeckt.

Die positive Ertragslage und die Eigenkapitalquote von 24,1 % belegen die solide wirtschaftliche Lage von BS|ENERGY. Auf Basis der Liquiditätsplanung der BS|ENERGY Gruppe wird für das Jahr 2026 kein Liquiditätsrisiko gesehen. Maßgebliche Faktoren hierfür sind die geplante Refinanzierung der im Jahr 2025 durchgeführten Investitionen durch langfristige Kreditaufnahme, der Zufluss der ausstehenden KWKG-Fördergelder, der Erhalt des Kohlebonus sowie die verfügbare, bisher nicht in Anspruch genommene Kreditlinie.

Die Rückstellungen machen 12,9 % der Bilanzsumme aus. Die Verbindlichkeiten betragen 58,7 % der Bilanzsumme. Die Verbindlichkeiten konnten im Geschäftsjahr termingerecht beglichen werden.

Im Jahr 2025 investierte BS|ENERGY 33,7 Mio. EUR in Gegenstände des immateriellen Anlagevermögens und in Sachanlagen.

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit waren im Berichtsjahr die Erzeugungsanlagen mit dem Projekt Erzeugung 2030 in Höhe von 14,4 Mio. EUR und die Erneuerung und Erweiterung der Wasser- und Fernwärmeleitungsnetze einschließlich des Zählerbestands mit 9,8 Mio. EUR. Weiterhin wurden in Regelungs- und Umspannungsanlagen 0,2 Mio. EUR sowie in immaterielle Wirtschaftsgüter und für Betriebs- und Geschäftsausstattung 7,4 Mio. EUR investiert. Für Grundstücke und Bauten werden 1,9 Mio. EUR ausgewiesen.

Die Investitionen in Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen übersteigen die Abschreibungen um ca. 61 %.

3.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringerte sich um 47,6 Mio. EUR auf 828,9 Mio. EUR. Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen sind um 12,6 Mio. EUR auf 505,4 Mio. EUR gestiegen. Grund dafür sind im Wesentlichen die Investitionen für das Projekt Erzeugung 2030 und die Erweiterung der Leitungsnetze. Die Finanzanlagen sind um 16,4 Mio. EUR auf 205,5 Mio. EUR gestiegen. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus dem Anstieg der Ausleihungen an verbundenen Unternehmen um 16,6 Mio. EUR. Gegenläufig wirkte die periodisch vorgenommene Abschreibung auf Beteiligungen um 0,3 Mio. EUR.

Der Rückgang der Vorräte um 2,9 Mio. EUR auf 31,3 Mio. EUR ist im Wesentlichen durch die Abnahme der CO₂-Zertifikate um 2,9 Mio. EUR begründet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind um 3,2 Mio. EUR auf 79,9 Mio. EUR gestiegen. Grund hierfür sind im Wesentlichen höhere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die liquiden Mittel liegen mit 0,8 Mio. EUR um 76,5 Mio. EUR unter dem Wert des Vorjahres. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus Investitionsauszahlungen des Jahres 2025, deren langfristige Finanzierung erst im Jahr 2026 eingeworben wird. Darüber hinaus führten Verzögerungen bei der Prüfung der KWK-Zulassungsanträge für die neuen Anlagen zu temporären Effekten aus der noch nicht erfolgten Erstattung der KWKG-Vergütung 2024 sowie des Kohlebonus. Der Wiederzufluss wird mit der Erteilung der Bescheide in 2026 erwartet. Weitere liquiditätsmindernde Effekte ergaben sich insbesondere aus dem Rückkauf von CO₂-Zertifikaten sowie Rückzahlungen im Zusammenhang mit der Energiepreisbremse. Insgesamt verringerte sich das Umlaufvermögen um 76,3 Mio. EUR auf 111,9 Mio. EUR.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten hat sich um 0,4 Mio. EUR auf 6,0 Mio. EUR vermindert.

Das Eigenkapital ist aufgrund einer Einstellung in die Rücklagen um 0,5 Mio. EUR auf 138,4 Mio. EUR gestiegen. Die Eigenkapitalquote hat sich im Geschäftsjahr 2025 auf 24,1 % (Vorjahr 22,7 %) verbessert. Die empfangenen Ertragszuschüsse und Investitionszuschüsse in Höhe von 24,3 Mio. EUR beinhalten vereinnahmte Hausanschluss- und Baukostenzuschüsse sowie Zuschüsse für Wärmenetze nach dem KWKG.

Die Rückstellungen belaufen sich auf 107,3 Mio. EUR. Diese enthalten 1,0 Mio. EUR Pensionsrückstellungen, 6,1 Mio. Steuerrückstellungen und 100,2 Mio. EUR sonstige Rückstellungen. Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehende Rechnungen bezüglich Strombezug in Höhe von 19,2 Mio. EUR und bezüglich Gasbezug in Höhe von 30,9 Mio. EUR sowie Rückstellungen im Zusammenhang mit Emissionsrechten in Höhe von 28,3 Mio. EUR.

Die Verbindlichkeiten verringerten sich um 42,4 Mio. EUR auf 487,0 Mio. EUR. Grund hierfür ist im Wesentlichen die Tilgung langfristiger Kredite. Des Weiteren haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie die sonstigen Verbindlichkeiten in 2025 verringert.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten liegt mit 0,1 Mio. EUR auf dem Vorjahresniveau.

Die passiven latenten Steuern haben sich um 0,5 Mio. EUR auf 10,4 Mio. EUR erhöht.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Bei BS|ENERGY werden für die interne Unternehmenssteuerung die Kennzahlen EBITDA (Jahresergebnis vor Finanzergebnis, Ertragsteuern und Abschreibungen), EBIT (Jahresergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern) und das Finanzergebnis herangezogen.

Das EBITDA ist im Vergleich zum Vorjahr um 6,3 Mio. EUR gesunken und beträgt 64,2 Mio. EUR. Diese Ergebnisverschlechterung ist im Wesentlichen auf die gleichen wirtschaftlichen Effekte zurückzuführen, die bereits Abschnitt 3.1 Ertragslage im Punkt Ergebnisentwicklung ausgeführt wurden. Das niedrigere Niveau des EBITDA spiegelt sich auch im EBIT wider, der sich von 50,7 Mio. EUR auf 43,2 Mio. EUR verringerte. Höhere Abschreibungen vor allem im Erzeugungsbereich für die neuen Anlagen belasten den EBIT.

Das Finanzergebnis hat sich um 0,8 Mio. EUR auf 5,4 Mio. EUR verbessert. Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus einem besseren Ergebnis der BS|NETZ, welches sich insbesondere aus der Auflösung einer gebildeten Rückstellung der Regulierungskonten ergibt.

5. **Angaben nach § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG**

Gem. § 6b Abs. 3 EnWG haben Energieversorgungsunternehmen zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung in ihrer internen Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für jede ihrer Tätigkeiten so zu führen, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätigkeiten von rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden. Bei BS|ENERGY werden Tätigkeitsabschlüsse für die Bereiche Elektrizitätsverteilung, Gasverteilung, Gasspeicherung und Sonstige Aktivitäten aufgestellt. Die sonstigen Aktivitäten erfassen alle Aktivitäten im Zusammenhang mit den Bereichen Fernwärme, Wasser, Öffentliche Beleuchtung und Vertrieb. Das EBITDA in Höhe von 64,2 Mio. EUR (Vj. 70,5 Mio. EUR) wird nahezu vollständig im Bereich der sonstigen Aktivitäten erwirtschaftet.

III. **Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

1. **Prognosebericht**

Im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2026, welcher im November 2025 durch den Aufsichtsrat verabschiedet wurde, erwartet BS|ENERGY für das Jahr 2026 folgende Werte:

- EBITDA 70,2 Mio. EUR
- EBIT 50,8 Mio. EUR
- Finanzergebnis 0,6 Mio. EUR
- Jahresüberschuss von 43,5 Mio. EUR.

Die Gasmarge entwickelt sich gegenüber dem Jahr 2025 auf einem stabilen aber etwas höheren Niveau. Die aktuelle Planung basiert auf der Prämisse einer Normalisierung der Gasmarge. Bereits in den Vorjahren konnte durch die regelmäßige Beschaffung von Gas als Termingeschäfte für 2026 reduzierte Bezugskosten gesichert werden. Durch die bereits durchgeführten Preissenkungen in 2025 nähern wir uns dem Wettbewerb weiter an und erwarten dadurch im Vergleich zu den letzten Jahren einen Rückgang der Kündigungsquote im Privat- und Gewerbekundensegment für Strom und Gas. Zum 01.01.2026 wurden im Strom- und Gasbereich alle Preise für Produkte, die keine Preisgarantien haben, gesenkt. Im Bereich Fernwärme werden die Erlöse anhand einer Preisgleitformel berechnet, die sich an der Preisentwicklung von Gas, CO₂ und Altholz orientiert. Die Marge aus Strom und Wärme wurde im Geschäftsjahr 2025 durch mehrere Effekte negativ beeinflusst. Zu den wesentlichen Faktoren zählen ungünstige Wettereffekte, der ungeplante Ausfall der Gasturbine im Heizkraftwerk Mitte sowie Vorjahreseffekte. Nach jetzigem Kenntnisstand erwarten wir für das kommende Geschäftsjahr eine Stabilisierung der Marge aus Strom und Fernwärme. Die Prognose sieht vor, dass die Marge auf dem Niveau des Vorjahres verbleiben wird, sogar leicht darüber liegt.

Die der Planung zugrunde gelegten Witterungsbedingungen basieren auf der Annahme der Durchschnittstemperaturen der letzten drei Jahre. Die Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft

bleiben unverändert herausfordernd. Die Absatzmengen im Strom- und Gasbereich wurden gegenüber dem Vorjahr neu bewertet und an die aktuellen kontrahierten Mengen des Vertriebes angepasst.

Der Wettbewerbsdruck in Bezug auf Strom- und Gasversorgung wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2026 anhalten. Verschiedene Mitbewerber verfolgen unterschiedliche Beschaffungsstrategien, sowohl kurz- als auch langfristig, die von der etablierten langfristigen Strategie von BS|ENERGY abweichen. Diese Vielfalt an Ansätzen wird die Dynamik im Markt weiterhin prägen und den Wettbewerb aufrechterhalten. BS|ENERGY wird sich daher auch in Zukunft in einem herausfordernden Umfeld behaupten müssen, das von diversen Beschaffungsmodellen und Marktstrategien gekennzeichnet ist. Die Planung verwendet die Marktpreise aller Commodities aus dem Herbst 2025.

Im Wirtschaftsplan sind Revisionen für die neuen Anlagen (Biomasseheizkraftwerk und Gasturbine) als auch die bewährten Anlagen (GuD und HKW Nord) vorgesehen. Die Planung geht von einem störungsfreien Betrieb der KWK-Anlagen aus, ohne signifikante Ausfälle zu berücksichtigen.

Im Jahr 2025 stand weiterhin u.a. die zukünftige Gestaltung der Wärmeversorgung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Gemeinden sind verpflichtet, bis Juni 2026 (Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern) einen Wärmeplan für ihr jeweiliges Gemeindegebiet zu veröffentlichen. Was Stromnetze betrifft, wird die Einführung von Smart Metern an Dynamik gewinnen, da die Installationsanforderungen intensiviert wurden.

Die BS|ENERGY-Gruppe hat hier bereits verschiedene Projekte initiiert, um die zukünftigen Anforderungen frühzeitig identifizieren, bewerten und geeignet proaktiv handeln zu können.

2. Risikobericht

Mit dem von BS|ENERGY gelebten Risikomanagement werden nicht nur die rechtlichen Anforderungen erfüllt, sondern in einem integrierten Risikomanagementansatz frühzeitig potenzielle Risiken identifiziert, um diese effizient steuern zu können. Das dahinterstehende System beinhaltet risikoorientierte Richtlinien, Zuständigkeiten, Analyse- und Bewertungsverfahren sowie Risikokennziffern. Neben der fortlaufenden Beobachtung der Risikolandschaft findet zusätzlich im Rahmen einer Risikoinventarisierung jährlich eine Überprüfung des gesamten Risikoportfolios statt. Die Risikogrundsätze, Prozessorganisation, Risikomessungs- sowie Überwachungsmechanismen umfassen alle Geschäftsbereiche und Tochtergesellschaften und sind in einem unternehmensweiten Risikomanagementhandbuch festgelegt.

Die im Rahmen der Risikoinventur für das Geschäftsjahr 2025 identifizierten 18 Top-Risiken unterliegen einem intensivierten Monitoring-Prozess. Diese wesentlichen Risiken werden aufgrund ihrer Bedeutung kontinuierlich hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und potenziellen Auswirkungen überwacht und analysiert. Durch ein etabliertes quartalsweises Berichtswesen wird eine regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand gewährleistet, um eine zeitnahe Evaluierung der Risikolage sowie die Implementierung erforderlicher Steuerungsmaßnahmen sicherzustellen.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Risiken aus dem Vertrieb sowie dem Portfolio- und Erzeugungsmanagement gelegt. Die damit verbundenen Bereiche Beschaffung, Vermarktung und Verkauf sind aufgrund fortlaufender Marktpreisänderungsrisiken einer ständig wechselnden Risikosituation ausgesetzt. Weiterhin stehen im Zusammenhang mit der Vertriebs- und Portfoliomanagementtätigkeit Volumen-, Liquiditäts- oder auch Bonitätsrisiken im Fokus des Risikomanagements. Zur Steuerung des beschriebenen Risikoumfeldes wurde ein explizites Instrumentarium aufgebaut, welches fortlaufend erweitert wird. Dazugehörige Risikomanagementhandbücher und -leitlinien legen die Regeln und den Handlungsrahmen für alle Prozessbeteiligten fest.

Das Ausfallrisiko von Erzeugungs- und Verteilungsanlagen, verbunden mit langfristigen Ertragseinbußen wird durch umfangreiche Vorsorgemaßnahmen als unwahrscheinlich eingestuft. Anlagenschäden sind durch Maschinenversicherungen abgedeckt. Der Strombezug kann über bestehende Lieferverträge und den Handel sichergestellt werden.

Die Stromerzeugung in den eigenen Kraftwerksanlagen erfolgt seit 2025 sowohl durch den Einsatz des fossilen Brennstoffes Gas als auch mit Altholz. Zur Absicherung der Preisrisiken aus der Brennstoffbeschaffung wird Gas über Forwards und Holz physisch durch unseren Altholzbezugsvertrag, abgestimmt über langfristige Ausschreibungen und Eigenmengen des Lieferanten, beschafft. Zur Sicherung der Marge aus der Eigenerzeugung werden Stromvermarktungsgeschäfte (Forwards) abgeschlossen.

Die Prämissen zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind mit hoher Unsicherheit verbunden. Es bestehen Risiken, die sich aus dem Krieg der USA und Israel gegen den Iran ergeben. Insbesondere ist das Risiko der Eintrübung der wirtschaftlichen Lage zu beachten, in dessen Folge die Kunden des Unternehmens geringere Mengen beziehen werden oder in Zahlungsschwierigkeiten gelangen können.

BS|ENERGY stuft die Auswirkungen des Nahostkonflikts auf die Gewinne in den Bereichen Strom- und Gasvertrieb sowie der Kraftwerksmarge inkl. Wärme für 2026 zum jetzigen Informationsstand als gering ein. Dies begründet sich wie folgt:

BS|ENERGY sichert sowohl die Kraftwerks- als auch Vertriebsmargen langfristig ab und vermeidet für beide Segmente große Short- und/oder Long-Positionen. Etwaige Verbrauchs- sowie Wetterveränderungen, die zu Short- und/oder Longpositionen führen können, fließen in unsere Risikobewertungen und somit Preisbestandteile ein und werden streng überwacht. Die aktuellen Preissprünge sind bisher im Rahmen der angesetzten Risikobewertungen und -Zuschläge.

Des Weiteren ist das BMHKW aufgrund des Einsatzes von Altholz preislich unabhängig von den fossilen Brennstoffmärkten und ist somit resilient gegenüber den aktuellen Preisentwicklungen an den Öl- und Gasmärkten. Zudem zeigen sich die Gaskraftwerks-Spreads relativ rigide gegenüber Marktpreisveränderungen, sofern sich die Preise für Strom, Gas und CO₂ in ähnlichem Maße entwickeln. Diese Korrelation dämpft potenzielle negative Effekte auf die Ertragslage.

Die Kriegshandlungen können ebenfalls die Lieferketten beeinträchtigen und zu längeren Lieferzeiten und steigenden Kosten führen.

Zurzeit sind keine Rechtsstreitigkeiten im Rahmen des Projekts E2030 an- oder rechtshängig – mit Ausnahme eines Schiedsverfahrens gegen die Valmet Technologies Oy als Herstellerin und Lieferantin des Biomassekessels. Alle Anlagen sind durch BS|ENERGY von den Auftragnehmern übernommen worden und die Vertragsverhältnisse werden kaufmännisch abgewickelt. Im Rahmen dieser Abwicklung werden auch etwaige Claims (insb. Nachträge wegen Mehrkosten und Behinderung) der Auftragnehmer im Rahmen des Claimmanagements einschließlich möglicher Gegenansprüche von BS|ENERGY geprüft. Insgesamt besteht hier ein in Relation zu Umfang und Größe des Projektes übliches Risiko in Bezug auf Nachforderungen und daraus ggfs. entstehenden Rechtsstreitigkeiten.

Durch ungewöhnlich warme Wetterperioden in den Herbst- und Wintermonaten können sich für BS|ENERGY im Absatzbereich für Strom, Gas und Wärme Ergebnisrisiken ergeben.

Das Risiko, dass sich aus der aktuellen Wirtschaftssituation der Bundesrepublik ein Anstieg von Zahlungsverzögerungen, Forderungsausfällen bis hin zu Unternehmens- und Privatinsolvenzen führt, besteht weiterhin. Dieses hat sich allerdings im Geschäftsjahr 2025 nicht in der Breite oder in speziellen Branchenzweigen erkennbar stark ausgeprägt.

Im Vergleich zum Vorjahr gab es jedoch einzelne, nicht unwesentliche Forderungsausfälle im Bereich der Individualkundenversorgung, die sich auch auf das Frontjahr auswirken. Da diese Ausfälle unterschiedlichen Wirtschaftssektoren zuzuschreiben sind, lassen sich keine eindeutigen Rückschlüsse auf einzelne gefährdete Branchen ziehen. Es wird weiterhin angestrebt, den Forderungsbestand auf einem stabilen Niveau zu halten und gleichzeitig flexibel auf identifizierte wirtschaftliche Veränderungen reagieren zu können. Präventiv sind Forderungsmanagement und Risikomanagement in regelmäßigem und engem Austausch.

Das hohe Investitionsvolumen in den letzten Jahren führte zu einem signifikanten Refinanzierungsbedarf. Die Finanzierung des Projekts Erzeugung 2030 sowie der Regelinvestitionen bis 2024 wurde bereits durch den Abschluss langfristiger Kreditverträge gesichert. Die Finanzierung der Regelinvestitionen des Jahres 2025 soll in 2026 eingeworben werden. Die Einwerbung wird als sehr wahrscheinlich eingeschätzt. Bis dahin wird der zwischenzeitliche Finanzierungsbedarf über die Kreditlinie gedeckt. Mögliche Verwerfungen an den internationalen Kapitalmärkten können die Beschaffung der Refinanzierungsmittel für zukünftige Investitionen erschweren bzw. verteuern. Eine entsprechende Risikoüberwachung wurde etabliert.

Aufgrund der variablen Verzinsung der Darlehen führen Verwerfungen an den Kapitalmärkten zu einem hohen Zinsrisiko. Die in 2022 erfolgte Zinswende bringt eine deutliche Steigerung der Finanzierungskosten mit sich. Für alle bisher abgerufenen Darlehen wurde jedoch durch den Abschluss

geeigneter Absicherungsinstrumente das Zinsrisiko vollständig eliminiert. Ein Zinsrisiko besteht dementsprechend nur für die Finanzierung zukünftiger Investitionen. Zusätzlich ist die Kreditlinie zur kurzfristigen Betriebsmittelfinanzierung variabel verzinst. Der Rahmenkreditvertrag zur Vorfinanzierung der Investitionen der SE|BS besitzt zwar eine variable Verzinsung, jedoch werden die Zinsen als Bauzeitinsen bei der SE|BS aktiviert und innerhalb der Forfaitierung an die Stadt Braunschweig weiterberechnet, wodurch hier kein Zinsrisiko für die BS|ENERGY oder SE|BS besteht.

Die operative und strategische Steuerung von BS|ENERGY ist maßgeblich von einer komplexen Informationstechnologie abhängig. Im IT-Bereich bestehen Risiken unter anderem durch eine eingeschränkte Systemverfügbarkeit, Datenverlust sowie Cyberangriffe. Zur Begegnung dieser Risiken werden die Systeme mittels verschiedener Schutzmaßnahmen fortlaufend gehärtet.

Wesentliche Finanzinstrumente stellen die kurzfristigen Forderungen, die sonstigen Vermögensgegenstände, die Guthaben bei Kreditinstituten, sowie die kurzfristigen Verbindlichkeiten dar. Risikobehaftet sind jedoch nur die Forderungen aus Lieferung und Leistung. Das Bonitäts- und Ausfallrisiko ergibt sich aus der Gefahr, dass Geschäftspartner ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sind derzeit nicht erkennbar. Finanzderivate werden nur zur Zinssicherung eingesetzt. Im Rahmen des Energiehandels werden ausschließlich physischen Geschäfte auf Basis der erwarteten Mengen getätigt.

Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Stabilität sehen wir uns durch unserer Risikomanagement für die Bewältigung der künftigen Aufgaben gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

3. Chancenbericht

BS|ENERGY ist als regionaler Energieversorger in einem dynamischen Marktumfeld positioniert, das Chancen für das laufende Geschäftsjahr bietet. Volatilen Energiemärkte eröffnen Potenziale zur Margenoptimierung. Günstige Beschaffungspreise für Gas und Strom sowie attraktive Vermarktungsmöglichkeiten zusätzlicher Eigenerzeugungsmengen können zu verbesserten Spreads führen. Die flexiblen Erzeugungsanlagen ermöglichen es, auf günstige Clean Spark Spreads zu reagieren und bei hohen Strompreisen sowie moderaten Brennstoffkosten zusätzliche Deckungsbeiträge zu erzielen. Kalte Witterungsperioden in den Herbst- und Wintermonaten können zudem zu erhöhten Absatzmengen bei Strom, Gas und Wärme führen und die Umsatzerlöse positiv beeinflussen. Die aktuelle Marktsituation bietet auch Chancen zur Gewinnung von Neukunden, insbesondere im Individualkundengeschäft, wodurch Marktanteile ausgebaut werden können. Die hohe Verfügbarkeit der modernisierten Erzeugungsanlagen ermöglicht eine maximale Ausnutzung günstiger Marktphasen.

BS|ENERGY hat in 2022 eine umfassende Neuausrichtung der Unternehmensstrategie beschlossen. Auf der in den vergangenen Jahren geschaffenen starken Geschäftsgrundlage sollen die Chancen des dynamischen Wandels der Energie- und Versorgungswirtschaft aktiv erschlossen und genutzt werden. Hierzu wurden als vier zentrale Handlungsfelder Klimaneutralität, digitale Geschäftsmodelle, Performance und Lebenswerte Stadt & attraktive Arbeit definiert. Aus diesen Handlungsfeldern werden konkrete Ziele und Projekte abgeleitet.

Ein wesentlicher Teil der Strategie stellt die Umsetzung der Strom- und Wärmewende in Braunschweig dar. Im Projekt „Zukunft Fernwärme“ wurde der Transformationsplan Wärme im September 2025 inhaltlich abgeschlossen. Zur Erschließung neuer Wärmequellen erhielt BS|ENERGY zum 01.01.2025 die Aufsuchungserlaubnis für Erdwärme im Feld „Braunschweig V“. Zur Nutzung von Synergien wurden Kooperationen mit Partnern initiiert, um Datenerhebungen zu teilen und Projektentwicklungen voranzutreiben.

Ein weiterer Baustein Richtung Klimaneutralität bleibt der Ausbau der erneuerbaren Energien. Im Bereich der Photovoltaik wird für die geplante Freiflächenanlage am Standort HKW Nord aufgrund veränderter Marktbedingungen die Kombination mit einem Batteriespeicher geprüft. Zur Flexibilisierung des Anlagenparks werden die Planungen für einen Großbatteriespeicher sowie eine Power-to-Heat-Anlage am Standort Mitte konkretisiert.

Im Geschäftskundensegment liegt der Fokus weiterhin auf der Anpassung an volatile Märkte und der Digitalisierung. Damit einher gehen energienahe Dienstleistungen und der Ausbau erfolgreich platzierter Dienstleistungen rund um das Energiedatenmanagement. Dabei sollen neuentwickelte Konzepte der Digitalisierungsagentur entsprechend in die Angebote integriert werden.

Als Kunde für die neue Thüga Abrechnungsplattform (TAP) treibt die Unternehmensgruppe die Modernisierung ihrer Abrechnungsprozesse voran. Das ziel- und kundenorientierte Marketing setzt angesichts des intensiven Wettbewerbs verstärkt auf Maßnahmen zur Kundenbindung sowie Rückgewinnung. Erfolgreiche Ansätze umfassen persönliche Kundenansprachen sowie die Weiterentwicklung digitaler Angebote wie des Kundenportals und auf Künstlicher Intelligenz basierten Chat- und ServiceBots.

Braunschweig, 16.03.2026

Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-Aktiengesellschaft
Vorstand

Jens-Uwe Freitag

Dr. Volker Lang

Sabine Jäger

Braunschweiger Netz GmbH, Braunschweig
Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktiva	31.12.2025		31.12.2024		Passiva	31.12.2025		31.12.2024	
	EUR	EUR	EUR	TEUR		EUR	EUR	TEUR	
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital	270.000,00		270	
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.062.550,00		1.044		II. Kapitalrücklage	85.422.856,81		85.423	
2. Geleistete Anzahlungen	<u>1.339.335,46</u>		<u>808</u>		III. Gewinnrücklagen				
		2.401.885,46	1.852		Andere Gewinnrücklagen	1.050.000,00		1.050	
II. Sachanlagen					IV. Jahresüberschuss	<u>0,00</u>		<u>0</u>	
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.202.909,19		6.577			86.742.856,81		86.743	
2. Technische Anlagen und Maschinen	165.356.962,00		163.981		B. Empfangene Ertragszuschüsse	26.144.595,89		26.158	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.529.725,80		3.517						
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>8.673.018,25</u>		<u>3.945</u>		C. Rückstellungen				
		183.762.615,24	178.020		1. Rückstellungen für Pensionen	375.660,00		420	
		<u>186.164.500,70</u>	<u>179.872</u>		2. Steuerrückstellungen	184.000,00		138	
B. Umlaufvermögen					3. Sonstige Rückstellungen	<u>36.850.128,66</u>		<u>39.091</u>	
I. Vorräte						37.409.788,66		39.649	
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.756.219,95		1.734		D. Verbindlichkeiten				
2. Unfertige Leistungen	<u>2.222.586,32</u>		<u>2.737</u>		1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.042.927,31		3.196	
		3.978.806,27	4.471		2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	75.991.751,66		51.550	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					3. Sonstige Verbindlichkeiten	3.024.210,28		7.305	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	41.550.915,63		27.670		davon aus Steuern EUR 2.060.581,55 (Vj. TEUR 5.740)				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	34.960,28		15			84.058.889,25		62.051	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>2.187.429,80</u>		<u>2.281</u>						
		43.773.305,71	29.966						
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		439.517,93	292						
		<u>48.191.629,91</u>	<u>34.729</u>						
		<u>234.356.130,61</u>	<u>214.601</u>						
						<u>234.356.130,61</u>		<u>214.601</u>	

Braunschweiger Netz GmbH, Braunschweig
Gewinn- und Verlustrechnung für 2025

	EUR	2025 EUR	2024 TEUR
1. Umsatzerlöse	236.052.289,53		208.280
2. Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-514.895,09		-362
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	4.658.673,85		5.347
4. Sonstige betriebliche Erträge	5.354.193,39		14.346
		245.550.261,68	227.611
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	59.108.163,51		52.834
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	74.201.941,41		66.280
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	34.256.620,16		31.471
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 1.876.488,11 (Vj. TEUR 1.783)	9.252.490,89		8.119
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	14.220.679,81		8.843
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	40.596.566,01		49.621
		231.636.461,79	217.168
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon verb. Unternehmen EUR 73.202,50 (Vj. TEUR 34)	73.202,50		34
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon verb. Unternehmen EUR 1.632.960,69 (Vj. TEUR 2.389)	1.685.902,25		2.640
		-1.612.699,75	-2.606
11. Ergebnis nach Steuern		12.301.100,14	7.837
12. Sonstige Steuern		52.711,81	100
13. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		-12.248.388,33	-7.737
14. Jahresüberschuss		0,00	0

Braunschweiger Netz GmbH, Braunschweig

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Braunschweiger Netz GmbH (BS|NETZ) ist Strom- und Gasverteilernetzbetreiber in Braunschweig. Sonstige Aktivitäten umfassen den Betrieb und die Unterhaltung des im Eigentum der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG (BS|ENERGY) stehenden Versorgungsnetzes für Wasser und Informations- und Steuerungstechnik und der Fernwärmeversorgungsanlagen, die Betriebsführung der öffentlichen Beleuchtung, Netzdienstleistungen und übrige Dienstleistungen. Des Weiteren ist die BS|NETZ grundzuständiger Messstellenbetreiber gem. Messstellenbetriebsgesetz (MsbG). Das Leistungsspektrum wird durch Planung, Bau und Instandhaltung von Kundenanlagen ergänzt.

2. Forschung und Entwicklung

Zwischen der BS|NETZ und der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig besteht ein Kooperationsrahmenvertrag zu Forschungs- und Entwicklungszwecken. Schwerpunkt von Forschung und Entwicklung im Netzbetrieb sind die Themengebiete „Netzbelastung durch Einflüsse der Wärme-, Mobilitäts- und Energiewende“ sowie „Intelligente Messsysteme“.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1. Gesamtwirtschaft

Das statistische Bundesamt weist für die deutsche Wirtschaft auch im Jahr 2025 nur ein marginales Wirtschaftswachstum von 0,2 % aus.

Für das Jahr 2026 rechnen die Fachleute des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung allenfalls mit einem geringen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 0,9 %.

Die Inflationsrate des Jahres 2025 liegt nach Daten des Statistischen Bundesamtes mit 2,2 % auf Niveau des Vorjahreswertes. Damit ergibt sich eine Annäherung an den Zielwert der EZB von 2 %.

Für 2026 geht die deutsche Bundesbank von einem leichten Absinken der Inflation auf 2,0 % aus. Jedoch bestehen weiterhin Unsicherheiten, die von verschiedenen Institutionen unterschiedlich bewertet werden.

Vor diesem Hintergrund sind Zinssenkungen der EZB aktuell nicht zu erwarten.

Das Jahr 2025 war weiter gezeichnet durch kriegerische Auseinandersetzungen, insbesondere in der Ukraine, aber auch nach wie vor im Nahen Osten, mit mehreren Krisenherden.

Auch politisch stehen sich die westlichen Industriestaaten teilweise untereinander (USA versus EU) und die wirtschaftlich aufstrebenden Länder in Asien und Lateinamerika zunehmend kritisch gegenüber. Dies hat Auswirkungen auf den internationalen Waren- und Rohstoffhandel, was sich in längeren Lieferzeiten, Zoll-Risiken und teils massiv steigenden Preisen bemerkbar macht.

1.2. Energiebranche

Sowohl im Gas als auch im Strom befinden wir uns 2025 in der 4. Regulierungsperiode. Das Jahr 2025 ist das Basisjahr für die 5. Regulierungsperiode für die Sparte Gas. Hinzu kommen umfangreiche Überarbeitungen im Bereich der Regulatorik, die teilweise im Rahmen von den anstehenden Kostenprüfungen Gas und Strom relevant werden und in den nächsten Regulierungsperioden bereits Wirkung entfalten werden.

Die Themen Wärmewende, Zukunft der Gasnetze, Lastentwicklung und Steuerbarkeit von Stromverteilnetzen werden die Branche weiterhin intensiv beschäftigen. Hinzu kommen Fragen zur regulatorischen Refinanzierbarkeit dieser Aufgaben.

Als Eigentümer und Betreiber kritischer Infrastruktur sowie als Mitgestalter der Energiewende stellen wir uns auch im Jahr 2026 erneut den Herausforderungen und wesentlichen Änderungen, die dieses Jahr auf unser Unternehmen und die Verbraucher zukommen.

2. Geschäftsverlauf

Das Jahr 2025 war unter den zehn wärmsten Jahren seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881, auch wenn sich das Jahr 2025 mit klirrender Kälte verabschiedete. Die zehn wärmsten Jahre liegen alle im 21. Jahrhundert.

Die Umsatzerlöse in der Gasverteilung liegen über den durch die Anreizregulierung genehmigten Beträgen für das Jahr 2025. Auch in der Stromverteilung wurden die durch die Anreizregulierung genehmigten Beträge für das Jahr 2025 deutlich überschritten.

Die Lage des Unternehmens ist nach wie vor geprägt von den Tätigkeiten als Strom- und Gasverteilernetzbetreiber. Die Tätigkeiten für den Betrieb des Versorgungsnetzes Wasser, der Betrieb der Fernwärmeversorgungsanlagen, sowie der Betrieb der öffentlichen Beleuchtungsanlagen gewinnen bei BS|NETZ an Bedeutung. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage als gut bezeichnet werden.

3. Lage

3.1. Ertragslage

Absatzentwicklung

Die Netznutzung in der Stromversorgung im Stadtnetz Braunschweig von 1.054,5 GWh bedeutet eine Senkung um 26,7 GWh gegenüber dem Vorjahr und liegt um ca. 3,6 GWh unter der Absatzplanung 2025. Die Netznutzung in der Gasversorgung von 1.171,9 GWh lag um 47,2 GWh über dem Vorjahr und ebenfalls deutlich über dem kalkulierten Normaljahr.

Umsatzentwicklung

BS|NETZ erwirtschaftete einen Umsatz von 236,1 Mio. EUR. Die Umsatzerlöse aus Netznutzung Strom betragen rd. 124,4 Mio. EUR, aus Netznutzung Gas rd. 38,9 Mio. EUR, aus Betriebsführungsentgelten rd. 11,4 Mio. EUR, aus Netzdienstleistungen rd. 10,6 Mio. EUR und aus sonstigen Erlösen rd. 50,8 Mio. EUR.

Der Umsatz stieg gegenüber dem Vorjahr um 27,8 Mio. EUR. Dieser Anstieg resultiert mit 21,7 Mio. EUR aus den Umsatzerlösen Netznutzung Strom. Die Umsatzerlöse aus Netznutzung Gas stiegen um 5,7 Mio. EUR. Die Erlöse aus Netzdienstleistungen sanken um 5,2 Mio. EUR, die Erlöse aus Betriebsführungsentgelten sanken um 0,9 Mio. EUR, die sonstigen Umsatzerlöse stiegen um 6,5 Mio. EUR.

Der Anstieg der Umsatzerlöse aus Netznutzung Strom ist im Wesentlichen zurückzuführen auf eine erhöhte Erlösobergrenze (EOG) infolge gestiegener vorgelagerter Netzaufwendungen, die Reduzierung einer Rückstellung für entfallene regulatorische Risiken sowie höhere Abrechnungen der Mehr- und Mindermengen.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse aus der Gasnetznutzung ist im Wesentlichen auf ein deutliches Überschreiten der Erlösobergrenze zurückzuführen. Gemäß den Vorschriften des Handelsgesetzbuches war die Zuführung der Rückstellung zum Regulierungskonto nicht in voller Höhe vorzunehmen, weil Mindererlöse aus Vorjahren verrechnet werden konnten. Zusätzlich sind die Abrechnungen der Mehr- und Mindermengen deutlich gesunken.

Im Bereich der sonstigen Umsatzerlöse erhöhen sich im Wesentlichen die Erlöse nach dem KWKG und dem EEG.

Kostenentwicklung

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Anforderungen an Verteilernetzbetreiber im Rahmen der Energiewende ist der durchschnittliche Mitarbeiterbestand gestiegen. Desweiteren verzeichnen die Personalkosten einen signifikanten Anstieg durch die Tarifrunde für den Tarifvertrag Versorgungsbetriebe. Die ab dem 1. Juni 2025 wirksame neue Entgelttabelle sieht eine stufenabhängige Steigerung von 4,7 % bis 7,8 % vor. Diese Erhöhung übersteigt die Refinanzierbarkeit durch die Erlösobergrenzen, welche Kostensteigerungen mit einer Verzögerung von zwei Jahren und lediglich auf Basis des Verbraucherpreisindexes berücksichtigen.

Der Materialaufwand stieg um 14,2 Mio. EUR. Wesentliche Treiber hierfür waren gestiegene vorgelagerte Netzaufwendungen Strom und Gas in Höhe von 7,1 Mio. EUR, gestiegene gesetzliche Umlagen in Höhe von 7,7 Mio. EUR, höhere Aufwendungen aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung Strom und Gas in Höhe von 4,0 Mio. EUR sowie gestiegene Vergütungen aus dem KWKG in Höhe von 2,5 Mio. EUR. Demgegenüber lagen die Aufwendungen für die Beschaffung von Verlustenergie mit 4,2 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert, und der geringere Materialeinsatz für Netzdienstleistungen wirkte kostensenkend.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen stiegen um 5,4 Mio. EUR. Ursächlich hierfür sind die im Rahmen des Festlegungsverfahrens KANU 2.0 vorgenommene Verkürzung der Nutzungsdauern des Gasnetzes sowie die Umstellung des Abschreibungsverfahrens auf die degressive Methode.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 9 Mio. EUR. Hintergrund ist der im Vorjahr erfolgte Ausweis des Kohlebonus für eine Erzeugungsanlage in Braunschweig in Höhe von 10 Mio. EUR, der über die Positionen 'sonstige betriebliche Aufwendungen' und 'sonstige betriebliche Erträge' in der Gewinn- und Verlustrechnung abgebildet wurde.

Ergebnisentwicklung

Das Ergebnis nach Steuern erhöhte sich im Jahr 2025 auf 12.301 TEUR, verglichen mit 7.837 TEUR im Jahr 2024. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung 2025 in Höhe von 12.248 TEUR wurde von BS|ENERGY im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrags übernommen.

Die Stromverteilung trägt infolge des deutlicheren Überschreitens der genehmigten Erlösobergrenze gegenüber dem Jahr 2024 und durch periodenfremde Effekte in Höhe von 2,8 Mio. EUR positiv zur Ergebnisentwicklung bei.

Die Gasverteilung trägt infolge des Überschreitens der Erlösobergrenze gegenüber dem Unterschreiten im Jahr 2024 zu einer deutlichen Ergebnisverbesserung bei.

Des Weiteren entwickelte sich das Drittgeschäft weiterhin sehr positiv.

Das EBIT von 13.861 TEUR im Jahr 2025 liegt mit 4.586 TEUR über dem prognostizierten Ergebnis des Wirtschaftsplans.

Die Abweichungen resultieren i.W. aus den genannten Effekten in der Strom- und Gasverteilung und im Drittgeschäft.

3.2. Finanzlage

Der Gewinnabführungsvertrag wurde zur Herstellung der körperschafts- und gewerbsteuerlichen Organschaft abgeschlossen. Sollte ein Jahresfehlbetrag entstehen, ist die Zahlungsfähigkeit durch die Übernahme des Fehlbetrags gesichert. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird außerdem durch einen Cash-Pooling-Vertrag mit BS|ENERGY gesichert.

Zur Finanzierung der langfristigen Investitionen hat die BS|NETZ im Jahr 2025 zusätzliche Gesellschafterdarlehen in Höhe von 16 Mio. EUR aufgenommen.

Die Investitionen in Höhe von 20.517 TEUR in Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände betreffen in erster Linie Investitionen in das Strom- und Gasnetz. Die Investitionen in die Verteilnetze Wasser und Fernwärme werden vom Netzeigentümer BS|ENERGY beauftragt und aktiviert.

3.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der BS|NETZ beläuft sich auf 234,4 Mio. EUR. Diese setzt sich auf der Aktivseite im Wesentlichen zusammen aus Anlagevermögen in Höhe von 186,2 Mio. EUR, aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von 43,8 Mio. EUR sowie Vorräten in Höhe von 4,0 Mio. EUR.

Die Bilanzsumme der BS|NETZ für das Vorjahr beläuft sich auf 214,6 Mio. EUR. Diese setzt sich auf der Aktivseite im Wesentlichen zusammen aus Anlagevermögen in Höhe von 179,9 Mio. EUR, aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von 30,0 Mio. EUR sowie Vorräten in Höhe von 4,5 Mio. EUR. Die Erhöhung des Anlagevermögens in Höhe von 6,3 Mio. EUR sind bedingt durch Investitionen und gegenläufig die Erhöhung der Abschreibungen durch die Festlegung KANU 2.0. Der Anstieg der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 13,8 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus Forderungen an den Übertragungsnetzbetreiber für die KWK-Förderung einer Erzeugungsanlage in Höhe von 23,9 Mio. EUR. Dieser Erhöhung stehen Reduzierungen der Forderungen aus Netzentgelten gegenüber.

Das Eigenkapital beträgt 86,7 Mio. EUR.

Die Rückstellungen umfassen 37,4 Mio. EUR und beinhalten insbesondere Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 21,4 Mio. EUR sowie Verpflichtungen aus dem Regulierungskonto in Höhe von 12,7 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten neben einem Darlehen in Höhe von 66,6 Mio. EUR weitere Verbindlichkeiten in Höhe von 9,4 Mio. EUR, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen 5,0 Mio. EUR, sonstige Verbindlichkeiten 3,0 Mio. EUR.

Die empfangenen Ertragszuschüsse belaufen sich auf 26,1 Mio. EUR.

Das Eigenkapital im Vorjahr beträgt 86,7 Mio. EUR. Die Rückstellungen der Vorjahresbilanz belaufen sich auf 39,6 Mio. EUR und enthalten insbesondere Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 24,8 Mio. EUR, Verpflichtungen aus dem Regulierungskonto in Höhe von 11,8 Mio. EUR und Rückstellungen für Rückbaumaßnahmen nach dem Konzessionsvertrag in Höhe von 0,4 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten neben einem Darlehen in Höhe von 56,5 Mio. EUR weitere Beträge mit Forderungscharakter in Höhe von 5,0 Mio. EUR. Sonstige Verbindlichkeiten betragen 7,3 Mio. EUR, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 3,2 Mio. EUR. Die empfangenen Ertragszuschüsse betragen 26,2 Mio. EUR.

Die Rückstellungen reduzieren sich zum Vorjahr um 2,2 Mio. EUR, wohingegen sich die Verbindlichkeiten um 22 Mio. EUR erhöhen. Die Rückstellungsreduzierung ist primär aus der Bereinigung der Beträge für Gas-Mehr-Minderungenabrechnung zurückzuführen. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten resultiert aus dem Anstieg der Gesellschafterdarlehen um 10,1 Mio. EUR, aus einer Reduzierung des Cashpooling-Saldos um 13,3 Mio. € und der Bildung einer Verbindlichkeit für die KWK-Förderung einer Erzeugungsanlage in Höhe von 23,9 Mio. EUR.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Bei BS|NETZ wird für die interne Unternehmenssteuerung im Wesentlichen die Kennzahl EBIT (Jahresergebnis vor Zinsergebnis und Ertragsteuern) herangezogen. Das EBIT ist mit 13.861 TEUR im Vergleich zum Vorjahr um 3.518 TEUR gestiegen. Grund für die Verringerung sind die unter Ertragslage beschriebenen Sachverhalte.

5. Angaben nach § 6b Abs. 3 EnWG

Als selbständiger Netzbetreiber ist die BS|NETZ gemäß § 6b Abs. 3 EnWG sowie § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG verpflichtet, zur wirksamen Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung, für die interne Rechnungslegung getrennte Konten für die definierten Unternehmenstätigkeiten zu führen. Dementsprechend erfolgt bei der BS|NETZ eine buchhalterische Trennung für die folgenden Tätigkeiten, die jeweils in der Stadt Braunschweig ausgeführt werden: Elektrizitätsverteilung, Gasverteilung und grundzuständiger Messstellenbetrieb. Übrige Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors und des grundzuständigen Messstellenbetriebs werden als sonstige Tätigkeiten zusammengefasst. Die Einhaltung dieser Trennung wird im Rahmen des Tätigkeitsabschlusses transparent dargelegt.

In der Elektrizitätsverteilung wird ein EBIT in Höhe von 4,0 Mio. EUR erwirtschaftet, nach 2,7 Mio. EUR im Vorjahr, in der Gasverteilung 7,3 Mio. EUR nach 3,1 Mio. EUR im Vorjahr und beim grundzuständigen Messstellenbetrieb – 1,3 Mio. € nach – 0,7 Mio. EUR im Vorjahr. Die sonstigen Tätigkeiten tragen mit 3,9 Mio. EUR nach 5,2 Mio. EUR im Vorjahr zum Ergebnis bei.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Prognosebericht

Für das Wirtschaftsjahr 2026 werden Umsatzerlöse in Höhe von 237,6 Mio. EUR erwartet. BS|NETZ wird unter Berücksichtigung der Planwerte voraussichtlich ein EBIT in Höhe von 11,2 Mio. EUR und einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung von 8,8 Mio. EUR im Wirtschaftsjahr 2026 ausweisen, der nach dem Gewinnabführungsvertrag von BS|ENERGY übernommen wird.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 berücksichtigt die Netzentgelte für Strom und Gas in voller Höhe gemäß der geltenden Regulierungsformel. Dienstleistungen im Drittgeschäft werden unter Einbeziehung aktueller Markteinschätzungen sowie aktueller Vertragsverlängerungen im Bereich der öffentlichen Beleuchtung berücksichtigt. Darüber hinaus fließen sowohl die geplante Erhöhung der Netzdienstleistungen als auch operative Auswirkungen aus Prozessoptimierungen in die Planung ein. Außerordentliche periodenfremde Effekte sind nicht berücksichtigt.

2. Risikobericht

Die BS|NETZ identifiziert, bewertet und analysiert kontinuierlich potenzielle Risiken und definiert entsprechende Risikosteuerungsmaßnahmen. Die gesamte Risikolandschaft wird jährlich im Rahmen einer Risikoinventarisierung vollständig geprüft und mit Hilfe einer festgelegten Monitoring Struktur überwacht. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur wurden 79 Risiken identifiziert, von denen 9 Risiken als TOP-Risiken eingestuft wurden. Folgende Toprisiken wurden identifiziert:

1. **Cyberangriffe auf die Netzleitstelle** – Potenzielle Bedrohungen durch gezielte Cyberattacken, die die Sicherheit und Verfügbarkeit kritischer Infrastruktur gefährden könnten.
2. **Alterung und Verschleiß der Bestandsanlagen** – Langfristige technische Abnutzung sowie veraltete Infrastruktur, die zu Leistungs- und Sicherheitsrisiken führen können.
3. **Beschaffungsrisiko bei Baumaterialien** – Mögliche Mängel in der Materialbeschaffenheit infolge der weltweiten Knappheit
4. **Risiken im Zusammenhang mit Bautätigkeiten** – Beschädigung von eigenen oder externen Betriebsmitteln oder auch Unfälle durch Bautätigkeiten
5. **Verletzung der Bilanzkreistreue** – Risiken im Zusammenhang mit der Einhaltung regulatorischer Vorgaben zur Bilanzkreisbewirtschaftung, die zu finanziellen oder rechtlichen Konsequenzen führen können.
6. **Versicherungsrisiken** – Deckungslücken in Versicherungspolicen, die im Schadensfall zu erheblichen finanziellen Belastungen führen könnten.
7. **Steuer- und Betriebsprüfungsrisiken** – Mögliche Nachforderungen im Rahmen von Steuer- und Betriebsprüfungen, die zu finanziellen oder reputativen Schäden führen.

8. **Ausfall von Forderungen aus Netzentgelten** – Zahlungsausfälle oder Verzögerungen bei der Realisierung von Netzentgeltforderungen, die die Liquidität und Finanzplanung beeinträchtigen.
9. **Investitionsrisiken** – Unsicherheiten im Zusammenhang mit geplanten Investitionen, insbesondere die Nichtausschöpfung der Investitionsbudgets

Die Prämissen zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind mit hoher Unsicherheit verbunden. Es bestehen Risiken, die sich aus dem Krieg der USA und Israel gegen den Iran ergeben. Insbesondere ist das Risiko der Eintrübung der wirtschaftlichen Lage zu beachten, in dessen Folge die Kunden des Unternehmens geringere Mengen beziehen werden oder in Zahlungsschwierigkeiten gelangen können. Zudem ist mit einem deutlichen Anstieg der Beschaffungspreise für Verlustenergie zu rechnen. Die Kriegshandlungen können ebenfalls die Lieferketten beeinträchtigen und zu längeren Lieferzeiten und steigenden Kosten führen. Erlösminderungen infolge von Mengenabweichungen kann die BS|NETZ über das Regulierungskonto in zukünftigen Jahren ausgleichen.

Die Risiken werden kontinuierlich überwacht, bewertet und durch gezielte Maßnahmen gesteuert, um die Stabilität, Sicherheit und Zukunftsfähigkeit unseres Unternehmens zu gewährleisten.

Wesentliche Finanzinstrumente stellen die kurzfristigen Forderungen, die sonstigen Vermögensgegenstände, die Guthaben bei Kreditinstituten, sowie die kurzfristigen Verbindlichkeiten dar. Risikobehaftet sind jedoch nur die Forderungen aus Lieferung und Leistung. Das Bonitäts- und Ausfallrisiko ergibt sich aus der Gefahr, dass Geschäftspartner ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sind derzeit nicht erkennbar.

Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Stabilität sehen wir uns durch unser Risikomanagement für die Bewältigung der künftigen Aufgaben gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

3. Chancenbericht

Die forcierte mittelfristige, vollständige Digitalisierung der Zählerdatenerfassung über alle Sparten (beginnend im Strombereich) im Zuge des Projekts Smart Meter Rollout schafft die Chance auf eine deutliche Steigerung der Prozesseffizienz und damit verbundene, höhere Kostensenkungen als geplant in der Datenverarbeitung und -verwaltung.

Die umfassende Anpassung der Ablauforganisation durch Prozessanalysen, die Reduzierung von Schnittstellen sowie die Bereitstellung von schnellen Self-Service-Portalen (für Hausanschlüsse, Messwesen und Inbetriebnahmen wie PV-Anlagen) bergen das Potenzial für eine signifikante Reduzierung des administrativen Aufwands und die Erzielung nachhaltiger Effizienzgewinne.

Durch die Einführung eines Mechanismus zur permanenten Analyse der Prozesskosten zur Kompensation reduzierter Refinanzierungsmöglichkeiten besteht die Chance, Einsparpotenziale schneller und umfassender zu realisieren.

Der steigende Digitalisierungsdruck erfordert im Hinblick auf die wachsende Vernetzung von IT-Systemen und technischen Anlagen höchste Standards bei Datenqualität,

Schnittstellenstandardisierung und sicheren Kommunikationswegen, legt damit die Grundlage für eine nachhaltige Steigerung der Prozesseffizienz und kann zu weiteren Kostenvorteilen in zukünftigen Perioden führen.

Die strategisch angestrebte Weiterentwicklung des Drittgeschäfts der BS|NETZ bietet die Chance, den Ergebnisbeitrag aus nicht regulierten Tätigkeiten stärker als prognostiziert zu steigern.

Braunschweig, 16.03.2026

Braunschweiger Netz GmbH

Die Geschäftsführung

Kai-Uwe Rothe

Jan Gasten

*Betreff:***Braunschweig Beteiligungen GmbH****1. Jahresabschluss 2025 der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG -
Entlastung der Geschäftsführung****2. Jahresabschluss 2025 der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG -
Verwendung des Bilanzgewinns -Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

22.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

1. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG folgenden Beschluss zu fassen:
 - Der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG als Geschäftsführerin der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.
2. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Hauptversammlung der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG folgende Beschlüsse zu fassen:
 - Dem Vortrag des Bilanzgewinns in Höhe von 489.100,26 € auf neue Rechnung wird zugestimmt.

Dem Aufsichtsrat und den Mitgliedern des Vorstandes wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.

Sachverhalt:

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) unterliegt die Stimmabgabe in Gesellschafter- und Hauptversammlungen anderer Unternehmen, an denen die Gesellschaft mit mehr als 25 % beteiligt ist, der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziff. 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

1. Unter Hinweis auf die zur Beratung über den Jahresabschluss 2025 der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG vorliegende Vorlage (Drucksache 26-28758) wird Entlastung empfohlen.

2. Der Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG hat in seiner Sitzung am 21. April 2026 den Jahresabschluss 2025 der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG beraten und festgestellt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgte durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH, die am 18. März 2026 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat.

Die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG hat im Geschäftsjahr 2025 einen Jahresüberschuss von 49.300,77 € erzielt. Die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG wurde am 31. Mai 2005 von der Veolia Stadtwerke Braunschweig Beteiligungs-GmbH und der SBBG gegründet und ist einzige Komplementärin (persönlich haftende Gesellschafterin) der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (ohne Einlage, ohne Festkapitalanteil und ohne Stimmrecht). Sie nimmt keine über die Geschäftsführung und die Stellung des Aufsichtsrates hinausgehende operative Tätigkeit wahr.

Mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr sowie der Einstellung in die gesetzliche Rücklage wird ein Bilanzgewinn in Höhe von 489.100,26 € ausgewiesen. Nach § 18 der Satzung der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG ist der Bilanzgewinn – soweit gesetzlich zulässig – auszuschütten, es sei denn, dass durch einstimmigen Hauptversammlungsbeschluss eine andere Ergebnisverwendung beschlossen wird. Der Hauptversammlung soll vorgeschlagen werden, den Bilanzgewinn in Höhe von 489.100,26 € auf neue Rechnung vorzutragen. Es wird Zustimmung zu diesem Vorschlag empfohlen.

Unter Hinweis auf diese Ausführungen wird weiterhin empfohlen, dem Aufsichtsrat und den Mitgliedern des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung zu erteilen.

Geiger

Anlage/n:

- 1 - BVVAG Bilanz 2025 (öffentlich)
- 2 - BVVAG GuV 2025 (öffentlich)

Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-Aktiengesellschaft, Braunschweig
Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktiva	31.12.2025		31.12.2024		Passiva	31.12.2025		31.12.2024	
	EUR	EUR	EUR	TEUR		EUR	EUR	EUR	TEUR
Umlaufvermögen					A. Eigenkapital				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital	1.600.000,00			1.600
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.502.560,19		2.563		II. Gewinnrücklagen				
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>37.365,10</u>		<u>10</u>		Gesetzliche Rücklage	25.742,14			24
	2.539.925,29		2.573		III. Bilanzgewinn	<u>489.100,26</u>			<u>442</u>
II. Guthaben bei Kreditinstituten	7.005,39		9			2.114.842,40			2.066
	<u>2.546.930,68</u>		<u>2.582</u>		B. Rückstellungen				
					1. Steuerrückstellungen	10.954,73			25
					2. Sonstige Rückstellungen	<u>335.183,00</u>			<u>320</u>
						346.137,73			345
					C. Verbindlichkeiten				
					1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	575,52			1
					2. Sonstige Verbindlichkeiten	85.375,03			170
					davon aus Steuern EUR 85.375,03 (Vj. TEUR 70)				
						85.950,55			171
	<u>2.546.930,68</u>		<u>2.582</u>			<u>2.546.930,68</u>			<u>2.582</u>

Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-Aktiengesellschaft, Braunschweig
Gewinn- und Verlustrechnung für 2025

	EUR	2025 EUR	2024 TEUR
1. Umsatzerlöse	1.681.936,75		1.617
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>4.011,25</u>		<u>0</u>
		<u>1.685.948,00</u>	<u>1.617</u>
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.425.597,52		1.397
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 2.018,69 (Vj. TEUR 0)	3.625,94		2
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>222.803,17</u>		<u>190</u>
		<u>1.652.026,63</u>	<u>1.589</u>
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	35.902,60		69
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 35.902,60 (Vj. TEUR 69)			
		<u>35.902,60</u>	<u>69</u>
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		20.523,20	<u>28</u>
7. Ergebnis nach Steuern		49.300,77	69
8. Jahresüberschuss		<u>49.300,77</u>	<u>69</u>
9. Gewinnvortrag aus Vorjahr		442.264,53	377
10. Einstellungen in die gesetzliche Rücklage		<u>-2.465,04</u>	<u>-4</u>
11. Bilanzgewinn		<u>489.100,26</u>	<u>442</u>

Betreff:

Braunschweig Beteiligungen GmbH
Feststellung des Jahresabschlusses 2025 und des Konzernabschlusses 2025

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

22.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss 2025 wird festgestellt. Er enthält einen Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 41.280.413,88 € und weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 0,00 € aus.
2. Der Konzernabschluss 2025 wird festgestellt. Er enthält einen Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 41.280.413,88 € und weist einen Konzernbilanzgewinn in Höhe von 9.119.795,55 € aus.

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin der BSBG. Gemäß § 12 Ziffer 1 Buchstabe a) des Gesellschaftsvertrages der BSBG obliegt die Feststellung des Jahres- und des Konzernabschlusses der Entscheidung BSBG die Gesellschafterversammlung der BSBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA).

Zuvor bedürfen der Jahresabschluss und dessen Prüfung sowie der Konzernabschluss und dessen Prüfung gemäß § 11 Abs. 3 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages der BSBG der Beratung im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat der BSBG wird den Jahresabschluss 2025 sowie den Konzernabschluss 2025 in seiner Sitzung am 29. April 2026 beraten. Sofern der Gesellschafterversammlung die Feststellung nicht empfohlen werden sollte, wird in der Sitzung des FPDA entsprechend berichtet.

Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses 2025 erfolgte durch die PKF Fasselt Partnerschaft mbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 24. März 2026 erteilt.

1. Braunschweig Beteiligungen GmbH

Die BSBG schließt das Geschäftsjahr 2025 mit einem Verlust in Höhe von 41.280 T€ ab, der

von der Gesellschafterin Stadt Braunschweig ausgeglichen wurde. Gegenüber der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2025 ergibt sich ein um 911 T€ geringerer Verlustausgleichsbedarf.

Folgende Tabelle zeigt die Ergebnisentwicklung der Jahre 2024 und 2025 sowie die Planzahlen 2026:

Angaben in T€	Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
Betriebsergebnis BSBG *	-469	-920	-531	-947
<u>Erträge aus Beteiligungen</u>				
Brg. Versorgungs-AG & Co. KG	11.420	11.300	10.049	10.944
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Brg.**	1.411	1.097	1.267	1.500
Hafenbetriebsgesellschaft Brg. mbH	331	296	305	300
Kraftverkehr Mundstock GmbH	783	189	231	186
<u>Aufwendungen aus Verlustübernahmen</u>				
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	-36.130	-38.102	-37.333	-40.065
Brg. Veranstaltungssätten GmbH	-6.170	-6.499	-5.794	-6.404
Stadtbad Brg. Sport und Freizeit GmbH	-8.404	-9.043	-9.047	-10.562
Beteiligungsergebnis	-36.759	-40.762	-40.322	-44.101
Zins/Finanzergebnis	-139	-282	-163	-603
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-15	-177	-209	-189
Ergebnis nach Steuern	-37.382	-42.141	-41.225	-45.840
Sonstige Steuern	-59	-50	-55	-54
Jahresergebnis	-37.441	-42.191	-41.280	-45.894
Erträge aus Verlustübernahme	37.441	42.191	41.280	45.894
Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

* ohne sonstige Steuern

** Ausschüttungen erfolgen um ein Jahr zeitversetzt, da kein Ergebnisabführungsvertrag besteht.

Das Jahresergebnis der BSBG setzt sich aus dem eigenen Betriebsergebnis, dem Beteiligungsergebnis, in dem die auf die BSBG entfallenden Ergebnisbestandteile ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften enthalten sind, dem Zins-/Finanzergebnis sowie den Steuern zusammen.

Die BSBG selbst erzielt im Wesentlichen Erlöse aus der Vermietung von Gebäuden sowie der Erbringung von Dienstleistungen im Bereich des Finanz- und Rechnungswesens für andere Konzerngesellschaften. Das eigene operative Ergebnis der BSBG verbessert sich gegenüber der Planung um 380 T€. Die Verbesserung resultiert aus Einsparungen in allen Bereichen, insbesondere dem Materialaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Das Beteiligungsergebnis beläuft sich auf -40.322 T€ und fällt damit um 440 T€ besser aus als ursprünglich geplant. Eine um 170 T€ höhere Dividende der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (Niwo) auf Basis der bestehenden Vereinbarung über die Ergebnisverwendung, die erhöhte Gewinnabführung Kraftverkehr Mundstock GmbH (KVM) in Höhe von 42 T€, der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (HBG) in Höhe von 9 T€ sowie die geringeren Verlustausgleichsbedarfe der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) in Höhe von 769 T€, der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH (BSVS) in

Höhe von 705 T€ können die geringere Gewinnausschüttung der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BVAG) in Höhe von 1.251 T€ und den erhöhten Verlustausgleichsbedarf der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (Stadtbad GmbH) in Höhe von 4 T€ kompensieren.

Hinsichtlich der Ergebnisentwicklungen der Beteiligungsgesellschaften wird auf die Ausführungen in den jeweiligen Beschlussvorlagen zur Feststellung der Jahresabschlüsse verwiesen. Die entsprechenden Beschlussvorlagen zur Stimmbindung der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der BSBG zur Feststellung der Jahresabschlüsse der Niwo (Drucksache 26-28645), der HBG (Drucksache 26-28735), der KVM (Drucksache 26-28755), der BSVG (Drucksache 26-28752), der BSVS (Drucksache 26-28750), der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (Drucksache 26-28758) und der Stadtbad GmbH (Drucksache 26-28748) werden ebenfalls zur Sitzung des FPDA am 30. April 2026 vorgelegt.

Das Zins-/Finanzergebnis beläuft sich auf -163 T€ und fällt damit um 119 T€ besser aus als geplant. Ursächlich hierfür ist eine gegenüber der Planung verbesserte Liquiditätssituation der Gesellschaft, wodurch nicht nur der Zinsaufwand im Vergleich zur Planung reduziert werden konnte, sondern auch zusätzliche Zinserträge generiert werden konnten.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag liegen mit -209 T€ rund 32 T€ über dem Niveau des geplanten Wertes (-177 T€). Dies ist insbesondere auf das gegenüber der Planung verbesserten Immobilienergebnisses zurückzuführen.

Die sonstigen Steuern in Höhe von 55 T€ beinhalten im Wesentlichen Grundsteuern.

Die Bilanzsumme der BSBG zum 31. Dezember 2025 beträgt 107,7 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (107,5 Mio. €) um 0,2 Mio. € erhöht.

Auf der Aktivseite ist das Anlagevermögen um 90 T€ auf 91,4 Mio. € gesunken. Der Wert des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände ist gegenüber dem Vorjahr um 1 T€ auf 587 T€ gestiegen. Investitionen sind in Höhe von 52 T€ (Vorjahr 42 T€) getätigt worden. Demgegenüber stehen planmäßige Abschreibungen in Höhe von 42 T€. Die Finanzanlagen haben um 91 T€ reduziert. Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen sind im Jahr 2025 vollständig getilgt worden (-222 T€) und übersteigen die Einstellungen in die (Gewinn-)Rücklagen einer Beteiligung (131 T€) und die damit verbundene Erhöhung des Beteiligungsbuchwertes.

Das Umlaufvermögen hat gegenüber dem Vorjahr um 323 T€ zugenommen und weist nun einen Wert von 16,3 Mio. € auf. Trotz Rückgängen bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen (-1,7 Mio. €), Beteiligungsunternehmen (-0,8 Mio. €) und dem Bankguthaben (-0,2 Mio. €) – primär bedingt durch geringere Gewinnabführungen und Verlustausgleiche – stieg das Umlaufvermögen insgesamt leicht an. Grund hierfür ist der deutliche Zuwachs bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+3,0 Mio. €), der vor allem aus höheren Steuerforderungen resultiert.

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital auf 65,9 Mio. € (Vorjahr 63,9 Mio. €) gestiegen. Ursächlich für den Anstieg sind Einzahlungen in die Kapitalrücklage durch die Stadt Braunschweig in Höhe von 552 T€ zum Ausgleich der Liquiditätslücke, die aus Thesaurierungen von Gewinnen in der BVAG resultieren. Zur Tilgung von langfristigen Darlehen wurden darüber hinaus 1,5 Mio. € seitens der Gesellschafterin in die Kapitalrücklage eingezahlt. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 61,2 % (Vorjahr: 59,4 %).

Die Verbindlichkeiten sanken um 1,9 Mio. € auf insgesamt 37,4 Mio. €. Maßgeblich hierfür waren Darlehenstilgungen bei Kreditinstituten (-1,9 Mio. €) sowie reduzierte Rückzahlungen an die Stadt Braunschweig (-2,5 Mio. €). Ein gegenläufiger Anstieg bei den verbundenen

Unternehmen (+2,5 Mio. €), bedingt durch die umsatzsteuerliche Organschaft, gleich diese Abnahmen teilweise wieder aus.

2. Braunschweig Beteiligungen GmbH - Konzern

Neben dem Jahresabschluss der BSBG ist auch ein Konzernabschluss aufzustellen. In dem Konzernabschluss 2025 sind die BSBG, die BSVG, die Stadtbad GmbH, die BSVS, die KVM, die Peiner Verkehrsgesellschaft mbH (PVG) sowie die HBG als verbundene Unternehmen vollkonsolidiert. Als assoziierte Unternehmen wurden die BVAG und die Niwo einbezogen. Wegen untergeordneter Bedeutung wurde die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG (BVVAG) nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Umsatzerlöse im Konzern sind auf 83,8 Mio. € gestiegen (Vorjahr 78,8 Mio. €). Der Materialaufwand liegt mit 40,4 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert von 40,3 Mio. €. Der Personalaufwand beträgt 71,8 Mio. € (Vorjahr 67,3 Mio. €). Die Abschreibungen liegen mit einem Betrag von 15,8 Mio. € leicht über dem Niveau des Vorjahres von 15,5 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 14,8 Mio. € (Vorjahr 13,9 Mio. €). Die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen weisen einen Wert von 12,4 Mio. € (Vorjahr 13,1 Mio. €) auf. Der Zinsaufwand ist mit einem Betrag von 6,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (6,8 Mio. €) gesunken.

Der Konzernjahresfehlbetrag 2025 vor Verlustübernahme beträgt 39,6 Mio. € (Vorjahr 37,8 Mio. €). Unter Berücksichtigung des im Jahr 2025 erfolgten Verlustausgleichs der Stadt Braunschweig für die BSBG in Höhe von 41,3 Mio. € ergibt sich ein Konzernjahresüberschuss in Höhe von 1,7 Mio. €. Mit dem bestehenden Konzerngewinnvortrag von 6,7 Mio. € und den Verlustausgleichszahlungen anderer Gesellschafter – hier der Stadt Braunschweig für die gehaltenen Gesellschaftsanteile an der BSVS und der Stadtbad GmbH – in Höhe von 0,8 Mio. € ergibt sich ein Konzernbilanzgewinn in Höhe von 9,1 Mio. €.

Die Konzernbilanzsumme zum 31. Dezember 2025 beträgt 376,6 Mio. € und ist somit gegenüber dem Vorjahr (370,2 Mio. €) gestiegen. Weitere Einzelheiten hierzu ergeben sich aus Textziffer 2.5.2 des beigefügten Lageberichts.

Geiger

Anlage/n:

- 1 - BSBG Bilanz 2025 (öffentlich)
- 2 - BSBG Gewinn- und Verlustrechnung 2025 (öffentlich)
- 3 - BSBG Konzernbilanz 2025 (öffentlich)
- 4 - BSBG Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 2025 (öffentlich)
- 5 - BSBG Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern 2025 (öffentlich)

Braunschweig Beteiligungen GmbH

Bilanz zum 31. Dezember 2025

AKTIVA	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.239,00	7.972,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	528.748,68	558.616,34
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.936,00	19.083,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	40.475,27	0,00
	582.159,95	577.699,34
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	27.310.213,39	27.310.213,39
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	222.526,59
3. Beteiligungen	63.471.623,96	63.341.103,96
	90.781.837,35	90.873.843,94
	91.369.236,30	91.459.515,28
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	480.721,85	2.216.571,27
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.816.408,38	10.649.151,82
3. Sonstige Vermögensgegenstände	6.054.342,56	3.005.284,31
	16.351.472,79	15.871.007,40
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.365,53	160.842,34
	16.354.838,32	16.031.849,74
C. Rechnungsabgrenzungsposten	18.501,08	16.294,37
	107.742.575,70	107.507.659,39

PASSIVA	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	32.724.000,00	32.724.000,00
II. Kapitalrücklage	32.257.207,09	30.205.007,09
III. Gewinnrücklagen	949.059,99	949.059,99
	65.930.267,08	63.878.067,08
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen	3.664.145,00	3.842.144,00
2. Steuerrückstellungen	579.835,00	370.835,00
3. Sonstige Rückstellungen	204.294,00	162.370,00
	4.448.274,00	4.375.349,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.265.189,73	21.128.082,48
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	74.167,39	58.595,42
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.520.538,26	1.060.303,08
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	2.468.089,81	4.969.866,05
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	681,32
6. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: 32.621,63 EUR (Vj. 28 TEUR)	12.034.121,63	12.034.846,66
	37.362.106,82	39.252.375,01
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.927,80	1.868,30
	107.742.575,70	107.507.659,39

Braunschweig, den 24. März 2026


 Markus Schlimme

Braunschweig Beteiligungen GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	2025 EUR	2024 EUR
1. Umsatzerlöse	1.875.535,69	1.673.785,08
2. Sonstige betriebliche Erträge	34.714,28	64.425,04
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	164.478,13	120.385,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	269.551,76	240.020,30
	<u>434.029,89</u>	<u>360.405,30</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	886.626,44	830.413,75
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 240.569,17 EUR (Vj. 102 TEUR)	437.717,88	290.769,64
	<u>1.324.344,32</u>	<u>1.121.183,39</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	42.369,94	39.855,84
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	641.034,48	685.997,33
7. Erträge aus Beteiligungen	11.316.419,31	12.830.639,89
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	536.139,52	1.114.116,31
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen: 1.334,69 EUR (Vj. 3 TEUR)	1.352,33	3.547,07
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	337.236,86	621.408,75
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	52.174.411,76	50.703.886,58
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung: 24.015,00 EUR (Vj. 46 TEUR)	502.067,22	763.832,07
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	<u>209.000,00</u>	<u>14.647,54</u>
14. Ergebnis nach Steuern	-41.225.859,62	-37.381.885,91
15. Sonstige Steuern	54.554,26	59.239,86
16. Erträge aus Verlustübernahme	<u>41.280.413,88</u>	<u>37.441.125,77</u>
17. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Braunschweig, den 24. März 2026



 Markus Schlimme

Braunschweig Beteiligungen GmbH

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025

AKTIVA	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	904.439,31	737.721,03
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	298.758,20
	<u>904.439,31</u>	<u>1.036.479,23</u>
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	84.336.853,01	68.000.319,37
2. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	50.005.214,00	53.887.888,64
3. Fahrzeuge für den Personenverkehr	56.802.642,00	48.355.433,00
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	10.820.067,13	6.990.712,12
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.313.469,31	9.636.511,52
6. Geleistete Anzahlung und Anlagen im Bau	26.280.366,14	34.781.698,17
	<u>237.558.611,59</u>	<u>221.652.562,82</u>
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	76.713.493,11	75.459.148,65
2. Sonstige Beteiligungen	420.321,92	420.321,92
	<u>77.133.815,03</u>	<u>75.879.470,57</u>
	315.596.865,93	298.568.512,62
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.912.921,28	3.720.831,34
2. Unfertige Leistungen	219.054,26	8.940,29
3. Waren	152.637,48	149.928,09
	<u>4.284.613,02</u>	<u>3.879.699,72</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.384.406,11	8.912.163,23
2. Forderungen gegen Gesellschafter	14.042.827,99	28.817.241,38
3. Forderungen gegen assoziierte Unternehmen	9.816.408,38	10.649.151,82
4. Sonstige Vermögensgegenstände	8.183.954,74	5.107.336,48
	<u>44.427.597,22</u>	<u>53.485.892,91</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
	<u>12.086.299,96</u>	<u>14.155.146,31</u>
	60.798.510,20	71.520.738,94
c. Rechnungsabgrenzungsposten		
1. Sonstige Abgrenzungsposten	170.085,67	137.043,50
	<u>376.565.461,80</u>	<u>370.226.295,06</u>

PASSIVA	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	32.724.000,00	32.724.000,00
II. Kapitalrücklage	32.257.207,09	30.205.007,09
III. Gewinnrücklagen	17.748.532,22	17.748.532,22
IV. Konzernbilanzgewinn	9.119.795,55	6.668.628,02
V. nicht beherrschende Anteile	664.072,90	664.301,70
	<u>92.513.607,76</u>	<u>88.010.469,03</u>
B. Sonderposten für Zuwendungen	3.020.302,27	3.339.537,10
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.608.409,00	5.121.616,00
2. Steuerrückstellungen	1.101.876,89	586.511,29
3. Sonstige Rückstellungen	15.849.468,00	16.316.565,53
	<u>21.559.753,89</u>	<u>22.024.692,82</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	110.595.269,66	119.609.487,51
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	19.093.019,29	16.191.634,11
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	27.749.236,37	31.678.444,81
4. Verbindlichkeiten gegenüber assoziierten Unternehmen	0,00	681,32
5. Sonstige Verbindlichkeiten; davon aus Steuern: 473.838,28 EUR (Vj. 426 TEUR) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 28.821,30 EUR (Vj. 32 TEUR)	98.496.044,67	85.978.424,16
	<u>255.933.569,99</u>	<u>253.458.671,91</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.538.227,89	3.392.924,20
	<u>376.565.461,80</u>	<u>370.226.295,06</u>

Braunschweig, den 24. März 2026



 Markus Schlimme

Braunschweig Beteiligungen GmbH

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	2025 EUR	2024 EUR
1. Umsatzerlöse	83.812.425,50	78.762.353,35
2. Erhöhung (+)/Minderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	210.113,97	-6.805,05
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	770.859,20	904.941,73
4. Sonstige betriebliche Erträge	11.600.064,96	10.507.246,20
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	16.849.613,89	16.796.484,83
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	23.526.240,55	23.489.935,86
	<u>40.375.854,44</u>	<u>40.286.420,69</u>
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	55.726.384,56	52.985.733,17
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung; davon für Altersversorgung: 3.381.196,68 EUR (Vj. 2.939 TEUR)	16.059.881,93	14.346.426,53
	<u>71.786.266,49</u>	<u>67.332.159,70</u>
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	15.775.135,14	15.536.630,17
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.758.372,77	13.920.551,21
9. Erträge aus Beteiligungen	300,00	267.005,00
10. Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	12.439.943,77	13.151.526,02
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	17,64	156,15
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus Abzinsung: 6.646,00 EUR (Vj. 7 TEUR)	1.734.819,19	3.189.454,30
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	395,17
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung: 36.009,00 EUR (Vj. 62 TEUR)	6.289.878,92	6.811.883,92
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	752.274,00	199.065,93
16. Ergebnis nach Steuern	-39.169.237,53	-37.311.229,09
17. Sonstige Steuern	459.511,42	509.356,25
18. Erträge aus Verlustübernahme	41.280.413,88	37.441.125,77
19. Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	1.651.664,93	-379.459,57
20. Konzerngewinn-/verlustvortrag	6.668.628,02	6.262.627,23
21. auf nicht beherrschende Anteile entfallender Verlust	799.502,60	785.460,36
22. Konzernbilanzgewinn	9.119.795,55	6.668.628,02

Braunschweig, den 24. März 2026



Markus Schlimme

Anlage 4

Braunschweig Beteiligungen GmbH, Braunschweig

Zusammengefasster Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2025

1. Organisation und Geschäftstätigkeit

Die Braunschweig Beteiligungen GmbH ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadt Braunschweig und fungiert zugleich als Obergesellschaft eines Konzerns. Zum Konzernkreis zählen die Braunschweiger Verkehrs-GmbH sowie die Kraftverkehr Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, an denen jeweils hundertprozentige Beteiligungen bestehen. Darüber hinaus gehört die Peiner Verkehrsgesellschaft mbH als Tochterunternehmen der Kraftverkehr Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zum Konzern.

Weiterhin hält die Braunschweig Beteiligungen GmbH Beteiligungen von jeweils knapp 95 % an der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH, der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit Gesellschaft mit beschränkter Haftung sowie der Hafendienstleistungs-Gesellschaft Braunschweig mbH. Wesentliche Beteiligungen bestehen außerdem an der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (25,1 %) sowie an der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (49 %).

Ein Aufgabenschwerpunkt der Gesellschaft war auch im Geschäftsjahr 2025 das Beteiligungsmanagement. Die entsprechenden Aufgabenfelder wurden wie in den Vorjahren in enger Abstimmung mit dem Fachbereich Finanzen der Stadt Braunschweig wahrgenommen.

Die Braunschweig Beteiligungen GmbH erbrachte im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen laufend Dienstleistungen, vor allem im Bereich des Finanz- und Rechnungswesens, für andere Konzerngesellschaften. Überdies engagiert sich die Gesellschaft in der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Konzern Stadt Braunschweig.

Darüber hinaus besitzt die Braunschweig Beteiligungen GmbH Gewerbeimmobilien an den Standorten Taubenstraße 7 - 8, Wilhelmstraße 62 - 71 und Neue Knochenhauerstraße 5 sowie einige Grundstücke, für die ein Erbbaurecht ausgegeben ist.

Im Konzern Braunschweig Beteiligungen GmbH werden zahlreiche Aufgaben der Daseinsvorsorge bzw. von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse wahrgenommen. Dazu gehören insbesondere die Durchführung des ÖPNV in Braunschweig, der Betrieb eines Hafens, die Bereitstellung von Veranstaltungsstätten sowie der Betrieb von Frei- und Hallenbädern. Durch zwei Minderheitsbeteiligungen werden die Energieversorgung und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum in Braunschweig sichergestellt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Geschäftsverlauf und Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2025 wird zusammenfassend wie folgt beschrieben:

Nach zuletzt zwei Jahren Rezession ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2025 wieder leicht gewachsen (+0,2).¹ Die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst sah ab April 2025 eine Tarifsteigerung von 3,0 %, mindestens aber 110 EUR vor. Im bundesweiten Durchschnitt legten die Löhne um rund 4,2 % zu, während die Verbraucherpreise um 2,2% anstiegen. Dies führt zu einem Zuwachs der Reallöhne um 1,9 % im Vergleich zu 2024. Hiermit erreicht der Reallohnindex fast wieder das Reallohnniveau des Jahres 2019 vor der Corona-Pandemie.²

Insgesamt bewegt sich die Braunschweig Beteiligungen GmbH als Beteiligungsholding in einem anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfeld, das durch hohe Investitionsbedarfe, zunehmende Regulierung, strukturelle Transformationsprozesse (z.B. Energie- und Verkehrswende) und eine angespannte Haushaltssituation der Stadt Braunschweig geprägt ist. Gleichzeitig bestehen aufgrund der Ausrichtung auf die Daseinsvorsorge vergleichsweise stabile Nachfrage- und Geschäftsgrundlagen.

Das Ergebnis der Braunschweig Beteiligungen GmbH wird wesentlich durch die Ergebnisse ihrer Beteiligungsgesellschaften geprägt. Die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG hat ihr geplantes Jahresergebnis um 1,3 Mio. EUR verfehlt und weist auch gegenüber dem Vorjahr ein verschlechtertes Ergebnis auf. Die übrigen Tochtergesellschaften und Beteiligungen konnten ihre Ergebnisse trotz der schwachen Konjunktur gegenüber der Planung halten bzw. verbessern. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Beteiligungsergebnis jedoch erneut um 3,6 Mio. EUR verschlechtert.

Die Entwicklung des Betriebs- und Zinsergebnisses der Braunschweig Beteiligungen GmbH selbst ist im Vergleich zur Planung im Jahr 2025 positiv verlaufen.

Insgesamt fällt das Jahresergebnis der Braunschweig Beteiligungen GmbH vor Verlustübernahme zwar deutlich schlechter aus als im vorangegangenen Jahr (-3,8 Mio. EUR), dennoch wurde gegenüber der Planung eine spürbare Verbesserung (0,9 Mio. EUR) erzielt. Insgesamt ist daher die Entwicklung der Gesellschaft zufriedenstellend verlaufen.

¹ Statistisches Bundesamt (Destatis) (2026), Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,2 % gewachsen, Pressemitteilung Nr. 017/26 vom 15. Januar 2026

² Statistisches Bundesamt (Destatis) (2026), Reallöhne im Jahr 2025 um 1,9 % gestiegen, Pressemitteilung Nr. 068 vom 27. Februar 2026

2.2. Plan-Ist-Vergleich der Steuerungsgrößen

2.2.1. Plan-Ist-Vergleich der Steuerungsgrößen - Einzelabschluss

Die wesentliche finanzielle Steuerungsgröße bei der Braunschweig Beteiligungen GmbH ist der Jahresüberschuss/-fehlbetrag vor Verlustübernahme. Dabei werden neben dem Gesamtergebnis die einzelnen Komponenten - das Betriebsergebnis, das Zinsergebnis und das Beteiligungsergebnis - betrachtet. Das Beteiligungsergebnis wird wiederum in seine einzelnen Bestandteile - die auf die Braunschweig Beteiligungen GmbH entfallenden Ergebnisanteile der einzelnen Tochtergesellschaften - aufgliedert.

Die wesentliche nicht-finanzielle Steuerungsgröße für die Braunschweig Beteiligungen GmbH selbst ist die Mitarbeitendenzahl.

Der Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig liegt im Geschäftsjahr 2025 bei 41,3 Mio. EUR (Vorjahr: 37,4 Mio. EUR). Geplant war ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 42,2 Mio. EUR (Vorjahr: 40,9 Mio. EUR). Die Stadt Braunschweig hat für das Jahr 2025 den entstandenen Verlust vollständig übernommen. Es entsteht somit wie geplant ein Jahresüberschuss/-fehlbetrag in Höhe von null.

Das im Geschäftsjahr 2025 erzielte Betriebsergebnis weist einen Wert von -531 TEUR (Vorjahr: -469 TEUR) auf und ist somit deutlich besser ausgefallen als der geplante Betrag von -911 TEUR. Ursächlich hierfür sind Einsparungen in allen Bereichen, insbesondere aber dem Materialaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Darüber hinaus konnten gegenüber der Planung höhere Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge generiert werden. Durch Verzögerungen bei geplanten Investitionen weisen auch die Abschreibungen eine um 16 TEUR geringere Höhe gegenüber dem Planwert aus. Die sonstigen Steuern fielen mit 55 TEUR geringfügig geringer aus als geplant (59 TEUR).

Aufgrund eines gegenüber der Planung verbesserten Immobilienergebnisses liegen die Steuern vom Einkommen und Ertrag mit 209 TEUR über dem Planwert (177 TEUR).

Das Zinsergebnis fällt mit -163 TEUR ebenfalls deutlich besser aus als der geplante Wert von -282 TEUR. Ursächlich hierfür ist eine gegenüber der Planung verbesserte Liquiditätssituation der Gesellschaft, wodurch nicht nur der Zinsaufwand im Vergleich zur Planung reduziert werden konnte, sondern auch zusätzliche Zinserträge generiert werden konnten.

Das Beteiligungsergebnis weist im Geschäftsjahr 2025 einen Betrag von -40,3 Mio. EUR (Vorjahr: -36,8 Mio. EUR) auf und ist damit besser ausgefallen als der geplante Wert von -40,8 Mio. EUR. Hierzu tragen Ergebnisverbesserungen in nahezu allen Tochtergesellschaften bei, die das deutlich verschlechterte Ergebnis der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG überkompensieren konnten.

Die Braunschweig Beteiligungen GmbH hat im Geschäftsjahr 2025 durchschnittlich 13 Mitarbeitende (Vorjahr: zwölf) beschäftigt. Geplant war eine Anzahl von 13.

2.2.2. Plan-Ist-Vergleich der Steuerungsgrößen - Konzernabschluss

Im Konzern ist die wesentliche finanzielle Steuerungsgröße der Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag vor Verlustübernahme. Darüber hinaus wird für die Mehrheitsbeteiligungen noch die getätigten Investitionen als finanzielle Steuerungsgröße herangezogen.

Der Konzernjahresfehlbetrag vor Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig liegt im Geschäftsjahr 2025 bei 39,6 Mio. EUR (Vorjahr: 37,8 Mio. EUR). Geplant war ein Fehlbetrag von 42,2 Mio. EUR. Die Stadt Braunschweig hat für das Jahr 2025 den Verlust der Braunschweig Beteiligungen GmbH in Höhe von 41,3 Mio. EUR übernommen. Unter Berücksichtigung des übernommenen Verlustanteils ergibt sich ein Konzernjahresüberschuss in Höhe von 1.652 TEUR (Vorjahr Fehlbetrag: 379 TEUR). Der Konzernbilanzgewinn beträgt 9,1 Mio. EUR.

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände, Sach- und Finanzanlagen im Konzern betragen im Geschäftsjahr 2025 ohne Berücksichtigung von erhaltenen Zuschüssen 56,4 Mio. EUR (Vorjahr: 40,6 Mio. EUR); geplant war ein Betrag von 98,1 Mio. EUR. Die größten Abweichungen sind bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH entstanden. Ursächlich hierfür sind insbesondere zeitliche Verschiebungen von Projekten.

2.3. Ertragslage

2.3.1. Ertragslage - Einzelabschluss

Das Betriebsergebnis inklusive Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie sonstiger Steuern fällt mit einem Wert von -795 TEUR (Vorjahr: -543 TEUR) deutlich schlechter aus als im Jahr 2024. Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen (+201 TEUR). Hierbei sind die Umsatzerlöse aus Dienstleistungen konstant geblieben, wohingegen die Erlöse aus Vermietungen gesteigert werden konnten. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen 30 TEUR unter dem Vorjahresniveau. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr 30 TEUR höhere Erträge aus Anlagenabgängen generiert werden konnten. Der Materialaufwand liegt mit 434 TEUR über dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr: 360 TEUR).

Ursächlich hierfür sind insbesondere höhere Wartungskosten, gestiegene Kosten für Instandhaltung sowie höhere Kosten für Fernwärme. Der Personalaufwand liegt deutlich über dem Wert des Vorjahres (+203 TEUR). Dies ist insbesondere auf höhere Versorgungsbezüge, höhere Pensionsverpflichtungen, eine Erhöhung der durchschnittlichen Mitarbeitendenanzahl sowie auf Tariferhöhungen zurückzuführen. Die Abschreibungen liegen auf dem Niveau des Vorjahres. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen im Jahr 2025 um 45 TEUR geringer aus. Insbesondere der Wegfall der Anpassung von Pensionsrückstellungen nach BilMoG und geringere Ausgaben für Software-Lizenzen, IT-Dienstleistungen und Geschäftsbesorgungen konnten höhere Beratungskosten für die Einführung eines ERP-Systems, Steuerberatungskosten und Aufwendungen für Versicherungen überkompensieren. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag liegen mit 209 TEUR aufgrund von Rückstellungsaufösungen im Vorjahr deutlich über dem Niveau des Vorjahres (15 TEUR). Im Vorjahr konnten Steuerrückstellungen aufgelöst werden, wohingegen im aktuellen Jahr neue Steuerrückstellungen gebildet wurden. Die sonstigen Steuern liegen geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres.

Das Zinsergebnis beträgt -164 TEUR (Vorjahr: -139 TEUR) und fällt leicht schlechter aus als im Vorjahr.

Vor Übernahme der Ergebnisse der Tochtergesellschaften ist somit bei der Braunschweig Beteiligungen GmbH im Geschäftsjahr 2025 ein Fehlbetrag von 958 TEUR (Vorjahr: 682 TEUR) entstanden.

Wesentlich geprägt wird das Ergebnis der Gesellschaft aber - wie auch in der Vergangenheit - durch die Entwicklung ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften.

Das Beteiligungsergebnis in Höhe von -40,3 Mio. EUR (Vorjahr: -36,8 Mio. EUR) setzt sich aus den auf die Braunschweig Beteiligungen GmbH entfallenen Ergebnisanteilen der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG, der Hafенbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH, der Kraftverkehr Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH sowie der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH des Jahres 2025 zusammen. Darüber hinaus wird der auf die Braunschweig Beteiligungen GmbH entfallene Anteil der Ausschüttung aus dem Vorjahresergebnis der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig berücksichtigt.

Der auf die Braunschweig Beteiligungen GmbH entfallende Anteil am Ergebnis der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG liegt dabei im Geschäftsjahr 2025 mit einem Betrag von 10,0 Mio. EUR deutlich unter dem Vorjahreswert (11,4 Mio. EUR). Auf Basis einer Gewinnverwendungsvereinbarung wurden hiervon 131 TEUR als Gewinnrücklagen bei der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG thesauriert. Dadurch hat sich der Beteiligungsbuchwert der Gesellschaft bei der Braunschweig Beteiligungen GmbH um den gleichen Betrag erhöht.

Von der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH wurde im Jahr 2025 ein Ergebnis von 0,3 Mio. EUR (Vorjahr: 0,3 Mio. EUR) übernommen.

Das Ergebnis der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig ist weiterhin positiv. Es wurde eine Ausschüttung aus dem Jahresüberschuss des Jahres 2024 in Höhe von 1,3 Mio. EUR vereinnahmt (Vorjahr: 1,4 Mio. EUR). Die Aufteilung des Jahresüberschusses in einen auszuschüttenden und einen zu thesaurierenden Teil erfolgt auf Basis der zwischen der Stadt Braunschweig, der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig und der Braunschweig Beteiligungen GmbH abgeschlossenen Vereinbarung über die Ergebnisverwendung.

Von der Kraftverkehr Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurde ein Gewinn in Höhe von 0,2 Mio. EUR (Vorjahr: 0,8 Mio. EUR) vereinnahmt. Das Vorjahresergebnis der Gesellschaft war wesentlich durch Verkäufe von Unternehmensbeteiligungen geprägt.

Bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH ist ein Verlust in Höhe von 37,3 Mio. EUR (Vorjahr: 36,1 Mio. EUR) entstanden.

Der Verlustanteil der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH in Höhe von 5,8 Mio. EUR (Vorjahr: 6,2 Mio. EUR) hat sich leicht reduziert.

Der Verlustanteil der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH beträgt 9,0 Mio. EUR (Vorjahr: 8,4 Mio. EUR).

Im Geschäftsjahr 2025 ist damit vor Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 41,3 Mio. EUR (Vorjahr: 37,4 Mio. EUR) entstanden. Die Stadt Braunschweig hat für das Jahr 2025 den entstandenen Verlust vollständig übernommen. Bei der Braunschweig Beteiligungen GmbH ist somit ein Jahresüberschuss/-fehlbetrag in Höhe von 0,00 Euro (Vorjahr: 0,00 Euro) entstanden.

2.3.2. Ertragslage – Konzernabschluss

Die Umsatzerlöse im Konzern sind auf 83,8 Mio. EUR gestiegen (Vorjahr: 78,8 Mio. EUR). Die sonstigen betrieblichen Erträge weisen einen Wert von 11,6 Mio. EUR (Vorjahr: 10,5 Mio. EUR) auf. Der Materialaufwand liegt mit 40,4 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr: 40,3 Mio. EUR). Gegenläufig ist der Personalaufwand deutlich gestiegen und beträgt 71,8 Mio. EUR (Vorjahr: 67,3 Mio. EUR). Die Abschreibungen sind mit einem Betrag von 15,8 Mio. EUR moderat gegenüber dem Vorjahr gestiegen (Vorjahr: 15,5 Mio. EUR). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 14,8 Mio. EUR (Vorjahr: 13,9 Mio. EUR).

Die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen liegen deutlich unter dem Vorjahresniveau und weisen einen Wert von 12,4 Mio. EUR (Vorjahr: 13,2 Mio. EUR) auf.

Der Zinsaufwand ist mit einem Betrag von 6,3 Mio. EUR (Vorjahr: 6,8 Mio. EUR) leicht gesunken; die Zinserträge sind um 1,5 Mio. EUR auf 1,7 Mio. EUR deutlich gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Der Konzernjahresfehlbetrag vor Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig liegt im Geschäftsjahr 2025 bei 39,6 Mio. EUR (Vorjahr: 37,8 Mio. EUR). Die Stadt Braunschweig hat für das Jahr 2025 den Verlust der Braunschweig Beteiligungen GmbH in Höhe von 41,3 Mio. EUR übernommen. Unter Berücksichtigung des übernommenen Verlustanteils ergibt sich ein Konzernjahresüberschuss in Höhe von 1.652 TEUR (Vorjahr: Fehlbetrag 379 TEUR). Der Konzernbilanzgewinn beträgt 9,1 Mio. EUR (Vorjahr: 6,7 Mio. EUR).

2.4. Finanzlage

2.4.1. Finanzlage – Einzelabschluss

Die Braunschweig Beteiligungen GmbH erhält monatlich Verlustausgleichszahlungen in Höhe des geplanten Jahresverlustes durch die Stadt Braunschweig.

Aufgrund vertraglicher Regelungen leistet die Braunschweig Beteiligungen GmbH Vorauszahlungen auf den geplanten Jahresverlust der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH und der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH, um die Liquidität dieser Gesellschaften sicherzustellen.

Mit der Stadt Braunschweig besteht eine Vereinbarung über die Inanspruchnahme des bei der Stadt existierenden Cashpools. Auftretende Liquiditätsfehlbeträge können dabei aus dem Cashpool der Stadt Braunschweig gedeckt werden. Die Obergrenze der Inanspruchnahme wird regelmäßig geprüft und auf Basis der aktuellen Situation neu festgelegt. Liquiditätsüberschüsse werden im Cashpool der Stadt Braunschweig verzinslich angelegt.

Darüber hinaus besteht ein Liquiditätsverbund zwischen der Braunschweig Beteiligungen GmbH und der Braunschweiger Verkehrs-GmbH. Hierbei können Liquiditätsfehlbeträge einer Gesellschaft durch die jeweils andere Gesellschaft verzinslich ausgeglichen werden, sofern entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Daneben verfügt die Braunschweig Beteiligungen GmbH über eine Kontokorrentlinie bei einem Kreditinstitut. Diese ist im Geschäftsjahr 2025 nicht in Anspruch genommen worden.

Langfristige Investitionen können darüber hinaus auch durch die Aufnahme von Darlehen am Kapitalmarkt oder innerhalb des Konzerns Stadt Braunschweig finanziert werden.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war aufgrund der beschriebenen Vereinbarungen im Jahr 2025 jederzeit gesichert.

Die Cashflow-Rechnung stellt sich wie folgt dar (alle Werte in Mio. EUR):

in Mio. EUR	2025	2024
Anfangsbestand	-1,4	-2,3
Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit	-39,1	-41,2
Cashflow aus Investitionstätigkeit	0,4	0,7
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	38,5	41,4
Endbestand	-1,6	-1,4

2.4.2. Finanzlage – Konzernabschluss

Die Gesellschaften des Konzerns finanzieren langfristige Investitionen grundsätzlich durch die Aufnahme langfristiger Darlehen am Kapitalmarkt. Bei Bedarf erfolgt ggf. eine kurzfristige Zwischenfinanzierung z. B. über den Cashpool der Stadt Braunschweig.

Am 29. Januar 2025 hat der niedersächsische Landtag eine Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) beschlossen, die am 1. Februar 2025 in Kraft getreten ist. Dabei wurde die Möglichkeit der Konzernkreditfinanzierung dauerhaft im NKomVG verankert. Dies ermöglicht der Stadt Braunschweig die Aufnahme von Darlehen und Weitergabe dieser Darlehen an ihre Tochtergesellschaften. Von dieser Möglichkeit wurde im Jahr 2025 im Konzern Gebrauch gemacht.

Die laufende Liquidität wird unabhängig davon entweder aus dem Cashflow der Gesellschaften sichergestellt oder es erfolgen Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafter. Die Zahlungsfähigkeit im Konzern ist somit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

Die Cashflow-Rechnung für den Konzern stellt sich wie folgt dar (alle Werte in Mio. EUR):

in Mio. EUR	2025	2024
Anfangsbestand	40,1	33,4
Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit	-27,0	-14,4
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-27,1	-24,0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	37,5	45,9
konsolidierungskreisbedingte Änderungen	0,0	-0,8
Endbestand	23,5	40,1

2.5. Vermögens- und Kapitallage

2.5.1. Vermögens- und Kapitallage – Einzelabschluss

Die Bilanzsumme der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 beträgt 107,7 Mio. EUR (Vorjahr: 107,5 Mio. EUR) und ist somit gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen.

Auf der Aktivseite ist das Anlagevermögen um 0,1 Mio. EUR auf 91,4 Mio. EUR gesunken. Der Wert des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände ist gegenüber dem Vorjahr um 1 TEUR auf 587 TEUR gestiegen. Investitionen sind in Höhe von 52 TEUR (Vorjahr: 42 TEUR) getätigt worden. Demgegenüber stehen planmäßige Abschreibungen in Höhe von 42 TEUR sowie Anlagenabgänge in Höhe von 8 TEUR. Die Finanzanlagen wurden insgesamt um 91 TEUR reduziert. Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen sind im Jahr 2025 vollständig getilgt worden (-222 TEUR) und übersteigen die Einstellungen in die (Gewinn-)Rücklagen einer Beteiligung (131 TEUR) und die damit verbundene Erhöhung des Beteiligungsbuchwertes.

Das Umlaufvermögen hat gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. EUR zugenommen und weist nun einen Wert von 16,3 Mio. EUR auf. Hierbei wirken verschiedene, teils gegenläufige Effekte. Einerseits sind die Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 1,7 Mio. EUR, die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, um 0,8 Mio. EUR sowie das Guthaben bei Kreditinstituten um 0,2 Mio. EUR gesunken. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Gegensatz zum Vorjahr geringere Forderungen aus Verlustausgleichsüberzahlungen sowie geringere Forderungen aus Gewinnabführungen und -ausschüttungen der Beteiligungen bestehen. Gegenläufig haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände um 3,0 Mio. EUR erhöht, was im Wesentlichen auf Steuerforderungen zurückzuführen ist.

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital auf 65,9 Mio. EUR (Vorjahr: 63,9 Mio. EUR) gestiegen. Ursächlich für den Anstieg sind Einzahlungen in die Kapitalrücklage durch die Stadt Braunschweig in Höhe von 552,2 TEUR zum Ausgleich der Liquiditätslücke, die aus Thesaurierungen von Gewinnen in der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG resultieren. Zur Tilgung von langfristigen Darlehen wurden darüber hinaus 1,5 Mio. EUR seitens der Gesellschafterin in die Kapitalrücklage eingezahlt. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 61,2 % (Vorjahr: 59,4 %).

Die Rückstellungen sind um 0,1 Mio. EUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf die Bildung von Steuerrückstellungen zurückzuführen, die den Verbrauch von Pensionsrückstellungen überkompensieren.

Die Verbindlichkeiten verzeichnen gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 1,9 Mio. EUR und betragen nun 37,4 Mio. EUR (Vorjahr: 39,3 Mio. EUR). Aufgrund von Darlehenstilgungen haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten deutlich reduziert (-1,9 Mio. EUR). Auch die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sind um 2,5 Mio. EUR im Vergleich zu Vorjahr reduziert, da weniger Rückzahlungen aus Abschlagszahlungen der Verlustausgleichszahlungen an die Stadt Braunschweig zu leisten sind. Die Entnahmen aus dem städtischen Cashpool liegen zum Bilanzstichtag auf dem Niveau des Vorjahres. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind aufgrund höherer Verbindlichkeiten, die aus der umsatzsteuerlichen Organschaft resultieren, um 2,5 Mio. EUR gestiegen.

Zum Ende des Geschäftsjahres beträgt der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme 84,7 % (Vorjahr: 85,1 %). Das Anlagevermögen ist mit 72,3 % (Vorjahr: 69,8 %) aus Eigenkapital bzw. mit 95,8 % (Vorjahr: 108,2 %) aus Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital finanziert.

2.5.2. Vermögens- und Kapitallage - Konzernabschluss

Die Konzernbilanzsumme zum 31. Dezember 2025 beträgt 376,6 Mio. EUR (Vorjahr: 370,2 Mio. EUR) und ist somit gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen.

Das Anlagevermögen liegt dabei mit einem Betrag von 315,6 Mio. EUR (Vorjahr: 298,6 Mio. EUR) signifikant über dem Vorjahreswert. Insbesondere im Sachanlagevermögen, welches nun 237,6 Mio. EUR beträgt, konnten deutliche Zuwächse im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet werden (Vorjahr: 221,7 Mio. EUR). Das Finanzanlagevermögen weist einen Betrag von 77,1 Mio. EUR (Vorjahr: 75,9 Mio. EUR) auf. Das Umlaufvermögen ist mit einem Wert von 60,8 Mio. EUR (Vorjahr: 71,5 Mio. EUR) gegenüber dem Vorjahr hingegen deutlich gesunken. Hier wirken sich insbesondere niedrigere Forderungen gegen Gesellschafter und assoziierte Unternehmen aus, die die gestiegenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Vermögensgegenstände überkompensieren.

Auf der Passivseite ist das Konzerneigenkapital mit einem Wert von 92,5 Mio. EUR (Vorjahr: 88,0 Mio. EUR) gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen. Dies ist bedingt durch die bei der Braunschweig Beteiligungen GmbH erfolgten Einzahlungen in die Kapitalrücklage und den im Geschäftsjahr erzielten Konzernjahresüberschuss. Der Anteil des Konzerneigenkapitals an der Konzernbilanzsumme beträgt 24,6 % (Vorjahr: 23,8 %). Die Eigenkapitalquote ist gestiegen, da das Konzerneigenkapital im Verhältnis stärker angestiegen ist als die Konzernbilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten sind mit 255,9 Mio. EUR (Vorjahr: 253,5 Mio. EUR) gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies ist insbesondere auf eine Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten um 12,5 Mio. EUR auf 98,5 Mio. EUR und der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf 19,1 Mio. EUR (Vorjahr: 16,2 Mio. EUR) zurückzuführen.

Gegenläufig sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf 110,6 Mio. EUR (Vorjahr: 119,6 Mio. EUR) und die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern auf 27,7 Mio. EUR (Vorjahr: 31,7 Mio. EUR) gesunken.

Im Konzern wurden im Geschäftsjahr 2025 - ohne Berücksichtigung von erhaltenen Zuschüssen - insgesamt rd. 53,9 Mio. EUR (Vorjahr: 38,3 Mio. EUR) an Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen getätigt. Die Hafенbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH investierte insgesamt 583 TEUR. Davon leistete die Gesellschaft insbesondere Anzahlungen für einen neuen Reachstacker (444 TEUR) und investierte in Betriebs- und Geschäftsausstattung (82 TEUR). Bei der Kraftverkehr Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurden 38 TEUR in ein Diagnosesystem zur Wartung und Reparatur von Bussen, Maschinen und maschinelle Anlagen (z.B. ein mobiler Radgreifer) sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. In Fahrzeuge (46 TEUR) sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (2 TEUR) investierte die Peiner Verkehrsgesellschaft mbH (insgesamt 48 TEUR). Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat 51,3 Mio. EUR investiert, insbesondere in E-Busse, Ladeinfrastruktur und den Busbetriebshof Lindenberg sowie in die Sanierung von Gleisanlagen, Vorbereitungen für die Wagenkastenverbreiterung, den Stadtbahnausbau und in die Projekte HESOP (zur Einführung innovativer, rückspeisefähiger Gleichrichterunterwerke) und DOSTI (zur Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme durch Anpassung der Linienplanungssoftware, der Betriebsführung und -steuerung). Bei der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH beträgt die Investitionssumme 969 TEUR; sie umfasst vor allem Investitionen in die Modernisierung der Medientechnik und die Umstellung der BOS-Anlage in der Volkswagen Halle, die Teilerneuerung der Küchenausstattung, den Ausbau des WLANs, Digital Signage, Licht- und Tontechnik sowie in die Videoüberwachung im Stadion. Seitens der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH wurden Investitionen in Höhe von 913 Mio. EUR getätigt, die vor allem für den Saunaneubau in der Wasserwelt, den Tribünenneubau im Sommerbad Raffteich, die Installation von Photovoltaikanlagen im BürgerBadePark sowie die Installation einer Retentionsanlage verwendet wurden. Rund 52 TEUR betragen die Investitionen der Braunschweig Beteiligungen GmbH in einen Müllabstellplatz sowie eine neue Fernwärmestation einer vermieteten Immobilie und Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Darüber hinaus hat die Braunschweig Beteiligungen GmbH 131 TEUR in Finanzanlagen investiert.

Zum Ende des Geschäftsjahres beträgt der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme 83,8 % (Vorjahr: 80,6 %). Das Anlagevermögen ist mit 29,6 % (Vorjahr: 29,8 %) aus Eigenkapital bzw. mit 95,7 % (Vorjahr: 110,0 %) aus Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital finanziert.

3. Prognosebericht

3.1. Prognosebericht - Einzelabschluss

Eine wichtige Aufgabe der Braunschweig Beteiligungen GmbH bleibt auch im Jahr 2026 die Wahrnehmung ihrer Rolle als Finanz- und Beteiligungsholding der Stadt Braunschweig. Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2026 einen Umsatz von 1,8 Mio. EUR und ein Betriebsergebnis inklusive Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie sonstiger Steuern in Höhe von -1,2 Mio. EUR. Das Zinsergebnis wird bei einem Wert von -0,6 Mio. EUR erwartet.

Bei der Braunschweig Beteiligungen GmbH wird für das Geschäftsjahr 2026 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von -44,1 Mio. EUR geplant, welches sich wie folgt aus den Ergebnissen der Tochtergesellschaften und Beteiligungen zusammensetzt.

Für die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG ist ein anteiliges Ergebnis von 10,9 Mio. EUR vorgesehen. Für die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig ist im Geschäftsjahr 2026 eine Ausschüttung an die Braunschweig Beteiligungen GmbH in Höhe von 1,5 Mio. EUR planerisch berücksichtigt. Für die Hafенbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH ist im Jahr 2026 eine Gewinnabführung von 0,3 Mio. EUR eingeplant. Die Kraftverkehr Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung sieht eine Gewinnabführung von 0,2 Mio. EUR vor. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH erwartet einen Verlust in Höhe von 40,1 Mio. EUR. Weiterhin werden anteilige Verluste für die Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH in Höhe von 6,4 Mio. EUR und für die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH in Höhe von 10,6 Mio. EUR geplant.

Nach Übernahme der Ergebnisse der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften wird für das Geschäftsjahr 2026 somit ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 45,9 Mio. EUR entstehen. Ein Verlustausgleich durch die Stadt Braunschweig in identischer Höhe und somit ein Jahresüberschuss/-fehlbetrag von null ist planerisch im Wirtschaftsplan der Braunschweig Beteiligungen GmbH vorgesehen. Aufgrund des Doppelhaushaltes der Stadt Braunschweig ist derzeit nur die Übernahme des Verlustes in Höhe von 44,4 Mio. EUR im Haushalt für 2026 berücksichtigt. Sollte der Jahresfehlbetrag höher als 44,4 Mio. EUR ausfallen, müsste der erhöhte Verlustausgleich als überplanmäßige Ausgabe durch den Rat der Stadt Braunschweig genehmigt werden. Ein Jahresüberschuss/-fehlbetrag von null wird hierdurch weiterhin angestrebt.

Die Braunschweig Beteiligungen GmbH plant für das Jahr 2026 eine durchschnittliche Mitarbeitendenanzahl von 13.

Investitionen sind in Höhe von 464 TEUR vorgesehen; davon entfallen 20 TEUR auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände und 444 TEUR auf Finanzanlagen.

3.2. Prognosebericht - Konzernabschluss

Für das Geschäftsjahr 2026 werden ein Konzernumsatz von 86,3 Mio. EUR und ein Konzernjahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 46,9 Mio. EUR erwartet.

Im Konzern werden für das Geschäftsjahr 2026 - ohne Berücksichtigung von zu erhaltenden Zuschüssen - insgesamt Investitionen von 60,2 Mio. EUR geplant.

Bei den Investitionen in Sachanlagen hat die Braunschweig Beteiligungen GmbH einen Betrag von 20 TEUR für IT-Anschaffungen vorgesehen. Weiterhin sind Finanzinvestitionen von 444 TEUR geplant.

Bei der Hafendienstleistungsgesellschaft Braunschweig mbH sind Investitionen in Höhe von 1,8 Mio. EUR geplant, u. a. für die Erweiterung des Containerterminals, die Verlängerung des Übergabebahnhofes, den Abriss einer Halle sowie IT.

Bei der Kraftverkehr Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der Peiner Verkehrsgesellschaft mbH sollen insgesamt 0,8 Mio. EUR für neue Fahrzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert werden. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH will 51,8 Mio. EUR investieren; ein großer Teil dieses Betrages entfällt auf die Anschaffung neuer Stadtbahnen, auf das Projekt Stadtbahnausbau sowie auf weitere Infrastrukturprojekte wie den Betriebshof Lindenberg mitsamt Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und diverse Gleisbauarbeiten.

Die Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH sieht Investitionen von 1,9 Mio. EUR vor allem für Veranstaltungstechnik, IT, Infrastruktur, technische Gebäudeausstattung und das Projekt „Sanierung der Stadthalle“ vor. Die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH plant Investitionen in Höhe von 3,5 Mio. EUR für Brandschutzmaßnahmen, die Teilsanierung des Badezentrums Gliesmarode, IT und Infrastruktur.

4. Chancen- und Risikenbericht

Bei der Braunschweig Beteiligungen GmbH und in fast allen Konzerngesellschaften sind Risikomanagementsysteme installiert, die regelmäßig überprüft und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Dabei werden formale Aspekte sowie die spezifischen Anforderungen aller Gesellschaften berücksichtigt. Die Steuerung erfolgt dabei auf qualitativer Ebene. Daher erfolgt im Folgenden auch keine Quantifizierung der einzelnen Positionen.

4.1. Chancen- und Risikenbericht - Einzelabschluss

Im Wesentlichen existieren folgende Chancen und Risiken:

Kommunale Eigentümerstruktur: Da die BSBG und ihre Beteiligungen im Bereich der Daseinsvorsorge tätig sind und im Wesentlichen Verluste erwirtschaften, hängt das Jahresergebnis sowie die wirtschaftliche Stabilität der Gesellschaft maßgeblich von Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafterin ab. Die Haushaltslage der Stadt Braunschweig beeinflusst daher mittelbar die finanziellen Handlungsspielräume der BSBG und ihrer Beteiligungen. Darüber hinaus können kommunalpolitische Zielsetzungen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft und ihrer Beteiligungen haben, sofern daraus resultierende Belastungen nicht vollständig durch entsprechende Ausgleichsregelungen kompensiert werden. Gleichzeitig bietet die kommunale Eigentümerstruktur mit der langfristigen Sicherstellung der Daseinsvorsorge eine stabile Grundlage für die nachhaltige Entwicklung der BSBG und ihrer Beteiligungen.

Entwicklung und Ergebnisse der Tochtergesellschaften: Grundsätzlich werden die Chancen und Risiken bei den Gesellschaften im Rahmen des jeweiligen Risikomanagements der Gesellschaften überwacht. Weiterhin sind die Gesellschaften durch ein fest etabliertes Beteiligungscontrolling eng in den Konzern Stadt Braunschweig und den Teilkonzern Braunschweig Beteiligungen GmbH eingebunden. So gibt es u. a. ein periodisches Berichtswesen und regelmäßige Gespräche über die Entwicklungen in den Gesellschaften. Weiterhin erfolgt projektbezogen eine enge Zusammenarbeit mit den Gesellschaften. Dabei können auch eventuelle vom Plan abweichende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden und Gegensteuerungsmaßnahmen initiiert werden. Besondere Risiken werden für die Obergesellschaft zurzeit nicht gesehen. Auf die Chancen und Risiken im operativen Geschäft der Gesellschaften wird in Abschnitt 4.2 detaillierter eingegangen.

Geschäftsstrategie und konzerninterne Zusammenarbeit: Bei der Braunschweig Beteiligungen GmbH können sich zukünftig Chancen durch eine stärkere Fokussierung auf die Kerngeschäftsfelder der Gesellschaft und die Zentralisierung von Aufgaben ergeben. Im Rahmen des Projektes Löwenrudel werden zudem Ansätze und konkrete Maßnahmen zur Zusammenarbeit im Konzern Stadt Braunschweig diskutiert und umgesetzt. Durch eine kontinuierliche und systematische Weiterentwicklung der Zusammenarbeit werden Synergien im Konzern Stadt Braunschweig erwartet.

Zusammenarbeit mit Dienstleistern: Die Braunschweig Beteiligungen GmbH arbeitet in einigen Bereichen mit externen Dienstleistern zusammen, die betrieblich benötigte Funktionen für sie wahrnehmen. Es besteht somit ein gewisser Grad der Abhängigkeit, sodass kurzfristige Veränderungen der Leistungsbeziehungen nur schwer abgefangen werden können. Allerdings ergeben sich durch diese Konstruktion auch Chancen, dass die Aufgaben durch den hohen Spezialisierungsgrad der Dienstleister qualitativ hochwertig und wirtschaftlich wahrgenommen werden.

Immobilien: Die Immobilien der Braunschweig Beteiligungen GmbH sind langfristig an solvente Mieter vermietet. Eine Ausnahme hiervon stellt das Gebäude am Standort Wilhelmstraße dar, welches sich seit Ende Mai 2023 im Leerstand befindet. Eine Anschlussvermietung des abgängigen Gebäudes ist derzeit nicht vorgesehen; stattdessen wird in enger Abstimmung mit der Stadt Braunschweig die Entwicklung des gesamten Standortes im Rahmen einer Konzeptvergabe mit einem Investor vorangetrieben. Hieraus ergeben sich entsprechende Chancen und Risiken.

Finanzbereich: Zur Sicherstellung der Liquidität erfolgen Verlustausgleichszahlungen des Gesellschafters, die sich in der Höhe an dem geplanten Verlust des Geschäftsjahres bemessen. Es existieren rollierende Planungsrechnungen auf Tages-, Monats- und Jahresbasis, um Liquiditätsfehlbeträge und Liquiditätsüberschüsse frühzeitig zu erkennen. Liquiditätsfehlbeträge werden durch den Cashpool der Stadt Braunschweig gedeckt. Zusätzlich existiert eine Kontokorrentkreditlinie bei einem Kreditinstitut. Risiken bestehen, sofern Verlustausgleichszahlungen nicht mehr oder nicht in voller Höhe von der Gesellschafterin übernommen werden oder Ereignisse eintreten, die ergebniswirksam sind, aber nicht liquiditätswirksam.

Für langfristige Fehlbeträge, die aufgrund von Investitionen entstehen, können auch Fremdkapitalaufnahmen am Kapitalmarkt oder durch konzerninterne Finanzierungen erfolgen. In Abhängigkeit vom Zinsniveau an den Kapitalmärkten bestehen Chancen und Risiken sowohl für Geldanlagen als auch Geldaufnahmen. Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken, die in hohem Maße auf das Ergebnis der Gesellschaft einwirken können, dürfen grundsätzlich Finanzderivate in eingeschränktem Umfang eingesetzt werden. Es besteht bei der Braunschweig Beteiligungen GmbH ein Zinssicherungsgeschäft. Dieses dient in Verbindung mit dem jeweiligen Grundgeschäft der Absicherung des Zinsaufwandes für die gesamte Darlehenslaufzeit.

Steuern und Beihilfen: Bei der Braunschweig Beteiligungen GmbH erfolgt eine ertragsteuerliche Verrechnung der Gewinne und Verluste zwischen dem Verkehrs-, dem Versorgungs- und dem Hafengebiete. Die beihilferechtliche Zulässigkeit dieser Regelung wird weiterhin in Rechtsprechung und europäischer Praxis diskutiert. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat wiederholt darauf hingewiesen, dass eine beihilferechtliche Überprüfung grundsätzlich möglich ist.

Im Jahr 2024 hat die Europäische Kommission ein förmliches Prüfverfahren zur beihilferechtlichen Bewertung des steuerlichen Querverbands im Fall der WestVerkehr GmbH eingeleitet. Der Ausgang dieses Verfahrens ist derzeit offen. Eine für kommunale Unternehmen nachteilige Entscheidung könnte Auswirkungen auf die steuerliche Behandlung dauerdefizitärer Tätigkeiten im Querverbund haben.

Zudem hat die Rechtsprechung zuletzt die Voraussetzungen für die sogenannte Kettenzusammenfassung weiter konkretisiert. Auch wenn das Bundesministerium der Finanzen (BMF) mit einem Nichtanwendungserlass auf die BFH-Entscheidung reagiert hat, können sich auch hieraus zusätzliche Rechtsunsicherheiten ergeben.

Darüber hinaus hat der Bundesfinanzhof mit Urteilen vom 18.01.2023 (I R 9/19 und I R 16/19) entschieden, dass bei Beteiligungen an Personengesellschaften, die selbst Organträger einer Organschaft sind, die Tätigkeiten der Organgesellschaften den Mitunternehmern der Personengesellschaft für Zwecke der Zusammenfassungsvoraussetzungen nach § 4 Abs. 6 KStG nicht zugerechnet werden können. Bei einer Umsetzung der Rechtsprechung könnte dies ebenfalls Einschränkungen für den steuerlichen Querverbund der BSBG haben.

Demgegenüber besteht auf nationaler Ebene politische Unterstützung für den Fortbestand des steuerlichen Querverbunds, der im Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2025 ausdrücklich als zu sicherndes Instrument für kommunale Unternehmen benannt wird.

Überdies vertritt der BFH die Auffassung, dass bereits die Ausübung von strukturell dauerdefizitären Tätigkeiten eine verdeckte Gewinnausschüttung darstellt. Hier bestehen ebenfalls steuerliche Risiken.

Unabhängig davon besteht auch im Steuerbereich grundsätzlich ein Risiko, dass bestehende Regeln nicht eingehalten werden oder sich aus Betriebsprüfungen steuerliche Fragestellungen ergeben, die finanzielle Auswirkungen haben können. Um dieses Risiko zu minimieren, hat die Braunschweig Beteiligungen GmbH ein Tax Compliance Management System entwickelt und implementiert. Auch die meisten Tochtergesellschaften haben bereits Tax Compliance Management Systeme installiert.

Die beihilferechtliche Situation der Braunschweig Beteiligungen GmbH ist stabil. Die Gesellschaft betreibt sowohl nichtwirtschaftliche Tätigkeiten (Halten von Beteiligungen) als auch wirtschaftliche Tätigkeiten, die jedoch nur von lokaler Bedeutung sind und somit nicht geeignet sind, den EU-weiten Wettbewerb zu beeinträchtigen. Beihilferechtliche Risiken bestehen demnach bei der BSBG nicht. Auch bei den meisten ihrer Tochtergesellschaften bestehen keine beihilferechtlichen Risiken, da diese entweder ebenfalls nur von lokaler Bedeutung sind, der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) unterliegen, einen Öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) haben oder beauftragt sind. Einzig bei der Kraftverkehr Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist eine Risiko-Situation nicht vollständig auszuschließen.

Bilanzierung und Bewertung: Die Vermögensgegenstände der Gesellschaft werden im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses auf Werthaltigkeit geprüft. Unterjährig erfolgen Werthaltigkeitsüberprüfungen, falls Indizien vorliegen, dass die Werthaltigkeit nicht gegeben sein könnte. Die bestehenden Risiken sind begrenzt und gefährden nicht den Bestand der Gesellschaft.

Kriege und Krisen: Die andauernden Kriege und neuen Eskalationen insbesondere in der Ukraine sowie im Nahen Osten können sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Braunschweig Beteiligungen GmbH und ihrer Tochtergesellschaften und Beteiligungen auswirken. Infolge der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel, den USA und dem Iran Ende Februar 2026 verzeichnen die Energiemärkte eine signifikante Volatilität. Der aktuelle Anstieg der Preise für Gas, Öl und Kraftstoffe resultiert primär aus der Blockade der Straße von Hormus durch den Iran. Diese Sperrung der Meerenge für den Schiffsverkehr unterbricht essentielle globale Transportwege, was zu Störungen von Lieferketten führt und die Gefahr von sinkendem Wirtschaftswachstum bei steigender Inflation verschärft.

Weitere Eskalationen sowie geografische Ausweitungen der Kriege sind nicht auszuschließen. Die Auswirkungen solcher Verschärfungen sind nicht absehbar.

Durch die geopolitischen Entwicklungen verschärft sich die Bedrohungslage in Bezug auf Cybersicherheit weiter. Sowohl staatlich gelenkte Akteure als auch Kriminelle mit monetären Interessen greifen verstärkt die IT-Strukturen deutscher Unternehmen, Kommunen und kritischer Infrastrukturen an.

4.2. Chancen- und Risikenbericht - Konzernabschluss

Die o. a. Chancen und Risiken bestehen auch auf Konzernebene.

Im Bereich der Finanzderivate bestehen bei den im Konzernabschluss vollkonsolidierten Unternehmen insgesamt sieben Zinssicherungsgeschäfte. Sie dienen alle in Verbindung mit dem jeweiligen Grundgeschäft der Absicherung des Zinsaufwandes für die gesamte jeweilige Darlehenslaufzeit.

Weitere Chancen und Risiken liegen naturgemäß im jeweiligen operativen Geschäft der Gesellschaften. Folgende Aspekte sind dabei besonders hervorzuheben:

Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG:

Das Beteiligungsergebnis der Braunschweig Beteiligungen GmbH wird auf der Ertragsseite wesentlich durch das Ergebnis ihrer Beteiligung an der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG geprägt. Als Energieversorgungsunternehmen ist das Ergebnis der Gesellschaft besonders von den hohen Volatilitäten der Preise für Gas und Strom am Großhandelsmarkt beeinflusst. Im Rahmen des Risikomanagements wird daher ein besonderes Augenmerk auf die Bereiche Beschaffung, Vermarktung und Verkauf gelegt. Bei der Stromerzeugung kommen Gas und Altholz als fossile Brennstoffe zum Einsatz, deren Einkaufspreise über Forwards bzw. langfristige Verträge abgesichert werden. Zur Sicherung der Marge aus der Eigenerzeugung werden Stromvermarktungsgeschäfte (Forwards) abgeschlossen.

Durch ungewöhnlich kalte oder warme Wetterperioden in den Herbst- und Wintermonaten können sich Chancen bzw. Risiken im Absatzbereich für Strom, Gas und Wärme ergeben. Der Ausfall von Maschinen, Erzeugungs- und Verteilungsanlagen, Zahlungsverzögerungen, Forderungsausfälle und Insolvenzen von Kunden, erhöhte Finanzierungskosten durch steigende Zinsen sowie IT-Risiken z.B. durch eingeschränkte Systemverfügbarkeit, Datenverlust sowie Cyberangriffe stellen weitere Risiken dar. Chancen für die Gesellschaft können sich aus der Neuausrichtung der Unternehmensstrategie, insbesondere der Umsetzung der Strom- und Wärmewende ergeben. Zur Erschließung neuer Wärmequellen erhielt die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG die Aufsuchungserlaubnis für Erdwärme in einem definierten Gebiet und ist strategische Kooperationen mit Partnern eingegangen, um Synergien zu nutzen und die Projektentwicklungen voranzutreiben. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird durch die Prüfung kombinierter Photovoltaik-Batteriespeicher-Lösungen am Standort HKW Nord sowie die Planung eines Großbatteriespeichers und einer Power-to-Heat-Anlage am Standort Mitte forciert. Weitere Potentiale bieten der Ausbau energienaher Dienstleistungen, Dienstleistungen rund um das Energiedatenmanagement und Digitalisierung sowie die Modernisierung der Abrechnungsprozesse, Maßnahmen zur Kundenbindung und -rückgewinnung sowie die Weiterentwicklung digitaler Angebote wie des Kundenportals und auf Künstlicher Intelligenz basierter Chat- und ServiceBots.

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig:

Verzögerungen von Instandhaltungs-, Modernisierungs- oder Baumaßnahmen, Vermietungs- und Vermarktungsprobleme von Objekten nach Fertigstellung, die Steigerung von Bau- und Grundstücksbeschaffungskosten sowie Zinsänderungsrisiken und Mietausfälle können bei der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig zu negativen Ergebnis- und Liquiditätseffekten führen. Darüber hinaus steigen aufgrund der Klimaschutzgesetzgebung die Anforderungen und Verpflichtungen für die Wohnungswirtschaft und stellen erhebliche Herausforderungen für die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. Anhaltende Kriege, internationale Handelskonflikte und geoökonomische Konfrontationen bergen zudem die Gefahr steigender Einkaufspreise für Energieträger, die Unterbrechung von Lieferketten und Cyberangriffen. Chancen werden aufgrund von niedrigen Leerständen, einer Durchmischung von Eigentums- und Mietobjekten in verschiedenen Finanzierungsformen und positiven Effekten bei den Mieteinnahmen aus Neubautätigkeiten gesehen. Darüber hinaus können sich über die strategische Sicherung von Grundvermögen in der Braunschweiger Nordstadt Potentiale für spätere Tausch- und Veräußerungsgeschäfte oder für die Realisierung eigener Baumaßnahmen ergeben.

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH:

Bei der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH bestehen insbesondere Risiken aus einer allgemeinen wirtschaftlichen Verschlechterung in Zeiten multipler Krisen und Kriege und dem damit einhergehenden Rückgang von Umschlagvolumina. Zusätzlich können sich Risiken auch durch erhöhte Aufwendungen zur Erfüllung der Transportverpflichtungen ergeben.

Außerdem können sich Sperrungen der Verkehrswege aufgrund von Witterung oder durch Baumaßnahmen (z.B. die Grundinstandsetzung des Schiffshebewerkes Scharnebeck auf dem Weg von/nach Hamburg) negativ auf das Geschäft auswirken. Chancen werden insbesondere in der strategisch günstigen Lage im Ost-West-Korridor und in einer zu erwartenden Steigerung im Seegüterumschlag gesehen. Auch durch die kurz- und mittelfristig geplante Erweiterung und Ertüchtigung der Umschlagsanlagen ergeben sich weitere Chancen zur Erhöhung des Umschlagsvolumens.

Braunschweiger Verkehrs-GmbH:

Die Einnahmeentwicklung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH kann aktuell der Dynamik der Aufwandsentwicklung nicht folgen. Das seit 2021 geltende Einnahme-Aufteilungsverfahren bedeutet für die Braunschweiger Verkehrs-GmbH, dass ein zunehmender Anteil der Fahreinnahmen vom Verkehrsverbund Region Braunschweig nach einem nicht in Gänze vorher feststehenden definierten Anteil zugeteilt wird. Zeitgleich nehmen die eigenen Umsatzeinnahmen der Gesellschaft nach Integration der Schülersammelzeitkarten in das Deutschland-Ticket deutlich ab. In Summe sollten die Einnahmen annähernd neutral sein und kein finanzieller Nachteil für die Gesellschaft entstehen. Es lässt sich allerdings eine zunehmende Abhängigkeit vom Verkehrsverbund Region Braunschweig und eine zunehmende Intransparenz im Bereich der Umsatzerlöse feststellen, die eine verlässliche Planung der Umsätze erschwert. Hinzu kommt, dass es bislang noch immer keine Schlussrechnungen der Corona-Rettungsschirme der Jahre 2020-2022, dem 9-Euro-Ticket aus dem Jahr 2022 und der Deutschland-Tickets 2023-2025 gibt.

Die Preisschwankungen auf dem Diesel- und Energiebeschaffungsmarkt stellen Risiken dar, die durch chargenweise Beschaffung bestmöglich abgeschwächt werden. Zusätzlich zu den aktuellen Preisentwicklungen durch die militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten sorgt die CO₂-Bepreisung für Preissteigerungen. Durch den Ausbau der Elektromobilität wird die Abhängigkeit der Gesellschaft von der Dieselpreisentwicklung zunehmend reduziert. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH verfügt mittlerweile über 56 E-Busse, die energieeffizienter sind, geringere lokale Emissionen verursachen, für die Fahrgäste komfortabler sind und über ein modernes Erscheinungsbild verfügen. Aus dem Ausbau der Elektromobilität mit einem Mix aus Depot- und Gelegenheitsladern sowie aus der Planung und Realisierung eigener Photovoltaikanlagen zur Versorgung des Energiebedarfs der Elektrobusse auf den Dächern des Busbetriebshofes ergeben sich zusätzliche Chancen aus ökologischer, ökonomischer und marketingseitiger Perspektive.

Bei der Personalbeschaffung im Fahrdienst besteht die Gefahr, dass Neueinstellungen aufgrund der deutschlandweiten Personalknappheit im Fahrdienst nur schwierig oder zu höheren Kosten zu realisieren sind.

Zur Finanzierung von Investitionen und Sanierungen werden die Möglichkeiten zur Generierung von Fördermitteln verschiedener Fördermittelgeber genutzt, die gegebenenfalls auch miteinander kombiniert werden können. Risiken bestehen allerdings aus zukünftig unklaren Bundes- und Landesmittelverfügbarkeiten.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Infrastruktur-Großprojekt der Stadtbahnerweiterung werden Chancen durch eine verbesserte Anbindung einer Vielzahl von Personen sowie eine Reduzierung fahrzeugseitiger Emissionen im städtischen Gebiet gesehen. Durch automatische Fahrgastzählgeräte besteht die Möglichkeit einer optimierten, datengestützten und kundenorientierten Angebotsplanung. Weitere Chancen bestehen durch die kontinuierliche Weiterentwicklung des Vertriebskonzeptes, neuer Ticketangebote sowie weiterer Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNVs (z.B. Bevorrechtigung des Busbetriebs). Als Partner der Stadt Braunschweig ist die Gesellschaft bei der Entwicklung des innerstädtischen ÖPNV direkt einbezogen. Darüber hinaus arbeitet die Gesellschaft in Fachkreisen und mit Partnern unternehmensübergreifend an Zukunftsthemen wie digitale Kommunikation (Ereignismanagementsystem), alternativen On-Demand-Verkehren, weiteren App-basierten Dienstleistungen und dem Thema Personalbeschaffung.

Da die Braunschweiger Verkehr-GmbH seit 2015 mit der Erbringung von ÖPNV-Leistungen durch die Stadt Braunschweig sowie dem Regionalverband über einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag beauftragt ist, ist der Fortbestand des Unternehmens als gesichert anzusehen und eröffnet Chancen für eine erfolgreiche Entwicklung des ÖPNV in Braunschweig und eine Absicherung der langfristigen Investitionen.

Kraftverkehr Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung:

Die Gesellschaft finanziert sich insbesondere durch zwei Subunternehmeraufträge ohne direkte Ertragsrisiken aus Ticketpreisveränderungen oder negativen Nachfrageentwicklungen. Für die Kraftverkehr Mundstock, Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist daher die weitere Bestandskraft der Verträge mit der Braunschweiger Verkehrs-GmbH und der Peiner Verkehrsgesellschaft mbH zur Durchführung von Auftragsverkehren von existentieller Bedeutung. Darüber hinaus stehen diverse Schlussrechnungen für Zahlungen zur Abmilderung der Corona-Pandemie 2020-2022, Zuschüsse für das 9-Euro- und Ausgleichszahlungen für das Deutschland-Ticket noch aus, woraus sich erhebliche Rückzahlungsrisiken ergeben können. Daneben sieht die Gesellschaft insbesondere Risiken in der Akquise von gut ausgebildetem Fahrpersonal sowie steigenden Personalkosten. Aus Maßnahmen im Bereich des Gesundheitsmanagements, dem betrieblichen Eingliederungsmanagement und der aktiveren Personalbetreuung werden Reduzierungen der Ausfälle im Personalbereich und eine Erhöhung der Dienstleistungsqualität erwartet. Chancen ergeben sich aus der Finanzierung der Verkehre durch die seit Januar 2021 geltende Neuregelung der Allgemeinen Vorschrift, die seit dem 10. August 2025 für die Gesellschaft nicht mehr gilt, aber im Jahr 2026 schlussgerechnet werden soll.

Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH:

Bei der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH bestehen im Bereich der Sportveranstaltungen insbesondere Risiken aus sportlichen Abstiegen der beiden Hauptnutzer im Fußball und Basketball sowie der ungewissen Zukunft des örtlichen American Football Teams nach dem Ausstieg des langjährigen Gesellschafters und Namensgebers. Sowohl Abstiege als auch die Einstellungen des Spielbetriebs im American Football würden mit niedrigeren Einnahmen einhergehen. Durch die sanierungsbedingte Schließung der Stadthalle seit dem 31. Juli 2024 sind die Vermarktungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Durch die Schließung dieser Betriebsstätte entsteht ein Mangel an Räumlichkeiten, sodass spezielle Kundenvorstellungen (z.B. für Tagungen und Kongresse) nicht realisiert werden können. Chancen ergeben sich aus der Neuvermarktung der Stadthalle nach deren Wiedereröffnung. Die ersten Vermarktungsmaßnahmen werden ab Sommer 2026 am Markt platziert. Der Markt im Bereich Show und Konzerte differenziert sich weiter. Abwanderung von Tourneeveranstaltern zu größeren Standorten, Verschiebungen von Veranstaltungen ins Sommerhalbjahr sowie Verlagerungen von Veranstaltungen an andere Braunschweiger Standorte (z.B. Westand, Millennium Halle, Lokpark, Schön&Fröhlich) sind zu beobachten. Große gesellschaftliche Veranstaltungen werden trotz der gestiegenen Mietkosten wieder durchgeführt. Aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation wird es hingegen immer schwieriger, Veranstaltungen im Firmenkundenbereich zu akquirieren. Insgesamt können durch die breite Aufstellung der Gesellschaft Einbrüche in einzelnen Segmenten kompensiert werden.

Die direkt beauftragten Dienstleister der Gesellschaft sind aktuell leistungsfähig, während die Entwicklung im Bereich der Freelancer weiterhin beobachtet wird.

Übergreifend stellt die allgemeine Sicherheitslage ein hohes Risiko für die Durchführung von Veranstaltungen dar. Weitere potenzielle Risiken ergeben sich aus den Bereichen IT, Compliance und Datenschutz, die einem regelmäßigem Monitoring unterzogen werden.

Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH:

Das Ergebnis der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH wird wesentlich von der Entwicklung der Energiepreise geprägt. Preissteigerungen führen somit zu nicht unerheblichen Risiken. Diverse Investitionen für technische Installationen zur Einsparung von Energie, wie etwa Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen, wurden bereits getätigt. Darüber hinaus erfolgen eine strenge Optimierung sowie Kontrolle der Energieverbräuche mit entsprechenden Maßnahmen.

Risiken ergeben sich ebenfalls durch Preissteigerungen bei den übrigen Betriebskosten und eingekauften Dienstleistungen. Zudem können sich verlängerte Ausführungszeiten für Dienstleistungen durch Fachkräftemangel bei Handwerksbetrieben und Einschränkungen in den Lieferketten negativ auf die Gesellschaft auswirken. Nachteilig könnte sich auch der Fachkräftemangel in der Bäderbranche auswirken, der in der Folge dazu führen kann, dass nicht mehr alle Bäder adäquat mit Personal besetzt werden können.

Chancen bestehen durch eine hohe Nachfrage nach Kursangeboten, der bedarfsge- rechten Anpassung der Öffnungszeiten sowie in der Weiterentwicklung von Kurs- und anderen Freizeitangeboten. Sowohl Chancen als auch Risiken bieten sich darüber hin- aus durch die Entwicklung der Besucherzahlen, die Wetterlage in den Sommermonaten und aus der Entwicklung des Zinsniveaus.

Die Sanierung und der anschließende Weiterbetrieb des Badezentrums Gliesmarode bergen hohe wirtschaftliche Risiken. Insbesondere unvorhergesehene bauliche Mängel oder technische Komplikationen können zu Bauverzögerungen und einer Verschiebung des Eröffnungstermins führen. Damit einher gehen potenzielle Kostensteigerungen, die den Investitionsbedarf erhöhen und über einen gesteigerten Fremdkapitalbedarf sowie höhere Abschreibungen das Jahresdefizit der Gesellschaft nachhaltig belasten. Die At- traktivitätssteigerung des Standorts durch die Sanierung birgt hingegen die Chance auf höhere Besucherzahlen. Darüber hinaus sichert der Erhalt des Bades die soziale Infra- struktur.

Bei allen Gesellschaften sind die bestehenden Risiken begrenzt und gefährden aus ak- tueller Sicht nicht den Bestand.

5. Erklärung zur Unternehmensführung

Die Braunschweig Beteiligungen GmbH hat Zielgrößen zur Förderung der gleichberech- tigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen festgelegt. Damit trägt sie den Anforderungen des Gesetzes über die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst Rechnung und berücksichtigt zugleich die damit verbundenen gesellschaftlichen Erwar- tungen.

Die entsprechenden Zielgrößen wurden durch Beschlüsse der Gesellschafterversamm- lung festgelegt. Für den Aufsichtsrat wurde ein Frauenanteil von 30 % als Zielgröße defi- niert. Der derzeitige Frauenanteil beträgt 56 % und übertrifft damit die festgelegte Ziel- gröÙe.

Für die Geschäftsführung wurde eine Zielgröße von 50 % Frauenanteil festgelegt. Diese Zielgröße wurde zu einem Zeitpunkt beschlossen, als die Geschäftsführung aus zwei Personen bestand. Derzeit wird die Geschäftsführung von einer Person wahrgenom- men; der aktuelle Frauenanteil beträgt daher 0 %. Die kaufmännische Leitung als zweite Führungsebene ist jedoch aktuell mit einer weiblichen Führungskraft besetzt, die zudem über Prokura verfügt.

Für die Ebene der Teamleitungen hat die Geschäftsführung einen Frauenanteil von 50 % als Zielgröße festgelegt. Der derzeitige Frauenanteil beträgt 50 % und entspricht damit der Zielgröße.

Braunschweig Beteiligungen GmbH

Braunschweig, den 24. März 2026



Markus Schlimme

Betreff:

Braunschweig Beteiligungen GmbH
Jahresabschluss 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der
Geschäftsführung

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

22.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.

Sachverhalt:

Im Hinblick auf den Beschlussvorschlag wird auf die Unterlagen zum Jahresabschluss 2025 der BSBG Bezug genommen (siehe Drucksache 26-28756).

Die Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführer obliegt gemäß § 12 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages der BSBG der Gesellschafterversammlung. Zuvor bedarf die Entlastung der Geschäftsführer gemäß § 11 Abs. 3 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages der BSBG der Beratung im Aufsichtsrat.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BSBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA).

Der Aufsichtsrat der BSBG wird in seiner Sitzung am 29. April 2026 über die Entlastung des Geschäftsführers beraten. Sofern der Gesellschafterversammlung die Entlastung nicht empfohlen werden sollte, wird in der Sitzung des FPDA entsprechend berichtet.

Die entsprechenden Beschlussvorlagen zur Ausübung der Stimmabgabe in den Gesellschafterversammlungen der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig, der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH, der Kraftverkehr Mundstock GmbH, der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH und der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH zur Entlastung der Aufsichtsräte und Geschäftsführungen der Gesellschaften werden ebenfalls zur Sitzung des FPDA am 30. April 2026 vorgelegt.

Geiger

Anlage/n:
keine

Betreff:
Braunschweig Stadtmarketing GmbH - Jahresabschluss 2025 - Feststellung

Organisationseinheit:
Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:
20.04.2026

<i>Beratungsfolge:</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)	30.04.2026	Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Braunschweig in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH werden angewiesen, den Jahresabschluss 2025 mit einem Jahresfehlbetrag von 3.983.144,27 € festzustellen und die Abdeckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Kapitalrücklage zu beschließen.

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin der Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM). Die gemäß § 13 Abs. 1 lit. f des Gesellschaftsvertrages der BSM vorgesehene Feststellung des Jahresabschlusses obliegt der Gesellschafterversammlung.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BSM herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich, für den gem. § 6 Ziffer 1 lit. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) zuständig ist.

Der Aufsichtsrat der BSM hat am 16. April 2026 zum Jahresabschluss 2025 eine entsprechende Beschlussempfehlung abgegeben.

Im Jahresabschluss 2025 werden Gesamterträge (Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Erträge, Zinsen) in Höhe von 3.097.434,05 € und Aufwendungen in Höhe von 7.080.578,32 € ausgewiesen, so dass für das Geschäftsjahr 2024 ein Fehlbetrag von 3.983.144,27 € entstanden ist. Im Geschäftsjahr 2025 hat die Stadt Braunschweig insgesamt Kapitalrücklagezuführungen in Höhe von 3.852.700,00 € vorgenommen. Zum Bilanzstichtag 2025 beläuft sich die Kapitalrücklage auf einen Gesamtbetrag (einschließlich der o. g. Zuführung 2025) in Höhe von 3.983.144,27 €, so dass ein Ausgleich des Jahresfehlbetrages möglich ist.

Die Entwicklung der Aufwands- und Ertragspositionen im Vergleich ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

	Angaben in T€	IST 2024	Plan 2025	IST 2025	Plan 2026
1	Umsatzerlöse	3.220,9	3.169,1	2.950,7	4.447,1
1a	% zum Vorjahr/Plan		-1,6	-8,4/-6,9	+40,2/+50,7
2	Sonstige betriebliche Erträge	171,1	0,0	119,9	0,0
	Summe Erträge	3.392,0	3.169,1	3.070,6	4.447,1
3	Materialaufwand	-2.293,2	-2.253,5	-2.162,6	-3.624,0
4	Personalaufwand	-3.403,2	-4.058,7	-4.056,2	-4.437,5
5	Abschreibungen	-25,3	-22,0	-26,5	-22,0
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-593,1	-813,5	-669,7	-826,4
7	Abschreibungen auf Finanzanlagen*	-165,5	-165,5	-165,5	-165,5
	Summe Aufwendungen	-6.480,3	-7.313,2	-7.080,5	-9.075,4
8	Betriebsergebnis (Summe 1 bis 7)	-3.088,3	-4.144,1	-4.009,9	-4.628,3
9	Zins-/Finanzergebnis*	42,9	0,0	26,8	0,0
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
11	Ergebnis nach Steuern (Summe 8 bis 10)	-3.045,4	-4.144,1	-3.983,1	-4.628,3
12	sonstige Steuern	3,5	0,0	0,0	0,0
13	Jahresergebnis (Summe 11 bis 12)	-3.041,9	-4.144,1	-3.983,1	-4.628,3
14	Entnahme aus der Kapitalrücklage	204,1	291,4	130,4	423,4
15	Verbleibendes Jahresergebnis	-2.837,8	-3.852,7	-3.852,7	-4.204,9
16	Zu leistende Einlage im jew. Jahr	2.837,8	3.852,7	3.852,7	4.204,9
	*Zuführung an die Haus der Wissenschaft GmbH				

Im Aufwandsbereich ergaben sich zum Teil Ansatzunterschreitungen, da insbesondere im Plan 2025 veranschlagte Aufwendungen für die Großereignisse Tag der Niedersachsen 2026 und Hansetag 2027 im Jahr 2025 noch nicht anfielen. Dies führte auch zu geringeren Fördermittel-Erlösen, die sich in geringeren Umsatzerlösen niederschlugen.

Ferner verzögerte sich die Durchführung der für das Jahr 2025 geplanten touristischen Neubeschilderung der Autobahnen.

Der Anstieg des Personalaufwands gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der abgestimmten und geplanten temporären Stellenzunahme für die o. g. Großprojekte sowie tariflichen Steigerungen und Überstundenrückstellungszuführungen.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von rd. 29.4 T€ für Lizenzen/Software und Betriebs- und Geschäftsausstattungen vorgenommen.

Der Jahresabschluss 2025 der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH (HdW), an der die BSM mit 25,2 % beteiligt ist, weist einen Fehlbetrag von 226.354,53 € (Vorjahr: - 232.303,50 €) aus. Dieser wird fast vollständig durch die Kapitalrücklage gedeckt, in die die Gesellschafter insgesamt 182,5 T€ eingezahlt haben, davon 165.500,00 € durch die BSM (s. o.).

Der Jahresfehlbetrag liegt damit in etwa auf dem im Wirtschaftsplan 2025 prognostizierten Wert von 225 T€.

Beide Jahresabschlüsse wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Friedrichs & Partner, Göttingen, geprüft. Der jeweilige uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 5. März 2026 (HdW) bzw. 12. März 2026 (BSM) erteilt.

Als Anlage sind die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht 2025 der Braunschweig Stadtmarketing GmbH und der Haus der Wissenschaft GmbH beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

- 1 - Anlage 1 JA 2025 BSM (öffentlich)
- 2 - Anlage 2 Lagebericht_BSM_2025_unterschrieben (öffentlich)
- 3 - Anlage 3 JA 2025 HdW (öffentlich)
- 4 - Lagebericht_HdW_2025_unterschrieben (öffentlich)



Jahresabschluss 2025 der Braunschweig Stadtmarketing GmbH

**Braunschweig Stadtmarketing GmbH
Braunschweig**

BILANZ ZUM 31. Dezember 2025

AKTIVA

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an sol- chen Rechten und Werten	10.821,00	2.852,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	77.373,00	2.336,00
2. technische Anlagen und Maschinen	3.216,00	93.784,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	35.024,00	15.586,00
	<u>115.613,00</u>	<u>111.706,00</u>
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	6.300,00	6.300,00
Summe Anlagevermögen	<u>132.734,00</u>	<u>120.858,00</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. fertige Erzeugnisse und Waren	157.451,93	144.928,78
II. Forderungen und sonstige Vermögensge- genstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistun- gen	175.602,54	147.347,57
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.692.535,24	1.115.768,44
3. sonstige Vermögensgegenstände	12.671,57	16.220,75
	<u>1.880.809,35</u>	<u>1.279.336,76</u>
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Gut- haben bei Kreditinstituten und Schecks		
	1.798,05	515.307,37
Summe Umlaufvermögen	<u>2.040.059,33</u>	<u>1.939.572,91</u>
Übertrag	<u>2.172.793,33</u>	<u>2.060.430,91</u>

**Braunschweig Stadtmarketing GmbH
Braunschweig**

BILANZ ZUM 31. Dezember 2025

AKTIVA

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Übertrag	2.172.793,33	2.060.430,91
C. Rechnungsabgrenzungsposten	22.776,44	22.425,33
	<u>2.195.569,77</u>	<u>2.082.856,24</u>

Braunschweig Stadtmarketing GmbH
Braunschweig

BILANZ ZUM 31. Dezember 2025

PASSIVA

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	4.568.962,81	3.758.274,95
III. Jahresfehlbetrag	3.983.144,27	3.041.931,89
Summe Eigenkapital	<u>610.818,54</u>	<u>741.343,06</u>
B. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen	750.530,00	687.540,80
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	537.297,74	472.190,24
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.998,44	63.583,67
3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>191.112,91</u>	<u>109.371,28</u>
	<u>730.409,09</u>	<u>645.145,19</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten	103.812,14	8.827,19
	<u><u>2.195.569,77</u></u>	<u><u>2.082.856,24</u></u>

**Braunschweig Stadtmarketing GmbH
Braunschweig**

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 01.01. BIS 31.12.2025**

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	2.950.722,53	3.220.897,54
2. sonstige betriebliche Erträge	119.931,15	171.094,28
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezo- gene Waren	260.868,01	284.991,83
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.901.756,32	2.008.226,75
	<u>2.162.624,33</u>	<u>2.293.218,58</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	3.118.915,42	2.653.987,08
b) soziale Abgaben und Aufwen- dungen für Altersversorgung und für Unterstützung	937.294,59	749.247,66
- davon für Altersversorgung € 223.728,54 (€ 183.907,61)		
	<u>4.056.210,01</u>	<u>3.403.234,74</u>
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensge- genstände des Anlagevermö- gens und Sachanlagen	26.561,06	25.300,01
6. sonstige betriebliche Aufwendun- gen	669.682,92	593.121,36
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26.780,37	42.930,64
8. Abschreibungen auf Finanzan- lagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	165.500,00	165.500,00
- davon außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzan- lagen € 165.500,00 (€ 165.500,00)		
9. Ergebnis nach Steuern	<u>3.983.144,27-</u>	<u>3.045.452,23-</u>
10. sonstige Steuern	0,00	3.520,34-
11. Jahresfehlbetrag	<u>3.983.144,27</u>	<u>3.041.931,89</u>



Lagebericht 2025 der Braunschweig Stadtmarketing GmbH

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2025

1. Unternehmensgrundlage

Aufgabe der Braunschweig Stadtmarketing GmbH ist die Erarbeitung und Durchführung von Konzepten und Maßnahmen zur Förderung der Attraktivität und des Images der Stadt Braunschweig. Zu diesem Zweck setzt die Gesellschaft eigene Mittel im durch die Einlagen der Stadt Braunschweig vorgegebenen Rahmen des jährlichen Verlustausgleiches ein. Die Maßnahmen umfassen nur teilweise gegenüber den Empfängern berechenbare, abgrenzbare Dienstleistungen, vor allem die zahlreichen Informations- und Beratungsleistungen im touristischen Service und die der Allgemeinheit nutzende Standortwerbung bieten in der Regel keine Grundlage für eine kostendeckende Weiterberechnung an Partner und/oder Nutzer. Nach Möglichkeit erfolgt die Refinanzierung über Einnahmen aus dem Warenverkauf, aus Dienstleistungen, durch Sponsoringleistungen Dritter sowie durch Vermietung und Verpachtung. Doch auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ist die Gesellschaft auf eine enge Kooperation mit Partnern angewiesen, da das Stadtmarketing als Gemeinschaftsaufgabe nur unter Einbeziehung möglichst vieler maßgeblicher Akteure in Braunschweig ausreichende Wirkung entfalten kann. Die Braunschweig Stadtmarketing GmbH dient in diesem Prozess als Initiatorin und Konzeptentwicklerin, als gemeinsame Plattform zum Austausch der Akteure sowie schließlich als partnerschaftliche Dienstleisterin zur und Trägerin der Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen. Aufgrund dieser Aufgabenstellung sind die Indikatoren für die Wirtschaftlichkeit und den Unternehmenserfolg nicht allein in einer positiven Entwicklung von Absatzzahlen, Umsätzen und Jahresergebnissen zu finden. Vielmehr sind die Initiierung, die Stabilisierung und der Ausbau ausgeprägter Kooperationsnetzwerke zur Schaffung attraktiver Angebote und die darauf aufbauende Umsetzung schlagkräftiger Stadtmarketingmaßnahmen maßgebliche Tragsäulen des mittel- und langfristigen Erfolgs der Gesellschaft.

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin. Die projekt- und themenbezogene, differenzierte Beteiligung an Maßnahmen und deren Finanzierung ist nach wie vor sowohl für Großunternehmen mit Interesse am Standortmarketing, als auch für kleinere und mittlere Unternehmen mit eher spezifischen Motiven interessant und entspricht dem an transparenten Kosten-Nutzen-Verhältnissen orientierten Handeln der Unternehmen. Um die Netzwerke auch in die Region auszuweiten und strategische Zukunftsthemen in überregionalen Kooperationen zu erschließen, wurde der Gesellschaftszweck in 2010 um Maßnahmen zur Förderung der Attraktivität und des Images der Stadt Braunschweig als Teilraum der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg erweitert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Überblick

Die erfolgreiche Fortführung des Innenstadt- und Tourismusmarketings mit den besonderen strategischen Partnern Arbeitsausschuss Innenstadt e.V. und Arbeitsausschuss Tourismus Braunschweig e.V. schlägt sich grundsätzlich in verschiedenen Indikatoren wie z.B. den Umsatzerlösen des Veranstaltungsbereichs sowie des Bereichs Vertrieb und Tourismus nieder. Weitere Partner sind Vereinigungen, Kammern und Verbände.

Das Aufgabenspektrum umfasst auch die Vermarktung der Nutzungsrechte städtischer Flächen für Außenwerbung. Seit Juli 2012 und erneuter Ausschreibung des Vertrages in 2023 bis 2039 erzielt die Gesellschaft durch einen mehrjährigen Pachtvertrag mit Ströer/DSM Erlöse aus Pachteinahmen in Höhe von ca. 20% (vormals einem Drittel) des Gesamterlöses, die für die weitere Deckung der nicht über Erlöse refinanzierbaren Aufgaben eingesetzt werden.

Das Jahr 2025 war geprägt durch die Vorbereitung der Großereignisse Tag der Niedersachsen vom 12. bis 14. Juni 2026 und den Internationalen Hansetag in 2027, sowie der Vorbereitung und Entwicklung einer Marketing- und Kommunikationsstrategie bis zum Jahr des 1000-jährigen Stadtjubiläums in 2031. Im Geschäftsfeld des Veranstaltungsmanagements liegt die Vorbereitung und Durchführung der Großveranstaltungen neben den Regelaufgaben wie z.B. verkaufsoffene Sonntage, Weihnachtsmarkt, Abendmärkte und Mobilitätswoche. Der Tag der Niedersachsen beeinflusste die Auslastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schon in 2025 stark. Die ersten Vorbereitungen des Internationalen Hansetages in 2027 wurden parallel aufgenommen. Die personelle Ausstattung wurde aufgrund der zunehmenden zeitlichen Nähe der beiden Ereignisse weiter mit Zeitverträgen temporär aufgestockt. Die Ansprache von den Sponsoren erfolgte für eine Beteiligung an den dauerhaften und zusätzlichen Veranstaltungen frühzeitig. Eine zunehmende Zurückhaltung der Unternehmen an Sponsorbeiträgen bleibt weiterhin deutlich wahrnehmbar. Zum Weihnachtsmarkt wurde das vollständig digitale Kombiticket mit ÖPNV-Nutzung zum Marktbesuch aufgrund der Erfahrungen des Vorjahres nicht erneut aufgelegt. Die Rückkehr zum analogen Weihnachtsmarktgutschein ohne ÖPNV-Ticket erreichte wieder eine hohe Nachfrage. Die erstmalig umgesetzte Kinderbetreuung an sechs Samstagen in den Sommerferien fand guten Zuspruch. Citymarketingaktionen dieser Art bestätigen, dass ein Bedarf an familienfreundlichen und konsumfreien Angeboten besteht. Das Flächenmanagement entwickelte sich stabil positiv. Mit allen merklichen politischen und wirtschaftlichen Einflüssen, sowie der nach wie vor getrüben Konsumlaune wurden die geplanten Erlöse nicht erreicht. Hierzu trug auch bei, dass die Landesförderung für den Tag der Niedersachsen nicht in geplanter Höhe abgerufen wurde, da noch keine entsprechenden Aufwendungen entstanden waren.

Die Nachfrage nach touristischen Angeboten und Produkten stieg weiter an. Hier machten sich aktuell eher fehlende Kapazitäten in Veranstaltungshäusern und Hotellerie dämpfend bemerkbar. Im gesamten Geschäftsjahr stand die Stadthalle nach ihrer Schließung für umfangreiche Sanierungsarbeiten im Sommer 2024 nicht zur Verfügung. Die Hotelkapazitäten können den Wegfall nicht ausgleichen, gleichwohl entwickelten sich die Übernachtungszahlen in 2025 positiv und erreichten wieder ein sehr hohes Niveau.

Die Gesellschaft spürt zwar mittlerweile auch die Auswirkungen des Arbeitnehmermarktes, aber die vakanten Stellen konnten in 2025 besser als im Vorjahr besetzt werden. Mit dazu beigetragen, hat auch die Anpassung des Gehaltsniveaus an Marktüblichkeiten im Vorjahr. Somit stiegen zwar die Personalkosten gegenüber dem Vorjahr nochmals an, lagen aber insgesamt im Rahmen der Planung. Die Gesellschaft erbrachte wie in den Vorjahren Leistungen zur Unterstützung der Partner, die nicht unmittelbar zu höheren Betriebserlösen führten. Für den weiteren Ausbau der Kommunikationsstrategie zu Veranstaltungen wurden wieder Mittel in Höhe von 250 TEUR für die teils überregionale Bewerbung von Veranstaltungen aus den Bereichen Kultur und Sport, sowie Marketingmaßnahmen für den Bereich Convention eingesetzt. Die Gesellschaft brachte sich auch 2025 über die Mitarbeit im Lenkungskreis „Resiliente Innenstädte“ wieder in vom Land Niedersachsen geförderte Maßnahmen zur Belebung der Innenstadt ein. Die Laserfrequenzmessung in der Innenstadt zeigte, dass die von der Gesellschaft verfolgten Strategien und Maßnahmen zur Steigerung der Besuchsfrequenzen in der Innenstadt beigetragen haben und sie auf einem hohen Niveau stabilisiert haben.

Braunschweig konnte mit 1.045 regionalen und überregionalen Presseveröffentlichungen im Jahr 2025 wieder eine große Medienresonanz erzielen (964 Veröffentlichungen in 2024). Die Steigerung der Veröffentlichungen gegenüber dem Vorjahr begründet sich durch Vorberichterstattung zum Tag der Niedersachsen und die Hansethemen, die im Vorfeld des Internationalen Hansetages ein höheres Interesse der Medien erreichten. Die Zahlen zeigen, dass die Braunschweiger Themen nicht nur regional, sondern auch überregional große Beachtung finden und zur Steigerung des positiven Images der Stadt beitragen. Die Weiterentwicklung der Kommunikationsstrategie zur Unterstützung der Veranstalter von Events und Conventions ist Teil der verfolgten Strategie. Die hohe Zahl der Veröffentlichungen spiegelt das Medieninteresse an den Braunschweiger Themen wider, das die Gesellschaft zur erfolgreichen Bewerbung der Braunschweiger Themen mit überregionaler Strahlkraft nutzte. Durch die neue Kommunikationsstrategie wurde die regionale Positionierung der City of Lions gestärkt. Das aus dem Pachtvertrag mit Ströer/DSM zur Verfügung stehende Freiplakatierungskontingent ergänzte die Strategie.

Die Online-Präsenz der Braunschweiger Wissenschafts- und Forschungslandschaft wurde auf der Internetplattform „BesserSmart“ weitergeführt. Auf ihr werden neben den großen Firmen auch weiterhin kleine und mittelständische Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen und weitere Akteure in diese Standortmarketingmaßnahme der Braunschweig Stadtmarketing GmbH eingebunden. Dem Social-Media-Bereich wird mit der Präsenz auf Facebook, Instagram und seit 2025 auch LinkedIn umfangreich Raum gegeben. Die Zahlen der Follower in diesen Kanälen konnte durch kontinuierliche Veröffentlichungen von Posts auf ca. 70.000 für alle Kanäle gesteigert werden. Insbesondere der Instagram-Kanal konnte durch die Veröffentlichung von Videocontent sogenannten Reels, der prozentual mehr Follower anspricht, um ca. 4.500 Follower erhöht werden. Im Dezember wurden die veröffentlichten Beiträge 1,2 Mio. mal aufgerufen.

Trotz der Bedeutung der digitalen Medien und Kanäle bleibt die Nachfrage nach gedruckten Medien bestehen.

	2025	2024	2023	2022	2021	2020
Presseveröffentlichungen in Print und Presse-Online-Portalen	1.045	964	1.054	883	856	974
davon regional	914	691	760	684	741	756
davon überregional	131	273	294	199	115	218

Die Besucherzahlen der Touristinfo, Kleine Burg 14, konsolidierten sich weiter und sind mit mehr als 100.000 Kunden pro Jahr auf dem sehr hohen Niveau vor der Corona-Pandemie. In 2025 wurden 102.035 Gäste gezählt (Vorjahr 104.849 Gäste). Insbesondere das Weihnachtsgeschäft des Jahres 2025 in den Monaten November und Dezember brachte wieder starke Frequenzen und hohe Umsätze. Der Umsatz stieg gegenüber dem Vorjahresergebnis leicht um 2,2 % auf 466 T€ (Vorjahr 456 T€). Die Kennzahlen der Touristinfo haben sich wie folgt entwickelt:

	2025	2024	2023	2022	2021	2020
Besucherzahlen	102.035	104.849	103.414	85.297	52.569	55.438
Jahresumsatz	466.077	456.066	576.753	374.995	280.017	186.045

Der durch die Lockdown-Phasen begründete Einbruch bei Besucherzahlen und Umsatz konnte wieder aufgefangen werden. Insbesondere die vom Weihnachtsgeschäft geprägten weiterhin umsatzstärksten Monate November und Dezember tragen hier zu 37% bei. Das ausschließlich digitale Angebot des Kombitickets zum Weihnachtsmarkt wurde allerdings von den Kunden nicht im geplanten Maße angenommen. Daher wurde dieses Angebot in 2025 nicht erneut aufgelegt und wieder der klassische Papiergutschein angeboten. Die Nachfrage nach diesem Produkt zeigte, dass hiermit dem Käuferwunsch entsprochen wurde.

Die seit 2009 zusammengestellten Betriebskennzahlen lassen eine positive Entwicklung der Arbeitsergebnisse gerade in den Non-Profit-Bereichen der Braunschweig Stadtmarketing GmbH feststellen. Die Zugriffe auf die Internetseiten im Tourismusbereich sanken mit 428.825 Zugriffen (Vorjahr: 748.522) deutlich gegenüber dem Vorjahresniveau. Dies begründet sich im Wegfall des Lichtparcours, der in 2024 zu einer hohen touristischen Aufmerksamkeit führte. Die Zahl der Hotelübernachtungen in Braunschweig steigerte sich in 2025 wieder gegenüber dem Vorjahr unter anderem dadurch, dass fehlende Hotelkapazitäten wieder an den Markt zurückkehrten. Die schon in den Vorjahren festzustellende Veränderung im Buchungsverhalten war auch in 2025 festzustellen, so dass gerade im sog. Leisure-Bereich immer kürzere Vorbuchungszeiträume erfahren werden. Die Ausrichter von Konferenzen und Tagungen sind durch den Wegfall der Stadthalle schwieriger in ihren Planungen zu unterstützen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Braunschweig Stadtmarketing GmbH ihre Partnerschaften weiter festigen konnte. Das Unternehmen nimmt allerdings weiterhin eine Zurückhaltung der Partner bei Beteiligungen an Maßnahmen und im Sponsoring durch die konjunkturelle Eintrübung wahr. Für die Jahre der Großereignisse wird durch die Vielzahl der parallelen Aktivitäten eine Zersplitterung der Sponsorengelder für das jeweils einzelne Ereignis befürchtet.

2.2 Ertragslage

Die Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit des Unternehmens schränken die Erzielung von Erlösen zur vollständigen Deckung der entstehenden Aufwendungen ein. Die Gesellschaft finanziert ihre Aktivitäten durch:

- Kapitaleinzahlungen der Gesellschafterin gemäß Gesellschaftsvertrag,
- Sponsorenleistungen,
- partnerschaftliche Dienstleistungen, insbesondere Veranstaltungen und Marketingmaßnahmen,
- Vertrieb touristischer Produkte, Souvenirs und Leistungen,
- Vermarktung öffentlicher Flächen für Sondernutzungen und
- Verpachtung der Nutzungsrechte für Außenwerbung auf städtischen Grundstücksflächen.

Die Braunschweig Stadtmarketing GmbH schließt das Geschäftsjahr 2025 mit einem Jahresfehlbetrag von 3.983 T€ ab. Dieses Ergebnis liegt um 161 T€ über dem mit dem Wirtschaftsplan 2025 vorgelegten Wert mit einem geplanten Jahresfehlbetrag von 4.144 T€. Der Wirtschaftsplan 2026 wurde vorsichtig geplant. Er enthält Aufwendungen für die personelle Aufstellung für die Großprojekte „Tag der Niedersachsen“ und „Internationaler Hansetag“ in 2026 bzw. 2027, sowie Ausrichtung des „Tag der Niedersachsen“.

Die Verbesserung des Ergebnisses wurde im Wesentlichen erreicht, da die geplanten Aufwendungen für die Großereignisse in 2025 noch nicht anfielen und sich das Projekt der touristischen Neubeschilderung an den Autobahnen, das mit einem hohen Kostenanteil (140 T€) geplant war in der Umsetzung systembedingt verzögerte. Von den geplanten Kosten fielen 100 T€ durch die noch nicht genehmigte Aufstellung noch nicht an. Dies führte zu einer geringeren Verwendung des Kapitals aus der Rücklage und muss für 2026 eingeplant werden. Weiterhin konnten Maßnahmen für das Convention-Marketing durch die fehlenden Tagungskapazitäten nicht sinnvoll umgesetzt werden.

Außerdem konnten im Sondernutzungsbereich durch die konsequente Überwachung der Nutzungserlaubnisse und die größere Nachfrage nach Promotionaktionen um 82 T€ höhere Erlöse als geplant erzielt werden. Insgesamt führt die Verbesserung des Gesamtergebnisses dazu, dass mit der Gesellschafterin vereinbart wurde, weniger Mittel aus der Kapitalreserve zu verwenden als geplant, um die Projekte in den Jahren 2026 und 2027 mit den bei der Gesellschaft verbleibenden Mitteln möglichst ohne weitere Aufstockung der Mittel durch die Gesellschafterin abwickeln zu können. Die für den Doppelhaushalt 2025/2026 abgegebene Mittelfristplanung enthält für 2026 den von der Gesellschafterin geforderten Einsparbetrag in Höhe von 232 T€.

Die Umsatzerlöse liegen mit 2.951 T€ um 270 T€ unter dem Vorjahreswert und um 218 T€ unter dem Planwert. Dies erklärt sich in erster Linie, durch die für den Tag der Niedersachsen eingeplanten aber nicht abgerufenen Landesmittel als Erlöse, denen entsprechend geringerer Aufwand entgegensteht. Bei den Veranstaltungen verstetigt sich die Entwicklung, dass die Gewinnung von Sponsoren vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage schwieriger wird. Die geplanten Deckungsbeiträge der Projekte konnten aber in 2025 insgesamt wieder erreicht werden. Die Begleitung der Stadt in unterschiedlichsten Kommunikationskampagnen gegen entsprechendes Entgelt wurde erneut weiter ausgebaut. Auch die Begleitung der Veranstalter in der Veranstaltungskommunikation wurde erfolgreich weitergeführt. Die Rückmeldungen der Veranstalter zu den weiterführenden Marketingmaßnahmen waren durchweg positiv.

Die touristischen Erlöse blieben gegenüber dem Vorjahr auf vergleichbarem Niveau. Dazu trugen auch die sehr guten Umsätze in der Touristinfo bei. Der Bereich der Sondernutzungen verstetigt sich mit rund 381 T€ auf einem hohen Niveau. Gründe sind die gute Überwachung der Nutzung der öffentlichen Flächen und die steigende Nutzung des Angebots von Promotionaktionen in der Innenstadt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 51 T€ unter dem Vorjahreswert und enthalten Lohnerstattungen der Krankenkassen in Höhe von 19 T€ für Schwangerschaften und Dauererkrankungen im Jahr 2025 (Vorjahr 55 T€).

Der Materialaufwand liegt - den geringeren Erlösen entsprechend - mit 2.163 T€ um 130 T€ unter dem Vorjahreswert von 2.293 T€. Wie schon an anderer Stelle erläutert, trägt zum einen der geringere Aufwand als geplant zum Tag der Niedersachsen dazu bei, aber auch das Projekt der touristischen Beschilderung an den Autobahnen. Des Weiteren wurden verschiedene Marketingmaßnahmen im Tourismus- und Conventionbereich wegen fehlender Hotel- und Tagungskapazitäten in 2025 nicht wiederholt. In 2024 waren mit der „Bewegt-Bild-Produktion“ und verschiedenen Digitalisierungsprojekten einmalig Mittel der Gesellschaft für die Weiterentwicklung der eigenen Arbeit eingesetzt.

Der Personalaufwand liegt mit 4.056 T€ noch einmal deutlich über dem Vorjahr (+653 T€). Dies liegt in erster Linie an dem temporären Personalaufbau für die Großereignisse und den tariflichen Steigerungen durch die in 2025 abgeschlossenen Tarifverhandlungen, die zu deutlichen Personalkostensteigerungen führten und zum Planungszeitpunkt nicht absehbar waren. Für die Altersteilzeiten für zwei Mitarbeiter wurden weniger Rückstellungen aufgelöst als geplant, da eine Mitarbeiterin durch personelle Engpässe noch nicht mit der Passivphase der Altersteilzeit beginnen konnte. Der angesetzte Personalaufwand von 4.058 T€ wurde jedoch eingehalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 77 T€ auf 670 T€ gestiegen. Dies begründet sich unter anderem durch EDV-Kosten im Rahmen von Digitalisierungsprozessen (+25 T€), sowie höhere Rechtsberatungskosten (+8 T€), die Korrektur des Vorsteuerabzugs im nichtwirtschaftlichen Unternehmensbereich (+21 T€) und gestiegene Fahrzeugkosten (+12 T€), durch ein eigenes Leasingfahrzeug

Die Abschreibungen erhöhen sich leicht um 1 T€ auf 26 T€.

Durch die o.g. Entwicklungen und wirtschaftliches Handeln kann die Braunschweig Stadtmarketing GmbH das geplante Jahresergebnis unterschreiten und schließt das Geschäftsjahr 2025 mit einem Jahresfehlbetrag von 3.983 T€ ab.

Die gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages von der Gesellschafterin Stadt Braunschweig geleisteten Kapitaleinzahlungen sind in die Kapitalrücklage eingestellt worden und stehen nach Beschluss durch die Gesellschafterversammlung zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2025 zur Verfügung.

2.3. Finanzlage

Die nicht-profitablen Bereiche einschließende Aufgabenstellung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH erfordert die fortlaufende Zuführung von Finanzmitteln für den laufenden Geschäftsbetrieb. Hierzu stehen der Gesellschaft gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages Einlagen der Gesellschafterin Stadt Braunschweig in monatlichen Teilbeträgen und eine variable Einlage bei Bedarf auf Anforderung zur Verfügung.

Mittel für Investitionstätigkeiten der Gesellschaft betreffen allgemein Neu- und Ersatzinvestitionen in die Bildmarke sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung. Zu erwähnen sind hierbei vor allem die im Geschäftsjahr 2025 durchgeführten Investitionen in die Digitalisierung der Buchhaltungsprozesse.

Liquidität

Zur Absicherung von kurzfristigen Liquiditätsbedarfen stehen Mittel im Cash-Pool der Stadt Braunschweig zur Verfügung (siehe Punkt 5), die bisher nicht in Anspruch genommen wurden. Die Werte in der Tabelle weisen die Finanzmittel am Anfang und am Ende der Periode inklusive der Mittel im Cash-Pool aus.

	2025 TEUR	2024 TEUR	2023 TEUR	2022 TEUR
Finanzmittel am Beginn der Periode	1.631	1.354	1.488	1.103
Cash Flow lfd. Geschäftstätigkeit	-3.586	-2.382	-2.231	-1.395
Cash Flow Finanzierung	3.853	2.837	2.363	1.958
Cash Flow Investition	-204	-178	-266	-178
Finanzmittel am Ende der Periode	1.694	1.631	1.354	1.488

Der negative Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 3.586 T€ und aus der Investitionstätigkeit von 204 T€ wird durch die Gesellschaftereinlage vollständig ausgeglichen. Der Cash Flow führt zu einer Erhöhung des Finanzmittelbestandes um 63 T€ zum Ende der Periode.

2.4. Vermögenslage

Das Gesamtvermögen und -kapital ist im Vergleich zum Vorjahr um 113 T€ gestiegen.

3. Risiko- und Chancenbericht

Das Unternehmen treibt die Braunschweiger Marketingthemen weiter voran. Die Plattform „Besser Smart“ als Kommunikations- und Vernetzungsplattform für Wirtschaft und Forschung trägt weiterhin durch die umgesetzten Maßnahmen in 2025 das Standortmarketing. Die seit 2022 für Veranstalter als Unterstützungen angebotenen Kommunikationsmaßnahmen fördern die Wahrnehmung des Freizeit- und Erlebnisangebots Braunschweigs. Auch in 2025 konnten mit der überregional ausgerichteten touristischen Sommer- und der Winterkampagne Maßnahmen aus dem Tourismuskonzept erfolgreich umgesetzt werden. Die Fortführung in 2026 ist geplant. Die Partner aus Hotellerie, Tourismus und Kultur unterstützen die Maßnahmen punktuell, sind aber von der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung zum Teil sehr zurückhaltend in ihren Beteiligungen.

Die im Kongresskonzept entwickelten Maßnahmen zur Stärkung der Kongressmarketingaktivitäten wurden mit der Fortführung der Netzwerkveranstaltungen weiter vorangetrieben. Mit der entwickelten Marke MEET BS begleitete das Kongressbüro Verbandstagungen von Branchenverbänden mit Service- und Werbemaßnahmen. Meetings werden zur Akquisition weiterer Partner und zur Stärkung des Netzwerks genutzt. Doch auch für diesen Bereich gilt, dass die Partner aus Hotellerie und Anbietern von Tagungskapazitäten durch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zum Teil eher zurückhaltend bei der Umsetzung von Marketingmaßnahmen unterstützen. Fehlende Kapazitäten durch die geschlossene Stadthalle führen ebenfalls zu Erschwernissen im Kongressmarketing.

Die Zusammenarbeit mit dem Handel der Innenstadt, der Hotellerie, der Gastronomie und mit touristischen Leistungsträgern hat sich auch in 2025 weiter bewährt. Die enge Kooperation sowie die Einbindung in den Arbeitsausschüssen Tourismus und Innenstadt schaffen ein stabiles Vertrauensverhältnis. Die Vertiefung der Partnerschaften mit Unternehmen und Institutionen als Projektsponsoren, die damit verbundene Konzeption und Finanzierung der Stadtmarketingmaßnahmen sowie die Erschließung weiterer Umsatzpotentiale und die Steigerung der Deckungsbeiträge sind weiterhin zentrale Ziele der Gesellschaft. So konnte die Braunschweig Stadtmarketing trotz der wirtschaftlich schwierigen Lage Partner und Sponsoren für ihre angepassten Veranstaltungsformate gewinnen. Die Bemühungen, Sponsorenverträge mit einer mehrjährigen Laufzeit zu schließen, konnten nur eingeschränkt fortgeführt werden. Die Partner stärkten die Gesellschaft weiterhin durch die Möglichkeiten des Freiplakatierungskontingentes aus dem Werbevertrag mit Ströer DSM.

Es zeigt sich, dass die Innenstadt-Veranstaltungen an den Wochenenden mit verkaufsoffenen Sonntagen durch die finanziellen Belastungen der Partner und zum Teil geänderten Sponsorenausrichtungen schwieriger zu finanzieren sind.

Besondere Herausforderungen werden für die Gesellschaft in den kommenden Jahren in der Ausrichtung des Tages der Niedersachsen 2026 und des Internationalen Hansetages in 2027, sowie die Mitwirkung an dem 1000-jährigen Stadtjubiläum in 2031 liegen. Eine über die Jahre tragfähige Kommunikationsstrategie, die die Ereignisse einbezieht, wurde von der Gesellschaft zusammen mit der Agentur Embassy erarbeitet und in 2025 mit der Agentur Ginko zu einem neuen Corporate Design umgesetzt, das wiederkehrende visuelle Elemente in die jeweilige Logo-Darstellung des Großereignisses einbringt.

Die von der Gesellschaft erbrachten Dienstleistungen werden im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse getätigt („Daseinsvorsorge“). Die in diesem Zusammenhang stehenden Beihilfevorschriften sieht die Geschäftsführung durch die bestehenden gesellschafts- und vertragsrechtlichen Vereinbarungen, die Festlegungen der Kostenarten im Wirtschaftsplan bei gleichzeitiger Beschränkung der Ausgleichszahlungen auf die notwendigen Gesamtkosten und die gegebene wirtschaftliche Geschäftsführung als erfüllt an. Dies wird auch jährlich von einem Wirtschaftsprüfungsunternehmen überprüft.

Belastungen für die Arbeit der Gesellschaft ergaben sich nach wie vor aus personellen Wechseln, u.a. zeitweisen Abwesenheiten infolge von längerfristigen Krankheiten, Elternzeiten und den Beschäftigungsverhältnissen in Teilzeit in zahlenmäßig höherem Umfang, die verschiedene Bereiche betrafen. Die Gesellschaft spürt zunehmend die Auswirkungen des Fachkräftemangels auf dem Arbeitsmarkt. Insbesondere die fachspezifischen Ausbildungen sind hier bei Nachbesetzungen betroffen, insbesondere wenn diese aus o.g. Gründen zeitlich befristete Stellen betreffen.

Die Gesellschaft ist aufgabenbedingt weiterhin für die Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeit auf Einlagen ihrer Gesellschafterin angewiesen.

4. Prognosebericht

Der Prognosebericht basiert auf der Grundlage des Wirtschaftsplans 2026.

Der Wirtschaftsplan 2026 enthält eine städtische Einlage in Höhe von 4.205 T€, die zur Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge und der Aufgaben im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI) zur Verfügung steht. Die Kosten und Erlöse aus diesen Aufgaben sind im Wirtschaftsplan 2026 gesondert ausgewiesen. Der Einlagebetrag ist mit 4.205 T€ geringer als der geplante Jahresfehlbetrag von TEUR 4.628 angesetzt, da die Gesellschaft plant, die seit 2020 im Kapital verbliebenen Einzahlungen zur Deckung des Jahresfehlbetrags 2026 einzusetzen. Dieses Verfahren war in 2021 mit der Gesellschafterin abgesprochen worden, um den Finanzbedarf geringer zu halten und das vorhandene Kapital zur Aufgabenerfüllung einzusetzen.

Die Personalkosten sind um 378 T€ höher geplant als im Vorjahr, da die Gesellschaft neben tariflichen Steigerungen, neue Projektleitungsstellen für neue Aufgaben und die temporäre Aufstockung des Personalstamms durch die Sonderprojekte „Tag der Niedersachsen“ und „Internationaler Hansetag“ weiter voranbringt. In 2023 wurde die Tarifstruktur des Unternehmens an die Markterfordernisse angepasst. Dies führt dazu, dass sich Tarifierhöhungen stärker auf die Entwicklung der Personalkosten auswirken.

Die Raumkosten bleiben gegenüber dem Vorjahr gleich, da die gestiegenen Energiekosten für die zwei Mietobjekte schon in den Vorjahren eingeplant waren. Die Erlöse aus den Marketingmaßnahmen wurden gegenüber dem Vorjahr auf 318 T€ (Vorjahr 318 T€) stabil gehalten, da sich die Beteiligungen der Veranstalter an der überregionalen Kommunikation als Erlöspotentiale stabilisiert haben und weiterhin Erlöse aus Kommunikationsleistungen für die Stadtverwaltung eingeplant wurden. Der um 146 T€ geringere Aufwand (770 T€) in dieser Position entsteht durch die projektorientierte Zuordnung der Marketingkosten für die Großereignisse des laufenden und des kommenden Jahres, die einen gesonderten Ausweis im Wirtschaftsplan 2026 erfahren.

Im Veranstaltungsbereich werden die Erlöse mit 755 T€ im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2025 auf gleichem Niveau angesetzt (Vorjahr: 750 T€), da sich die Akquisition von Partnerbeteiligungen vor dem Hintergrund der aktuellen allgemenwirtschaftlichen Lage nicht verändert hat.

Die „Erlöse aus Werberechten“ sind mit 880 T€ analog des abgeschlossenen Jahres etwas höher eingeplant als im Vorjahr (870 T€).

Die Aufwendungen (458 T€) und Erlöse (465 T€) für die „touristischen Produkte und Marketing“ wurden für 2026 in vergleichbarer Höhe zu den Vorjahren angesetzt, da die Gesellschaft neue Geschäftsmodelle, die mehr auf Vermittlung von Leistungen setzt als auf die Schaffung eigener Angebote sowie deren Verkauf stabilisiert hat. Für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Tourismuskonzept sind wieder 50 T€ eingeplant.

Die vertragsgemäße Einlage für die Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH ist als Abschreibung auf Finanzanlagen im Aufwand mit 166 T€ berücksichtigt.

Als Gesamtbetriebsergebnis der Braunschweig Stadtmarketing GmbH wird durch den hohen Anteil nicht profitabler Aufgaben auch weiterhin ein Fehlbetrag ausgewiesen, der durch Entnahme aus dem Kapitalvermögen, das gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages von der Gesellschafterin durch eine feste und eine variable Einlage gespeist wird, gedeckt wird.

5. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Mit der Stadt Braunschweig besteht ein Vertrag über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln. Der Höchstbetrag für den zugunsten der Gesellschaft bereitzustellenden Kassenkredit beträgt 50 T€. Für die Inanspruchnahme eines inneren Kassenkredites ist eine Verzinsung mit dem um 0,2 % erhöhten STR-Satz vorgesehen. Für die Bereitstellung von Fremdmitteln von außen wird auf den tatsächlich anfallenden durchschnittlichen Sollzinssatz ein Zuschlag von 0,2 % erhoben. Im Berichtsjahr ist eine Inanspruchnahme dieser Kreditlinie nicht erfolgt. Die Abdeckung der weiteren Aufwendungen erfolgt durch entsprechende Realisierung von frühen Zahlungszielen bei Erlösen im Rahmen der Durchführung von Projekten und Maßnahmen, durch die Einwerbung von Sponsoringleistungen sowie durch Pachterlöse. Seit Oktober 2025 wird die Vereinbarung um einen Vertrag zum Kontenclearing ergänzt. Gegenstand des Vertrages ist ein automatisiertes Kontenclearing des Cashpool-Führers unter Nutzung der S-Zentrale der Sparkassen und Landesbankgruppen.

Die Gesellschaft hält weiterhin 25,2 % des Stammkapitals der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH und leistet seit 2020 jährlich eine Einlage von 165,5 T€ in die Gesellschaft, um Defizite aus dem Betrieb zu decken. Die Vermietung der Räume erbrachte in 2025 wieder steigende Erlöse für die Gesellschaft. Dafür fielen Förderprojekte weg. Der Anspruch der Gegenfinanzierung der städtischen Mittel durch Beiträge aus der Wirtschaft und anderer Partner ist weiterhin im Grunde erfüllt. Die Fortführung des Engagements als Gesellschafterin wurde nach dem Beschluss des Rates im Juni des Jahres 2016 mit einer entsprechenden Änderung im Gesellschaftsvertrag der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH auf eine dauerhafte Leistung der Gesellschaftereinlage festgeschrieben. Der Einlagebetrag für das Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH wird in Wirtschaftsplan und Jahresabschluss im Aufwand als Abschreibung auf Finanzmittel dargestellt.

Braunschweig, den 12. März 2026



Nina-Rebecca Fritzer
Geschäftsführerin



**Jahresabschluss 2025
der
Haus der Wissenschaft
Braunschweig GmbH**

Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH
Braunschweig

BILANZ ZUM 31. Dezember 2025

AKTIVA

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	5.009,00	2.629,00
Summe Anlagevermögen	<u>5.009,00</u>	<u>2.629,00</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensge- genstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistun- gen	41.545,38	8.579,90
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>14.097,66</u>	<u>495,80</u>
	55.643,04	9.075,70
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Gut- haben bei Kreditinstituten und Schecks	33.784,67	142.747,41
Summe Umlaufvermögen	<u>89.427,71</u>	<u>151.823,11</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.215,22	4.036,80
	<u>98.651,93</u>	<u>158.488,91</u>

Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH
Braunschweig

BILANZ ZUM 31. Dezember 2025

PASSIVA

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	248.249,86	298.053,36
III. Jahresfehlbetrag	226.354,53	232.303,50
Summe Eigenkapital	<u>46.895,33</u>	<u>90.749,86</u>
B. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen	24.726,24	29.828,44
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.388,70	4.956,35
2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>10.541,66</u>	<u>11.765,26</u>
	17.930,36	16.721,61
D. Rechnungsabgrenzungsposten	9.100,00	21.189,00
	<u>98.651,93</u>	<u>158.488,91</u>

Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH
Braunschweig

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 01.01. BIS 31.12.2025

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	419.311,67	346.248,41
2. sonstige betriebliche Erträge	20.878,51	10.307,79
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezo- gene Waren	0,02-	0,85-
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>131.180,11</u>	<u>128.860,89</u>
	131.180,09	128.860,04
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	383.422,04	320.101,23
b) soziale Abgaben und Aufwen- dungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>91.960,08</u>	<u>73.932,57</u>
	475.382,12	394.033,80
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensge- genstände des Anlagevermö- gens und Sachanlagen	4.899,95	10.356,02
6. sonstige betriebliche Aufwendun- gen	55.341,06	55.769,28
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	155,64	220,37
8. Zinsen und ähnliche Aufwendun- gen	0,43	2,81
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	103,30-	58,12
10. Ergebnis nach Steuern	<u>226.354,53-</u>	<u>232.303,50-</u>
11. Jahresfehlbetrag	<u>226.354,53</u>	<u>232.303,50</u>



**Lagebericht 2025
der
Haus der Wissenschaft
Braunschweig GmbH**

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2025

A. Grundlage des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde von der Braunschweig Stadtmarketing GmbH, der Innovationsgesellschaft Technische Universität Braunschweig mbH, dem Arbeitgeberverband Region Braunschweig e.V., der ForschungRegion Braunschweig e.V. und der Union Kaufmännischer Verein von 1818 e.V. im Oktober 2007 gegründet. Die Braunschweig Stadtmarketing GmbH, die Innovationsgesellschaft Technische Universität Braunschweig mbH und der Arbeitgeberverband Region Braunschweig e.V. halten jeweils 25,2 % des Stammkapitals an der Gesellschaft, die ForschungRegion Braunschweig e.V. ist mit 19,6 % und die Union Kaufmännischer Verein von 1818 e.V. mit 4,8 % des Stammkapitals an der Gesellschaft beteiligt.

Die Aufgabe der Gesellschaft ist die Schaffung einer Plattform für den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft, welche die Idee der „Stadt der Wissenschaft 2007“ weiterträgt. Neben der Kommunikation wissenschaftlicher Inhalte soll vor allem die Vernetzung der Wissenschaft mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gefördert werden. Zu den wichtigsten Zielen gehören hier die Nachwuchsförderung und -werbung, die Imagebildung für Stadt und Region sowie der Wissens- und Technologietransfer. Im Haus der Wissenschaft Braunschweig finden vielfältige Veranstaltungen wissenschaftlicher, künstlerischer und sonstiger kultureller Art statt, die sich sowohl einem breiten Publikum zuwenden, als auch den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Dialog fördern. Insbesondere werden dort auch Veranstaltungen der „Stadt der Wissenschaft 2007“ fortgeführt. Das dauerhaft angelegte Unternehmen wird durch einen extern betriebenen Gastronomiebetrieb im Haus der Wissenschaft ergänzt, dessen Angebote einschließlich Ambiente an den genannten Zwecken und Ansprüchen ausgerichtet sind. Das Haus wurde 2011 mit dem Aufbringen der angestrahnten Kuppel zu einem sprichwörtlichen Leuchtturm in der Region.

B. Wirtschaftsbericht

1. Geschäftsverlauf

Im Jahr 2025 war der Veranstaltungsbereich rückläufig. Das betrifft die hauseigenen Veranstaltungen ebenso wie die Raumvermietung. An 80 Tagen fanden 77 Veranstaltungen statt. Im Vorjahr waren es 97. Die Aula war mit 217 Belegungstagen stabil ausgelastet und wurde im Unterschied zum Vorjahr auch vereinzelt für externe Mieter bereitgestellt. Insgesamt waren 23.420 Teilnehmende im Haus, was einer Steigerung von 14% entspricht. Es kamen somit mehr Menschen zu weniger Veranstaltungen. Neben der sinkenden Attraktivität des Standortes (ausstehende Renovierungsarbeiten, fehlende Küche für externe Dienstleister, teilweise Geruchsbelästigung sowie angespannte Parkplatzsituation am Standort) bei gleichzeitiger Etablierung neuer Veranstaltungsorte in Braunschweig im vergleichbaren Segment (250 PAX), macht sich zusätzlich die weiterhin angespannte Wirtschaftslage bemerkbar. Die schwache Konjunktur führt bei Partnerinstitutionen und Sponsoren weiter zu einem geringeren Engagement im Bereich Wissenschaftskommunikation. Das erschwert besonders die Verstetigung durchgeführter Projekte und die nachhaltige Unternehmensplanung.

Dennoch geht die Geschäftsführung von einer Steigerung der Einnahmen aus und begründet diese unter anderem mit der Verstetigung von Formaten im wirtschaftlichen Bereich mit der MetropolRegion (Health Hack, März 2025), der TU Braunschweig (Kinder-Podcast-Programm Oktober 2025), dem ForschungRegion e.V. (Salon der Wissenschaft, Mai 2025, Redaktionstelle, Koordination des Wissenschaftsschaufensters). Hinzu kommen zusätzliche Tätigkeitsfelder, die durch die GmbH von Verwaltungseinheiten der TU übernommen wurden (Catering bei Veranstaltungen, Service für Antrittsvorlesungen, konferenzbegleitende Tätigkeiten).

Im nichtwirtschaftlichen Bereich profitierte das Unternehmen vor allem in der Sichtbarkeit von langjährigen Kooperationen wie der Reihe „NDR Info - Wissenschaft aus Braunschweig“ und dem „Astroherbst“ sowie 3 „Science Slams“. Für den Zeitraum 2025 konnten auch das bundesweit sichtbare Projekt „Make Your School“ für das Schuljahr 2025/26 sowie die BMBFSJ geförderten Projekte Role2Role und MINT-Liga wie geplant durchgeführt werden.

Ein Ereignis von herausragendem Charakter im Februar 2025 war der Regionalentscheid der FirstLe-goLeague mit dem Verein HandsOn-Technology. Für den Robotik-Wettbewerb kamen Teams und Gäste aus ganz Norddeutschland in das HdW. Insgesamt waren am Veranstaltungstag 600 Gäste vor Ort. Auch die mediale Begleitung (durch FunkeMedien/Braunschweiger Zeitung, NDR, etc.) und die Bereitschaft zum Sponsoring aus Unternehmen heraus war hoch und führte zu überregionaler Strahlkraft. Das Gewinnerteam reiste anschließend sogar nach Amerika zum Wettkampf nach Massachusetts. Die Schülerinnen und Schüler der Ricarda-Huch-Schule wurden zu Botschaftern Braunschweigs in der Welt der Lego-Robotik-Wettbewerbe.

2. Darstellung der Lage

Die Lage des Unternehmens ist in hohem Maße geprägt durch Fördermittel, Leistungen der Gesellschafter, Sponsorings sowie durch Einnahmen aus sonstigen Aktivitäten (Raumvermietung und Dienstleistungen).

a. Vermögenslage

Die Kapitalrücklage verringert sich durch das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr auf 248 T€ (Vorjahr 298T€) und liegt damit unter dem Planwert. Der Jahresfehlbetrag liegt mit 226 T€ um 1 T€ über dem im Wirtschaftsplan 2025 prognostizierten Wert von 225 T€.

Die Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 5 T€ geringer eingestellt worden.

b. Finanzlage

Die Aufgabenstellung der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH, die unprofitable Bereiche einschließt, erfordert die fortlaufende Zuführung von Finanzmitteln für den laufenden Geschäftsbetrieb.

Mittel für Investitionstätigkeiten der Gesellschaft betreffen allgemein Neu- bzw. Ersatzinvestitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung und bewegen sich in der Regel in Höhe der getätigten Abschreibungen.

Die Entwicklung der finanziellen Lage der Gesellschaft stellt sich im Vergleich zu den Vorjahren wie folgt dar:

	2025 in T€	2024 in T€	2023 in T€	2022 in T€
Finanzmittel am Beginn der Periode	143	206	202	248
Cashflow lfd. Geschäftstätigkeit	-285	-235	-178	-217
Cashflow Finanzierung	183	183	183	183
Cashflow Investition	-7	-11	-1	-12
Finanzmittel am Ende der Periode	34	143	206	202

Der negative Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 285 T€ und aus der Investitionstätigkeit von 7 T€ kann durch die Gesellschaftereinlagen nicht kompensiert werden und führt zu einer Verringerung des Finanzbestandes von 109 T€.

c. Ertragslage

Die wirtschaftlichen Grundlagen für die Aktivitäten der Gesellschaft sind:

- Kapitaleistungen der Gesellschafter Braunschweig Stadtmarketing GmbH, UNION Kaufmännischer Verein von 1818 e.V. und des Arbeitgeberverbandes Region Braunschweig e.V. gemäß Gesellschaftsvertrag
- Sachleistungen, u.a. die Raumüberlassung der Gesellschafterin Innovationsgesellschaft der Technischen Universität Braunschweig mbH
- Fördermittel
- Einnahmen aus Raumvermietung der zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten
- Sponsoringleistungen
- projektbezogene Dienstleistungen

Insgesamt stiegen die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr auf 419 T€ (Vorjahr 346 T€). Damit wurde der geplante Wert von 355 T€ um 64 T€ überschritten.

Das Ergebnis stellt sowohl höhere steuerbare Erlöse als auch höhere nichtsteuerbare Zuschüsse gegenüber dem Vorjahr dar. Dies konnte durch die Übernahme neuer nicht geplanter Projekte erreicht werden. Die Erträge aus der Raumvermietung bleiben weiter auf dem Niveau von 2019 und etwas höher als im Vorjahr.

	2025	2024	2023	2022	2021
Erlöse aus Raumvermietung	54.620 €	36.604 €	42.765 €	17.034 €	10.039 €
Fördermittel / BMFTR, Stadt, Stiftungen	130.948 €	134.890 €	152.098 €	189.920 €	333.860 €

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind in erster Linie durch Erstattungen aus dem Aufwendungsausgleichgesetz von 10 T€ auf 21 T€ wieder gestiegen.

Der Betriebsaufwand ist analog den gestiegenen Erlösen von insgesamt 588 T€ um 78 T€ auf 666 T€ gestiegen. Dabei ist der Materialaufwand um 2 T€ von 129 T€ auf 131 T€ gestiegen und der Personalaufwand von 394 T€ auf 475 T€ gestiegen. Dies erklärt sich durch zusätzlichen Personalbedarf wegen neu eingeworbener Projekte.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 55 T€ auf Vorjahrsniveau (Vorjahr 55 T€). Die Abschreibungen sind von 10 T€ im Vorjahr auf 5 T€ gesunken.

Die Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH schließt das Geschäftsjahr 2025 mit einem Jahresfehlbetrag von 226 T€ (Vorjahr: 232 T€) ab. Der Fehlbetrag liegt mit 1 T€ geringfügig über dem im Wirtschaftsplan 2025 geplanten Ergebnis von 225 T€.

C. PROGNOSEBERICHT

Der Prognosebericht basiert auf dem Wirtschaftsplan 2026. Oberstes Ziel der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH (HdW) ist auch in 2026 die Stärkung des Dialogs zwischen Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft. Zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanung wird jeweils in der ersten und letzten Jahreshälfte mit Einschränkungen durch die multiplen Krisen gerechnet, auf die mit entsprechenden Anpassungen der angebotenen Formate reagiert werden soll.

Für 2026 fördert das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt das HdW (seit Oktober 2022) weiterhin für den Aufbau und Betrieb eines regionalen MINT-Clusters für die MINT-Bildung von Jugendlichen. Zudem fördert das BMFTR das HdW auch in 2026 für das Projekt "Role2Role", das besonders Schülerinnen (bundesweit) für MINT-Bildung begeistern soll. Geplant sind für den Verlauf von weiteren zwei Jahren digitale Formate und jeweils 1-2 Ferienlager in Braunschweig pro Jahr. Zusätzlich konnte ein drittes Förderprojekt gesichert werden. Ab dem 1.1.2026 fördert das BMFTR auch das Verbundvorhaben "Transformpaths" für 5 Jahre.

Zusätzliche Einnahmen werden durch die Aktivitäten für den ForschungRegion e.V., die Metropolregion und die Förderungen der Projekts „Make Your School“ generiert.

Im Raumvermietungsgeschäft wird weiter mit einem Rückgang in der Veranstaltungslage gerechnet. Nach wie vor besteht ein deutliches Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Durch die Energie- und Rohstoffkrise und damit verbundenen Preissteigerungen kann es außerdem zu einer verminderten Auftragslage im Bereich der Dienstleistungen kommen.

Eine Besonderheit ergibt sich durch Vorbereitungen verschiedener Partner in der Stadt Braunschweig für ein Jubiläumsjahr zu Carl Friedrich Gauß in 2027. Die GmbH hat die Chance, sich hier als Netzwerker weiter zu etablieren. In 2026 werden dafür voraussichtlich zwei Mitarbeiterinnen die Kompetenz in ein gefördertes Vorhaben des MWK bei der TU Braunschweig einbringen, wodurch sich massive Auswirkungen in Personalstruktur und Aufgabenentwicklung ergeben.

Im Wirtschaftsplan 2026 geht die Gesellschaft mit 434 T€ von höheren Erlösen im Wirtschaftsjahr 2026 aus. Es sind Aufwendungen für Personal, Projektaufwendungen und allgemeine Betriebskosten in Höhe von insgesamt 618 T€ geplant. Damit weist der Wirtschaftsplan 2026 einen Jahresfehlbetrag von 182 T€ aus und ist somit unter Berücksichtigung der Einlagen der Gesellschafter und der geplanten Entnahme aus dem Kapitalvermögen ausgeglichen.

D. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikobericht

Branchenspezifische Risiken

Da die Gesellschaft den Auftrag hat, eine Plattform für den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung und Stadt zu bieten, erfüllt sie auch einen nicht profitablen Geschäftsbereich. Dieser Bereich wird durch die jährlichen Einlagen der Gesellschafterinnen Braunschweig Stadtmarketing GmbH, UNION Kaufmännischer Verein e.V. und ab 2017 dem Arbeitgeberverband Braunschweig e.V. sowie über das (Haupt-)Sponsoring abgedeckt. Das Unternehmen steht bei der Anwerbung von Fördermitteln und Sponsorings naturgemäß in Konkurrenz zu anderen Einrichtungen und Initiativen, die auf Förderung angewiesen sind. Die Zahl der Förderanträge hat sich in den letzten 12 Monaten weiter bei einer Großzahl der Ausschreibungen exponentiell entwickelt. Waren es zum Beispiel für das sogenannte Wissenschaftsjahr bis 2022 117 Anträge, werden 2026 über 320 Skizzen eingereicht. Darüber hinaus ist in 2026 damit zu rechnen, dass bereits etablierte Fördermittelgeber, wie etwa Stiftungen entsprechend ihrer Statuten, keine erneute Förderung für das Haus der Wissenschaft gewähren können. Zudem fokussieren sich etablierte Fördermittelgeber weiter auf neu entstandene Initiativen, die z.B. bundesweit ähnliche Zielsetzungen haben, wie die Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH (Wissenswerkstadt Bielefeld, P26 Bonn, Forum Wissen Göttingen, Triangel Karlsruhe usw.). Etabliert hat sich zudem die

Professionalisierung der Akteure in der Wissenschaftskommunikation, die einerseits einhergeht mit höheren Gagen und dadurch Aufwendungen und andererseits reduzierten Verfügbarkeiten auf Seiten der Wissenschaftler*innen durch ein erhöhtes Aufkommen von Anfragen. Diese Entwicklung wird durch geringere personelle und finanzielle Ressourcen bei Partnerinstitutionen noch verstärkt.

Zusätzlich können weitere Einschränkungen im Veranstaltungsbereich durch einen vorhandenen Investitionsstau der Räumlichkeiten nicht ausgeschlossen werden. Dies betrifft bspw. die Einnahmen aus der Raumvermietung oder Projekte und Veranstaltungen, die nicht wie geplant durchgeführt werden können.

Ertragsorientierte Risiken

Die Gesellschaft ist für die Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeit dauerhaft auf Partnerschaften mit Unternehmen und Institutionen sowie auf die Einlagen ihrer Gesellschafter angewiesen. Daneben arbeitet die Gesellschaft weiter an dem Ziel, zusätzliche Fördermittel und Aufträge zur paritätischen Gegenfinanzierung der Einlagen der Gesellschafter einzuwerben.

2. Chancenbericht

Von hoher Bedeutung für die Weiterentwicklung des Unternehmens ist das erfolgreiche Einwerben von Fördermitteln insbesondere für Projekte mit mehrjähriger Laufzeit, um damit die Aktivitäten strukturell ausbauen und verbessern zu können. Das Unternehmen beteiligt sich hierfür weiterhin verstärkt an entsprechenden Ausschreibungen und vernetzt sich auch überregional mit Partnern, Stiftungen und anderen Trägern, so dass sich die Chancen auf diesem Gebiet erhöhen. Ebenso ist nebst einer Anbindung an den Forschungsservice der TU Braunschweig auch eine stärkere Verankerung in der Transferstrategie der Hochschule vorgesehen.

Zusätzlich soll das Format-, Dienstleistungs- und Projektportfolio des Unternehmens weiter kontinuierlich angepasst und verbessert werden, um die Attraktivität für Gesellschafter, Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft sowie für Sponsoren und Förderer weiter zu steigern.

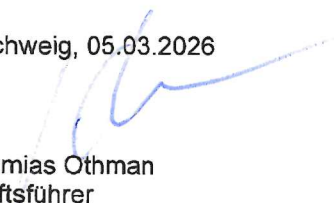
3. Gesamtaussage

Da die Gesellschaft den Auftrag hat, die Plattform für den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung und Stadt zu bieten, erfüllt sie auch einen nicht profitablen Geschäftsbereich. Dieser Bereich wird durch die jährlichen Einlagen der Gesellschafterinnen Braunschweig Stadtmarketing GmbH, UNION Kaufmännischer Verein e.V. und dem Arbeitgeberverband Braunschweig e.V., verschiedene Förderungen sowie über das (Haupt-)Sponsoring abgedeckt.

Zusätzliche Projekte oder Veranstaltungssponsorings sollten daher ausreichende Mittel zur Deckung der Aufwendungen mitbringen und idealerweise über mehrere Jahre laufen oder aber über die vorhandenen Ressourcen abgedeckt werden können.

Das Format-, Dienstleistungs- und Projektportfolio des Unternehmens soll hierzu weiterhin kontinuierlich angepasst und verbessert werden, um eine aktive Partnerschaft und Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern sowie mit weiteren Institutionen und Unternehmen zu erreichen.

Braunschweig, 05.03.2026


Dr. Jeremias Othman
Geschäftsführer

Betreff:

Braunschweig Stadtmarketing GmbH - Jahresabschluss 2025 - Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

20.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Braunschweig in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH werden angewiesen, dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH Entlastung für das Geschäftsjahr 2025 zu erteilen.

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird auf die in der heutigen Sitzung vorgelegten Unterlagen zum Jahresabschluss 2025 der Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM) Bezug genommen (siehe Drucksache 26-28804).

Die gemäß § 13 Abs. 1 lit. h des Gesellschaftsvertrages der BSM vorgesehene Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung obliegt der Gesellschafterversammlung.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BSM herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich, für den gem. § 6 Ziffer 1 lit. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) zuständig ist.

Hübner

Anlage/n:

keine

*Betreff:***Volkshochschule Braunschweig GmbH
VHS Arbeit und Beruf GmbH
Haus der Familie GmbH
Jahresabschlüsse 2025 – Feststellung***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

21.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

„Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss 2025 der Volkshochschule Braunschweig GmbH, der mit einem Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 1.497.500,00 € ausgeglichen ist, wird festgestellt.
2. Die Entnahme eines Teilbetrages in Höhe von 36.619,44 Euro aus der Kapitalrücklage für das Erreichen des geplanten Jahresfehlbetrages in Höhe von 1.497.500,00 EUR wird beschlossen.
3. Die Geschäftsführung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der VHS Arbeit und Beruf GmbH die Stimmabgabe so auszuüben, dass
 - a) der Jahresabschluss 2025 mit einem Überschuss in Höhe von 126.729,75 € festgestellt und
 - b) der Vortrag dieses Jahresüberschusses auf neue Rechnung beschlossen wird.
4. Die Geschäftsführung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Haus der Familie GmbH die Stimmabgabe so auszuüben, dass
 - a) der Jahresabschluss 2025 mit einem Überschuss in Höhe von 1.821,59 € festgestellt und
 - b) der Vortrag dieses Jahresüberschusses auf neue Rechnung beschlossen wird.“

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin der Volkshochschule Braunschweig GmbH (VHS). Die VHS wiederum ist alleinige Gesellschafterin der VHS Arbeit und Beruf GmbH (VHS AuB) und der Haus der Familie GmbH (HdF).

Für jede Gesellschaft wird ein eigener Jahresabschluss aufgestellt.

Gemäß den Regelungen der Gesellschaftsverträge sind die Jahresabschlüsse von den Geschäftsführungen aufzustellen. Die Feststellung der Jahresabschlüsse sowie die Behandlung der Bilanzgewinne oder -verluste obliegen den jeweiligen Gesellschafterversammlungen. Die VHS wird in den Gesellschafterversammlungen der VHS AuB und der HdF von der Geschäftsführung vertreten.

Um eine Stimmbindung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der VHS herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Hierüber entscheidet gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Jahresabschluss bedarf gemäß § 10 Ziffer 6 Buchstabe a) des Gesellschaftsvertrages der VHS der Beratung im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat der VHS hat die Jahresabschlüsse 2025 in seiner Sitzung am 14. April 2026 beraten und die Feststellung der Jahresabschlüsse 2025 in den vorgelegten Fassungen sowie die vorgeschlagenen Gewinnverwendungen empfohlen.

Volkshochschule Braunschweig GmbH

Die VHS schließt das Geschäftsjahr 2025 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 1.534,1 T€ ab. Das im Wirtschaftsplan vorgesehene Budget in Höhe von 1.743,5 T€ wurde entsprechend um 209,4 T€ unterschritten. Die Stadt Braunschweig übernimmt gemäß der Finanzplanung aus der Wirtschaftsplanung 2025 einen Verlustausgleich in Höhe von 1.497,5 T€. Im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2025 wurde die Zuführung eines Betrages in Höhe von 246 T€ in die Kapitalrücklage aus dem Überschuss/der Ergebnisverbesserung gegenüber dem geplanten Verlustausgleich beschlossen. Im Jahresabschluss 2024 wurde dieser Betrag entsprechend ausgewiesen. In Folge der Ergebnisverbesserung wird nunmehr ein Betrag von 36,6 T€ entnommen, sodass noch ein Betrag in Höhe von 209,4 T€ in der Kapitalrücklage verbleibt.

Im Fehlbetrag enthalten sind Erträge in Höhe von 165 T€ aus der Auflösung der sog. SodEG-Rückstellung aus dem Jahr 2021 sowie in Höhe von 75 T€ aus dem Jahr 2022.

Der Fehlbetrag in Höhe von 1.497,5 T€ wird gemäß der gesellschaftsvertraglichen Verpflichtung von der Stadt Braunschweig ausgeglichen.

Die Entwicklung der Aufwands- und Ertragspositionen im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

	Angaben in T€	Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
1	Umsatzerlöse	5.913,4	5.583,1	5.330,3	5.575,6
1a	% zum Vorjahr/Plan		-5,6%	-9,9% / -4,5%	+4,6%
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.977,9	1.473,2	1.966,2	1.552,9
3	Materialaufwand	-1.384,5	-1.293,3	-1.318,9	-1.379,7
4	Personalaufwand	-5.704,8	-5.824,0	-5.659,6	-5.885,7
5	Abschreibungen	-107,0	-113,9	-142,8	-87,2
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.765,3	-1.568,6	-1.724,4	-1.684,6
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	-1.070,3	-1.743,5	-1.549,3	-1.908,6
8	Zins-/Finanzergebnis	17,4	0,0	15,2	20,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	-1.053,0	-1.743,5	-1.534,1	-1.888,6
11	sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	-1.053,0	-1.743,5	-1.534,1	-1.888,6
13	Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,0	246,0	36,6	306,0
14	Bilanzergebnis (Summe 12-13)	-1.053,0	-1.497,5	-1.497,5	-1.582,6

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber der Planung um rd. 252,8 T€ reduziert, was insbesondere auf die Umsatzeinbrüche im Bereich der Integrations- und Berufssprachkurse zurückzuführen ist. Demgegenüber stehen aber auch entsprechend geringere Aufwendungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Plan um 493 T€ höher. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung der SodEG Rückstellung für die Jahre 2021 und 2022.

Im Gegenzug reduzieren sich gleichermaßen auch die Aufwendungen um rd. 194 T€. Lediglich der Personalaufwand hat sich reduziert. Dies ergibt sich im Wesentlichen aus einem Rückgang bei der Zahl der Mitarbeitenden.

VHS Arbeit und Beruf GmbH

Die VHS AuB schließt das Geschäftsjahr 2025 mit einem Überschuss in Höhe von rd. 127 T€ ab. Gegenüber der ausgeglichenen Wirtschaftsplanung in Höhe von 0,00 € ergibt sich eine entsprechende Verbesserung. Zwar zeigen sich auch hier Rückgänge bei den Erträgen, gleichzeitig konnten aber auch die Aufwendungen reduziert werden. Insbesondere sind hier die Personalaufwendungen deutlich gesunken (um rd. 314 T€), was im Wesentlichen mit der Beendigung des Bundesprogramms „Sozialer Arbeitsmarkt“ mit dem Teilhabechancengesetz SGB II nach §16i zu begründen ist. Der Anstieg bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erklärt sich durch gestiegene Nebenkosten in den Räumlichkeiten der VHS sowie durch gestiegene IT-Kosten.

Die Entwicklung der Aufwands- und Ertragspositionen im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

	Angaben in T€	Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
1	Umsatzerlöse	3.356,8	2.653,6	2.759,9	2.773,4
1a	% zum Vorjahr/Plan		-20,9%	-17,8% / +4,0%	+0,5%
2	Sonstige betriebliche Erträge*)	3.580,3	3.438,2	3.301,8	3.582,6
3	Materialaufwand	-1.500,0	-1.319,6	-1.221,0	-1.362,5
4	Personalaufwand	-4.310,7	-3.887,2	-3.573,2	-4.067,0
5	Abschreibungen	-48,1	-19,0	-64,1	-26,3
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-941,0	-888,0	-1.100,4	-916,4
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	137,2	-22,0	102,9	-16,1
8	Zins-/Finanzergebnis	36,7	25,0	25,8	18,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	-0,2	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	173,9	3,0	128,5	1,9
11	sonstige Steuern	-1,8	-3,0	-1,8	-1,9
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	172,1	0,0	126,7	0,0
13	Einstellung in die Gewinnrücklage	118,0	0,0	0,0	0,0
14	Bilanzgewinn	54,1	0,0	126,7	0,0

*) In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind die tatsächlichen bzw. veranschlagten Zuschüsse der Stadt für den Bereich "Kommunale Beschäftigungsförderung" wie folgt enthalten:

3.453,1	3.438,2	3.287,5	3.582,6
---------	---------	---------	---------

Das Ergebnis der VHS AuB setzt sich aus den Ergebnissen der Geschäftsbereiche „Kommunale Beschäftigungsförderung“ und „Allgemeine Projekte“ zusammen.

Bei einer getrennten Betrachtung der Geschäftsbereiche ergibt sich folgendes Bild:

	Angaben in T€	Kommunale Beschäftigungsförderung			
		Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
1	Umsatzerlöse	2.681,8	2.035,9	1.951,9	2.044,3
1a	% zum Vorjahr/Plan		-24,1%	-37,4% / -4,1%	+4,7%
2	Sonstige betriebliche Erträge*)	6,3	0,0	13,3	0,0
3	Materialaufwand	-1.284,2	-1.155,8	-1.047,6	-1.193,9
4	Personalaufwand	-4.035,4	-3.589,8	-3.229,1	-3.662,8
5	Abschreibungen	-46,2	-18,0	-63,0	-25,6
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-773,6	-707,5	-911,1	-742,7
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	-3.451,3	-3.435,2	-3.285,6	-3.580,7
8	Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	-0,1	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	-3.451,3	-3.435,2	-3.285,7	-3.580,7
11	sonstige Steuern	-1,8	-3,0	-1,8	-1,9
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	-3.453,1	-3.438,2	-3.287,5	-3.582,6

*) ohne Zuschüsse der Stadt für den Bereich "Kommunale Beschäftigungsförderung"

	3.453,1		3.438,2		3.287,5		3.582,6
--	---------	--	---------	--	---------	--	---------

Das Ergebnis für den Bereich „Kommunale Beschäftigungsförderung“ fällt um 151 T€ besser aus als geplant. Der geplante Verlustausgleich wird entsprechend in dieser Höhe nicht benötigt.

Die Abweichungen gegenüber der Wirtschaftsplanung bei den Erträgen (Umsatzerlöse und Sonstige betriebliche Erträge) sowie bei den Aufwendungen sind darauf zurückzuführen, dass die geplante Weiterführung des Beschäftigungsförderungsprojekts nach dem „Teilhabechancengesetz“ aufgrund fehlender Finanzierung bei dem Jobcenter Braunschweig nicht umgesetzt wurde.

	Angaben in T€	Allgemeine Projekte			
		Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
1	Umsatzerlöse	675,0	617,7	808,0	729,1
1a	% zum Vorjahr/Plan		-8,5%	+19,7% / +30,8%	-9,8%
2	Sonstige betriebliche Erträge	2,8	0,0	1,0	0,0
3	Materialaufwand	-215,8	-163,8	-173,4	-168,6
4	Personalaufwand	-275,1	-297,4	-344,2	-404,2
5	Abschreibungen	-1,9	-1,0	-1,1	-0,7
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-167,5	-180,5	-189,4	-173,7
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	17,5	-25,0	101,0	-18,0
8	Zins-/Finanzergebnis	36,6	25,0	25,8	18,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	54,1	0,0	126,7	0,0
11	sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	54,1	0,0	126,7	0,0

Das Volumen im Bereich „Allgemeine Projekte“ hat sich im Vergleich zum Plan verbessert. Dies resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Umsatzerlösen aufgrund einer steigenden Teilnehmerzahl in den Ausschreibungsmaßnahmen sowie dem Gewinn einer neuen nicht geplanten Maßnahme.

Bezüglich des Geschäftsverlaufs wird auf die Ausführungen im Lagebericht verwiesen.

Haus der Familie GmbH

Die HdF schließt das Geschäftsjahr 2025 mit einem Überschuss in Höhe von 1,8 T€ ab.

Die Entwicklung der Aufwands- und Ertragspositionen im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

	Angaben in T€	Ist 2024	Plan 2025	Ist 2025	Plan 2026
1	Umsatzerlöse	1.273,4	1.324,2	1.238,1	1.317,6
1a	% zum Vorjahr/Plan		+4,0%	-2,8% / -6,5%	+6,4%
2	Sonstige betriebliche Erträge	342,7	387,2	371,8	411,2
3	Materialaufwand	-477,5	-520,6	-479,5	-542,4
4	Personalaufwand	-960,7	-951,2	-933,2	-968,9
5	Abschreibungen	-6,9	-7,0	-5,7	-5,9
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-173,8	-232,6	-193,1	-215,6
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	-2,8	0,0	-1,6	-4,0
8	Zins-/Finanzergebnis	7,0	0,0	3,5	4,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	-0,1	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	4,2	0,0	1,8	0,0
11	sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	4,2	0,0	1,8	0,0

*) In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind die tatsächlichen bzw. veranschlagten Zuschüsse der Stadt wie folgt enthalten:

263,5	295,7	295,7	321,6
-------	-------	-------	-------

Das Ergebnis der HdF verbesserte sich somit gegenüber der Wirtschaftsplanung 2025 leicht. Die Erträge fallen hierbei um rd. 100 T€ geringer aus als geplant. Im Gegenzug konnten aber auch die Aufwendungen entsprechend reduziert werden. Darüber hinaus konnten Zinserträge realisiert werden.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 1,8 T€ soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Prüfung der Jahresabschlüsse 2025 der drei Konzerngesellschaften durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Partnerschaft mbH hat zu keinen Einwendungen geführt. Die uneingeschränkten Bestätigungsvermerke wurden erteilt.

Die Bilanzen, die Gewinn- und Verlustrechnungen sowie die Lageberichte 2025 der VHS, der VHS AuB und der HdF sind als Anlagen beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

- 1 - Volkshochschule Braunschweig GmbH_Bilanz 2025 (öffentlich)
- 2 - VHS Arbeit und Beruf GmbH_Bilanz 2025 (öffentlich)
- 3 - Haus der Familie GmbH_Bilanz 2025 (öffentlich)
- 4 - Volkshochschule Braunschweig GmbH_GuV 2025 (öffentlich)

- 5 - VHS Arbeit und Beruf GmbH_GuV 2025 (öffentlich)
- 6 - Haus der Familie GmbH_GuV 2025 (öffentlich)
- 7 - Volkshochschule Braunschweig GmbH_Lagebericht 2025 (öffentlich)
- 8 - VHS Arbeit und Beruf GmbH_Lagebericht 2025 (öffentlich)
- 9 - Haus der Familie GmbH_Lagebericht 2025 (öffentlich)

VHS Arbeit und Beruf GmbH
Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2025

	Aktivseite		Passivseite	
	EUR	Vorjahr EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			II. andere Gewinnrücklagen	118.000,00
Sachanlagen	1,00	1,00	III. Bilanzgewinn	1.260.883,55
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.532,00	5.579,00		<u>1.403.883,55</u>
2. technische Anlagen und Maschinen	44.574,00	51.345,00	B. Rückstellungen	
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	101.762,00	100.483,00	sonstige Rückstellungen	219.764,12
	<u>148.868,00</u>	<u>157.407,00</u>		<u>186.190,01</u>
	<u>148.869,00</u>	<u>157.408,00</u>	C. Verbindlichkeiten	
B. Umlaufvermögen			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	47.986,80
I. Vorräte			2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.400,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	13.969,57	8.867,52	3. sonstige Verbindlichkeiten	
2. fertige Erzeugnisse und Waren	0,00	5.255,82	davon aus Steuern 40.209,10 EUR (Vorjahr 28.882,19 EUR)	
	<u>13.969,57</u>	<u>14.123,34</u>	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 122,20 EUR (Vorjahr 457,74 EUR)	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			D. Rechnungsabgrenzungsposten	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	332.342,18	306.786,59		0,00
2. Forderungen gegen Gesellschafter	604.339,18	227.846,29		
3. sonstige Vermögensgegenstände	10.060,73	20.687,23		
	<u>946.742,09</u>	<u>555.320,11</u>		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>594.623,93</u>	<u>1.001.984,10</u>		
	<u>1.555.340,59</u>	<u>1.571.427,55</u>		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>182.435,88</u>	<u>204.683,75</u>		
	<u>1.886.645,47</u>	<u>1.933.519,30</u>		
				<u>208.611,00</u>
				<u>262.997,80</u>
				<u>414.271,25</u>
				<u>469.539,66</u>
				<u>635,83</u>
				<u>1.886.645,47</u>
				<u>1.933.519,30</u>

Volkshochschule Braunschweig GmbH
Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	5.330.255,55	5.913.372,60
2. sonstige betriebliche Erträge	1.966.165,64	1.977.847,41
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Waren	593.363,24	630.188,22
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	725.582,76	754.260,63
	<u>1.318.946,00</u>	<u>1.384.448,85</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.470.595,22	4.554.559,55
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	1.188.993,77	1.150.236,21
	<u>5.659.588,99</u>	<u>5.704.795,76</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	142.827,42	107.034,28
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.724.368,48	1.765.267,58
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15.190,26	17.353,65
(davon aus verbundenen Unternehmen: 0,00 EUR; Vorjahr 0,00 EUR)		
8. Ergebnis nach Steuern	-1.534.119,44	-1.052.972,81
9. Erträge aus der Verlustübernahme	1.497.500,00	1.052.972,81
10. Jahresfehlbetrag	-36.619,44	0,00
11. Entnahme aus der Kapitalrücklage	36.619,44	0,00
12. Bilanzgewinn	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

VHS Arbeit und Beruf GmbH
Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	2.759.871,93	3.356.781,88
2. sonstige betriebliche Erträge	3.301.758,44	3.580.265,42
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Waren	328.681,07	318.038,16
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	892.356,48	1.181.988,29
	<u>1.221.037,55</u>	<u>1.500.026,45</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.818.322,64	3.458.449,78
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	754.899,31	852.212,48
davon für Altersversorgung 104.385,93 EUR (Vorjahr 99.774,82 EUR)		
	<u>3.573.221,95</u>	<u>4.310.662,26</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	64.079,90	48.065,35
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.100.420,08	941.015,73
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25.760,28	36.699,25
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	149,42	26,00
9. Ergebnis nach Steuern	<u>128.481,75</u>	<u>173.950,76</u>
10. sonstige Steuern	1.752,00	1.837,86
11. Jahresüberschuss	126.729,75	172.112,90
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.134.153,80	1.080.040,90
13. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	0,00	118.000,00
14. Bilanzgewinn	<u><u>1.260.883,55</u></u>	<u><u>1.134.153,80</u></u>

Haus der Familie GmbH
Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	1.238.053,39	1.273.420,57
2. sonstige betriebliche Erträge	371.780,82	342.689,67
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	479.485,57	477.507,68
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	740.654,93	769.967,31
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	192.503,22	190.711,92
davon für Altersversorgung 25.472,88 EUR (Vorjahr 25.786,92 EUR)		
	933.158,15	960.679,23
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5.699,00	6.855,93
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	193.112,73	173.818,70
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.516,90	6.983,60
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	74,07	0,00
9. Ergebnis nach Steuern/Jahresüberschuss	<u>1.821,59</u>	<u>4.232,30</u>



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

1. Volkshochschule Braunschweig GmbH

Die Volkshochschule Braunschweig GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadt Braunschweig und als gemeinnützig anerkannt. Die Volkshochschule Braunschweig GmbH wurde durch Kerstin Hartmann-Moos als Geschäftsführerin vertreten. Zum Stichtag 31.12.25 waren 113 Mitarbeitende beschäftigt und ca. 300 Kursleitende freiberuflich für die Volkshochschule Braunschweig GmbH tätig.

2. Grundlagen der Muttergesellschaft Volkshochschule Braunschweig GmbH

Eine enge Beziehung zur Kommune ist für die Volkshochschule Braunschweig GmbH mit ihren beiden Tochtergesellschaften VHS Arbeit und Beruf GmbH und Haus der Familie GmbH ein konstitutives Merkmal ihrer Identität. Eingebunden in den Konzern Stadt Braunschweig ist sie die bewährte zentrale Institution der kommunalen Daseinsvorsorge in den Bereichen Weiterbildung und bildungsnahe Dienstleistungen.

Neben ihrer nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz geregelten Zuständigkeit für die allgemeinen Aufgabenfelder der Jugend- und Erwachsenenbildung hat die VHS-Muttergesellschaft zentrale Steuerungsaufgaben für die gesamte Unternehmensgruppe, insbesondere in den Bereichen Führung, Strategie, Personal, Rechnungswesen, Programmleitung und -entwicklung, Marketing, Qualitätsentwicklung, Administration, Konzeptentwicklung, IT, Datenschutz sowie Tax Compliance Management System (TCMS).

Der Aufsichtsrat kontrolliert die Arbeit der Volkshochschule Braunschweig GmbH. Die Geschäftsführung der Volkshochschule Braunschweig GmbH ist gleichzeitig Gesellschafter der Tochtergesellschaften. Sie ist damit in der Lage, dem Aufsichtsrat kontinuierlich über die Gesamtentwicklung der Unternehmensgruppe zu berichten. Der Aufsichtsrat beschließt die Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse der Muttergesellschaft und damit deren Bestandteile ihrer 100%igen Töchter sowie nach EU-rechtlichen Vorgaben gesondert den „Betrauten Bereich“ der VHS Arbeit und Beruf GmbH.

In ihrer Aufstellung als Muttergesellschaft mit zwei Tochtergesellschaften und einem entsprechenden Zusammenwirken der handelsrechtlich Verantwortlichen bilden die drei Gesellschaften eine steuerliche Organschaft.

3. Wirtschaftsbericht

3.1. Überblick

Die Volkshochschule Braunschweig GmbH kommt zu einem Ergebnis vor Verlustübernahme von 1.534 Tsd. EUR. In der Wirtschaftsplanung für 2025 wurde von einem benötigten Verlustausgleich in Höhe von 1.743,5 Tsd. EUR ausgegangen. Die Stadt übernimmt den Verlustausgleich in Höhe von 1.497,5 Tsd. EUR. 246 Tsd. EUR wurden für Zwecke des Verlustausgleichs 2024 in die Kapitalrücklage überführt. Im Jahr 2025 wurde ein Betrag von 36,6 Tsd. EUR aus der Kapitalrücklage in benötigter Höhe entnommen. Im Beschluss des Aufsichtsrates vom 14.11.2024 wurde ergänzend zum Wirtschaftsplan 2025 der Gesellschafterversammlung empfohlen:

„Die Gesellschafterin Stadt Braunschweig hat im Geschäftsjahr 2024 auf den im Wirtschaftsplan 2024 dargestellten von ihr auszugleichenden Jahresfehlbetrag bereits Vorauszahlungen geleistet (Verlustausgleich). Aufgrund der in 2024 notwendigen, aber nicht vorhersehbaren Teil-Auflösung der Rückstellungen für mögliche Rückzahlungsverpflichtungen aus SodEG-Einnahmen in Höhe von 246 Tsd. EUR vermindert sich der prognostizierte Jahresfehlbetrag rechnerisch um diesen Betrag.“

Der Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Braunschweig GmbH, dass ein Teilbetrag des Verlustausgleichs in Höhe von bis zu 246 Tsd. EUR als Einzahlung in die Kapitalrücklage zu betrachten und entsprechend im Jahresabschluss 2024 der Volkshochschule Braunschweig auszuweisen ist.“

In der Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung vom 12.12.2024 entsprechend die Beschlüsse gefasst.

3.2 Ertragslage

Die Volkshochschule Braunschweig GmbH schließt mit einem Ergebnis vor Verlustübernahme von - 1.534 Tsd. EUR ab und damit insgesamt besser als erwartet, so dass nicht vollständig auf die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage zurückgegriffen werden musste. Dies liegt auch darin begründet, dass aus den Rückstellungen für SodEG aus dem Jahr 2021 und 2022 241 Tsd. EUR in den sonstigen betrieblichen Erträgen verbucht werden konnten.

Insgesamt sind die Umsätze wie in der Planung prognostiziert zurückgegangen, was insbesondere auf die Umsatzeinbrüche im Bereich der Integrations- und Berufssprachkurse zurückzuführen ist. Demgegenüber stehen aber auch entsprechende geringere Aufwendungen.

In der Allgemeinen Erwachsenenbildung (Fremdsprachen, Gesundheit, Gesellschaft, Politik, Umwelt, Digitales und IT) sind Anmeldezahlen und Umsatzerlöse mit dem Vorjahr vergleichbar.



Im Bereich der Integrationskurse und Berufssprachkurse sind die Umsätze im Vergleich zum Vorjahr um 420 Tsd. EUR zurückgegangen, liegen aber immer noch weit über unseren Prognosen. Unsere Prognosen waren vorsichtig, da zur Zeit der Erstellung des Wirtschaftsplanes für 2025 noch nicht klar war, welche Kürzungen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) konkret vornehmen wird und welche Auswirkungen diese konkret auf die Volkshochschule Braunschweig GmbH haben werden. Die tatsächlichen Kürzungen waren sehr weitreichend und konnten nur deshalb gut aufgefangen werden, da sich die Volkshochschule Braunschweig GmbH den letzten Jahren sehr gut in der Angebotsbreite und -tiefe aufgestellt hat und in mehreren Bereichen über Alleinstellungsmerkmale verfügt.

Im Leistungsaustausch der drei Gesellschaften fallen die Erträge gegenüber dem Vorjahr um etwa 100 Tsd. EUR höher aus. Der Verteilungsschlüssel der Gemein- und IT-Gesamtausgaben orientiert sich an der Mitarbeitendenzahl der einzelnen Gesellschaften.

Sämtliche Einnahmen von Drittmitteln für Projektförderungen betragen in Summe 1.139 Tsd. EUR. Zu den Projekten gehören u. a. die Antidiskriminierungsstelle, die Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung, die Grundbildung, der Zweite Bildungsweg, die Beratungs- und Koordinierungsstelle Frau und Beruf und der Stadtgarten Bebelhof.

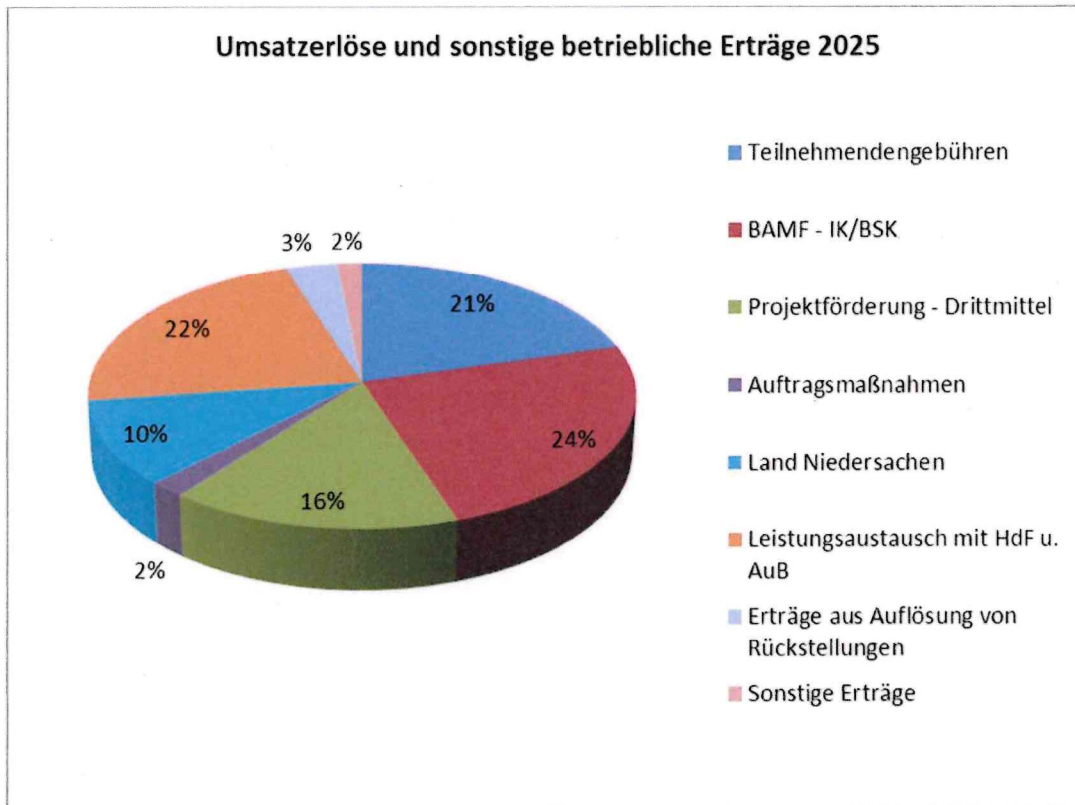
Zu den Auftragsmaßnahmen zählen Kurse, die die Volkshochschule Braunschweig GmbH für die Kommune und verschiedene Unternehmen und Institutionen durchführt. Die Einnahmen lagen in diesem Bereich bei 137 Tsd. EUR und damit auf einem nahezu gleichen Niveau wie im letzten Jahr.

Die nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG) gewährte Finanzhilfe wird in einem Dreijahresrhythmus gemäß dem Leistungsvolumen der Einrichtung auf der Grundlage der erteilten Unterrichtsstunden (pro Teilnehmende*m) jeweils neu berechnet. Die Förderung in 2025 betrug 769 Tsd. EUR.

Weitere sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 241 Tsd. EUR ergeben sich aus der Auflösung der SodEG-Rückstellung aus dem Jahr 2021 (165 Tsd. EUR) und 2022 (76 Tsd. EUR). Die SodEG-Abrechnung für die Jahre 2021 und 2022 wurden durch das BAMF nun endlich abschließend vorgenommen.

Aus der Cashpool-Anlage konnten rund 15 Tsd. EUR Zinserträge realisiert werden.

Die Umsatzerlöse sowie die sonstigen betrieblichen Erträge stellen sich in ihrer Verteilung wie folgt dar:



Uns ist es gelungen die Kosten für Material (hier sind die Honorarkosten enthalten) und Personal anzupassen, um den reduzierten Leistungsangebot entgegenzuwirken.

Die Personalkosten liegen knapp 165 Tsd. EUR unter den im Wirtschaftsplan deklarierten und rd. 45 Tsd. EUR niedriger als 2024 trotz Gehaltssteigerung der Mitarbeitenden durch Tarifierhöhungen, Stufen- und Gruppenaufstiege sowie der betrieblichen Altersvorsorge.

3.3 Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gegeben und ist nicht gefährdet. Die Volkshochschule Braunschweig GmbH verfügt zum Bilanzstichtag über ausreichend liquide Mittel i. H. v. 555 Tsd. EUR (Vorjahr 885 Tsd. EUR). Weitere 1.669 Tsd. EUR (Vorjahr 874 Tsd. EUR) sind im Cash-pool der Stadt Braunschweig angelegt. Die Gesellschaft ist auf die finanziellen Mittel der Stadt Braunschweig angewiesen.

3.4 Vermögenslage

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres bei einer Bilanzsumme von 2.762Tsd. EUR über ein Eigenkapital in Höhe von 1.178 Tsd. EUR. Das entspricht einer Eigenkapitalquote von 42,7 %.

3.5 Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Das wirtschaftliche Gesamtergebnis weist ein Jahresfehlbetrag 2025 von 1.534 Tsd. EUR aus. Die Gesellschaft übertrifft damit die Vorgaben aus dem Wirtschaftsplan um 210 TEUR. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis um 481 TEUR verschlechtert.

3.6 Finanzielle und Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Die VHS-Gruppe arbeitet mit dem DIN EN ISO 9001 Qualitätsmanagementsystem. In regelmäßigen Überwachungsaudits lassen die drei Gesellschaften die Qualität ihrer Leistungen und Prozesse von Externen überprüfen und testieren. Das Qualitätsmanagementsystem ist ein umfassendes Steuerungsinstrument, dient dem ganzheitlichen Management und wirkt sich positiv auf die Leistungsfähigkeit der Gesellschaften aus. Zentrale Elemente daraus sind z. B. die Evaluation und das Aufstellen und Überprüfen von operationalisierbaren Jahreszielen. Ergebnisse aus Kundenbefragungen über Qualität der Lehre oder Ausstattung fließen in kontinuierliche Verbesserungsprozesse ein. Mit den Jahreszielen werden einerseits „weiche Faktoren“ (z. B. Verbesserung der Außendarstellung) und ebenso wirtschaftliche Rahmendaten (z. B. das Einhalten der Wirtschaftspläne) festgelegt und überprüfbar gemacht.

Als konkrete finanzielle Leistungsindikatoren zur Unternehmenssteuerung wurde eine Kostenstellenanalyse eingeführt. Darüber hinaus wird eine monatliche BWA erstellt und der Cashflow analysiert.

4. Prognosen-, Risiko- und Chancenbericht

In den Themenfeldern Migration und Integration ist die Volkshochschule Braunschweig GmbH ein starker Dienstleister und Partner in ihrer Gebietskörperschaft. Die Anmeldequoten sind derzeit weiter auf hohem Niveau, jedoch bleibt es abzuwarten, welchen haushaltären Rahmen die Bundesregierung dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in 2026 gewährt. Es steht zu befürchten, dass das Gesamtprogramm Sprache des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge weiter gekürzt wird. Derzeit gibt es einen aktuellen Zulassungsstopp zu den Integrationskursen, über den jedoch derzeit im Deutschen Bundestag auch auf Druck unserer Verbände beraten wird.

Auch die Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung (AQB), seit 2023 in eigener Trägerschaft, sowie die daraus resultierenden Qualifizierungslehrgänge und der wachsende Bedarf an speziellen berufsbezogenen Sprachlehrgängen entwickeln sich aktuell gut. Die Förderperiode endete am 31.12.2025 und wurde nun bis Ende 2028 neu bewilligt.



Angebotsformate, mit denen dem Fachkräftemangel in Braunschweig und der Region entgegen-gewirkt werden kann, passen gut in das Portfolio der Volkshochschule: In Kooperation mit der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) wurden z. B. Berufssprachkurse für Busfahrer*innen eingerichtet, aus denen in 2024 mehrere Bewerber*innen für die BSVG akquiriert werden konnten. Unser Ziel als AZAV-zugelassener Träger der beruflichen Bildung die Berufssprachkurse mit dem Erwerb der Busführerschein zu zertifizieren zu lassen und in Kooperation mit der BSVG durchzuführen ist gelungen und wird auch in 2026 fortgeführt werden.

Ein im Auftrag der Volkswagen Konzern Flüchtlingshilfe auf den Weg gebrachtes Projekt „Profil auf Profil“ zur Sicherung und Qualifizierung von internationalen Fachkräften für unterschiedliche Branchen ist im letzten Quartal 2024 gestartet und konnte bereits bis zum 31.12.2026 verlängert werden.

Eine wichtige Aufgabe wird bleiben, die Anmeldequoten in allen klassischen Programmbereichen weiter zu erhöhen und die Kurse themen- und zielgruppenbezogen weiterzuentwickeln. Erfolgreiche Kursformate wie z. B. die Bildungsurlaube haben wir bereits mehr in den Fokus genommen und ausgeweitet. Interessant für unsere Teilnehmenden scheinen dabei auch Kurse zu sein, die außerhalb von Braunschweig stattfinden und mit einer Unterkunft verbunden sind. Auch hier haben wir bereits entsprechende Kurse geplant und evaluieren in 2026, ob die Kurse stattgefunden haben.

Darüber hinaus ist die kontinuierliche Verbesserung der Ausstattung ein wichtiger Bestandteil, um in bei den Braunschweiger Bürgern als moderne Bildungseinrichtung wahrgenommen zu werden. Die technische Ausstattung wurde in unseren Unterrichtsräumen weitgehend verbessert. Auch soll der Kundenservice in 2026 weiter verbessert werden. Die Ausweitung unserer (persönlichen und telefonischen) Erreichbarkeit sowie die Erweiterung von Bezahlmöglichkeiten bei Kursbuchung im Internet wurden bereits 2025 umgesetzt. Unser Marketingkonzept wurde grundlegend überarbeitet, insbesondere im digitalen Bereich und in den sozialen Medien, um es noch mehr auf die bestehenden Zielgruppen auszurichten und neue hinzuzugewinnen.

Das Inhouse-Privileg, nach dem die Stadt Braunschweig für Aufträge, die sich in den Zwecken ihrer Tochter- und Enkelgesellschaften abbilden, keine vergaberechtlichen Vorgaben einzuhalten hat, bietet weiterhin eine gute Chance für die VHS-Gruppe, sich als kommunale Dienstleisterin zu platzieren und Fortbildungen für die Mitarbeitenden der Stadt anzubieten. Im Vergabezeitraum Mitte 2025 bis Mitte 2026 konnten knapp 100 Kurse realisiert werden. Für das 2. Halbjahr 2026 bis Mitte 2027 werden voraussichtlich auch wieder Aufträge durch die Stadt Braunschweig vergeben.

Der Wirtschaftsplan 2026 sieht einen Jahresfehlbetrag (vor Verlustübernahme) in Höhe von 1.889 TEUR vor.

Neben den städtischen Kursen wurden für weitere Unternehmen und Institutionen maßgeschneiderte Kurse entwickelt. Auch hier sehen wir ein großes Potential mit unserem breiten Portfolio ein starker Partner für die Unternehmen zu sein.



Auch die Digitalisierung der Bildungsangebote als standardisierte Formate, die Digitalisierung in der Verwaltung sowie der gesteuerte Einsatz von KI (Künstliche Intelligenz) in Arbeitsprozessen gewinnen weiter an Bedeutung. Hier konnte bereits in 2025 vieles umgesetzt und muss in 2026 weiterentwickelt werden. Zur Umsetzung der notwendigen Prozesse bedarf es der Investitionen im Bereich Hardware, Softwarelizenzen und Mitarbeiterschulungen.

Braunschweig, 13.03.2026

Kerstin Hartmann-Moos
Geschäftsführerin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

1. VHS Arbeit und Beruf GmbH

Die VHS Arbeit und Beruf GmbH ist eine 100%ige Tochter der Volkshochschule Braunschweig GmbH und als gemeinnützig anerkannt. Die VHS Arbeit und Beruf GmbH wird durch Frau Lidia Silber und Frau Hartmann-Moos als Geschäftsführung vertreten. Zum Stichtag 31.12.25 waren 90 Mitarbeitende beschäftigt.

2. Grundlagen der Gesellschaft

Die GmbH bietet Unterstützungsleistungen für Menschen mit Benachteiligungen in den Rechtskreisen SGB II, III und VIII an. Ziel ist es, Vermittlungshemmnisse abzubauen, die Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern sowie den Übergang von der Schule in den Beruf zu begleiten und damit die gesellschaftliche Teilhabe zu stärken.

Arbeitsmarktbezogene Dienstleistungen und entsprechende Maßnahmen werden überwiegend im Rahmen wettbewerblicher Vergabeverfahren (nach VOL) ausgeschrieben. Für den Zuschlag sind neben dem angebotenen Preis insbesondere die Qualität der Umsetzung entscheidend. Diese wird regelmäßig durch den Prüfdienst der Agentur für Arbeit und der Jobcenter kontrolliert. Zudem gewinnt die fachliche Expertise des Anbieters – insbesondere nachweisbare Erfolge bei vergleichbaren Maßnahmen – im Vergabeprozess zunehmend an Bedeutung.

Neben dem Bereich Arbeitsmarktintegration, den die VHS Arbeit und Beruf GmbH seit ihrer Gründung im Jahr 2004 kontinuierlich ausgebaut hat, wurde der Gesellschaft mit Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig vom 16. November 2012 zuerst bis Ende 2022 und mit dem Beschluss vom 09. Dezember 2021 bis Ende 2032 die Aufgabe der Kommunalen Beschäftigungsförderung übertragen. Zu den Gesellschaftszwecken zählen seitdem die Planung und Durchführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, insbesondere zum Abbau und zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit in Braunschweig, Schulessensversorgung in Braunschweiger Schulen, Unterstützung von Jugendlichen im Bereich der freien Jugendberufshilfe zur Verbesserung der Chancen auf dem Arbeits- und/oder Ausbildungsmarkt. Der betraute Bereich war 2025 das größte Aufgabengebiet der Gesellschaft.

Für die im Rahmen dieser Betrauung zu erbringenden Dienstleistungen fallen Kosten zu Lasten der Gesellschaft an, die von der Stadt Braunschweig in Form von Zuschüssen kompensiert werden. Auch andere Begünstigungen wie z. B. Betriebs- und Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Kostenübernahmen und Kapitaleinlagen sind optional möglich.

3. Wirtschaftsbericht

3.1 Überblick

Die oben dargelegten allgemeinen geschäftlichen Rahmenbedingungen führten in 2025 zu Erträgen von rund 6.062 Tsd. EUR (ohne Zinserträge).

Sowohl im betrauten Bereich mit einem um rd. 151 Tsd. EUR geringeren Verlust als auch im nicht-betrauten Bereich mit einem Jahresüberschuss von rd. 127 Tsd. EUR übertrifft die Geschäftsentwicklung in 2025 damit die Erwartungen laut Wirtschaftsplanung 2025.

3.2 Ertragslage

Die Kommunale Beschäftigungsförderung richtete ihren Fokus im Jahr 2025 erneut konsequent auf die Reduktion und Prävention von Langzeitarbeitslosigkeit. Mit der Beschäftigungsförderung leistet die VHS Arbeit und Beruf GmbH einen wichtigen Beitrag zur sozialen Teilhabe, zur Stabilisierung von Lebensverhältnissen sowie zur Förderung beruflicher Perspektiven für Menschen, die vom regulären Arbeitsmarkt derzeit ausgeschlossen sind. Im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Initiativen werden zum 01.01.2025 bis zum 31.03.2025 insgesamt 127 Arbeitsgelegenheiten auf Grundlage des § 16d SGB II bereitgestellt.

Das sind die bewährten Projekte des Förderprogramms, die mit ihrer bestehenden Platzzahl weitergeführt werden. Hierzu zählen u. a.:

- „Aktivierung und Tagesstruktur“ mit 30 Plätzen,
- „Medienwerkstatt“ mit 8 Plätzen,
- „Hauswirtschaftliche Grundversorgung“ mit 14 Plätzen,
- „Sozialkaufhaus“ mit 10 Plätzen,
- „Kombi-Projekt“ mit 30 Plätzen,
- „Bürgergarten Bebelhof“ saisonal mit 10 Plätzen,
- „Mobiles Stadtgrün mit 7 Plätzen,
- „Lokpark“ mit 12 Plätzen,
- „USB“ mit 6 Plätzen.

Zu dem 01.04.2025 wurde der Bereich neu strukturiert und an die Bedarfsgruppen angepasst. Die drei vormals getrennten Projekte - „Bürgergarten Bebelhof“, „Lokpark“ und „Mobiles Stadtgrün“ wurden zu einem Projekt „HandWerkStadt Braunschweig“ mit insgesamt 29 Arbeitsplätze zusammengeführt um die Effizienz der Ressourcennutzung zu steigern und gleichzeitig vielfältige praxisnahe Tätigkeitsfelder zu erhalten. Die Tätigkeiten umfassen weiterhin:

- Umwelt- und Stadtbildpflege (Hochbeete, Grünflächen, bepflanzte Objekte)
- Handwerkliche Tätigkeiten im gemeinnützigen Rahmen
- Sauberkeit und Ordnung (u. a. Graffiti-Entfernung, Müllbeseitigung)

Das Projekt „USB“ mit 6 Teilnehmenden wurde aufgrund mangelnder Nachfrage eingestellt. Im Laufe des Jahres wurden auch die bisher getrennten Maßnahmen „Hauswirtschaftliche Grundversorgung HWG“ und „Sozialkaufhaus“ zu einem neuen, integrierten Projekt zusammengeführt: „HWGplus“ mit insgesamt 24 Plätzen.

Durch die gute und konstante Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber Jobcenter Braunschweig konnte bei diesen Maßnahmen eine gute Belegungsquote erreicht werden. Es wurden hier 934 Tsd. EUR erzielt.

Das Jahr 2025 wurde durch Veränderungen, neue Ausschreibungen und neue Bewerbungen auch im Bereich der Jugendberufshilfe, ebenfalls im Rahmen der betrauten Aufgaben, geprägt. Für zwei Projekte „Jugendwerkstatt Braunschweig“ und „Schulpflichterfüllung in Jugendwerkstätten“, die auch Jugendlichen mit aktuell schwierigen Lebenslagen den Übergang von der Schule in den Beruf ermöglichen sollen, war die bewilligte Förderperiode zum 31.03.2025 ausgelaufen. Bei diesen Projekten erfolgt eine Kofinanzierung durch den Bedarfsträger Jobcenter Braunschweig und die NBank des Landes Niedersachsen. Hier ist es gelungen, das Projekt weiterhin bei der NBank erfolgreich zu beantragen und gleichzeitig unseren Kooperationspartner Jobcenter Braunschweig über die Notwendigkeit der Weiterführung zu überzeugen. Hier entstanden Einnahmen in Höhe von rd. 296 Tsd. EUR. Es bestand, auf eine Initiative der Regierungsfractionen des Niedersächsischen Landtags, auch eine Möglichkeit der Beantragung der zusätzlichen Förderung der innovativen Maßnahmen als Erweiterung des Konzeptes der Jugendwerkstatt, insgesamt i.H. von 16,5 Tsd. EUR. Im Jahr 2025 wurden davon 2,5 Tsd. EUR umgesetzt.

Das Dienstleistungsprojekt „Schulessensversorgung/SchuBiCa“ als eine im Gesellschaftsvertrag explizit benannte Zuständigkeit des kommunal betrauten Bereichs weist bei konstant hoher Nachfrage durch Braunschweiger Schulen eine sehr stabile Lage auf. Im Jahr 2025 wurde dieses Angebot an 22 Standorten umgesetzt.

Stand 31.12.2025

Schule	Pausenverkauf	Mittages- sen	Produktion vor Ort	Frühstück Schulobst	ca. Anzahl Essen pro Tag
GS Heidberg/Förderschule	nein	ja	ja		50
FS Oswald-Berkhan-Schule (3 Standorte)	nein	ja	nein		190
GS Altmühlstraße	nein	ja	nein		260
GS Comeniusstraße	nein	ja	ja	ja	370
GS Heinrichstraße	nein	ja	nein		370
GS Bebelhof	nein	ja	nein	ja	140
GS Diesterwegstraße	nein	ja	nein	ja	200
GS Gartenstadt	nein	ja	nein		110
GS Hohe Stieg	nein	ja	nein		140
GS Schwarzer Berg	nein	ja	nein		105
GHS Rünigen	ja	ja	nein		60
RS J.F. Kennedy	ja	nein	ja		0
IGS Franzshes-Feld	ja	ja	ja		20
Gym. Ricarda-Huch-Schule	ja	nein	ja		0
Gym. Kleine Burg	ja	ja	teilweise		50
Otto-Bennemann-Schule	ja	nein	ja		0
HvF Sackring	ja	ja	ja		100
HvF Lehdorf	nein	ja	ja		100
GS Stöckheim	nein	ja	ja		210
GS Leiferde	nein	ja	Geliefert aus Stöckheim		60

Durch den Verkauf in den Schulcafeterien und am VHS Standort Heydenstraße wurden von den Projekten „SchuBiCa“ und „Hauswirtschaftliche Grundversorgung“ insgesamt Erlöse in Höhe von rd. 560 Tsd. EUR erzielt.

Bei den Arbeitsmarktprojekten (Nicht-betrauter Bereich) ist das Projekt „Jobfabrik“ für die Erstkunden des Jobcenters mit einem Umsatzerlös von rd. 531 Tsd. EUR weiterhin der größte Auftrag der Gesellschaft im allgemeinen Bereich.

Bei den Bildungsgutscheinmaßnahmen im Bereich der Fort- und Weiterbildung (AVGS-Gutscheine) ist ein Zugang zu verzeichnen, der in etwa mit 55 Tsd. EUR unsere Erwartungen übertroffen hat. Zusammen mit diversen kleineren Aufträgen nach § 45 SGB III und dem Engagement im Feld der Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler ergab dies in der Summe einen Jahresumsatz von 145 Tsd. EUR.

Die neue Ausschreibungsmaßnahme „Lernen-Erleben-Arbeiten - LEA“ der Agentur für Arbeit mit dem Start zum 20.10.2025 hat ca. 23 Tsd. EUR eingebracht.

Die sonstigen betrieblichen Erlöse speisen sich zum überwiegenden Teil aus den Verlustausgleichszahlungen der Stadt Braunschweig in Höhe von rd. 3.287 Tsd. EUR für die erbrachten Leistungen im betrauten Bereich.

Beim Personalaufwand gab es eine Reduzierung im Vergleich zum Vorjahr um rd. 738 Tsd. EUR auf rd. 3.573 Tsd. EUR. Diese Reduzierung resultiert ausschließlich aus der Beendigung des Programms nach § 16 i. Der Materialaufwand mit rd. 1.211 Tsd. EUR und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit rd. 1.101 Tsd. EUR liegen insgesamt unten dem Vorjahresniveau, was ebenfalls auf die Beendigung des Beschäftigungsprogramm nach § 16 i zurückzuführen ist.

3.3 Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jeder Zeit gegeben. Der kontinuierliche Zuschuss der kommunalen Mittel für den Betrauten Bereich ist in einem mit der Finanzverwaltung der Stadt abgeschlossenen Liquiditätsplan geregelt.

3.4 Vermögenslage

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres bei einer Bilanzsumme von rd. 1.887 Tsd. EUR und einem Jahresüberschuss in Nicht-Betrauen-Bereich von 127 Tsd. EUR über ein Eigenkapital im Nicht-Betrauen-Bereich in Höhe von rd. 1.404 Tsd. EUR, was einer Eigenkapitalquote von 74 % entspricht. Die zweckgebundene Gewinnrücklage im betrauten Bereich aus dem 2024 in Höhe von 118 Tsd. EUR wurde im Jahr 2024 dem Zweckbereich „Schubica“ zugeführt.

Im Jahr 2021 hat die Gesellschaft von der Stadtbad GmbH zusätzliche Flächen an deren Standort Nimes-Straße 2 angemietet. Hier wurde ein Gesundheitszentrum zur Nutzung für die VHS-Gruppe hergerichtet. In der Bilanz 2025 sind dafür rd. 178 Tsd. EUR als Rechnungsabgrenzungsposten vermerkt.

Im Jahr 2024 wurden an dem Standort der Gesellschaft in der Petzvalstr. 50 B drei E-Ladestationen für eigenen Fuhrpark gebaut, was zu einer Sachanlage i. H. von rd. 45 Tsd. EUR führt.

3.5 Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Das wirtschaftliche Gesamtergebnis weist einen Jahresüberschuss von rd. 127 Tsd. EUR aus. Damit übertrifft die Gesellschaft die Vorgaben aus dem Wirtschaftsplan und ist somit in der Lage, ihre Rolle innerhalb der Unternehmensgruppe VHS positiv zu erfüllen.

3.6 Finanzielle und Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Die VHS Arbeit und Beruf GmbH ist im organisatorischen Verbund der VHS-Gruppe in das Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9001 eingebunden. In regelmäßig stattfindenden Überwachungsaudits lassen die drei Gesellschaften ihre Prozesse sowie die Qualität ihrer Leistungen durch externe Prüfer begutachten und bestätigen. Das Qualitätsmanagementsystem stellt dabei ein zentrales Instrument der Unternehmenssteuerung dar, unterstützt ein integriertes Management und trägt wesentlich zur Leistungsfähigkeit der Gesellschaften bei. Zu den wesentlichen Bestandteilen gehören unter anderem Evaluationsverfahren sowie die Definition und regelmäßige Kontrolle von messbaren Jahreszielen. Rückmeldungen aus Kundenbefragungen, beispielsweise zur Qualität der Lehre oder zur Ausstattung, werden systematisch ausgewertet und in kontinuierliche Verbesserungsmaßnahmen überführt. Die Jahresziele umfassen sowohl qualitative Aspekte, etwa die Weiterentwicklung der Außenarbeit, als auch betriebswirtschaftliche Zielgrößen, wie die Einhaltung der Wirtschafts- und Finanzplanung.

Zur finanziellen Steuerung des Unternehmens wird monatlich eine betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) erstellt und der Cashflow betrachtet, als konkreter finanzieller Leistungsindikator. Zusätzlich werden regelmäßige Soll-Ist-Vergleiche vorgenommen, um mögliche Abweichungen frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können. Weitere Kennzahlen, beispielsweise zur Umsatzentwicklung, Kostenstruktur und Liquiditätssituation, ergänzen die Analyse und unterstützen die Geschäftsführung bei der laufenden Beurteilung der wirtschaftlichen Lage sowie bei strategischen und operativen Entscheidungen.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Der Arbeitsschwerpunkt der Kommunale Beschäftigungsförderung wird auch mittelfristig die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft stark prägen. Immer noch sind in Braunschweig viele Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt chancenlos. Für diese Personengruppe gilt es in enger Abstimmung mit dem Jobcenter passende Aktivierungs- und Beschäftigungsangebote zu entwickeln.

Das Jobcenter Braunschweig als Hauptauftraggeber für Arbeitsmarktprojekte der VHS Arbeit und Beruf GmbH ist für die Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Die Vergabe von Leistungen erfolgt in der Regel durch Ausschreibungsverfahren. Es war im Jahr 2025 und ist auch nach vorne zu erwarten, dass das Ausschreibungsvolumen sich weiter minimiert. Im Jahr 2025 hatten die Einsparungen auf dem Feld der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen keine negativen Auswirkungen auf die Auftragslage der VHS Arbeit und Beruf GmbH. Außerdem ist es uns gelungen, unser Portfolio im Jugendbereich durch eine von der Arbeitsagentur ausgeschriebene Maßnahme für Jugendliche zu erweitern.

Im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) gibt es aktuell mehrere neue Entwicklungen und Reformen. Die wichtigsten Änderungen betreffen vor allem das bisherige Bürgergeld und dessen Umgestaltung. Der Bundestag hat beschlossen, das Bürgergeld ab Juli 2026 durch eine neue „Grundsicherung“ zu ersetzen. Das zentrale Ziel ist, dass erwerbsfähige Leistungsbezieher schneller einen Job annehmen. Die Jobcenter sollen stärker auf Vermittlung in Arbeit statt Maßnahmen setzen. Die Reform soll das Verhältnis zwischen „Fördern und Fordern“ neu ausbalancieren. Für die Gesellschaft ergibt sich dadurch die Aufgabe, ihre gute Position in diesem Feld zu halten und neue Formate zu entwickeln.

Besonders auch als städtische Gesellschaft und kommunaler Dienstleister ergeben sich durch Veränderungen im SGB II neue Möglichkeiten und Betätigungsfelder. Gleichzeitig ergeben sich aber auch bisher nicht geklärte Fragen hinsichtlich der Struktur der kommunalen Arbeitsmarktpolitik für das Jahr 2027 und darüber hinaus.

Die stabil positive Gesamtentwicklung in den vergangenen Jahren beweist, dass die Gesellschaft auf sich verändernde Ausgangslagen gut reagieren kann und das Potential besitzt, auch für zukünftige Herausforderungen gut vorbereitet zu sein.

Ein Entwicklungspotenzial für die Gesellschaft liegt weiterhin im Bereich „Übergang Schule und Beruf“, besonders in der Berufsorientierung. Im Übergangssystem von der Schule in den Beruf wird auch im Jahr 2026 eine stabile Entwicklung erwartet.

Hinsichtlich der Wettbewerbssituation unter den Bildungsträgern (Ausschreibungen VOL, Bildungsgutscheinverfahren) gelten für die VHS Arbeit und Beruf GmbH auch weiterhin vergleichbare Risiken. Durch den wachsenden Anteil von befristeten bzw. ausgeschriebenen Maßnahmen und Projekten steigen die Anforderungen an eine flexible Personalwirtschaft und an die Multifunktionalität der Gebäude und Räume. Die Gesellschaft muss sich in die Lage versetzen, durch das Auslaufen von Förderungen oder durch erfolglose Bewerbungen bedingte Erlösschwankungen zu verkraften. Dieses Risiko soll durch eine im Jahr 2024 etablierte zentrale Personalbedarfsplanung und -beschaffung der Unternehmensgruppe VHS, verbunden mit unternehmensübergreifenden Mobilitätskonzepten, deutlich verringert werden.

Chancen ergeben sich zudem aus den Bemühungen der VHS als Gruppe, die Digitalisierung der Lernorte, der Lernkonzepte und -inhalte sowie der Kommunikation mit den Teilnehmenden deutlich auszubauen. Dies gilt auch für den Ausbau der IT-Struktur und weitere Digitalisierung der internen Abläufe u.a. Unterstützung des Personalmanagements mit einer Personalsoftware. Auf Basis der vorhandenen Struktur und im Kontext der gesamten VHS-Gruppe mit ihrer personellen und sachlichen Ausstattung besitzt die VHS-Tochter grundlegend gute Voraussetzungen.

Aufgrund ihrer vielfältigen Aktivitäten ergeben sich für die Gesellschaft bei bestimmten Konstellationen der Auftragserfüllung immer wieder steuerliche Grundsatzfragen. Ein Tax Compliance Management System (TCMS), das seit Ende 2021 in der VHS-Gruppe implementiert wird, ist ein zentrales Werkzeug dafür, um Regelungen und Maßnahmen zur vollständigen und fristgerechten Erfüllung der steuerlichen Pflichten definieren und überwachen zu können. Diese Erfordernisse erklären sich aus der verschärften gesetzlichen Entwicklung der letzten Jahre. Zunehmend komplexere Steuersysteme und konsequente Strafverfolgung können zu empfindlichen Sanktionen führen und Reputationsschäden mit sich bringen.

Der Wirtschaftsplan 2026 sieht Erträge von rd. 6.356 Tsd. EUR vor, denen Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüberstehen. Dabei ist ein Verlustausgleich für den betrauten Bereich von 3.583 Tsd. EUR vorgesehen.

Braunschweig, 12.03.2026



Lidia Silber
Geschäftsführerin



Kerstin Hartmann-Moos
Geschäftsführerin und Gesellschafterin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

1. Haus der Familie GmbH

Die Haus der Familie GmbH ist eine 100%ige Tochter der Volkshochschule Braunschweig GmbH und als gemeinnützig anerkannt. Das Haus der Familie wurde durch Kerstin Hartmann-Moos als Geschäftsführerin vertreten. Zum Stichtag 31.12.25 waren durchschnittlich 24 Mitarbeitende beschäftigt und ca. 100 Kursleitende freiberuflich für das Haus tätig.

2. Grundlagen der Gesellschaft

Die Haus der Familie GmbH ist in erster Linie eine Familienbildungsstätte, die ihren Bildungsauftrag auf der Grundlage des § 16 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes erfüllt und der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Familienbildungsstätten des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung unterliegt. Zur Umsetzung der Richtlinie bietet das Haus der Familie Veranstaltungen (Kurse, Seminare, Vorträge etc.) zu den Themen Erziehung und Elternschaft mit dem Ziel des gelingenden Aufwachsens, Ehe, Partnerschaft und Familie, Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf; Vereinbarkeit von Familienaufgaben und Erwerbstätigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Fragen der Gesundheit, Kompetenzen zur Lebensbewältigung in privaten Haushalten, Medienkompetenz und Gestaltung der Freizeit an.

Zudem bietet das Haus verschiedene pädagogische Qualifizierungen und Fortbildungen an, wie beispielsweise die Qualifizierung und Fortbildung von Kindertagespflegepersonen und die berufsbegleitende Weiterbildung „Integrative Erziehung und Bildung in Tageseinrichtungen für Kinder im Kontext inklusiver Bildungsprozesse“, die es sozialpädagogischen Fachkräften ermöglicht, in integrativen Gruppen in den Kindertagesstätten zu arbeiten. Seit 2022 ist die Haus der Familie GmbH zudem Träger der Hebammenzentralen Braunschweig und Landkreis Helmstedt. Die beiden Hebammenzentralen wurden durch einen Ratsbeschluss in der Kommune bzw. des Landkreises verstetigt.

Einen weiteren Schwerpunkt des Hauses bildet das DialogWerk als Koordinierungszentrum für alltagsintegrierte Sprachbildung und Sprachförderung. Es bietet bereits seit 2011 Fachkräften in Kindertageseinrichtungen eine engmaschige Unterstützung bei der Umsetzung des Sprachbildungs- und Sprachförderungsauftrags des Landes Niedersachsen an. Darüber hinaus koordiniert die Haus der Familie GmbH in Braunschweig das Rucksack KiTa-Projekt - ein Elternbildungs- und Sprachförderprogramm für Eltern mit Kindern zwischen 4 und 6 Jahren.

3. Wirtschaftsbericht

3.1. Überblick

Für 2025 entspricht die Geschäftsentwicklung mit einem leichten Überschuss im Ergebnis dem Wirtschaftsplan. Die Umsatzerlöse blieben hinter den Planungen zurück. Betrachtet man die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr, so gingen diese um rd. 35 Tsd. EUR zurück. Die Kurse aus dem Bereich „Bildung auf Bestellung“, wo Kurse passgenau auf den Kunden zugeschnitten werden (Familienzentren, Krankenkassen, Eltern), konnten deutlich gesteigert werden und eine neue Qualifizierung für Fachkräfte konnte etabliert werden. Jedoch fangen sie nicht den geplanten Umsatz aus den Teilnehmendengebühreneinnahmen auf.

Insgesamt haben 5.087 Erwachsene und 1.003 Kinder an 596 Veranstaltungen im Haus der Familie GmbH teilgenommen. Die fachlich sehr gut qualifizierten und engagierten freiberuflichen Kursleitenden konnten insgesamt 6.856 Unterrichtsstunden erbringen. Dies ist ein Rückgang von rd. 6 %.

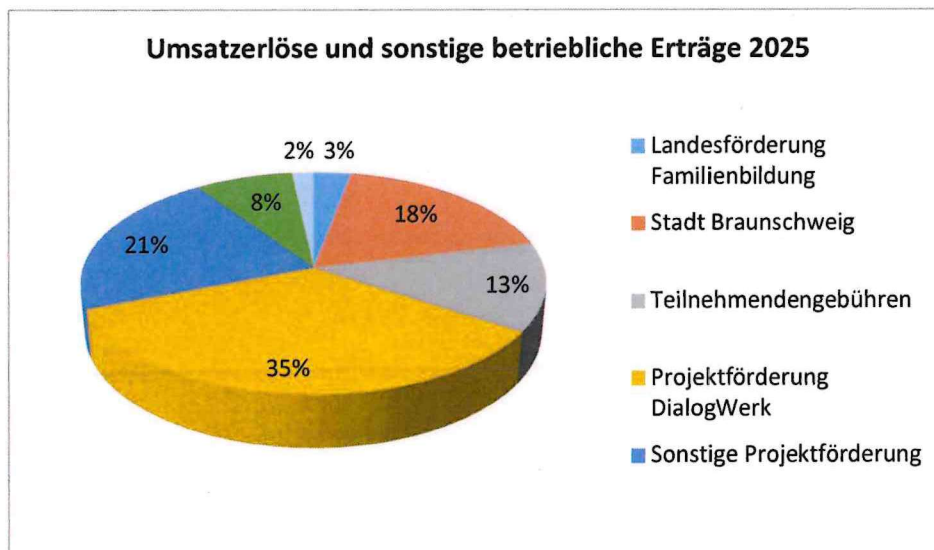
3.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zu 2024 insgesamt um rd. 35 Tsd. EUR auf 1.238 Tsd. EUR gesunken. Die sonstigen betrieblichen Erträge konnten um 29 Tsd. EUR gesteigert werden, so dass die betrieblichen Erträge in ihrer Gesamtheit dem des Vorjahres nahezu entsprechen.

Die Einnahmen aus den Projekten sind dem des Vorjahres vergleichbar. Das bezieht sich vor allem auf das DialogWerk, das Rucksack-Projekt und die verstetigten Hebammenzentralen. Einen Rückgang gab es bei den Einnahmen aus den Teilnehmendengebühren und der Qualifizierung von Kindertagespflegepersonen.

Die Zuschüsse durch das Land Niedersachsen sind leicht gesunken und die der Stadt Braunschweig im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die Landesförderung - gemäß der Förderrichtlinien - in Höhe von 48 Tsd. EUR und der Zuschuss der Stadt Braunschweig von 295 Tsd. EUR umfassen 21 % der gesamten Umsatzerlöse/Erträge des Unternehmens im Geschäftsjahr 2025.

Die Umsatzerlöse sowie die sonstigen betrieblichen Erträge stellen sich wie folgt dar:



Die Abnahme des Personalaufwands trotz leicht gestiegener Mitarbeiterzahl resultiert vor allem aus langfristigen Erkrankungen von Mitarbeitern/innen sowie der Umgliederung der Geschäftsführungsaufwendungen in die bezogenen Leistungen ab Ende 2024.

3.3 Finanzlage

Die Finanzlage ist weiterhin stabil, die Haus der Familie GmbH verfügt zum Bilanzstichtag liquide Mittel in Höhe von 45 Tsd. EUR (Vorjahr 169 Tsd. EUR). Weitere 254 Tsd. EUR (Vorjahr 160 Tsd. EUR) sind im Cashpool der Stadt Braunschweig angelegt.

3.4 Vermögenslage

Die Haus der Familie GmbH verfügt bei einer Bilanzsumme von 273 Tsd. EUR über ein Eigenkapital von 126 Tsd. EUR. Das entspricht einer Eigenkapitalquote von 46 %. Die Eigenkapitalquote ist somit um 2 Prozentpunkte gesunken.

3.5 Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Das wirtschaftliche Gesamtergebnis weist einen Jahresüberschuss von 1,8 Tsd. EUR aus. Die Gesellschaft erreicht damit die Vorgaben aus dem Wirtschaftsplan und ist somit in der Lage, ihre Rolle innerhalb der Unternehmensgruppe VHS positiv zu erfüllen.

3.6 Finanzielle und Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Die Haus der Familie GmbH arbeitet im organisatorischen Verbund der VHS-Gruppe mit dem DIN EN ISO 9001 Qualitätsmanagementsystem. In regelmäßigen Überwachungsaudits lassen die drei Gesellschaften die Qualität ihrer Leistungen und Prozesse von Externen überprüfen und testen. Das Qualitätsmanagementsystem ist ein umfassendes Steuerungsinstrument, dient dem ganzheitlichen Management und wirkt sich positiv auf die Leistungsfähigkeit der Gesellschaften aus. Zentrale Elemente daraus sind z. B. die Evaluation sowie das Aufstellen und Überprüfen von operationalisierbaren Jahreszielen. Ergebnisse aus Kundenbefragungen über Qualität der Lehre oder Ausstattung fließen in kontinuierliche Verbesserungsprozesse ein. Mit den Jahreszielen werden einerseits „weiche Faktoren“ (z. B. Verbesserung der Außendarstellung) und ebenso wirtschaftliche Rahmendaten (z. B. das Einhalten der Wirtschaftspläne) festgelegt und überprüfbar gemacht.

Als konkrete finanzielle Leistungsindikatoren zur Unternehmenssteuerung wurde eine Kostenstellenanalyse eingeführt. Darüber hinaus wird eine monatliche BWA erstellt und der Cashflow analysiert.

4. Prognosen-, Risiko- und Chancenbericht

Das Ergebnis des Hauses entspricht dem Wirtschaftsplan. Die betrieblichen Erträge sind vergleichbar mit 2024, weichen jedoch vom Wirtschaftsplan für 2025 ab. Die geplanten Erträge konnten nicht erreicht werden, da eine Steigerung der Teilnehmendengebühren nicht erreicht werden konnte. Die Umsatzerlöse im offenen Kursbereich stellen eine besondere Herausforderung dar, der es zu begegnen gilt. Aus der Problemanalyse ergeben sich verschiedene Theorien, die einer Steigerung entgegengewirkt haben. Zum einen sind die jungen Eltern zurückhaltend bei der Kursbuchung im Bereich der Eltern-Kind-Kurse. Zudem gibt es einen Geburtenrückgang und die Konkurrenz durch private Anbieter, die ansprechende Räumlichkeiten und einen professionellen Webauftritt vorweisen. Auch die „Konkurrenz“ durch kostenlose Informationen aus dem Internet sowie den sozialen Medien ist nicht zu unterschätzen. Darüber hinaus scheint bei vielen Familien auch schlicht das Geld für einen Kurs nicht „übrig“ zu sein.

In der Summe hat die beschriebene Gemengelage zum Rückgang bei den Erträgen geführt. Dem muss in 2026 entgegengewirkt werden. Dazu gibt es mehrere Ansätze, die kurz skizziert werden.

Unsere Chance besteht darin, dass wir den Familien und Institutionen in Braunschweig noch mehr die Qualität der pädagogischen Arbeit näherbringen.

Zum einen wird die Haus der Familie GmbH zukünftig auf noch mehr Kooperationen mit anderen Institutionen setzen, um die Reichweite und damit die Bekanntheit des Hauses und des Angebotes zu erhöhen. Zum anderen wurde wie bereits im letzten Jahr verstärkt auf individuelle Angebote (Bildung auf Bestellung) gesetzt. Zielgruppen sind zum einen Institutionen, insbesondere im pädagogischen Bereich. Dort können wir maßgeschneiderte Konzepte für Studientage, teambildende Maßnahmen für Mitarbeitende oder auch für Elternabende platzieren. Des Weiteren wollen wir neue Zielgruppen erschließen und lenken den Fokus auch auf die Schulen und den Fortbildungsbedarf der Lehr- und Betreuungskräfte.

Auch Privatpersonen müssen noch bedarfsgerecht bedient werden. Wir bieten beispielsweise individuell geplante Kindergeburtstage, Frauenabende oder Kochkurse an. Diese Angebote werden sehr gut angenommen und sollen weiter ausgebaut werden.

Die Werbung über die digitalen Medien konnte sowohl qualitativ und als auch quantitativ in 2025 erhöht werden. Unsere neu gestaltete Werbekampagne trägt erste Früchte. Unsere vorhandenen Kurse werden besser gefunden und gebucht. Durch die Nutzung der sozialen Medien können aktuell auch wieder neue Kursleitende gewonnen werden, die mit neuen attraktiven Angeboten unser Portfolio erweitern.

Weiterhin wird ständig die Akquise von neuen Projekten und Fördermöglichkeiten geprüft. In diesem Bereich ist das Haus der Familie gut aufgestellt, um die aktuellen Bedarfe bei den Fachkräften zu erkennen und eine entsprechende Qualifizierung oder Fortbildung anbieten zu können.

Die Zuschüsse des Landes Niedersachsen und der Stadt Braunschweig bilden weiterhin eine Grundfinanzierung für die Familienbildung. Für die meisten Drittmittelprojekte gibt es bis Ende des Jahres gültige Zuwendungsbescheide.

Auch die Lage des DialogWerkes scheint weiterhin stabil. Die Finanzierung erfolgt direkt über die Kommune, die wiederum den Großteil der Einnahmen vom Land Niedersachsen erhält.

Die Weiterführung und der Ausbau des Rucksack KiTa-Projektes konnte bis Ende 2026 gesichert werden. Die Finanzierung erfolgt auch hier über die Kommune und das Land Niedersachsen.

Der Wirtschaftsplan 2026 weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Der Zuschuss der Stadt Braunschweig beträgt 321.600 € für das Kalenderjahr 2026.

Die „Suche“ nach einem neuen Haus bleibt weiterhin auf der Agenda, um als Familienbildungsstätte in Braunschweig als eine attraktive, moderne und barrierefreie Bildungsinstitution wahrgenommen zu werden.

Braunschweig, 12.03.2026



Kerstin Hartmann-Moos
Geschäftsführerin

Betreff:

**Volkshochschule Braunschweig GmbH
VHS Arbeit und Beruf GmbH
Haus der Familie GmbH
Jahresabschlüsse 2025 - Entlastung des Aufsichtsrates und der
Geschäftsführungen**

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

16.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

„Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.
2. Die Geschäftsführung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der VHS Arbeit und Beruf GmbH die Stimmabgabe so auszuüben, dass der Geschäftsführung der VHS Arbeit und Beruf GmbH für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt wird.
3. Die Geschäftsführung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Haus der Familie GmbH die Stimmabgabe so auszuüben, dass der Geschäftsführung der Haus der Familie GmbH für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt wird.“

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird auf die vorgelegten Unterlagen zu den Jahresabschlüssen 2025 der Volkshochschule Braunschweig GmbH, der VHS Arbeit und Beruf GmbH und der Haus der Familie GmbH Bezug genommen (siehe Drucksache 26-28655).

Die Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung obliegt gemäß § 12 Buchstabe c) des Gesellschaftsvertrages der Volkshochschule Braunschweig GmbH der Gesellschafterversammlung.

Gemäß § 5 Ziffer 1 Buchstabe a) des Gesellschaftsvertrages der VHS Arbeit und Beruf GmbH ist die Gesellschafterversammlung zuständig, Beschlüsse über die Entlastung der Geschäftsführung zu fassen.

Gemäß § 7 Absatz 1 Buchstabe a) des Gesellschaftsvertrages der Haus der Familie GmbH ist die Gesellschafterversammlung zuständig, Beschlüsse über die Entlastung der Geschäftsführung zu fassen.

Die Volkshochschule Braunschweig GmbH wird in den Gesellschafterversammlungen der VHS Arbeit und Beruf GmbH und der Haus der Familie GmbH von der Geschäftsführung vertreten.

In Vorbereitung einer Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung über die Entlastung der Geschäftsführung hat der Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH gemäß § 10 Ziffer 6 Buchstabe d) des Gesellschaftsvertrages der Volkshochschule Braunschweig GmbH in seiner Sitzung am 14. April 2026 die Entlastung der Geschäftsführungen der Volkshochschule Braunschweig GmbH, der VHS Arbeit und Beruf GmbH und der Haus der Familie GmbH empfohlen.

Um eine Stimmbindung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Braunschweig GmbH herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Geiger

Anlage/n:
keine

Betreff:

Braunschweig Zukunft GmbH - Jahresabschluss 2025 - Feststellung

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

23.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Zukunft GmbH wird angewiesen, den Jahresabschluss der Braunschweig Zukunft GmbH für das Geschäftsjahr 2025, der einschließlich der Erträge aus Verlustübernahme in Höhe von 2.482.787,71 € ein Jahresergebnis von 0,00 € ausweist, festzustellen.

Sachverhalt:

Die gemäß § 11 Buchstabe a) des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Zukunft GmbH (BZG) vorgesehene Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses obliegt der Gesellschafterversammlung.

Um eine Stimmbindung des/der städtischen Vertreter/in in der Gesellschafterversammlung der BZG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziff. 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA).

Der Aufsichtsrat der BZG hat in seiner Sitzung am 23. April 2026 den Jahresabschluss 2025 beraten und eine entsprechende Beschlussempfehlung abgegeben.

Der Jahresabschluss 2025 der Gesellschaft weist (vor Verlustübernahme durch die Stadt) einen Fehlbetrag i. H. v. 2.482.787,71 € aus und liegt damit um 212.212,39 € besser als der Wirtschaftsplan 2025 (2.695.000,00 €) vorsah.

Im Einzelnen:

	Angaben in T€	IST 2024	Plan 2025	IST 2025	Plan 2026
1	Umsatzerlöse	623,5	654,5	804,4	1.090,8
1a	% zum Vorjahr/Plan		+5,0	+29,0/+22,9	+66,7/+35,6
2	Sonstige betriebliche Erträge	76,4	20,0	117,6	41,5
	Summe Erträge	699,9	674,5	922,0	1.132,3
3	Materialaufwand	-950,7	-1.122,3	-926,4	-1.568,7
4	Personalaufwand	-1.765,7	-1.999,5	-2.073,4	-2.319,9
5	Abschreibungen	-8,8	-5,0	-36,0	-5,1
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-302,4	-242,7	-326,7	-257,4
	Summe Aufwendungen	-3.027,6	-3.369,5	-3.362,5	-4.151,1
7	Betriebsergebnis (Summe 1 bis 7)	-2.327,7	-2.695,0	-2.440,5	-3.018,8
8	Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7 bis 9)	-2.327,7	-2.695,0	-2.440,5	-3.018,8
11	sonstige Steuern	-0,7	0,0	-42,3	0,0
12	Jahresergebnis (Summe 10 bis 11)	-2.328,4	-2.695,0	-2.482,8	-3.018,8

Gegenüber dem Plan und Vorjahr konnten höhere Fördermittel vereinnahmt werden (veranschlagt bei den Umsatzerlösen). Dies ist mit dem im April 2025 begonnenen Projekt „QIMP 2025“ begründet. Ziel dieses Programmes ist es, Hochtechnologie -Start-Ups beim Übergang in die Marktreife effektiv zu unterstützen. Korrespondierend gab es jedoch auch diesbezüglich höhere Aufwendungen, beispielsweise im Personalbereich.

Ferner konnten höhere sonstige betriebliche Erträge vereinnahmt werden, welche zur Ergebnisverbesserung ebenfalls beitragen konnten. Dies ist u.a. auf die ertragswirksame Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von rd. 40,3 T€ für Betriebs- und Geschäftsausstattung vorgenommen, die aus vorhandener Liquidität finanziert werden konnten.

Die Prüfung des Jahresabschlusses durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Friedrichs & Partner mbB, Göttingen, hat zu keinen Einwendungen geführt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 18. März 2026 erteilt.

Als Anlage sind die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und der Lagebericht 2025 beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

1 - Bilanz_GuV_Anhang_Lagebericht_BSZ_2025 (öffentlich)

**Braunschweig Zukunft GmbH
Braunschweig**

BILANZ ZUM 31. Dezember 2025

AKTIVA

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.460,00	8.157,00
Summe Anlagevermögen	<u>12.460,00</u>	<u>8.157,00</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	272.523,87	38.363,76
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	121.996,63	389.208,92
3. sonstige Vermögensgegenstände	65.041,60	52.547,94
	<u>459.562,10</u>	<u>480.120,62</u>
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	24.173,47	40.774,27
Summe Umlaufvermögen	<u>483.735,57</u>	<u>520.894,89</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.634,77	8.002,53
	<u><u>501.830,34</u></u>	<u><u>537.054,42</u></u>

He

**Braunschweig Zukunft GmbH
Braunschweig**

BILANZ ZUM 31. Dezember 2025

PASSIVA

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
II. Jahresüberschuss	0,00	0,00
Summe Eigenkapital	<u>26.000,00</u>	<u>26.000,00</u>
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	42.300,00	0,00
2. sonstige Rückstellungen	201.345,00	360.659,00
	<u>243.645,00</u>	<u>360.659,00</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	180.774,28	100.996,40
2. sonstige Verbindlichkeiten	48.911,06	44.399,02
	<u>229.685,34</u>	<u>145.395,42</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.500,00	5.000,00
	<u><u>501.830,34</u></u>	<u><u>537.054,42</u></u>

He

**Braunschweig Zukunft GmbH
Braunschweig**

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 01.01. BIS 31.12.2025**

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	804.395,06	623.495,47
2. sonstige betriebliche Erträge	117.599,74	76.443,21
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezo- gene Waren	2,76-	0,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	926.384,50	950.729,43
	<u>926.381,74</u>	<u>950.729,43</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.754.318,11	1.518.345,14
b) soziale Abgaben und Aufwen- dungen für Altersversorgung und für Unterstützung	319.057,47	247.392,44
	<u>2.073.375,58</u>	<u>1.765.737,58</u>
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensge- genstände des Anlagevermö- gens und Sachanlagen	36.007,28	8.654,52
6. sonstige betriebliche Aufwendun- gen	326.705,86	302.574,09
7. Zinsen und ähnliche Aufwendun- gen	0,00	6,59
8. Ergebnis nach Steuern	2.440.475,66-	2.327.763,53-
9. sonstige Steuern	42.312,05	685,45
10. Erträge aus Verlustübernahme	2.482.787,71	2.328.448,98
11. Jahresüberschuss	0,00	0,00

He

**Braunschweig Zukunft GmbH
Braunschweig**

Amtsgericht Braunschweig, HRB 2312

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2025

I. Allgemeine Angaben

Das Unternehmen hat seinen Sitz in Braunschweig und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Braunschweig unter der Handelsregisternummer HRB 2312 eingetragen.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung der Vorschriften für Kapitalgesellschaften und der sie ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes.

Im Interesse der Klarheit und Übersichtlichkeit werden die gesetzlich vorgeschriebenen Vermerke zu Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung fast ausschließlich im Anhang aufgeführt.

Die Gesellschaft ist nach den Größenklassenkriterien des § 267 Abs. 1 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert angewandt worden.

Der Grundsatz der Darstellungsstetigkeit wurde beachtet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt worden.

II. Erläuterungen zur Bilanz

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und **Sachanlagen** werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und - soweit abnutzbar - vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt.

Die Entwicklung des **Anlagevermögens** ist aus dem nachfolgenden Anlagengitter ersichtlich.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten angesetzt und haben insgesamt in Höhe von TEUR 455 (Vorjahr: TEUR 480) eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Im Bereich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen ohne Kontokorrent in Höhe von 239 TEUR (Vorjahr: 27 TEUR) für Mittelabrufe, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 32 TEUR (Vorjahr: 11 T€) und Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 1 (Vorjahr: TEUR 1) enthalten. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 122 TEUR (Vorjahr: 389 T€) betreffen wie im Vorjahr Forderungen gegen Gesellschafter aus der Verlustübernahme.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** in Höhe von 65 TEUR (Vorjahr: 53 TEUR) beinhalten sonstige Vermögensgegenstände mit 5 TEUR (Vorjahr: 4 T€) und die Umsatzsteuerforderung in Höhe von 60 TEUR (Vorjahr: 44 T€).

He

Die **flüssigen Mittel** in Höhe von 24 TEUR (Vorjahr 41 TEUR) werden mit dem Nennbetrag angesetzt.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** in Höhe von 6 TEUR (Vorjahr: 8 TEUR) wurden ordnungsgemäß gebildet.

Das voll eingezahlte **Stammkapital** beträgt EUR 26.000,00 und ist zum Nennbetrag bewertet.

Die **Steuerrückstellungen** betreffen Steuernachzahlungen für Umsatzsteuer.

Die **sonstigen Rückstellungen** decken die erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und wurden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu ermittelnden notwendigen Erfüllungsbetrag dotiert.

Die Rückstellungen im Personalbereich in Höhe von 135 TEUR (Vorjahr: 153 TEUR) beinhalten im Berichtszeitraum 50 TEUR für Versorgungszuschläge für Beamte (ausstehende Rechnungsstellung durch die Stadt Braunschweig), 48 TEUR für Tantieme-/Leistungsprämien und 37 TEUR für Urlaub und Überstunden.

Der Bereich der sonstigen Rückstellungen in Höhe von 40 TEUR (Vorjahr: 187 TEUR) beinhaltet noch ausstehende Rechnungen.

Die **Verbindlichkeiten** sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt und haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen mit 120 TEUR (Vorjahr: 78 TEUR) Verbindlichkeiten gegenüber Lieferunternehmen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen mit 60 TEUR (Vorjahr: 23 TEUR).

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten Belastungen aus Lohn- und Kirchensteuer mit 28 TEUR (Vorjahr: 20 TEUR).

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** in Höhe von 2,5 TEUR (Vorjahr: 5 TEUR) berücksichtigen Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Sachverhalte nach dem Bilanzstichtag darstellen.

III. Sonstige Angaben

Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten

Die durchschnittliche Zahl (ohne Auszubildende) der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beträgt 26 (Vorjahr: 23).

Mit Beschluss vom 05. Dezember 2025 wurde Herr Gerold Leppa mit Ablauf des 04. Januar 2026 als Geschäftsführer abberufen. Herr Jörg Meyer wurde mit Wirkung zum 05. Januar 2026 zum Geschäftsführer bestellt. Die Eintragung im Handelsregister beim Amtsgericht Braunschweig erfolgte am 21. Januar 2026.

He

Dem **Aufsichtsrat** gehörten im Geschäftsjahr 2025 an:

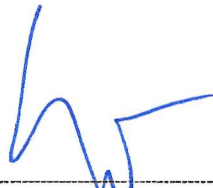
- Herr Dr. Thorsten Kornblum, Aufsichtsratsvorsitzender, Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig
- Herr Dr. Volker Lang, stellv. Aufsichtsratsvorsitzender, Vorstandsmitglied der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG
- Herr Dr. Ingo Lippmann, Vorstandsvorsitzender der Braunschweigischen Landessparkasse
- Herr Carsten Ueberschär, Generalbevollmächtigter der Volksbank BRAWO eG
- Herr Helmut Streiff, Geschäftsführer Streiff Holding GmbH & Co. KG
- Herr Freddy Pedersen
- Ratsherr Christoph Bratmann, Diplom-Pädagoge
- Ratsherr Matthias Disterheft, Betriebsrat
- Ratsherr Helge Böttcher, Master of Education
- Ratsherr Oliver Schatta, Betriebswirt

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen TEUR 4,6 (i. V. TEUR 4,6).

Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB über die Angabe der Gesamtbezüge des Mitglieds des Geschäftsführungsorgans wird Gebrauch gemacht.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Braunschweig, 18. März 2026



Jörg Meyer
Geschäftsführer

**Braunschweig Zukunft GmbH
Braunschweig**

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2025

A. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

Geschäftsmodell des Unternehmens

Der Geschäftszweck der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Braunschweig Zukunft GmbH ist die Weiterentwicklung des Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiestandortes Braunschweig. In diesem Rahmen erfolgt die Betriebsführung des Technologieparks sowie die Mitarbeit bei der Entwicklung, Bereitstellung und Mobilisierung von Gewerbeflächen in Braunschweig. Weitere Leistungen erfolgen in den Themen Standortberatung, Gründungs- und Start-up-Förderung, Klimaschutz, Innenstadtentwicklung, Technologietransfer sowie Innovationsförderung.

Für Wirtschaftsunternehmen bietet die Braunschweig Zukunft GmbH als zentrale Beraterin, Partnerin und Vermittlerin der lokalen Wirtschaft, Ansiedlungsinteressierten und Existenzgründern Beratung in Standortfragen und zu Fördermitteln, die Vermittlung von Gewerbeflächen sowie von Ansprechpartnern bei städtischen Organisationseinheiten und anderen Behörden. Sie engagiert sich zudem im Standortmarketing für Braunschweig.

Außerdem befasst sich die Gesellschaft mit weiteren Tätigkeiten, die den Unternehmenszweck unterstützen und die wirtschaftliche Dynamik des Standortes fördern.

Die Geschäftsanteile am Stammkapital von 26.000,00 € teilen sich mit folgenden Gesamtnennbeträgen wie folgt auf:

▪ Stadt Braunschweig	13.300,00 €	(51,15 %)
▪ Norddeutsche Landesbank – Girozentrale	4.233,00 €	(16,28 %)
▪ Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	4.234,00 €	(16,29 %)
▪ Volksbank BRAWO eG	4.233,00 €	(16,28 %)

B. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der gemeinsame Konjunkturbericht der IHK Braunschweig und der IHK Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW) zeigt für das vierte Quartal 2025, dass sich im Übergang zum neuen Jahr die Stimmung der Unternehmen im Wirtschaftsraum Braunschweig-Wolfsburg leicht verbessert hat. Allerdings bleibt sie weiterhin merklich angespannt. Der IHK-Konjunkturklimaindikator konnte ein wenig zulegen, sein Anstieg von 80 auf 86 Punkte signalisiert allerdings eher eine Konsolidierung und noch keinesfalls eine nachhaltige Trendwende. Der Indikator liegt damit weiterhin deutlich unter dem neutralen Wert von 100. Diese Schwelle konnte er nun bereits seit vier Jahren nicht mehr erreichen. Nie zuvor hat es im Rahmen der regionalen Konjunkturbeobachtung durch die IHK eine derartig langanhaltende Schwächephase gegeben.

Ein Blick auf die sektoralen Konjunkturklimaindikatoren des Konjunkturberichts der einzelnen Branchen verdeutlicht, dass alle Wirtschaftsbereiche unter der anhaltend schwachen Dynamik des Konjunkturgeschehens zu leiden haben. Besonders schwierig ist es im Großhandel mit einem sektoralen Indikatorstand von 60. Wenig besser ist die Stimmung im Einzelhandel mit einem branchenbezogenen Indikatorwert von 72. Auch unter den Dienstleistern wird nur ein Wert von 93 erreicht. Und in der Industrie bleibt die Stimmung entsprechend dem sektoralen Indikatorstand von 95 ebenfalls durchwachsen.

ke

Immerhin konnten die Dienstleistungswirtschaft und die Industrie im Vergleich zum Vorquartal etwas Boden gutmachen. Beide Branchen verzeichneten eine spürbare Belebung ihrer Auftragseingänge. Hingegen haben Groß- und Einzelhandel zwischen Herbst und Winter an Boden verloren.

In der Gesamtschau gründet sich die auf niedrigem Niveau eingetretene Stabilisierung des IHK-Konjunkturklimaindikatoren auf zwei Faktoren: zum einen auf leicht verbesserten Lagebeurteilungen und zum anderen auf nicht mehr ganz so schlechten Geschäftsprognosen. Derzeit bezeichnen 15 Prozent der befragten Betriebe ihre Geschäftslage als gut, 62 Prozent sehen sie zumindest als befriedigend an. Etwas weniger als ein Viertel aller Unternehmen beurteilt seine Situation jedoch als schlecht. Der Saldo aus guten und schlechten Lagebewertungen beträgt aktuell -8 (nach -12 im Vorquartal).

Gleichwohl sind lt. Konjunkturbericht die Aussichten der Unternehmen auf die Geschäftsentwicklung im neuen Jahr weiter von Skepsis geprägt. Aktuell rechnen immer noch 30 Prozent der befragten Unternehmen mit geschäftlichen Einbußen. Immerhin ist der Anteil der Betriebe, die meinen, ihr Geschäftsniveau halten zu können, mittlerweile auf 60 Prozent angewachsen. An eine Aufhellung seiner Geschäftstätigkeit glaubt aber nur jedes zehnte Unternehmen. Die negativen Vorhersagen überwiegen damit zwar immer noch deutlich, der Blick nach vorn fällt aber etwas weniger pessimistisch aus als noch vor drei Monaten.

Lt. Konjunkturbarometer Herbst 2025 der Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade beurteilen die Handwerksbetriebe im Bezirk ihre Geschäftslage wieder positiver. Sowohl gegenüber dem Vorjahresquartal als auch im Vergleich zum Frühjahr hat sich die Bewertung der aktuellen Lage verbessert. Bei den Zukunftserwartungen gibt es ebenfalls eine Aufhellung. Im Ergebnis steigt der Geschäftsklimaindex im Handwerk von 103 Punkten im Vorjahr auf jetzt 110 Punkte.

Wie in der Vorjahresumfrage der Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade bewerten 48 Prozent der befragten Betriebe ihre aktuelle Geschäftslage als gut (Frühjahr 2025: 44 Prozent). Weitere 39 Prozent zeigen sich zufrieden, drei Prozent mehr als im Herbst 2024. Entsprechend ging der Anteil der Betriebe mit schlechter Beurteilung der Geschäftslage von 16 auf 13 Prozent zurück.

Saisonal üblich fällt im Konjunkturbarometer Herbst 2025 der Ausblick auf die kältere Jahreszeit verhaltener aus. 56 Prozent rechnen mit einer gleichbleibenden Geschäftslage. 17 Prozent gehen von einer Verbesserung aus, 27 Prozent erwarten eine Verschlechterung. Per Saldo rechnen somit zehn Prozent mit einer Eintrübung (Herbst 2024: 19 Prozent).

Im Jahr 2025 entwickelte sich der Arbeitsmarkt in Deutschland weiterhin schrittweise in eine ungünstige Richtung und zeigte sich zum Jahresende schwächer als im Vorjahr 2024. Sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Unterbeschäftigung nahmen im Jahresdurchschnitt deutlich zu. Die Zahl der Arbeitslosen stieg bundesweit im Vergleich zum Vorjahr um 161.000 auf insgesamt 2,95 Millionen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich um 0,3 Prozentpunkte auf 6,3 Prozent (<https://www.arbeitsagentur.de/presse/2026-02-jahresrueckblick-2025>).

Die Nachfrage nach Arbeitskräften war einerseits zu gering, um das wachsende Arbeitsangebot aufzunehmen. Andererseits stimmten die Qualifikationen der Arbeitslosen häufig nicht mit den Anforderungen der offenen Stellen überein. Dadurch sind die Möglichkeiten, Arbeitslosigkeit durch eine Beschäftigungsaufnahme zu beenden, weiter gesunken und befinden sich laut Bundesagentur für Arbeit auf einem historisch niedrigen Niveau (siehe Presseinfo Nr. 2, 07.01.2026; <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2026-02-jahresrueckblick-2025>). Auffallend ist zudem der Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Akademikern – im Bereich der Arbeitsagentur Braunschweig-Goslar im Vergleich zum Vorjahr um 22,4 Prozent. Die Bundesagentur für Arbeit führt diese Entwicklung vor allem auf die schwierige wirtschaftliche Lage – Unternehmen schreiben weniger Stellen aus – und die Umbrüche im Zuge der Transformation zurück (siehe Presseinfo Nr. 2, 07.01.2026; <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/braunschweig-goslar/presse/2026-2-arbeitsmarkt-fur-2026-sehen-wir-vorsichtig-optimistische-perspektiven>).

Auch in der Stadt Braunschweig haben die Arbeitslosenzahl und -quote im Jahresverlauf 2025 zugenommen. Im Dezember 2025 betrug die von der Bundesagentur für Arbeit ermittelte Arbeitslosenzahl 9.198 Personen. Diese liegt + 659 Arbeitslose bzw. + 7,7 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert im Dezember 2024. Die Arbeitslosenquote Braunschweigs lag im Dezember 2025 bei 6,4 Prozent und damit leicht über dem Bundesniveau (Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitsmarktreport Stadt Braunschweig, Dezember 2025).

Im Jahresdurchschnitt registrierte die Bundesagentur für Arbeit in Braunschweig 9.110 Arbeitslose, die Arbeitslosenquote betrug 6,3 %.

Die Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Braunschweig verbleibt 2025 auf dem Niveau des Vorjahres. Im Juni 2025 waren 136.719 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (+ 0,1 Prozent ggü. dem Vorjahresmonat). Der Bedeutungsgewinn von Teilzeit-Beschäftigungsverhältnissen setzt sich fort (43.946 SVB in Teilzeit; + 1,8 % ggü. dem Vorjahr 2024) (Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach der Arbeitszeit; Datenstand Dezember 2024; eigene Berechnungen Referat Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung und Wahlen)

2. Geschäftsverlauf

Die Stärken auf den Feldern Forschung, Wissenschaft und Kreativität machen Braunschweigs Potentiale im Vergleich zu Standorten ähnlicher Größe aus und erfordern ein besonderes Engagement der städtischen Wirtschaftsförderung in diesen Feldern. Nachhaltige, kontinuierliche und breit angelegte Innovationsaktivitäten sind essentielle Voraussetzung für eine positive sowie langfristig orientierte Entwicklung der ansässigen Unternehmen und des gesamten Wirtschaftsstandortes Braunschweig.

Braunschweig ist nicht nur ein international bedeutender Forschungsstandort, sondern auch Zentrum einer der forschungsintensivsten Regionen Europas. An kaum einem anderen Standort gibt es eine vergleichbare Forschungsvielfalt und ein so dichtes Netzwerk aus Forschungseinrichtungen, Hochschulinstituten und Technologieunternehmen. Allerdings weisen die aktuellen Entwicklungen darauf hin, dass dieser Status weiter bröckeln könnte, insbesondere, weil im Bereich Entwicklung rund um die Volkswagen AG weiterhin erheblicher Stellenabbau stattfindet.

Die Transformation der Wirtschaft, der Fachkräftemangel, der Strukturwandel in den Innenstädten sowie Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Unternehmen stellen die Braunschweig Zukunft GmbH immer noch vor besondere Herausforderungen, insbesondere in der Beratung und Betreuung der betroffenen Braunschweiger Wirtschaftsbereiche bzw. Betriebe. In diesem Zuge engagiert sich die Stadt Braunschweig unter anderem im regionalen Fachkräftebündnis SüdOstNiedersachsen. In dessen Steuerkreis wird die Stadt durch das Wirtschaftsdezernat vertreten, an ausgewählten Fachkräfteprojekten beteiligt sich die Stadt auch finanziell. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft informiert die Betriebe regelmäßig zum Thema Fachkräfte und unterstützt bei einzelnen Projekten mit Know-how und Kommunikation. Im Zuge der Erstellung des neuen Klimaschutzkonzeptes hat die Braunschweig Zukunft GmbH in ihrem Aufgabenbereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Wirtschaft die Aktivitäten verstärkt.

Die Voraussetzungen, die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Braunschweiger Wirtschaft zu erhalten, sind trotz aller Störeinflüsse relativ gut. Braunschweig punktet weiterhin als innovativer Standort, sowohl mit Blick auf unternehmerische Forschung und Entwicklung als auch im Bereich der wissenschaftlichen Grundlagenforschung.

Um die Stärken des Standorts voll auszuspüren, gilt es insbesondere für die Wirtschaftsförderung Wirtschaft und Wissenschaft in maßgeblichen Bereichen miteinander zu verknüpfen, um durch effizienten, wechselseitigen Wissens- und Technologietransfer allen Beteiligten einen größtmöglichen Mehrwert zu ermöglichen.

Im Mobilitätscluster am Research Airport Braunschweig funktioniert dieses Zusammenspiel seit Jahren sehr gut und sollte auch auf weiteren Zukunftsfeldern gelingen. Eines davon sind die Quantentechnologien, die das Potenzial haben, die Wirtschaft tiefgreifend zu verändern.

Im Rahmen der Aktivitäten des Quantum Valley Lower Saxony e. V. (QVLS) wird im „Communication, Connection and Support Lab“ (QVLS c²s-Lab) an innovativen Konzepten für Wissenstransfer, Unterstützung von Ausgründungen, Innovationsmanagement sowie weiteren flankierenden Werkzeugen gearbeitet. Die Braunschweig Zukunft GmbH wird innerhalb des QVLS c²s-Lab durch das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt im Rahmen der Initiative „Clusters4Future“ gefördert. Die jährliche Förderung beträgt 45.000 Euro.

Im Jahr 2025 konnten wesentliche Erfolge erzielt und die Sichtbarkeit des Quantenstandorts Braunschweig national wie international deutlich gesteigert werden. Ein Höhepunkt war der Parlamentarische Abend in der Niedersächsischen Landesvertretung in Berlin. Gemeinsam mit der Technischen Universität Braunschweig, der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), dem QVLS e. V. und den Startups QubeDot, QUDORA Technologies und Synara Technologies zeigten die Stadt Braunschweig und die Braunschweig Zukunft GmbH vor rund 220 Gästen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, warum Braunschweig zu den international führenden Standorten auf diesem Gebiet zählt. Der Parlamentarische Abend bot eine wichtige Bühne, um politische Entscheidungsträger für die Potenziale von Quantentechnologien zu sensibilisieren und den Standort Braunschweig nachhaltig zu positionieren.

Seit vielen Jahren legt die Braunschweig Zukunft GmbH auch einen besonderen Fokus auf die aktive Begleitung einer positiven Innenstadtentwicklung, die auch in 2025 weiterhin ein zentrales Thema darstellte. So koordinierte die Wirtschaftsförderung weiterhin federführend den Innenstadtdialog und veranstaltete zwei öffentliche Dialogforen sowie mehrere Arbeitsgruppensitzungen mit Beteiligten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Zentrales Thema in 2025 war die Umsetzung von Projekten zur Stärkung der Braunschweiger Innenstadt, für die eine Förderung aus dem Programm "Resiliente Innenstädte" des Landes Niedersachsen beantragt und größtenteils auch bereits bewilligt wurde.

Trotz der konjunkturellen Schwierigkeiten in vielen Branchen blieb die Nachfrage nach Gewerbeflächen am Standort Braunschweig auch im Jahr 2025 weiterhin gegeben. Es gingen sowohl Anfragen von bereits in Braunschweig ansässigen Unternehmen mit Erweiterungsvorhaben, als auch von Unternehmen aus der Region und aus ganz Deutschland nach Ansiedlungsmöglichkeiten ein.

Mit rund 3,69 ha lag der Flächenbedarf an gewerblichen Baugrundstücken allerdings unter dem Durchschnitt der letzten Jahre. Dies ist insbesondere auf die aktuelle konjunkturelle Lage, konstant hohe Baupreise sowie Auflagen im Bereich von Neubauten zurückzuführen. Darüber hinaus wurden im Jahr 2025 deutlich weniger Anfragen aus der Logistikbranche verzeichnet, die meist mit großem Flächenbedarf verbunden sind.

Die Flächenvermarktung im Gewerbegebiet Wenden-West entwickelte sich weiterhin positiv. Bis zum Jahresende 2025 konnten mehrere Grundstücke erfolgreich veräußert und damit weitere Unternehmen für den Standort gewonnen werden.

Trotzdem konnten im vergangenen Jahr leider erneut nur wenige Grundstücke angeboten und verkauft werden, da der Bestand an vermarktbar Restflächen nach wie vor gering ist. Eine der wichtigsten Aufgaben zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Braunschweig ist und bleibt auch weiterhin die Entwicklung neuer Gewerbeflächen-Angebote. Ziel ist es, den Braunschweiger Unternehmen Perspektiven für Expansion und Verlagerungen zu geben sowie in Einzelfällen neue Unternehmen für den Standort zu gewinnen.

Am Research Airport Braunschweig stehen indes noch Gewerbeflächen zur Vermarktung zur Verfügung. Diese Grundstücke sind im Sinne der Clusterentwicklung jedoch Unternehmen aus der Luft- und Raumfahrt sowie der Verkehrstechnik vorbehalten.

Das Flächenpotenzial am Research Airport ermöglicht daher eine stetige Weiterentwicklung des für den Standort Braunschweig sehr bedeutenden Mobilitätsclusters. Die Beschäftigtenzahl in den Unternehmen und Forschungseinrichtungen am Research Airport liegt aktuell bei rund 3.750 hochqualifizierten Arbeitsplätzen (Quelle: Erfassung Forschungsflughafen Braunschweig GmbH).

He

Der Research Airport Braunschweig hat sich im Jahr 2025 erneut als eines der führenden europäischen Zentren für Mobilitätsforschung profiliert. Als High-Tech-Cluster mit innovativen Projekten, zukunftsweisender Infrastruktur und starken Partnernetzwerken konnte der Standort bedeutende Meilensteine erreichen und sich weiterentwickeln. Ein zentraler Meilenstein war die Grundsteinlegung im August 2025 für das neue Forschungsgebäude Centre for Circular Production of Next Batteries and Fuel Cells der TU Braunschweig. In diesem zukunftsweisenden Zentrum werden rund 150 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler forschen, um innovative Prozesse für die zirkuläre Produktion und das Recycling von Batterien und Brennstoffzellen zu entwickeln.

Die Braunschweig Zukunft GmbH beteiligte sich als Ausrichterin und auch als Partnerin wieder an verschiedenen Veranstaltungen, die sich an die etablierte Wirtschaft, junge Unternehmen und Gründerinnen und Gründer richteten. Am 30. Juni veranstaltete sie in Zusammenarbeit mit der pro office GmbH das 21. Braunschweiger Immobilienfrühstück. Vor rund 120 Gästen ging es um die Frage, wie Unternehmen in Braunschweig und der Region auf das Thema Hybride Arbeitsformen blicken und welche neuen Nutzungskonzepte für Immobilien im Trend liegen.

Am 9. September richtete die Braunschweig Zukunft GmbH gemeinsam mit der TU Braunschweig das 41. Braunschweiger Unternehmergehörige aus. Zentrales Thema war die Digitale Produktion. Die rund 120 Gäste aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung bekamen im Hörsaal im TU-Altgebäude nicht nur Erinnerungen an die eigene Studienzeit, sondern auch spannende Ein- und Ausblicke auf die Zukunft der industriellen Fertigung.

Vom 6. bis zum 8. Oktober präsentierte die Braunschweig Zukunft GmbH den Wirtschafts- und Innovationsstandort Braunschweig auf Europas größter Fachmesse für Immobilien und Investitionen, der Expo Real in München. Dabei umfasste die Messepräsenz unter dem Dach der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg in diesem Jahr einen neu gestalteten Gemeinschaftsstand, erstmalig mit dem Stand des Landes Niedersachsen vereinigt. Die Stadt Braunschweig stellte mit 14 weiteren Partnern aus der Bau- und Immobilienbranche Investitionsvorhaben und Entwicklungspotenziale in Braunschweig vor.

Am 14. und 15. Mai war die Braunschweig Zukunft GmbH wieder mit einem Stand auf der regionalen Immobilienmesse Real Estate Arena in Hannover vertreten. Gemeinsam mit vier Partnern präsentierten Stadt und Wirtschaftsförderung zahlreiche Bauvorhaben, Stadtentwicklungsprojekte und Investitionspotenziale auf der mittelständischen Immobilienmesse.

Mit einer großen Auswahl an Dienstleistungen für Existenzgründerinnen und -gründer gab es durch die Braunschweig Zukunft GmbH weiterhin umfangreiche Starthilfe für junge Unternehmen, beispielsweise durch kostenlose Einzelberatungs- und Orientierungsgespräche. Im Jahr 2025 wurden bei der Braunschweig Zukunft GmbH online oder in einem persönlichen Termin 185 intensive Beratungsgespräche mit 205 Personen geführt. Die Zahl der Beratungsgespräche bedeutet einen neuen Höchstwert.

Auch im Jahr 2025 war der Technologiepark durchgehend weitestgehend voll ausgelastet. Zwei Einzügen von neuen Teams standen drei Auszüge entgegen. Zum Jahresende waren insgesamt 18 Startups und drei Kooperationspartner auf dem Gelände eingemietet.

Seit Jahresbeginn 2025 wurden in die Startup Akademie Wachstum und Innovation - kurz W.IN - in zwei Batches insgesamt 18 unterschiedliche Teams aufgenommen. Die Startup Akademie W.IN fördert und begleitet innovative Startups entlang des Gründungsprozesses. Mit einem großen Netzwerk aus regionalen Akteurinnen und Akteuren unterschiedlichster Bereiche bietet die Braunschweig Zukunft GmbH maßgeschneiderte Unterstützungsangebote für Startups. Zweimal im Jahr können sich Teams mit ihrer innovativen Gründungsidee bewerben.

Im Sommer 2025 startete die Braunschweig Zukunft GmbH gemeinsam mit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) und der TU Braunschweig den QIMP High-Tech Incubator, der Quanten-, IT-, Mobilitäts- und Produktionstechnik-Startups in den Fokus nimmt.

Ue

Ziel des Programms ist es, hochtechnologische Gründungen beim Übergang zur Marktreife zu unterstützen. Dazu bietet QIMP unter anderem individuelle Beratung, Mentoring, Workshops sowie Zugang zu relevanten Netzwerken und Venture-Capital-Kontakten. Zudem erhalten die Start-ups jeweils bis zu 300.000 Euro Fördermittel, um ihre Projekte gezielt voranzubringen. Möglich ist dies durch die Förderung des Inkubators durch das Land Niedersachsen, ko-finanziert von der Europäischen Union.

Im Juli 2025 endete die erste Bewerbungsphase mit 25 Bewerbungen, aus denen ein erster Batch von zehn Start-ups von einer Fachjury ausgewählt wurde. Der HTI betreut die Batches je ein Jahr lang, die ersten 10 auserwählten Unternehmen vom 1. September 2025 bis Ende August 2026.

Mit dem Ableger „Spotlight Quantum“ des BIG UP Startup Summit setzte die Braunschweig Zukunft GmbH am 26. August 2025 einen inhaltlichen Schwerpunkt auf das Thema Quantentechnologie – und zog damit namhafte Investorinnen und Investoren aus Deutschland, Italien, der Schweiz und den USA an. Als Veranstaltungsort diente die St. Katharinenkirche am Hagenmarkt. In dem besonderen Ambiente präsentierten Startups aus Braunschweig, Hannover, Berlin, Frankfurt und Münster ihre Geschäftsmodelle und machten technologische Zukunftsperspektiven anschaulich. Insgesamt pitchten 9 Startups aus ganz Deutschland vor den internationalen Investment-Profis.

Auch im Jahr 2025 hat die Braunschweig Zukunft GmbH die Umsetzung der Maßnahmen des Arbeitsbereiches „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ weiter kontinuierlich vorangetrieben, bestehende Formate ausgebaut und zusätzliche Projekte angestoßen. Bereits im zweiten Jahr brachte die Braunschweig Zukunft GmbH gemeinsam mit der Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft Landkreis Peine mbH (wito GmbH), der Klimaschutzagentur Peine und der Regionalen EnergieAgentur als Trägerin Unternehmen aus der Region im Unternehmensnetzwerk Energieeffizienz und Nachhaltigkeit (UEN) zusammen. 18 Mitgliedsunternehmen nahmen die Angebote des Netzwerks in Form von Austausch- und Informationsveranstaltungen wahr.

Im Mai 2025 kamen mehr als 70 Interessierte aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung bei der jährlichen öffentlichen UEN-Konferenz im Haus der Wissenschaft in Braunschweig zusammen.

Die Braunschweig Zukunft GmbH informierte Unternehmen im Jahr 2025 mit dem Online-Veranstaltungsformat „EcoVibes: Wirtschaft und Umwelt“ in insgesamt 6 Folgen über unterschiedliche Bereiche der unternehmerischen Nachhaltigkeit, darunter Digitalisierung in der Produktion, Kreislaufwirtschaft und Klimafolgenanpassungen.

Aufgrund ihrer geschäftlichen Rahmenbedingungen stehen der Gesellschaft nur eingeschränkt Erlöse zur Deckung der Aufwendungen zur Verfügung. Wesentliche Ertragskomponenten sind Umsatzerlöse aus der Vermietung von Gründerflächen sowie Erträge aus öffentlichen Zuschussmitteln für beantragte Fördermaßnahmen zur regionalen wirtschaftlichen Entwicklung und aus Sponsoringmitteln.

3. Lage des Unternehmens

a) Ertragslage

In 2025 wurde mit dem neuen Projekt QIMP High-Tech Incubator aufgrund der erfolgreichen Bewerbung für die HTI-Förderrichtlinie begonnen. Im Rahmen von QIMP werden im Konsortium mit der TU Braunschweig und der PTB Startups in der Wachstumsphase aus den Bereichen Quantentechnologien, Informationstechnik, Mobilität und Produktionstechnik gefördert.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft erreichen eine Gesamtgröße von 804,5 T€ und übertreffen das Vorjahr um 181 T€.

Die Gründe hierfür sind hauptsächlich in der Beantragung und Bewilligung von Fördermitteln und Zuschüssen mit 232 T€ höheren Erlösen durch Mittelabrufe bei der NBank und der Bundeskasse Halle zu sehen. Im Bereich Zuschüsse wurden im Geschäftsjahr 191 T€ Erlöse für das neue Projekt Hightech-Inkubator (HTI), 12,5 T€ höhere Erlöse für das Projekt W.IN Startup Akademie und 15 T€ höhere Erlöse für das Projekt QVLS c²s-Lab gegenüber dem Vorjahr generiert. Für das neue Projekt QIMP High-Tech Incubator wurden u.a. 100 T€ Personalkosten eingeplant, somit erhöht sich der allgemeine Personalaufwand. Für die weitere Entwicklung strategischer Partnerschaften (Parlamentarischer Abend) wurden aufgrund von Partnerbeteiligungen 13 T€ höhere Erlöse gegenüber dem Vorjahr erzielt (gegenläufig erhöhen sich die Aufwendungen um 15 T€).

Mieterhöhungen im Technologiepark führen im Berichtszeitraum zu Mehreinnahmen von 8,6 T€, gegenläufig verringern sich die Nebenkosteneinnahmen um 3,6 T€.

Gegenläufig verringern sich bei den allgemeinen Erlösen im Bereich Sponsoring die Einnahmen durch das alle zwei Jahre stattfindende große BIG UP Festival (2024, 2026) um 56 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erlöse erhöhen sich im Berichtszeitraum um insgesamt 41 T€. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 32 T€, die Erstattungen durch das AufwendungsungleichG (Erstattung für Krankheiten) erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 10 T€ infolge höherer Beschäftigtenanzahl. Im Berichtszeitraum verringerten sich die erfolgten Versicherungserstattungen (Reparaturen Pkw des Geschäftsführers) gegenüber dem Vorjahr um 3 T€. Durch Pkw-Wechsel (Verbrenner auf E-Pkw) erhöhen sich im Berichtszeitraum die verrechneten Sachbezüge um 2 T€.

Die betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere durch Materialaufwand / bezogene Dienstleistungen, Personalkosten, Abschreibungen sowie übrige betriebliche Aufwendungen geprägt.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 24 T€ verringert. Die Reduzierung resultiert im Wesentlichen aus dem alle zwei Jahre stattfindenden großen BIG UP Festival (2024, 2026) mit 110 T€. Des Weiteren wurden Mittel in verschiedenen Projekten nicht verausgabt. Hierbei sind die Projekte Maßnahmen Klimaschutzkonzept (24 T€), Aufwendungen für Messen (9 T€), der Bereich Kommunikation/Events (20 T€) und allgemeine Dienstleistungen (10 T€) zu nennen.

Gegenläufig erhöht sich der Aufwand für das neue Projekt QIMP High-Tech Incubator im Berichtszeitraum mit 187 T€, wobei 30,5 T€ in den Abschreibungen (geringwertige Wirtschaftsgüter) abgebildet und 7,5 T€ im Anlagevermögen aktiviert sind.

Der Personalaufwand im Bereich Löhne / Gehälter und soziale Abgaben erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 308 T€.

Die Gehaltszahlungen für städtische Angestellte sind ab 2025 aus Datenschutzgründen in den allgemeinen Gehaltszahlungen enthalten (134 T€). Als weitere Gründe für die Veränderung gegenüber dem Vorjahr sind die Personalkosten für das neue Projekt QIMP High-Tech Incubator mit 100 T€ sowie Stufen- und Tarifsteigerungen (3%) und Stufenvorwegnahmen im Berichtszeitraum mit einer Erhöhung von 74 T€ zu nennen.

Aufgrund der Steigerungen in den Personalkosten erhöht sich der Aufwand für gesetzliche Sozialaufwendungen und freiwilligen Aufwand gegenüber dem Vorjahr um 71 T€. Die Beiträge zur Berufsgenossenschaft erhöhen sich infolge höherer Beschäftigtenzahl um 1 T€.

Der Bereich Abschreibungen erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 28 T€. Für das neue Projekt QIMP High-Tech Incubator wurden im Geschäftsjahr 2025 Anschaffungen im geringwertigen Wirtschaftsgüterbereich in der Höhe von 30,5 T€ getätigt. Gegenläufig entfallen bereits abgeschriebene Wirtschaftsgüter in Höhe von 2,5 T€.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich die Kosten, die im Rahmen der regulären Geschäftstätigkeit anfallen, gegenüber dem Vorjahr um 25 T€ erhöht.

Die Raumkosten für Miete- und Mietnebenkosten bewegen sich auf dem Vorjahresniveau. In den einzelnen Bereichen sind Erhöhungen aufgrund von Kostensteigerungen zu verzeichnen (u.a. Fernwärme, Gas Wasser/Strom und Reinigung (27,5 T€)). Gegenläufig verringern sich die Kosten für Instandhaltung und die sonstigen Raumkosten mit 3 T€.

Der Bereich Versicherungen/Beiträge erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 2 T€. Als Gründe hierfür sind der Abschluss einer Event Haftpflichtversicherung und höhere Kosten für die Bewachung des Technologieparks zu nennen.

Der Bereich Fahrzeugkosten verringert sich im Berichtszeitraum um 1 T€. Im Geschäftsjahr sind geringere Aufwendungen für Fahrzeugreparaturen von 6 T€ zu nennen. Im Berichtszeitraum verringerten sich die laufenden Kfz-Kosten um 1 T€, für die Nutzung des neuen E-PKW fielen neue Kosten in Höhe von 6 T€ an (Garagenmiete, höhere Mietleasingkosten).

Die Werbe-/Reisekosten erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer Auslandsreise (Quantentechnologie) um 3 T€.

Der Bereich der verschiedenen betrieblichen Aufwendungen verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 6 T€. Hauptsächlich sind hier erhöhte Kosten gegenüber dem Vorjahr in den Bereichen Bürobedarf, Fortbildungskosten, Rechts- und Beratungskosten und Abschluss- und Prüfungskosten mit 10 T€ zu nennen. Gegenläufig werden die Kosten für Telefon und Internet in den Bereich bezogene Dienstleistungen (Stadt Braunschweig) mit 10,5 T€ umgegliedert. Des Weiteren verringern sich hauptsächlich die Kosten im Bereich EDV um 5,5 T€ durch Wegfall von Kosten für die Programminstallationen einer Datenbank im Vergleichszeitraum.

Die Verluste aus wertberichtigten Forderungen fallen im Geschäftsjahr weg (Vorjahr: Insolvenz eines Mieters im Technologiepark).

Das Geschäftsjahr endet im Bilanzzeitraum mit einem negativen betriebswirtschaftlichen Ergebnis von 2.482.788 € und unterschreitet die ursprünglich gesetzte Zielmarke im Wirtschaftsplan 2025 von 2.695.000 € um rd. 212 T€.

Die Unterschreitung des Wirtschaftsplan 2025 zum betriebswirtschaftlichen Ergebnis begründet sich wie folgt:

Erlösbereich:

• Allgemeine Erlöse (Partnerbeteiligung Parlamentarischer Abend)	10 T€
• NBank – weniger Beantragungen Förderprojekt W.IN	- 6 T€
• NBank – zusätzliche Förderung QIMP 2025 (abz. Miete TP 12 T€)	179 T€
• Bundeskasse Halle – zusätzliche Förderung QVLS c ² s-Lab	15 T€
• Verzögerung Förderung RIS Innenstadt (später Projektstart in 2025)	- 43 T€
• nicht planbare Erstattungen Aufwendungsausgleichsgesetz, Auflösungen von gebildeten Rückstellungen	<u>91 T€</u>
	<u>246 T€</u>

Bereich Aufwendungen:

• nicht genutzte Mittel in den Projekten	- 72 T€
• Verzögerung vom Projektstart RIS Gründungsprogramm Innenstadt aufgrund schwieriger Personalgewinnung	- 128 T€
• Aufwendungen für das neue Projekt QIMP High-Tech Incubator	88 T€
• zusätzliche Personalkosten Projekt QIMP 2025	100 T€
• Unterjährige Vakanzten im Personalbereich (u.a. Projekt RIS Innenstadt)	- 26 T€
• zusätzliche Abschreibungen durch Projekt QIMP	31 T€
• Aufwendungen für umsatzsteuerliche Risiken	<u>41 T€</u>
	<u>34 T€</u>

He

Der Projektstart Gründungsprogramm Innenstadt (RIS) verschiebt sich in das Geschäftsjahr 2026. Es ist angedacht, bisher nicht genutzte geplante Mittel aus dem Berichtszeitraum 2023-2025 mit dem Projektstart in die Wirtschaftsjahre 2027-2029 zu übertragen.

b) Finanzlage und Liquidität

Die Aufgabenstellung der Braunschweig Zukunft GmbH erfordert die fortlaufende Zuführung von Finanzmitteln für den laufenden Geschäftsbetrieb. Hierzu stehen der Gesellschaft gemäß § 14 des Gesellschaftsvertrages kurzfristige Finanzmittel der Gesellschafterin Stadt Braunschweig im Rahmen der Planansätze zur Verfügung. Darüber hinaus besteht mit der Stadt Braunschweig ein Vertrag über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln. Der Höchstbetrag für den zugunsten der Gesellschaft bereitzustellenden Kassenkredit beträgt 100 T€.

Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Wie bereits im Vorjahr bestanden bei der Braunschweig Zukunft zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres keine mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die liquiden Mittel haben sich zum Bilanzstichtag um 16,6 T€ verringert.

c) Vermögenslage

Im Berichtsjahr fanden Investitionen in Höhe von 40 T€ in das Anlagevermögen (Sachanlagen 7,5 T€, geringwertige Wirtschaftsgüter 32,5 T€) statt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 234 T€ und belaufen sich auf 273 T€. Zum Bilanzstichtag umfassen die Forderungen in Höhe von 33 T€ im Wesentlichen Forderungen aus Weiterberechnungen von Kosten für den Parlamentarischen Abend mit 20,5 T€, Forderungen aus Weiterberechnungen von Kosten für die Expo Real Partner mit 6 T€ und Forderungen aus Sponsorenrechnungen für die Projekte W.IN und Quantentechnologie mit 5 T€. Des Weiteren belaufen sich die Forderungen gegen die NBank und Bundeskasse Halle auf 240 T€.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (Stadt Braunschweig) verringern sich im Bilanzzeitraum um 272 T€ auf 117 T€. Im Berichtszeitraum wurden 2.750 T€ Zuschussmittel von der Stadt BS angefordert. Auf dem Konto Forderungen ohne Kontokorrent sind bereits alle Forderungen aus zuschussfähigen Projekten erfasst, die jedoch bis zum Bilanzstichtag noch nicht geldwirksam erfolgen. Aus diesem Grund wurden im Berichtszeitraum höhere Zuschussmittel als der ausgewiesene Verlust 2025 erforderlich, um die laufenden Verbindlichkeiten fristgerecht auszugleichen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände aus dem Steuerbereich erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 12,5 T€ und betragen 65 T€.

Der Bestand an Finanzmitteln der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um 16,6 T€ verringert.

Die aktive Rechnungsabgrenzung verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 2,5 T€ und beinhaltet hauptsächlich Bezahlungen von jahresübergreifenden Versicherungen und Rechnungen von Dritten.

Das Eigenkapital der Gesellschaft ist mit 26 T€ im Berichtszeitraum unverändert.

Die gebildeten Rückstellungen verringern sich zum Bilanzstichtag um 122 T€ auf 239 T€. Sie umfassen hauptsächlich noch ausstehende Rechnungen der Stadt Braunschweig für Versorgungsbezüge von Beamten, Restansprüche für Urlaub/Überstunden, Leistungsprämien und Tantiemen, Steuerrückstellungen und Rückstellungen für noch nicht abgerechnete Leistungen aus dem Berichtszeitraum.

Die Verbindlichkeiten aus allen Lieferungen und Leistungen erhöhen sich stichtagsbezogen um 80 T€ auf 181 T€. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Kontokorrent und ohne Kontokorrent erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 48 T€ und beinhalten hauptsächlich Rechnungen von der Vertretung des Landes Niedersachsen mit 21 T€, Rechnungen der Braunschweig Stadtmarketing GmbH mit 32 T€ und Rechnungen der Stadt Braunschweig mit 41 T€.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 37,5 T€ auf 60,5 T€ und beinhalten hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Versorgungszuschlägen für Beamte mit 60 T€.

Die sonstigen Verbindlichkeiten erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 5 T€ auf 49 T€. Der Grund hierfür liegt in erhöhten Verbindlichkeiten für Lohn- und Kirchensteuer Dezember 2025 (höhere Entgelte, höhere Beschäftigtenanzahl).

Die passive Rechnungsabgrenzung verringert sich um 2,5 T€ gegenüber dem Vorjahr, im Wesentlichen aufgrund einer aufgelösten Rechnungsabgrenzung im Berichtszeitraum.

Im Berichtsjahr ist eine Inanspruchnahme von Krediten nicht erfolgt. Mittel für Investitionstätigkeiten der Gesellschaft betreffen in der Regel Neu- und Ersatzinvestitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung wird ein monatliches Berichtswesen mit Kostenstellenrechnung eingesetzt.

Analysiert werden im Plan- / Ist-Vergleich beispielsweise die Erlöse und Aufwendungen der verschiedenen Projekte. Darüber hinaus stehen die jährlichen Investitionen sowie verschiedene Parameter rund um die Personalkostenentwicklung im Fokus. Die Instrumentarien verschaffen die Möglichkeit, frühzeitig Abweichungen zu erkennen, um Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Regelmäßige Gespräche mit den Verantwortlichen zur Ertrags- und Kostenentwicklung schaffen die Voraussetzung, die Geschäftsführung und gegebenenfalls den Aufsichtsrat über diese Entwicklung zu informieren und notwendige Maßnahmen frühzeitig einleiten zu können. Mittelanforderungen im Rahmen von Projektfinanzierungen werden so früh wie zuwendungsrechtlich möglich getätigt.

Das Finanzmanagement stellt grundsätzlich zu jedem Zeitpunkt die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft durch die werktägliche Überwachung der Liquidität sicher.

Eine Auswahl verschiedener nicht finanzieller Parameter im Beratungsumfeld:

<u>Existenzgründungsberatung</u>	<u>2023</u>	<u>2024</u>	<u>2025</u>
Anzahl	143	137	185
Personen	155	155	205
(eigene Erhebung)			

Der Kreis der Ratsuchenden setzt sich fast ausschließlich aus Menschen zusammen, die sich auf eine Existenzgründung vorbereiten und sich im Rahmen der kostenlosen Orientierungsberatung informieren. Ein kleiner Teil der Ratsuchenden befindet sich bereits in den ersten Jahren der Selbstständigkeit.

<u>Existenzgründerfonds der Stadt Braunschweig</u>	<u>2023</u>	<u>2024</u>	<u>2025</u>
Neugründungen (kumuliert)	139	140	142
Neuentstehung/Sicherung	399	411	417

Im Jahr 2024 sind eine Neugründung bzw. Erweiterung und im Jahr 2025 zwei Neugründungen bzw. Erweiterungen durch einen Zuschuss gefördert worden. Unterstützt wurden Existenzgründerinnen und -gründer aus den Bereichen Dienstleistungen, Handel, Handwerk, Produktion und Kultur- und Kreativwirtschaft.

C. NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind bis heute nicht eingetreten.

D. PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

1. Prognosebericht

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft im Hinblick auf den verfolgten Gesellschaftszweck positiv.

Der Prognose für das Geschäftsjahr 2026 liegen der Wirtschaftsplan 2026 sowie die mittelfristige Unternehmensvorschau 2026 bis 2029 zugrunde. Die Braunschweig Zukunft GmbH wird das Geschäftsjahr 2026 voraussichtlich mit einem negativen betrieblichen Ergebnis von 3.018 T€ abschließen. Der geplante Betrag 2026 liegt mit 323 T€ über dem Ansatz im Wirtschaftsplan 2025.

2. Chancen

Aufgrund des Gesellschaftszweckes und des Gegenstandes des Unternehmens (s. o.) erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse („Daseinsvorsorge“). Die in diesem Zusammenhang stehenden Beihilfevorschriften sehen wir aufgrund der regionalen Betätigung und auch wegen der Beschränkung der Ausgleichszahlungen auf die notwendigen Gesamtkosten und der gegebenen wirtschaftlichen Geschäftsführung als erfüllt an.

Gründungs- und Standortberatung, Innovationsförderung, Wirtschaftsstrukturverbesserungen, wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Standortmanagement als wichtige Aufgabenfelder der Braunschweig Zukunft werden auch in der Zukunft dazu führen, den Standort Braunschweig für Unternehmen und Gründer attraktiv zu gestalten.

Der weitere Ausbau der Wirtschaftsförderung, insbesondere im Startup Bereich, eine Mitarbeit an dem Integrierten Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0) sowie die Innenstadtentwicklung in den kommenden Jahren sind wesentliche nachhaltige Ziele der Gesellschaft.

Die Braunschweig Zukunft entwickelt ihre Funktion als zentrale Ansprechpartnerin für die Wirtschaft, für Ansiedlungsinteressierte und Existenzgründer sowie Startups stetig weiter und sieht sich hierbei als Bindeglied zwischen den Interessen der Wirtschaft und Interessen der Kommune.

He

Die Vermeidung von Mietleerständen im Technologiepark sowie die Gewinnung weiterer Partner eröffnen Chancen, die Einnahmen der Braunschweig Zukunft zu stabilisieren und die Ertragslage zu stärken.

Besondere Chancen sind in der Zukunft im nachhaltigen Ausbau der Startup-Angebote und in der Weiterentwicklung der Technologietransfer-Aktivitäten zu sehen. Auch die Aufgabe Innenstadtentwicklung und der in diesem Zuge geführte Innentadtdialog mit zahlreichen Akteuren aus Wirtschaft, Kammern und Verbänden werden die Arbeit der Wirtschaftsförderung zukünftig weiterhin prägen. Das verstärkte Engagement im Bereich des Klimaschutzes bedeutet eine Ausweitung der Netzwerkarbeit und Begleitung von Unternehmen in diesem Bereich.

3. Risikobericht

a) Risikomanagementsystem

Die Risikostrategie ist darauf ausgerichtet, dass unternehmerische Entscheidungen erst nach sorgfältigem Abwägen der Chancen und Risiken getroffen werden.

b) Risiken

Ein Großteil der Betriebe im Wirtschaftsraum Braunschweig-Wolfsburg verfügt aktuell über eine relativ konstante Geschäftslage. Allerdings stellen die anhaltende konjunkturelle Eintrübung sowie nach wie vor die hohen Preise für Energie und Rohstoffe sowie der Fachkräftemangel Herausforderungen dar. Hinzu kommen die zunehmenden Arbeitskosten sowie Zinsbelastungen. Daraus resultieren veränderte Beratungs- und Unterstützungsbedarfe, Auswirkungen auf das Jahresergebnis des Unternehmens werden nicht erwartet.

- **Branchenspezifische Risiken**

Die konsequente Weiterentwicklung der Serviceangebote der Braunschweig Zukunft wird nur mit gut qualifizierten, engagierten und entsprechend entlohnten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelingen. Hier sieht sich die Braunschweig Zukunft immer deutlicher mit einem erheblichen Wettbewerb um Fachkräfte konfrontiert. Der Fachkräftemangel betrifft auch die Wirtschaftsförderung, die geänderten Aufgabenstellungen erfordern regelmäßig die Überprüfung der Stellenbewertungen.

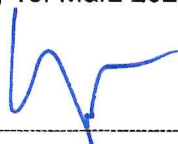
- **Ertragsorientierte Risiken**

Risikobehaftet sind die Vermietung der Gewerbeflächen im Technologiepark an Startups sowie die Akquisition von neuen und der Ersatz möglicherweise ausscheidender Expo Real-Partner.

- **Finanzwirtschaftliche Risiken**

Die Gesellschaft ist aufgabenbedingt für die Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeiten dauerhaft auf den Ausgleich des entstehenden Jahresverlustes durch die Stadt Braunschweig angewiesen. Dieser Ausgleich ist verbunden mit regelmäßigen Zahlungen der Stadt Braunschweig an die Gesellschaft in Höhe der entstandenen Verluste.

Braunschweig, 18. März 2026



Jörg Meyer
Geschäftsführer

Betreff:

Braunschweig Zukunft GmbH - Jahresabschluss 2025 - Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

23.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Zukunft GmbH wird angewiesen, dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung zu erteilen.

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird auf die in der heutigen Sitzung vorgelegten Unterlagen zum Jahresabschluss 2025 der Braunschweig Zukunft GmbH (BZG) Bezug genommen (siehe Drucksache 26-28802).

Gemäß § 11 Buchstabe b) des Gesellschaftsvertrages der BZG obliegt die vorgesehene Beschlussfassung über die Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung der Gesellschafterversammlung.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der BZG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziff. 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA).

Geiger

Anlage/n:

keine

*Betreff:***Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH - Jahresabschluss 2025 -
Feststellung***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

21.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH folgende Beschlüsse zu fassen:

- Der Jahresabschluss 2025 wird unter Berücksichtigung der in Höhe von 2.816.608,67 € vereinnahmten Betriebskostenzuschüsse mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 72.540,45 € festgestellt.
- Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 72.540,45 € wird mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 2.716.064,71€ verrechnet und auf neue Rechnung vorgetragen.

Sachverhalt:

Gemäß § 11 Buchstabe a) und b) des Gesellschaftsvertrages der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH (FBWG) obliegt die Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Gewinnverwendung der Gesellschafterversammlung.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der FBWG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziff. 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA).

Der Aufsichtsrat der FBWG hat sich in seiner Sitzung am 20. April 2026 mit dem Jahresabschluss 2025 befasst und eine entsprechende Beschlussempfehlung für die Gesellschafterversammlung abgegeben.

Der Jahresabschluss 2025 der FBWG schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 72.540,45 € ab. Der Fehlbetrag soll mit dem bestehenden Gewinnvortrag in Höhe 2.716.064,71 € verrechnet und auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Im Einzelnen:

	Angaben in T€	IST 2024	Plan 2025	IST 2025	Plan 2026
1	Umsatzerlöse	6.092,9	5.882,4	5.471,7	5.659,9
1a	% zum Vorjahr/Plan		-3,4	-7,7/-7,0	-3,8/+0,6
2	Sonstige betriebliche Erträge	2.239,6	2.449,6	2.480,6	2.448,4
2b	Erträge aus Betriebsmittelzuschüssen	2.898,5	2.816,6	2.816,6	2.694,2
3	Materialaufwand	-2.570,2	-2.216,8	-2.123,3	-2.828,7
4	Personalaufwand	-4.318,1	-4.977,7	-4.447,2	-5.007,2
5	Abschreibungen	-2.978,8	-3.245,8	-3.079,4	-3.095,1
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.154,3	-1.167,7	-1.152,4	-906,1
7	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	209,6	-459,4	-33,4	-1.034,6
8	Zins-/Finanzergebnis	-112,4	59,4	-3,7	-0,9
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7-9)	97,2	-400,0	-37,1	-1.035,5
11	sonstige Steuern	-16,4	0,0	-35,5	-13,0
12	Jahresergebnis (Summe 10-11)	80,8	-400,0	-72,6	-1.048,5
13	Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung*	0,0	300,0	0,0	300,0
12	Jahresergebnis II (Summe 12+13))	80,8	-100,0	-72,6	-748,5
	* Im IST sind die "Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung" schon bei den jeweiligen spezifischen Aufwendungen und Erträgen verbucht				

Das Jahresergebnis 2025 liegt unter Einrechnung der Betriebsmittelzuschüsse der Städte Braunschweig und Wolfsburg in Gesamthöhe von 2.816.608,67 € bei einem Fehlbetrag von 72.540,45 €. Damit liegt das Jahresergebnis besser als der Wirtschaftsplan 2025 vorsah, der ein negatives Jahresergebnis von 100.00,00 € veranschlagte.

Im Vergleich zum Vorjahr und zum Wirtschaftsplan 2025 ergaben sich Rückgänge bei den Umsatzerlösen, insbesondere bei den flugbetrieblichen Erträgen sowie aufgrund gesunkener Erstattungen des Bundes für Flugsicherungskosten.

Diese Erlösverminderungen konnten kompensiert durch (gegenüber Vorjahr und Plan) geringeren Materialaufwand. Es ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr weniger Instandhaltungs- und Unterhaltungserfordernisse, ferner reduzierten sich gegenüber dem Plan 2025 die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe.

Gegenüber dem Plan 2025 waren darüber hinaus auch Einsparungen beim Personalaufwand zu verzeichnen aufgrund von Vakanzen und späterer Einstellung.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden Investitionen in einer Gesamthöhe von 2.080,9 T€ vorgenommen. Hiervon entfallen 370,1 T€ auf Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte, 4,0 T€ auf technische Anlagen und Maschinen, 187,0 T€ auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie insbesondere 1.519,7 T€ auf geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau. Größte Einzelposten der Zugänge ist mit 1.401,0 T€ das Hauptgebäude sowie mit 361,0 T€ das Terminal. Die Maßnahmen wurden mit vorhandenen Eigenmitteln sowie mittels (teil-verbürgter) Kredite finanziert.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2025 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Partnerschaft mbB hat zu keinen Einwendungen geführt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 5. März 2026 erteilt.

Als Anlagen sind die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und der Lagebericht 2025 beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

1 - GuV 2025 (öffentlich)

- 2 - Bilanz 2025 (öffentlich)
- 3 - Lagebericht 2025 (öffentlich)

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH
Braunschweig

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	5.471.710,59	6.092.942,53
2. Betriebskostenzuschüsse	2.816.608,67	2.898.477,62
3. sonstige betriebliche Erträge	2.480.635,56	2.239.594,22
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	199.737,15	203.600,69
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.923.569,77	2.366.574,42
	2.123.306,92	2.570.175,11
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	3.485.432,27	3.389.674,56
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
davon für Altersversorgung 197.157,82 EUR (Vorjahr 183.088,65 EUR)	961.786,46	928.402,08
	4.447.218,73	4.318.076,64
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.079.376,91	2.978.840,44
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.152.393,52	1.154.311,48
8. Zinsen und ähnliche Erträge		
davon Erträge aus der Abzinsung 0,00 EUR (Vorjahr 0,00 EUR)	66.114,26	110.941,15
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
davon Aufwendungen aus der Aufzinsung 19.604,00 EUR (Vorjahr 186.431,00 EUR)	69.827,62	223.325,37
10. Ergebnis nach Steuern	-37.054,62	97.226,48
11. sonstige Steuern	35.485,83	16.452,52
12. Jahresfehlbetrag (i. V. -überschuss)	-72.540,45	80.773,96

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH
Braunschweig

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktivseite	EUR	Vorjahr EUR	Passivseite	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Ausgegebenes Kapital		
entgeltlich erworbene Software	3.704,00	12.813,00	1. Stammkapital	608.400,00	608.400,00
II. Sachanlagen			2. Nennbetrag eigener Anteile	<u>-216.400,00</u>	<u>-216.400,00</u>
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	16.496.784,52	11.818.508,52		392.000,00	392.000,00
2. technische Anlagen und Maschinen	7.529.603,16	6.263.405,16	II. Gewinnrücklagen		
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	544.898,86	544.225,39	1. Rücklage für eigene Anteile	216.400,00	216.400,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>276.203,26</u>	<u>7.210.757,83</u>	2. zweckgebundene Rücklage für Investitionen	3.948.297,26	3.948.297,26
	<u>24.847.489,80</u>	<u>25.836.896,90</u>	3. andere Gewinnrücklagen	<u>894.842,09</u>	<u>894.842,09</u>
	24.851.193,80	25.849.709,90		5.059.539,35	5.059.539,35
B. Umlaufvermögen			III. Gewinnvortrag	2.716.064,71	2.635.290,75
I. Vorräte			IV. Jahresfehlbetrag (i. V. -überschuss)	<u>-72.540,45</u>	<u>80.773,96</u>
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	124.623,25	118.808,31		8.095.063,61	8.167.604,06
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	12.510.376,90	14.811.724,10
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.072.391,91	3.610.320,39	C. Rückstellungen		
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>26.468,03</u>	<u>374.098,81</u>	sonstige Rückstellungen	2.084.121,95	3.185.473,35
	1.098.859,94	3.984.419,20	D. Verbindlichkeiten		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>2.716.729,73</u>	<u>5.566.534,97</u>	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.053.152,00	5.255.600,00
	3.940.212,92	9.669.762,48	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	331.989,52	731.671,12
C. Rechnungsabgrenzungsposten	36.287,40	6.640,63	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.206,66	3.551,82
			4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	598,82	19.148,84
			5. sonstige Verbindlichkeiten	624.985,72	3.225.022,68
			davon aus Steuern 490.253,80 EUR (Vorjahr 45.435,74 EUR); davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 0,00 EUR (Vorjahr 520,00 EUR)		
				6.011.932,72	9.234.994,46
			E. Rechnungsabgrenzungsposten		
				126.198,94	126.317,04
	28.827.694,12	35.526.113,01		28.827.694,12	35.526.113,01

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

1. Aktueller Geschäftsverlauf und allgemeine Rahmenbedingungen

Der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg ist einer von zwei Verkehrsflughäfen des Landes Niedersachsen. Er ist Kristallisationspunkt des „Forschungsflughafens Braunschweig“, einem europaweit bedeutsamen Forschungscluster aus universitären Einrichtungen und Forschungsinstitutionen mit rund 3 700 hochqualifizierten Mitarbeitern. Er sichert zudem die Luftfahrtanbindung der Unternehmen des Wirtschaftsraumes Südostniedersachsen mit seinem Schwerpunkt Braunschweig-Wolfsburg-Salzgitter. Seine hohe regionalwirtschaftliche Bedeutung wurde gutachterlich bestätigt. Das Kerngeschäft liegt im Forschungsflugbetrieb und im Geschäftsreiseverkehr (Werks-, Gelegenheitscharter-, Taxi- und Anforderungslinienverkehr). Der Flughafen wird von der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH gemäß ihrem Gesellschaftszweck betrieben.

Die seit Februar 2014 geltenden „Leitlinien zur Flughafenfinanzierung“ der EU-Kommission zur Regulierung von Investitions- und Betriebszuschüssen sind hinsichtlich einer nach Passagierzahl und Verkehrsfunktion des jeweiligen Flughafens differenzierteren Betrachtung der jeweiligen Zahlungen aktualisiert worden. Nach der im Jahr 2017 beschlossenen Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) sind kleinere Flughäfen mit weniger als 200.000 Passagieren p. a. und weniger als 200.000 Tonnen Fracht p. a., worunter auch der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg fällt, vom Anwendungsbereich der EU-Leitlinie ausgenommen. Diese Regelungen haben auch weiterhin Bestand.

Die Europäische Kommission hat im Februar 2014 die Verordnung (EU) 139/2014 zur Festlegung von Anforderungen und Verwaltungsverfahren in Bezug auf Flugplätze erlassen.

Die Verordnung wird ergänzt durch Vorschriften der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) zu „Certification Specifications“ (CS), annehmbaren Nachweisverfahren („Acceptable Means of Compliance“, AMC) und Anleitungen („Guidance Material“, GM). Laut EASA-Grundverordnung (VO (EG) 216/2008) zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt musste für jeden Flugplatz und seinen Betrieb bis 31. Dezember 2017 ein Zeugnis vorliegen. EASA-Zertifizierungen werden nicht allein wegen der regelmäßigen Auditierungen, sondern wegen erforderlicher tiefgreifend organisatorischer und struktureller Anpassungen auch künftig substantiell zum laufenden Aufwand beitragen.

Die für die nötigen Prüfungen gleichwohl erforderlichen Mittel sind sowohl im Wirtschaftsplan 2025 als auch für die Folgejahre eingeplant.

Zur Optimierung von Geschäftsabläufen sowie Umsetzung neuer gesetzlicher Regularien wird die Digitalisierung weiter vorangetrieben (elektronische Unterschrift).

2. Lage des Unternehmens

2.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse weisen im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme um 622 TEUR auf 5.741 TEUR aus.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten hauptsächlich Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (2.301 TEUR) als Gegenposten zu den entsprechenden Abschreibungen, die die bezuschussten Anlagegüter der Start-/Landebahnverlängerung und des Remote-Tower-Centers betreffen. In den handelsrechtlichen sonstigen betrieblichen Erträgen sind weiterhin Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 78 TEUR enthalten.

Die Betriebskostenzuschüsse im Jahr 2025 reduzierten sich um 81 TEUR auf 2.817 TEUR.

Der Materialaufwand reduzierte sich um 447 TEUR auf 2.123 TEUR. Dies betrifft vor allem die gesunkenen Instandhaltungs- und Unterhaltsaufwendungen (- 464 TEUR).

Die Steigerung des Personalaufwandes um 129 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf 4.447 TEUR ist bei gleichbleibender durchschnittlicher Mitarbeiterzahl im Wesentlichen auf Tarifsteigerungen zurückzuführen.

Die Abschreibungen sind gegenüber dem Vorjahr (2.979 TEUR) um 100 TEUR auf 3.079 TEUR gestiegen.

Das Finanzergebnis von -4 TEUR (i. V. -112) TEUR hat sich hauptsächlich durch den gesunkenen Zinsaufwand aufgrund der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen für die Übergangsversorgung der Fluglotsen im Vergleich zum Vorjahr verbessert.

Unter Berücksichtigung der um 81 TEUR gegenüber dem Vorjahr reduzierten Betriebskostenzuschüssen weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag 2025 von 73 TEUR (i. V. Jahresüberschuss von 81 TEUR) aus, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

2.2 Vermögenslage

Auf der Aktivseite haben sich die Buchwerte im Sachanlagevermögen um 999 TEUR vermindert. Die Zugänge von insgesamt 2.081 TEUR betrafen vor allem die Terminal-Erweiterung (361) sowie das Hauptgebäude (1.401 TEUR), welches in den Anlagen im Bau bilanziert wurde. Zu weiteren Erläuterungen verweisen wir auf den Anlagenspiegel in Anlage 3.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2.538 TEUR. Diese Minderung betraf im Wesentlichen eine im Vorjahr bilanzierte Forderung im Zusammenhang mit der Weiterberechnung der Kosten für den Remote Tower Center.

Der Sonderposten enthält von den Gesellschaftern bzw. Dritten gewährte Investitionszuschüsse für die Finanzierung der erforderlichen Modernisierung der Flughafeninfrastruktur (Startbahnverlängerung, Winterdiensthalle) und wurde in Höhe von 2.076 TEUR aufgelöst. Für die Anschaffung des RTC-Center wurde in den Vorjahren Fördermittel des Landes Niedersachsen sowie der DFS Aviation Services GmbH vereinnahmt, für die ebenfalls ein Sonderposten für Investitionszuschüsse gebildet wurde. Dieser Sonderposten wurde im Berichtsjahr in Höhe von 225 TEUR aufgelöst.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen Aufwendungen für ein Planänderungsverfahren (554 TEUR) sowie für weitere unterlassene Instandhaltungen (40 TEUR), für die Übergangsversorgung der Fluglotsen (1.050 TEUR), für übrige Personalverpflichtungen (370 TEUR) sowie für sonstige Verpflichtungen (70 TEUR).

Die Darlehen wurden mit insgesamt 203 TEUR getilgt. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich stichtagsbezogen um 399 TEUR vermindert. Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 2.600 TEUR vermindert. Diese Minderung betraf im Wesentlichen eine im Vorjahr bilanzierte Verbindlichkeit im Zusammenhang mit der Weiterberechnung der Kosten für den Remote Tower Center.

2.3 Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist mit 3.319 TEUR negativ.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit (-2.075 TEUR) betrifft im Wesentlichen die zur Aufrechterhaltung des Flugbetriebes notwendigen Investitionen (im Berichtsjahr 2.080 TEUR).

Der (positive) Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (2.544 TEUR) enthält insbesondere die Betriebskostenzuschüsse.

Die Mittelzuflüsse aus der Finanzierungstätigkeit (2.544 TEUR) reichten nicht aus, um den Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit (-3.319 TEUR) und Investitionstätigkeit (-2.075 TEUR) zu decken, sodass der Finanzmittelbestand stichtagsbezogen um 2.850 TEUR auf 2.717 TEUR gesunken ist.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Liquidität ist für das Geschäftsjahr 2026 gesichert.

3. Zukünftige Entwicklung

Rechtliche Aspekte

Das Planfeststellungsverfahren ist weiterhin nicht abgeschlossen. Wir gehen von einer weiteren Bearbeitung seitens der zuständigen Behörden im Laufe des Jahres 2026 aus. Erst nach Abschluss des Verfahrens können erforderliche Maßnahmen identifiziert und inhaltlich und finanziell abschließend bewertet werden.

Abwicklung des Erfolgsplans 2025

Dem im Wirtschaftsplan 2025 prognostizierten Jahresergebnis 2025 von -100 TEUR steht ein Jahresfehlbetrag 2025 in Höhe von 73 TEUR gegenüber und übertrifft damit das Planergebnis um 27 TEUR.

Bei den Umsatzerlösen ergaben sich Einnahmen von rd. 5.471 TEUR. Hierbei sind Einnahmen aus dem Flugbetrieb von rd. 2.704 TEUR enthalten. Die Betriebskostenzuschüssen von 2.817 TEUR entsprechen dem Planansatz. Die sonstigen betrieblichen Erträge weisen Einnahmen von insgesamt 2.481 TEUR aus.

Insgesamt ergeben sich Einnahmen von 10.835 TEUR (Planansatz: 11.563 TEUR). Die Mindereinnahmen betreffen vor allem die Erstattung der Flugsicherungskosten (-305 TEUR) sowie (im Planansatz enthaltenen) Maßnahmen aus der Ergebnisverbesserung (-300 TEUR).

Aufwendungen ergeben sich insgesamt in Höhe von 10.908 TEUR (Planansatz: 11.663 TEUR).

Die Minderaufwendungen betreffen vor allem den Personalaufwand (-531 TEUR), im Wesentlichen aufgrund der späteren Einstellung von Mitarbeitern als geplant sowie die Abschreibungen (-166 TEUR).

Wirtschaftsplan 2026

Der Wirtschaftsplan 2026 weist - vorbehaltlich der nicht absehbaren Folgen und Entwicklungen der gegenwärtigen Krisensituationen einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 749 TEUR aus, wobei Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 2.694 TEUR (Vorjahr: 2.817 TEUR) durch entsprechende Zusagen eingeplant werden können.

In den Betriebskostenzuschüssen ist ein seitens der Stadt Braunschweig geleisteter zusätzlicher Ausgleich für den Verzicht auf eine Parkplatzbewirtschaftung in Höhe von 160 TEUR enthalten.

Die im Wirtschaftsplan 2026 enthaltenen Umsatzerlöse aus dem Flugbetrieb belaufen sich auf einem Niveau von rd. 5.660 TEUR. In den Umsatzerlösen wurden solche von der VW AG in Höhe von 1.000 TEUR sowie Erstattungen für die Flugsicherungskosten in Höhe von ca. 628 TEUR berücksichtigt.

Wesentliche im Jahr 2026 geplante Investitionsmaßnahmen sind u. a. der Umbau des General Aviation Terminal (420 TEUR), die Erneuerung der Lüftungsanlage Restaurant (140 TEUR) sowie Gestaltung der Außenanlagen Terminal West (100 TEUR).

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Der Flughafen wird durch die Forschung und die regionale Wirtschaft genutzt. Dies sichert sowohl die Standorte der hier angesiedelten Unternehmen und Institutionen als auch die Weiterentwicklung des Forschungsflughafens und der Region. Der Geschäftsreiseverkehr bleibt gemeinsam mit einem zunehmenden Charterflugaufkommen betriebswirtschaftliches Kerngeschäft des Flughafens und bildet damit die ökonomische Grundlage des Verkehrsflughafens.

Das Thema „Nachhaltigkeit“ hat weiterhin für die Geschäftspolitik der FBW (grüner Strom / PV-Anlagen / E-Fahrzeuge / elektrifiziertes Fliegen) strategisch einen sehr hohen Stellenwert. Potenzielle Maßnahmen hierzu werden mit unterschiedlichen potenziellen Partnern engmaschig analysiert.

Der Flughafen wird auch zukünftig allein durch den Flugbetrieb (Aviation-Betrieb) kein positives Ergebnis erzielen. Die Vermarktung verfügbarer Immobilien sowie die Inwertsetzung aller Flughafenflächen ist einer der strategischen Kernziele des Unternehmens.

b) Risiken

Weiterhin sind die Einnahmen aus dem Flugbetrieb nicht auf Vor-Corona-Niveau und es ist auch nicht davon auszugehen, dass diese im Jahr 2026 wieder erreicht werden können. Die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat, der Betriebsrat und die Führungskräfte betrachten die aktuelle Situation in unterschiedlichen Szenarien sehr engmaschig.

Auf Grundlage der Flugsicherung-An- und Abflug-Kostenverordnung (FSAAKV) des Bundes werden Flugsicherungsleistungen für Regionalflughäfen seit 2021 über eine einheitliche Erhebung von Flugsicherungsentgelten berechnet. Die Gebühren werden zur Finanzierung der Kosten des Flugsicherungsproviders verwendet. Sollten die Einnahmen aus den Entgelten nicht ausreichen, wird die Differenz vom Bund erstattet. Hierzu wurden im Bundeshaushalt 2026 erneut 50 Mio. EUR eingeplant. In der Vergangenheit wurden diese Mittel nicht in vorgenannter Höhe komplett abgerufen. Das Bundesverkehrsministerium (BMV) prüft derzeit eine Aktualisierung der Richtlinien zur Finanzierung der Flugsicherungskosten für regionale Flughäfen. Es besteht ab dem Jahr 2027 das Risiko, dass die Regionalflughäfen nicht - wie in den letzten fünf Jahren praktiziert - von Flugsicherungskosten vollumfänglich entlastet werden. Dies hätte entsprechend negative finanzielle Auswirkungen auf den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg, welche derzeit noch nicht quantifiziert werden können. Die betroffenen Flughäfen sind gemeinsam mit den Luftfahrtverbänden und dem BMV in enger Klärung der Situation.

Weitere Veränderungen von Geschäftsprozessen der Geschäftskunden am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg, insbesondere hervorgerufen durch die Krisensituationen, sind nicht auszuschließen und können sich daher auf das Aufkommen des Geschäftsreiseverkehrs weiterhin negativ auswirken. Die Gesellschaft kann aufgrund der Konzentration auf signifikante Segmente im Luftfahrtgeschäft die für den Flughafenbetrieb erforderlichen Aufwendungen auch künftig nicht durch eigene Erträge decken. Sie bleibt weiterhin auf Zuschüsse der Gesellschafter angewiesen. Dies gilt auch für notwendige zukünftige Investitionen und Sanierungsmaßnahmen. Die kommunalen Gesellschafter profitieren jedoch von dem Steueraufkommen der am Flughafen ansässigen Unternehmen und Einrichtungen in erheblichem Umfang.

Des Weiteren sind steigende Kosten bei erforderlichen Maßnahmen zur Instandhaltung der Flughafeninfrastruktur (Hoch- und Tiefbau) zu erwarten. Dies erfordert erhöhte sachliche und personelle Aufwendungen.

Ein nur bedingt für den Flughafen beherrschbares Erlörisiko besteht weiterhin in der bestehenden Abhängigkeit von Großkunden. Änderungen im Flugbetrieb, z. B. durch den Einsatz kleinerer Luftfahrzeuge, können erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage haben.

Braunschweig, den 24. Februar 2026

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH



Michael Schwarz
Geschäftsführer

*Betreff:***Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH - Jahresabschluss 2025 -
Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

21.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH wird angewiesen, dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung zu erteilen.

Sachverhalt:

Im Hinblick auf den vorstehend genannten Beschlussvorschlag wird auf die in der heutigen Sitzung vorgelegten Unterlagen zum Jahresabschluss 2025 der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH (26-28808) Bezug genommen.

Gemäß § 11 Buchstabe c) und d) des Gesellschaftsvertrages der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH (FBWG) obliegt die Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung der Gesellschafterversammlung.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der FBWG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziff. 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA).

Geiger

Anlage/n:

keine

Betreff:

Ankauf von drei Teilflächen der DB InfraGO AG zur Neuentwicklung und Aufwertung des Bahnhofsumfeldes

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

24.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt drei Teilflächen des Flurstückes 1/43, Flur 7 in der Gemarkung Altewiek, gelegen am Willy-Brandt-Platz 1, zu erwerben.

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig plant die Entwicklung eines „Urbanen Entrées und eine städtebauliche Neufassung der Kurt-Schumacher-Straße“. Ziel ist es, dass das Umfeld des Hauptbahnhofs durch den Rückbau überdimensionierter Verkehrsflächen attraktiver wird. Der Verkehr soll neu strukturiert und direkt am Haupt-Mobilitätsknoten der Stadt soll ein urbanes und zukunftsfähiges Bahnhofsquartier entwickelt werden.

Auf die in dieser Angelegenheit erstellte öffentliche Vorlage Drucksachen Nr. 25-26157, „Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Umfeld Hauptbahnhof", AW 118 Stadtgebiet im Bereich Kurt-Schumacher-Straße, Viewegstraße, Ottmerstraße, Willy-Brandt-Platz und Berliner Platz“ wird verwiesen.

Angedacht ist die Umsetzung der Planung in drei Abschnitten: Innerhalb des ersten Abschnittes südlich des Rings stehen zunächst die infrastrukturellen Projekte wie Neubau eines Bürogebäudes mit PKW-Parkhaus und ein Wohn- und Geschäftshaus mit einer mehrgeschossigen Fahrradparkgarage im Untergeschoss im Fokus.

Hierfür ist der Erwerb von drei Teilflächen der DB InfraGO AG, Geschäftsbereich Personenbahnhöfe, durch die Stadt Braunschweig erforderlich. Die drei Flächen sind im anliegenden Lageplan gelb markiert und gesondert kenntlich gemacht.

Die DB InfraGO AG ist bereit die drei Teilflächen an die Stadt zu veräußern. Eine entsprechende Freistellung der Flächen von Bahnbetriebszwecken ist am 14.01.2026 beantragt worden; sie wurde vom Eisenbahnbundesamt vorab in Aussicht gestellt. Der Erwerb der Flächen erfolgt vorbehaltlich dieser Freistellung und des Beschlusses des Bebauungsplanes durch den Rat der Stadt Braunschweig.

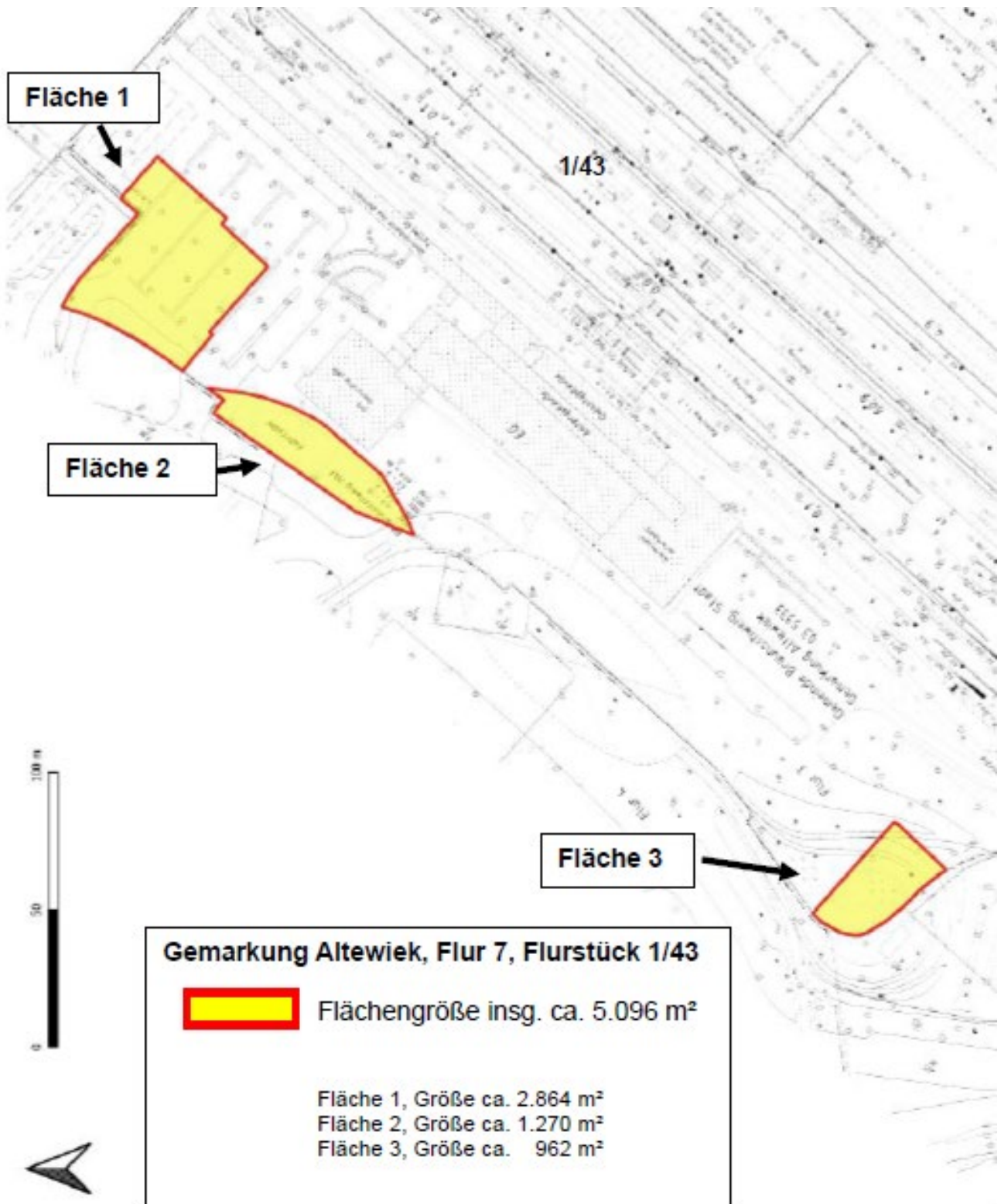
Um die vorgenannten Planungen bezüglich der Neuentwicklung und der Aufwertung des Bahnhofsumfeldes umsetzen zu können, sollte ein Ankauf der drei Teilflächen erfolgen.

Es wird gebeten wie vorgeschlagen zu beschließen.

Geiger

Anlage/n:

1 - Lageplan (öffentlich)



Betreff:

Ankauf von drei Teilflächen der DB InfraGO AG zur Neuentwicklung und Aufwertung des Bahnhofsumfeldes

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

30.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt drei Teilflächen des Flurstückes 1/43, Flur 7 in der Gemarkung Altewiek, gelegen am Willy-Brandt-Platz 1, zu erwerben.

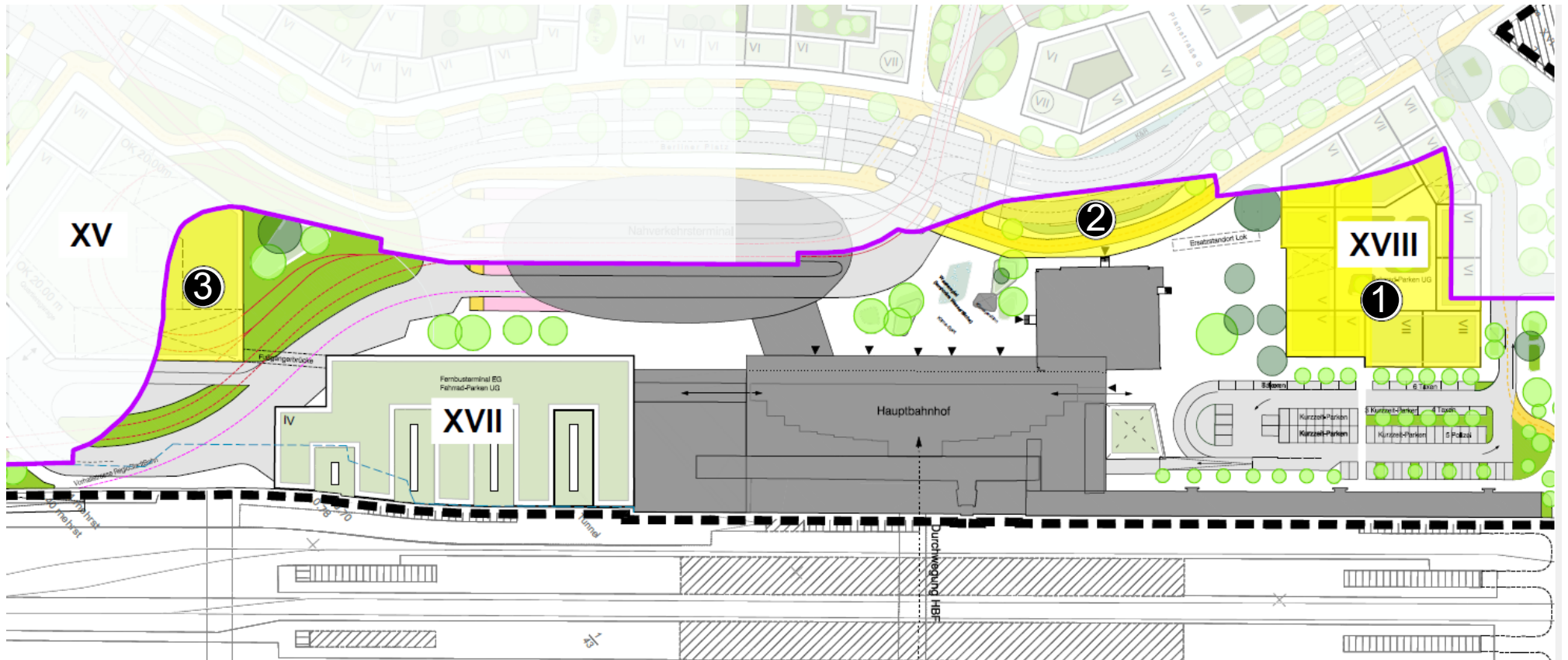
Sachverhalt:

Ergänzend wird beigefügter Lageplan zur Verfügung gestellt.

Geiger

Anlage/n:

1 - Lageplan (öffentlich)



Betreff:

Freiwilliger Flächentausch von zwei landwirtschaftlichen Flächen in Rautheim

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

10.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

Status

Ö

Beschluss:

Dem flächengleichen Tausch im Rahmen eines freiwilligen Landtausches zu den in der Vorlage dargestellten Konditionen wird zugestimmt.

Sachverhalt:

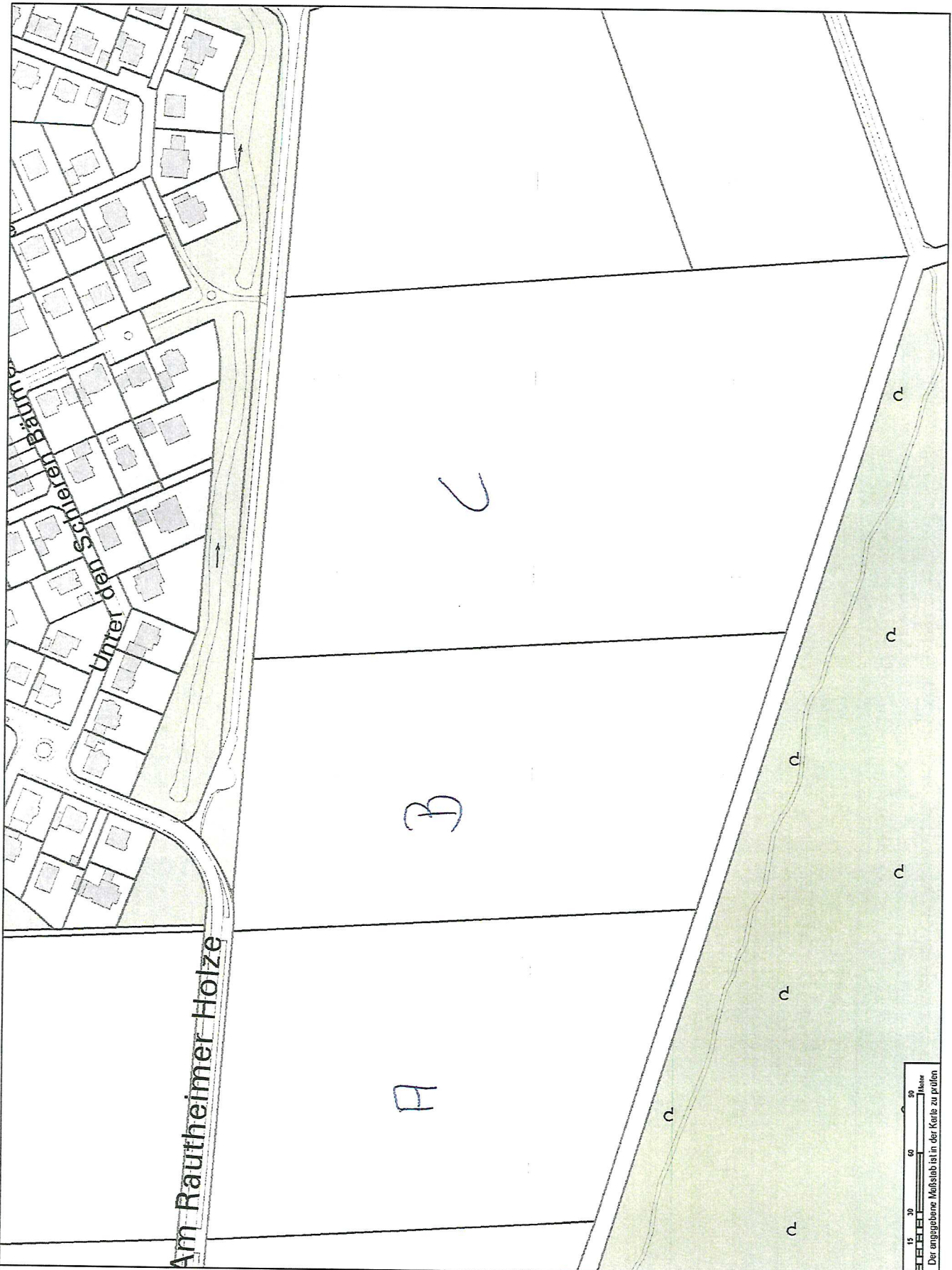
Die Stadt ist Eigentümerin des Flurstücks 199/2, Flur 4, Gemarkung Rautheim mit einer Gesamtgröße von 34.477 m². Die Fläche ist auf dem anliegenden Lageplan mit „B“ gekennzeichnet. Auf der Fläche sollen Ausgleichsmaßnahmen für die Bebauungspläne RA 29 „Rautheim-Möncheberg“ und ST 83 „Stöckheim-Süd“ realisiert werden. Der Eigentümer der westlich angrenzenden Fläche mit einer Größe von 33.314 m², die im anliegenden Lageplan mit „A“ gekennzeichnet ist, hat die Verwaltung gebeten, seine Fläche gegen die städtische Fläche einzutauschen. Da der Eigentümer Pächter der im anliegenden Lageplan „C“ bezeichneten Fläche ist, könnte durch den Landtausch eine zusammenhängende und somit landwirtschaftlich besser zu bewirtschaftende Fläche entstehen.

Eine Überprüfung hat ergeben, dass die auf dem städtischen Flurstück festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen sach- und fachgerecht auf dem westlich angrenzenden Flurstück umgesetzt werden können.

Der Tausch soll in Form eines freiwilligen Landtausches unter Einbeziehung des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig erfolgen. Hierbei entstehen für die Tauschpartner keine Kosten und keine Grunderwerbsteuer. Der Tausch soll so erfolgen, dass die Tauschpartner ihre jeweiligen Flächengrößen beibehalten. Hierfür müssen die Flächen vermessen werden. Die Kosten für die Vermessung trägt der Eigentümer der Fläche „A“. Die Verwaltung bittet um Zustimmung zum Tausch der Flächen.

Anlage/n:

1 - Lageplan (öffentlich)



Ausgabe FRISBI
Angefertigt: 09.04.2026
Maßstab: 1:2 500



Stadt  **Braunschweig**
Fachbereich Stadtplanung
und Geoinformation,
Abteilung Geoinformation

*Betreff:***Neuvergabe des Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) – Öffentliche Rechtliche Vereinbarung und Vorabbekanntmachung***Organisationseinheit:*Dezernat I
0120 Referat Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung und Wahlen*Datum:*

10.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben
(Vorberatung)*Sitzungstermin*

28.04.2026

Status

Ö

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Vorberatung)

30.04.2026

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

05.05.2026

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

12.05.2026

Ö

Beschluss:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (örV) zwischen der Stadt Braunschweig und dem Regionalverband Großraum Braunschweig (RGB) zur Übertragung von Aufgaben und Befugnissen zwecks Durchführung einer Direktvergabe des Teilnetzes 40 Braunschweig an die Braunschweiger Verkehrs GmbH (BSVG) wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die EU-weite Vorabbekanntmachung der Direktvergabe des ÖDA an die BSVG final abzustimmen und diese durch den RGB im EU-Amtsblatt veröffentlichten zu lassen.

Sachverhalt:

Der aktuelle öffentliche Dienstleistungsauftrag (ÖDA) aus dem Jahr 2015 ist ein Vertrag zwischen der Stadtverwaltung, dem RGB und der BSVG zur Erbringung des ÖPNV im Stadtgebiet auf Basis des gültigen Nahverkehrsplans (NVP). Grundlage hierfür war die EU-Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße.

Im ÖDA sind unter anderem die zu erbringenden Verkehrsleistungen festgelegt. Beispielsweise welche Linien in Braunschweig bedient werden, welche Fahrpläne und Takte einzuhalten sind und welche Gebiete abgedeckt werden. Darüber hinaus definiert der ÖDA die geltenden Qualitätsstandards, etwa in Bezug auf Pünktlichkeit und Barrierefreiheit. Ebenso ist darin geregelt, in welchem Umfang die Stadt finanzielle Mittel oder Ausgleichszahlungen bereitstellt, falls die Einnahmen aus dem Ticketverkauf die Betriebskosten der BSVG nicht decken.

Der aktuelle ÖDA endet am 31.05.2028. Um die Verkehrsbedienung nach NVP im Teilnetz 40 Braunschweig ab 01.06.2028 weiterhin sicherzustellen, muss ein neuer ÖDA vergeben werden.

Es ist vorgesehen, diesen Auftrag entsprechend der im Folgenden dargestellten wesentlichen Schritte erneut im Rahmen einer Direktvergabe an die BSVG zu vergeben:

Grobablauf der ÖDA-Vergabe

Die Erstellung und Vergabe des ÖDA erfolgt in zwei Schritten. Im 1. Schritt ist das Vergabeverfahren vorzubereiten. Hierfür sind folgende Dokumente notwendig:

- > Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (örV) zur Übertragung von Aufgaben und Befugnissen sowie über die Bildung einer Gruppe zwecks Durchführung einer Direktvergabe für das Teilnetz 40 (Braunschweig). Vertragsparteien sind hierbei die Stadt Braunschweig und der RGB.
- > Abstimmung der EU-weiten Vorabbekanntmachung (VAB) der Direktvergabe des ÖDA an die BSVG und Veröffentlichung im EU-Amtsblatt.

Nach Veröffentlichung der VAB im EU-Amtsblatt (geplant für den 01.07.2026) muss eine gesetzlich festgelegte einjährige Wartefrist (bis 30.06.2027) eingehalten werden. Während dieser Zeit folgt im 2. Schritt die Ausarbeitung der Vergabeunterlagen, die das eigentliche ÖDA-Vertragswerk darstellen und die zu erbringenden ÖPNV-Leistungen in Braunschweig definieren.

Schritt 1: Vorbereitung des Vergabeverfahrens

Der ÖDA soll als Bruttovertrag, d.h. als Verkehrsvertrag, bei dem das Erlörisiko nicht beim Verkehrsunternehmen, sondern beim Auftraggeber liegt, direkt von der Stadt Braunschweig an die BSVG vergeben werden. Nach aktueller Rechtslage muss der ÖDA gemäß § 108 GWB nach den Grundsätzen des Inhouse-Geschäfts erteilt werden und nicht mehr per Direktvergabe nach der o.g. VO (EG) Nr. 1370/2007.

Da der Regionalverband Aufgabenträger für den ÖPNV ist, muss für eine rechtssichere Vergabe die Teilaufgabe der Erteilung des ÖDA in Form einer örV vom RGB an die Stadt Braunschweig übertragen werden. Dies ist erforderlich, da nur die Stadt die dienststellenähnliche Kontrolle über die BSVG ausübt, die für ein Inhouse-Geschäft erforderlich ist. Hierzu erfolgt die Übertragung der Teilaufgabe nach § 4 Abs. 2 NNVG.

Die örV regelt ganz überwiegend formale Fragen, wie Art und Umfang der Aufgabenübertragung, die weitere Zusammenarbeit als sog. Gruppe, definiert die wesentlichen Punkte des Vergabeverfahrens und legt rechtliche und organisatorische Grundlagen für die Erstellung des neuen ÖDAs fest.

Die generelle Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV (auch bezüglich des Stadtverkehrs in Braunschweig) verbleibt selbstverständlich beim RGB. Mit Abschluss der örV wird die Stadt lediglich ermächtigt, den ÖDA direkt an die BSVG zu vergeben.

Auf Basis der örV soll der RGB dann im Namen der Stadt die notwendige Vorabbekanntmachung mit der beabsichtigten Direktvergabe an die BSVG im Amtsblatt der EU veröffentlichen. Diese VAB wird alle relevanten Informationen zum ÖPNV-Angebot in Braunschweig enthalten (z. B. Qualität, Quantität, Informationen zum Stadtbahnausbau, Schülerbeförderung, zeitliche Verknüpfung ÖPNV und SPNV, Aussagen zur Flotten-Elektrifizierung etc.).

Da es sich um ein öffentliches Verfahren handelt, ist dieses Vorgehen rechtlich geboten. Es ist so vorgeschrieben, damit auch mögliche Drittbewerber grundsätzlich die Möglichkeit haben, auf Grundlage der Informationen aus der VAB ein Angebot abzugeben.

Schritt 2: Weiterer Verfahrensablauf

Wie dargestellt werden während der gesetzlich vorgeschriebenen einjährigen Wartezeit nach der Vorabbekanntmachung die weiteren Vergabeunterlagen erarbeitet. In diesem Rahmen können dann auch die derzeit in Erarbeitung befindliche neue Finanzierungssystematik für die RegioBus-Linien sowie anderweitig auftretende relevante Änderungen im ÖPNV-Netz adäquat berücksichtigt werden.

Für die dann zu erwartende Inhouse-Vergabe an die BSVG ist ein erneuter Gremienbeschluss erforderlich. Vorgehen ist dieser für Mitte 2027. Der neue ÖDA soll nach dann erfolgter Direktvergabe an die BSVG nahtlos ab dem 01.06.2028 an den alten ÖDA anschließen. Derzeit ist für den neuen ÖDA eine Laufzeit bis zu 21 Jahren und 7 Monaten, also bis zum 31.12.2049, vorgesehen.

Die Verwaltung wird die Gremien im Laufe des Prozesses entsprechend erneut beteiligen und empfiehlt die Beschlussfassung, damit der Verfahrensablauf wie dargestellt fristgerecht weiterverfolgt werden kann.

Leppa

Anlage/n:
keine

Betreff:
Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“

Organisationseinheit:
Dezernat I
0120 Referat Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung und
Wahlen

Datum:
24.04.2026

<i>Beratungsfolge:</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Sportausschuss (Vorberatung)	27.04.2026	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	30.04.2026	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	05.05.2026	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	12.05.2026	Ö

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die nachfolgend aufgeführten Projekte Interessenbekundungen zur Förderung im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder (SKS-Schwimmbäder | Projektauftrag 2026)“ einzureichen.

Sachverhalt:

Der Bund hat im März 2026 einen Projektauftrag im Rahmen des Programms „Sanierung kommunaler Sportstätten“ veröffentlicht, der sich ausschließlich auf Schwimmbäder konzentriert. Ziel des Programms ist insbesondere der Abbau des bestehenden Sanierungsstaus sowie die Sicherung und Weiterentwicklung der kommunalen Schwimmbadinfrasturktur. Für den Projektauftrag Schwimmbäder 2026 stehen Bundesmittel in Höhe von 250 Millionen Euro zur Verfügung.

Gefördert werden investive Maßnahmen zur umfänglichen Sanierung und Modernisierung von kommunalen Hallen- und Freibädern, insbesondere unter Berücksichtigung von Aspekten der Energieeffizienz, Barrierefreiheit und nachhaltigen Nutzung. Die Förderung erfolgt als Zuschuss mit einem Fördersatz von bis zu 45 % (mindestens 250.000 €, maximal 8 Mio. €). Hieraus ergibt sich ein Mindestprojektvolumen je Vorhaben von rund 550.000 €.

Die Antragstellung ist zweistufig aufgebaut. In einem ersten Schritt ist bis zum 19. Juni 2026 eine Projektskizze (Interessenbekundung) einzureichen. Auf Grundlage dieser erfolgt eine Auswahlentscheidung auf Bundesebene, welche Projekte einen späteren Antrag auf Förderung einreichen dürfen.

Die Stadt hat bereits in 2025 / 2026 Förderanträge für mehrere Schwimmbadprojekte sowohl im Rahmen eines Landesprogramms als auch im Bundesprogramm SKS (Normalprogramm) gestellt. Eine abschließende Entscheidung über eine mögliche Landesförderung liegt derzeit noch nicht vor.

Auch für das Projekt „Bad Gliesmarode“ wurde im Rahmen des Bundesprogramms SKS 2025 – Sanierung kommunaler Sportstätten (DS 25-26891) eine Interessenbekundung eingereicht. Nach kürzlich erfolgter Rückmeldung des Fördermittelgebers wurde das Braunschweiger Projekt „Sanierung der Turnhalle Wilhelm-Bracke-Gesamtschule“ für eine Förderung ausgewählt hat. Damit kann für das Bad Gliesmarode eine neue Interessenbekundung erfolgen.

Unabhängig von der noch ausstehenden Förderentscheidung auf Seiten des Landes ist es erforderlich, bereits jetzt eine erneute Interessenbekundung im aktuellen Projektauftrag vorzubereiten, um die vorgegebenen Fristen einzuhalten und die Möglichkeit der Förderung zu wahren.

Weitere Rahmenbedingungen des Programms:

Im Rahmen des Projektauftrags werden insbesondere mehrjährige investive und umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an Schwimmbädern mit besonderer regionaler oder überregionaler Bedeutung gefördert. Die Projekte sollen einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zur sozialen Integration sowie zu Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit leisten. Voraussetzung ist, dass die Schwimmbäder der Öffentlichkeit zugänglich sind; bei vereinseigenen Anlagen gilt dies als erfüllt, sofern die Nutzung grundsätzlich allen Interessierten im Rahmen des Vereinszwecks offensteht. Nicht gefördert werden Einrichtungen, die überwiegend dem Spitzensport oder gewerblichen Zwecken dienen. Der Bewilligungszeitraum endet spätestens am 31. Dezember 2032; bis zu diesem Zeitpunkt sind die Maßnahmen abzuschließen.

Unter Berücksichtigung der genannten Rahmenbedingungen des Programms SKS-Schwimmbäder wurden folgende Projekte für die Interessenbekundung identifiziert:

- Bad Gliesmarode (Baukosten bis 2029 ca. 10,6 Mio. € - bereits im Haushaltsplan 2025/2026 bzw. in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften berücksichtigt): Sanierung der Badewasser-, Lüftungs-, Regelungs- und Heizungstechnik sowie Sanierung der Beton- und Holzkonstruktion und des Nicht-Schwimmerbeckens
- Sanierung Therapiebecken der Hans-Würtz-Schule (Baukosten nach derzeitigem Stand insgesamt ca. 6,97 Mio. €): davon Sanierung der Trinkwassernetze als vorbereitende Maßnahme: rd. 0,57 Mio. € (Haushaltsmittel stehen unter dem Projekt „GS Bebelhof-H.W.S./ San. Trinkwassernetz (4E.210477)“ zur Verfügung) davon Sanierung der Technik, des Schwimmbeckens, der Nebenräume: 6,4 Mio. € (*Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung und könnten von der Verwaltung im Haushaltsentwurf 2027/2028 berücksichtigt werden, sofern eine entsprechende Förderzusage vorliegt.*)

Die Verwaltung empfiehlt, für die genannten Projekte eine Interessenbekundung abzugeben.

Dr. Kornblum

Anlage/n:
keine

*Betreff:***Haushaltsvollzug 2026 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG***Organisationseinheit:*Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen*Datum:*

27.04.2026

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Vorberatung)*Sitzungstermin*

30.04.2026

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

05.05.2026

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

12.05.2026

Ö

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Sachverhalt:**1. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen**

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4E.21 neu
Sachkonto	421110 Grundst.+baul. Anlagen - Instandhaltungen

Bei dem o. g. Projekt werden außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **510.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2026

0,00 €

außerplanmäßig beantragte Aufwendungen:**510.000,00 €**

neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel

510.000,00 €

Die außerplanmäßige Bereitstellung von 510.000 € für die Sanierung der Grundschule Heinrichstraße ist gemäß § 117 NKomVG sachlich und zeitlich unabweisbar.

Es bestehen erhebliche brandschutztechnische und bauliche Mängel. Teile der vorhandenen Bausubstanz entsprechen nicht mehr den geltenden sicherheitstechnischen Anforderungen. Ein Aufschieben der Maßnahme ist nicht vertretbar, da ordnungsrechtliche Maßnahmen bis hin zu Nutzungseinschränkungen drohen.

Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen.

Deckung:

Art der Deckung	Projekt / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €	Nachveranschlagung in 2027 ff. erforderlich
Minderaufwendungen	4S.210051 / 421110	FB 20: Brandschutzmaßnahmen	150.000,00	Nein, freie Mittel
Minderaufwendungen	4S.210084 / 421110	Unterdecken /Ertüchtigung-Akustikmaßn.	360.000,00	Nein, freie Mittel

2. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 27	Erwerb von Finanzvermögensanlagen
Projekt	5E.200006.00.520 FB 20: SBBG/ Kapitalerhöhung
Sachkonto	784310 Anteil verb. Unternehmen sonst. Anteilsrechte

Bei dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von **130.600,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2026 (Auszahlungen)	1.500.000,00 €
überplanmäßig beantragte Auszahlungen:	<u>130.600,00 €</u>
neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel	1.630.600,00 €

Mit der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG, ehem. SBBG) wurden 2024 Maßnahmen zur Sicherstellung der Liquidität vereinbart. Aufgrund der bestehenden Vereinbarung über die Verfahrensweise der Gewinnverwendung der BS|Energy ergibt sich auf Ebene der BSBG eine Reduzierung der Gewinnausschüttung, die zwar nicht ergebniswirksam, jedoch liquiditätsbelastend wirkt. Um die strukturelle Liquiditätslücke auszugleichen, wird eine Kapitaleinlage in o. a. Höhe der BSBG zugeführt (im jeweiligen Folgejahr des Jahresabschlusses). Die Höhe entspricht dem auf die BSBG entfallenden anteiligen Thesaurierungsbetrag bezüglich der Gewinnverwendung von BS|Energy. Gemäß der vorliegenden Vereinbarung ist diese Summe der BSBG nunmehr im Folgejahr 2026 zur Verfügung zu stellen.

Deckungsmittel können aus den nicht in Anspruch genommenen Transferaufwendungen an städtische Beteiligungen des Jahres 2025 herangezogen werden.

Deckung:

Art der Deckung	Projekt / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €	Nachveranschlagung in 2027 ff. erforderlich
Minderaufwendungen	1.57.5712.01 / 431510	Wirtschaftsförderungsgesellschaften / Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	130.600,00	Nein, freie Mittel

3. Teilhaushalt Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation

Zeile 25	Baumaßnahmen
Projekt	4S.610009 Soziale Stadt- westl. Ringgebiet
Sachkonto	787210 Tiefbaumaßn. Projekte

Bei dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von **300.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2026 (Aufwendungen)	1.902.900,00 €
Haushaltsansatz 2026 (Auszahlungen)	0,00 €
überplanmäßig beantragte Auszahlungen:	<u>300.000,00 €</u>
neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel	2.202.900,00 €

Die Sanierung der Ekbertstraße ist Bestandteil des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes „Soziale Stadt — Westliches Ringgebiet“. Das Förderprogramm endet Mitte 2027; nach Ablauf dieses Zeitraums stehen die bewilligten Fördermittel nicht mehr zur Verfügung.

Für die Maßnahme stehen Städtebaufördermittel in Höhe von 1,34 Mio. Euro zur Verfügung. Auf Grundlage der aktuellen Gesamtkosten ergibt sich ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf der durch die überplanmäßige Mittelbereitstellung ausgeglichen werden soll.

Der bauliche Zustand der Ekbertstraße ist als stark sanierungsbedürftig einzustufen. Unabhängig von der Einbindung in das Städtebauförderprogramm wäre eine grundhafte Erneuerung der Straße mittelfristig im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches 66 umzusetzen. Bei einer Realisierung außerhalb des laufenden Sanierungsverfahrens müsste die Maßnahme jedoch vollständig aus Eigenmitteln finanziert werden. Dies würde zu einem erheblichen finanziellen Nachteil für die Stadt führen.

Deckung:

Art der Deckung	Projekt / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €	Nachveranschlagung in 2027 ff. erforderlich
Minderaufwendungen	4E.660038 / 421210	Erneuerung Neustadtmühlenbrücke / Inselwall / Unterhaltung des Infrastrukturvermögens	300.000,00	Nein, freie Mittel

Geiger

Anlage/n:
keine

Betreff:

Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

15.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026
05.05.2026

Status

Ö
N

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 8 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 26 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht. Bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € wird auf die ebenfalls in der heutigen Sitzung vorgelegte Ratsvorlage verwiesen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss zur Annahme oder Vermittlung ausgestellt.

Nach einem Jahreswechsel wird regelmäßig eine hohe Zahl an Zuwendungen zur nachträglichen Zustimmung gemeldet, da einheitlich alle noch im Vorjahr bekanntgewordenen Zuwendungen diesem Haushalts-/Kalenderjahr zugeordnet werden.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

Anlage/n:

- 1 - VA 04-2026 - Annahme von Zuwendungen - nachträglich (2025) (öffentlich)
- 2 - VA 04-2026 - Annahme von Zuwendungen (2026) (öffentlich)
- 3 - VA 04-2026 - Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2026) (öffentlich)

- 4 - VA 04-2026 - Annahme von Zuwendungen - nachträglich (2026) (öffentlich)
- 5 - VA 04-2026 - Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträglich (2026) (öffentlich)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2025)**Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Alexmenü	Sachspende 295,62 €	Hotdogs für den Adventsmarkt der GS Diesterwegstraße
2	Elternhilfsgemeinschaft der GS Broitzem	Sachspende 32,00 €	Zwei Bücher für die Schulbücherei Kettenzuwendung
3	Förderverein der GS Querum	Sachspende 143,20 €	Acht Schach-Sets für die Schach-AG

Referat 0413

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Kerstin und Jörg Mauer	Sachspende 300,00 €	Gottlieb Elster, Medaille auf Carl Magnus, Bronze, 1905
2	Kerstin und Jörg Mauer	Sachspende 300,00 €	Gottlieb Elster, Medaille auf Berta Magnus, Bronze, 1905

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2026)**Fachbereich 37**

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Rosmarie Allee	100,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Lehndorf Kettenzuwendung
2	Rosmarie Allee	100,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Lehndorf Kettenzuwendung

Fachbereich 40

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Gemeindeunfall-Versicherungsverband	400,00 €	Förderung des Schulsanitätsdienstes der Grund- und Hauptschule Rünigen (Bekleidung sowie Sani-Treffen)
2	Landwirtschaftskammer Niedersachsen	Sachspende 1.529,87 €	Wöchentliche Lieferung von Obst und Gemüse für die GS Gartenstadt im ersten Halbjahr 2026
3	Partslink24	Sachspende 656,88 €	Zugang zu den Ersatzteilkatalogen "Online" und "KFZ-Teile" für die Heinrich-Büssing-Schule

Fachbereich 51

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Atelier Drip GmbH	1.500,00 €	Spende für das JZ Mühle für die Veranstaltung "The Hard Way"

Fachbereich 67

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Vanessa Stein	450,00 €	Ereignisbaum EB-5.3 Westpark

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2026)**Referat 0500**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Horst-Udo Ahlers	300,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung
2	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	660,00 €	Braunschweiger Kinder und Jugendliche, Schulen und Kindertagesstätten	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung
3	Dr. Ing. Henning Imker	250,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung
4	Ivana und Christoph Le Claire	100,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung Kettenzuwendung
5	Ivana und Christoph Le Claire	100,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung Kettenzuwendung

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2026)**Fachbereich 37**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Thomas Müller	300,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Lehndorf
2	Elke und Frank Oberrath	1.000,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Watenbüttel
3	Marleen Piritz	130,00 €	Spende an die Jugendfeuerwehr Watenbüttel
4	Sabine Wittrock	500,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Lehndorf

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Förderverein der GS Diesterwegstraße	499,32 €	Erwerb von 24 Büchern für die Schulbücherei
2	Förderverein des Gym. Raabeschule	Sachspende 1.284,88 €	Ein Jahresabo für die Braunschweiger Zeitung, 15 Liederbücher für den Musikunterricht, eine Dauerlizenz der digitalen Toolbox für das Musiklehrerkollegium, 200 Soft-Touch-Gelschreiber mit Schullogo
3	dds/Der Deutsche Schreiner Konradin Medien GmbH	Sachspende 154,70 €	Ein Shaper Trace mit Tasche für die Werkstattausstattung der Johannes-Selenka-Schule
4	LIFE Foundation gGmbH	1.000,00 €	Unterstützung für die Baumpflanzaktion der Klasse 7ZK des Gymnasiums Neue Oberschule (Kauf von Setzlingen und Zubehör)
5	LIFE Foundation gGmbH	1.000,00 €	Kauf von Hochbeeten für die Helene-Engelbrecht-Schule
6	Mega eG	Sachspende 150,00 €	Farbe für die Gestaltung eines Klaseszimmers der Martha-Fuchs-Schule
7	Stiftung Großes Waisenhaus Braunschweig	1.500,00 €	Material für das Lernformat FreiDay im Schuljahr 2025/2026 für die Grund- und Hauptschule Rünigen

Referat 0414

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Achim Perschmann	250,00 €	Spende für das Buchpatenprojekt des Stadtarchivs

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2026)**Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Förderverein des Gym. Raabeschule	Sachspende 119,40 €	Schülerinnen und Schüler	Sechs Kinogutscheine für die Sieger beim Wettbewerb "Plakate gegen Rassismus"

Referat 0660

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Arbeitsausschuss Innenstadt Braunschweig e. V.	Sachspende 500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“
2	Astor Filmtheater	Sachspende 150,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“ u.a. Schulpreise
3	Baugenossenschaft >Wiederaufbau< eG	Sachspende 700,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“ u.a. Schulpreise
4	Braunschweiger Baugenossenschaft eG	Sachspende 700,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“ u.a. Schulpreise
5	Braunschweiger Verkehrs-GmbH	Sachspende 150,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“
6	Hafenbetriebgesellschaft Braunschweig mbH	Sachspende 150,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“
7	Heimbs Kaffee GmbH &Co. KG	Sachspende 500,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“
8	Hofbrauhaus Wolters GmbH	Sachspende 450,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“
9	Ingenieurgesellschaft Dr.-Ing. Olaf Schulz mbH	Sachspende 400,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“
10	Krumpholz Bürosysteme GmbH	Sachspende 250,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“
11	New Yorker Group-Services Int. GmbH & Co. KG	Sachspende 200,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“

Referat 0660

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
12	Nibelungen-Wohnbau-GmbH	Sachspende 700,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“ u.a. Schulpreise
13	Nordzucker AG	Sachspende 200,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“
14	Öffentliche Sachversicherung Braunschweig	Sachspende 303,30 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“
15	SE BS Stadtentwässerung Braunschweig GmbH	2.000,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“ u.a. Schulpreise
16	Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	Sachspende 700,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“ u.a. Schulpreise
17	VONOVIA	Sachspende 600,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“

Betreff:

Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

16.04.2026

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
(Vorberatung)

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

30.04.2026

05.05.2026

12.05.2026

Status

Ö

N

Ö

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 8 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 26 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht, so dass hiermit lediglich ein Beschlussvorschlag bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Eine weitere Besonderheit sind Zuwendungen von Ratsmitgliedern, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen, Stadtbezirksräten oder von der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister. Nach § 58 Abs. 1 Nr. 20 NKomVG ist ausschließlich der Rat zuständig für die Beschlussfassung über Verträge mit dem vorgenannten Personenkreis. Bei Zuwendungen handelt es sich formell um Schenkungsverträge. Demnach müssen alle Spenden und Zuwendungen des vorgenannten Personenkreises dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden die Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss

zur Annahme oder Vermittlung ausgestellt.

Nach einem Jahreswechsel wird regelmäßig eine hohe Zahl an Zuwendungen zur nachträglichen Zustimmung gemeldet, da einheitlich alle noch im Vorjahr bekanntgewordenen Zuwendungen diesem Haushalts-/Kalenderjahr zugeordnet werden.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

Anlage/n:

- 1 - Rat 04-2026 - Annahme von Zuwendungen - nachträglich (2025) (öffentlich)
- 2 - Rat 04-2026 - Annahme von Zuwendungen (2026) (öffentlich)
- 3 - Rat 04-2026 - Annahme von Zuwendungen - nachträglich (2026) (öffentlich)
- 4 - Rat 04-2026 - Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträglich (2025) (öffentlich)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2025)**Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Förderkreis der IGS Franzshes Feld	Sachspende 17.876,18 €	Ausstattung des Schülercafés mit Mobiliar (Stühle und Tische) incl. Lieferung.
2	Förderverein des Lessinggymnasiums	Sachspende 436,60 €	50 Fotos, 2 Bildbände, 50 Flyer und 12 Plakate für eine Fotoausstellung der Schule Kettenzuwendung
3	Förderverein GS Wenden	Sachspende 1.352,95 €	Ein E-Piano mit Zubehör (Ständer, Keyboardtasche, Schultergurt) Kettenzuwendung

Referat 0413

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Firma Kalms GmbH & Co. KG	Sachspende 5.000,00 €	Erich Körner, Bildnis Karl Kalms, 1926, Öl/Leinwand

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2026)**Fachbereich 40**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Carl Zeiss AG	2.700,00 €	Erwerb von einem 3-D-Scanner und vier VR-Brillen für die Grund- und Hauptschule Rünigen
2	Elternhilfe Neue Oberschule Braunschweig e. V.	700,00 €	Kauf eines 3-D-Druckers mit Zubehör Kettenzuwendung
3	Förderverein GS Bültenweg	Sachspende 5.399,88 €	Zwölf Schulbänke aus Massivholz mit Zwischenböden
4	Förderverein GS Bültenweg	Sachspende 8.998,65 €	Ausstattung des Musikraums mit verschiedenen Musikinstrumenten (z. B. Klarinette, Xylophon etc.) sowie Zubehör
5	Freundeskreis der Nibelungen-Realschule e.V.	Sachspende 5.183,95 €	Ein LEGO Education-Set mit 12 LEGO Education SPIKE Prime-Sets, ein FIRST LEGO LeagueChallenge Klassen-Paket, Einwegmasken/ Wiederbelebungsmasken für den Schulsanitätsdienst
6	Volksbank BraWo Stiftung	5.000,00 €	Unterstützung des Zirkusprojekts der IGS Heidberg mit Plakaten, Stoffen etc.

Fachbereich 41

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Bürgerstiftung Braunschweig	4.000,00 €	8. Regionales Musikfest (Austragungsort Braunschweig)
2	Die Braunschweigische Stiftung	9.900,00 €	8. Regionales Musikfest (Austragungsort Braunschweig)
3	Niedersächsische Sparkassenstiftung	10.000,00 €	8. Regionales Musikfest (Austragungsort Braunschweig) Zuwendung der Niedersächsischen Sparkassenstiftung gemeinsam mit der Braunschweigischen Sparkassenstiftung
4	Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz	9.900,00 €	8. Regionales Musikfest (Austragungsort Braunschweig)

Fachbereich 65

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Firma Rossmann	Sachspende 96.288,06 €	Im Rahmen des landesweiten Förderprogramms „ROSSMANN spendet Licht“ bietet die Dirk Rossmann GmbH der Stadt Braunschweig eine Sachspende für das Gymnasium Gaußschule an. Ziel des Programms ist die Verbesserung der Beleuchtungssituation in Schulen durch den Austausch älterer Beleuchtungssysteme gegen moderne energieeffiziente LED-Technik. Die Sachspende umfasst LED-Leuchten und Bewegungsmelder für ausgewählte Klassenräume der Gaußschule. Der Wert der Sachspende beträgt nach der vorliegenden Spendenübersicht der Dirk Rossmann GmbH 96.288,06 € brutto.

Fachbereich 67

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Thomas Liekefett	5.000,00 €	Entsiegelungsmaßnahme mit ökologischer Aufwertung im Pippelweg
2	Richard Borek Stiftung	55.000,00 €	Finanzielle Unterstützung des städtischen Wildkrautprojektes 2026 durch die Richard Borek Stiftung im Zusammenhang mit der Personalkostenerstattung für 2 zusätzliche Saisonstellen (bis zu 8 Monate). Die kassenwirksame Erstattung erfolgt nach Beendigung der Saisonarbeitsverhältnisse.

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2026)**Fachbereich 40**

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 8.141,39 €	50 Holzstühle und 50 Bodengleiter für den Remter im Haupthaus

Referat 0414

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Regine Buchler	2.237,00 €	Spende für das Buchpatenprojekt des Stadtarchivs

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2026)**Referat 0660**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweigische Sparkassenstiftung	13.441,00 €	Teilnehmer des Stadtputztages	Preise für die Tombola der „Aktion Stadtputz 2026“ u.a. Schulpreise hier: 1 € an die jeweilige Einrichtung für jedes teilnehmende Kindergartenkind und Schulkind